

ARNOLD REISBERG

HINTERGRÜNDE
UND
FOLGEN



**FEBRUAR
1934**

GLOBUS-VERLAG WIEN

Arnold Reisberg
Februar 1934. Hintergründe und Folgen
Globus Verlag Wien 1974

*Gewidmet
dem kommunistischen Jugendverband
Österreichs,
dessen Mitglied
ich vor 50 Jahren wurde*
ARNOLD REISBERG

Vorwort

FRIEDL FÜRNBURG

Nie wieder Barrikaden in Österreich, nie wieder bewaffneter Kampf von Österreichern gegen Österreicher, laßt uns die Gräben zuschütten – diese und ähnliche Phrasen kann man – insbesondere, wenn vom Februar 1934 die Rede ist – immer wieder von den Führern der SPÖ, der ÖVP und der FPÖ hören, wobei letztere damit gleich auch die Blutdiktatur der Nazi der Vergessenheit anheim geben möchte. Und die Historiker, ob sie nun einer dieser politischen Parteien angehören oder sich als politisch neutral erklären, bemühen sich bei dem Rückblick auf die Kämpfe im Jahre 1934, Licht und Schatten gleichmäßig zu verteilen. Alle waren angeblich schuldig und alle haben angeblich gelernt. Und sie verweisen auf die Entwicklung seit 1945.

Wir Kommunisten wollen nicht nachträglich Licht und Schatten gleichmäßig verteilen, die Schuld auf allen Seiten suchen, wie das SPÖ und ÖVP tun, weil das so in ihre gegenwärtige Politik paßt. Wir wollen die historische Wahrheit zeigen, wie sie war: den Klassenkampf und seine Zuspitzung durch den und nach dem ersten Weltkrieg und die daraus entspringende Entwicklung. Diesem Ziel und Zweck dient auch dieses Buch.

* * *

Der Autor dieses Buches hat daher mit Recht auf die Zeit nach dem ersten Weltkrieg, die Geburt und die ersten Jahre der Ersten Republik zurückgegriffen und sich nicht damit begnügt – wie das heute meistens üblich ist – nur die Zeit vom 15. Juli 1927 an zu beleuchten. Es ist wahr: Der 15. Juli 1927 war ein einschneidendes Ereignis, und von da an hat die faschistische Bewegung Schritt für Schritt die Oberhand bekommen; aber die Ursachen und Wurzeln dieser Wendung gehen auf die Jahre 1918 bis 1921 zurück. Sie sind in diesem Buch objektiv, an Hand der Tatsachen, aufgezeigt.

Man hat in der ganzen Periode zwischen den zwei Weltkriegen sowohl von seilen der Sozialdemokratie als auch von ihren Gegnern immer wieder den Unterschied zwischen der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie in der Periode zwischen den zwei [XIV:] Weltkriegen hervorgehoben. Das geschieht auch heute noch in den historischen Betrachtungen, wobei nicht nur von der bürgerlichen, sondern auch von rechtssozialistischer Seite der „Radikalismus“ der SPÖ-Führung mit Otto Bauer an der Spitze als Ursache oder zumindest als eine der Ursachen für die Zuspitzung des Klassenkampfes bis zu den bewaffneten Kämpfen im Februar 1934 hingestellt wird. Ja, man versteigt sich sogar dazu, das als die Hauptursache für den Zusammenbruch der bürgerlichen Demokratie und den Sieg des Faschismus zu bezeichnen und ist dann bereit, auch von der „unversöhnlichen“ Haltung von Dollfuß und Schuschnigg zu sprechen.

Seipel, der nur wenige Jahre später offen als geistiger Führer der Konterrevolution in Erscheinung trat, beruhigte damals die Bourgeoisie über den Sturz der Monarchie. Er schrieb am 23. November 1918 im Leitartikel des Zentralorgans der Christlichsozialen Partei, der „Reichspost“: „Zwischen der demokratischen Monarchie und der demokratischen Republik ist der Unterschied nicht groß.“ Seipel meinte damit, daß der Unterschied zwischen Monarchie und Republik nicht groß ist, wenn die kapitalistische Ordnung aufrechterhalten und gesichert wird. Gleichzeitig sagte er auch im selben Artikel: „Jeder Versuch, eine Klassenherrschaft aufzurichten, jedes Spielen mit russischen Methoden, jede Schwäche gegen gewissenlose Demagogen heißt Hunger und Tod. Der wahre Freund des kleinen Mannes, an dem ja schließlich alle Not doch am empfindlichsten ausgeht, ist nur, wer für Ruhe und Ordnung eintritt.“

Das war ein Hieb gegen die linken, revolutionären Kräfte in der Arbeiterklasse und eine Warnung an diejenigen Führer der SPÖ, die mit der revolutionären Phrase hantierten. Es war gleichzeitig ein Bündnisvorschlag an die rechten SPÖ-Führer, die nach wie vor in der Politik der SPÖ den Ausschlag gaben. Durch den nächsten Satz in demselben Artikel wurde diese Seite noch mehr unterstrichen. Dort hieß es bei Seipel: „Ruhe und Ordnung sichert uns für die Zukunft aber allein der freie, wahrhaft demokratische Staat.“

Kurze Zeit später entwickelte derselbe Seipel schon die Theorie des Ständestaates als den wahrhaft demokratischen Staat, der Ruhe und Ordnung sichert. Damals kam es ihm aber darauf an, den rechten Flügel in der SPÖ zu stärken. Er wußte, daß er dort auf entsprechenden Widerhall stoßen werde. Er kannte die Haltung dieser rechten Führer der SPÖ sehr genau, die nicht weniger als Scheidemann in Deutschland die Revolution haßten wie die Sünde. Das hatte einer dieser Führer, Karl Leuthner, in einer Geheimsitzung des Parlaments am 24. Juli 1918 (also nach dem großen Jännerstreik) klar zum Ausdruck gebracht, als er sagte: „Wir wollen wirklich diese Revolution nicht, die wie ein verheerendes, alles gleichzeitig zerstörendes Feuer sich über die Lande ausbreiten wird. Wir, die wir kämpfen für Erhöhung und Steigerung der Kultur, fürchten und hassen diese Form der Revolution ... „Als ob es eine andere Form der [XV:] Revolution je gegeben hätte und geben könnte, als eine solche, die wie eine Sturmflut über die alte Ordnung hinweggeht. Die besondere Heuchelei dieses Herrn Leuthner bestand darin, daß er 1914 als ein begeisterter Anhänger des Krieges des deutschen Imperialismus mit allen seinen schrecklichen Folgen tätig war und damals die „Erhöhung und Steigerung der Kultur“ völlig vergessen hatte.

Die „demokratische Republik, die Ruhe und Ordnung schaffen und sichern wird“, das war in der revolutionären Zeit nach dem ersten Weltkrieg das Idealziel, dem sowohl Seipel als auch Renner nachstrebten. Nur ja keinen revolutionären Umsturz der kapitalistischen Eigentumsordnung, des Staatsapparates und der bürgerlichen Ideologie, kurz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Nicht nur Seipel war „gegen jeden Versuch einer Klassenherrschaft, gegen jedes Spielen mit russischen Methoden“ ..., sondern auch die rechten Führer der SPÖ mit Renner an der Spitze. Sie konnten aber nicht verhindern, daß die linken SPÖ-Führer sich für die Arbeiter- und Soldatenräte, für den sozialen Umsturz, ja sogar für die Diktatur des Proletariats aussprachen. Und sie wollten es gar nicht verhindern, weil ja Otto Bauer und Friedrich Adler sie vor dem Zorn der Arbeiterschaft wegen ihrer Haltung am Anfang und während des ersten Weltkrieges schützten und dafür eintraten, daß sie trotzdem maßgebliche Führer der SPÖ blieben. Lenin hat damals darum gekämpft, daß diese opportunistischen Führer, die den Marxismus und seine Ziele längst preisgegeben hatten, aus der Arbeiterbewegung entfernt werden, weil sie in der Klassenfront der Arbeiterklasse in Wirklichkeit die andere Seite vertraten. Die geschichtliche Entwicklung hat bewiesen, wie recht er hatte.

In Österreich war das so: Während Friedrich Adler und Otto Bauer sich im Arbeiter- und Soldatenrat mit revolutionären Worten für die Herrschaft der Arbeiterklasse aussprachen, die – wie sie sagten – nur durch die Not verhindert wird, die Österreich von den westlichen Siegermächten vollständig abhängig mache – haben Renner und seine Freunde gemeinsam mit Seipel und den Vertretern der Bourgeoisie den kapitalistischen Macht- und Staatsapparat wieder aufgerichtet. So gut wie alles – von der Schule bis zur Polizei – blieb unangetastet und wurde, bei Änderung einiger Äußerlichkeiten, in die neue „demokratische Republik“ übernommen. Als Beispiel sei die Wiener Polizei angeführt, weil sie in der späteren Entwicklung eine wesentliche Rolle spielte (1927).

Der gesamte Leitungsapparat der Wiener Polizei mit dem reaktionären Polizeipräsidenten Schober an der Spitze blieb intakt und wurde so übernommen, wie er in der Monarchie bestanden und im Krieg die brutalen Unterdrückungsmaßnahmen gegen das Volk durchgeführt hatte. Es blieb zum Beispiel auch der Oberpolizeirat Brandl, der damals in sein Tagebuch schrieb, daß die Führer der Demonstranten auf der Ringstraße „lauter Juden“ seien, daß „die Polizei nicht, wie sie vorschlägt, die Rädelsführer ein-[XVI:]fach verhaften darf, weil dadurch nur Reizungen entstünden ...“ usw. In dem Tagebuch von Brandl kann man auch, unter dem Datum vom 9. November, den Stoßseufzer lesen: „Gibt es in Österreich keinen General, der mit seinen Truppen Wien besetzen würde?“ Dieser Brandl blieb die ganze Zeit in der Ersten Republik leitender Polizeibeamter, wurde Polizeipräsident und entpuppte sich (natürlich) 1938 als illegaler Nazi. Die anderen leitenden Staatsbeamten in Wien und in den Bundesländern waren im großen und ganzen nicht besser.

Das alles charakterisiert die „demokratische Republik“, die Seipel ebenso wie Renner anstrebte und die sich – was den Machtapparat betraf – tatsächlich kaum von der demokratischen Monarchie unterschied.

Auf sozialem Gebiet erzwang die Arbeiterklasse viel von dem, wofür sie jahrzehntelang gekämpft hatte, vom Achtstundentag bis zur Arbeitslosenversicherung und dem Betriebsrat. Da die Regierung gleichzeitig darauf Bedacht nahm, „Reizungen“ der Volksmassen zu vermeiden, die Armee durch eine Volkswehr ersetzt wurde, in Gemeinde- und Landesverwaltungen Sozialdemokraten einzogen, konnte die sozialdemokratische Führung hinter diesen im Vergleich zu früher großen Veränderungen verbergen, daß gleichzeitig die wirtschaftliche und politische Macht des Kapitals wieder gestärkt, der kapitalistische Staatsapparat wieder gefestigt wurde. Und dann kam es am 15. Juli 1927 für die Arbeiterklasse zur blutigen Überraschung, als sie erkennen mußte, daß der Klassenstaat wieder gefestigt und die Gewehre wieder gegen sie gerichtet werden konnten.

Das vorliegende Buch verfolgt diese Entwicklung Schritt für Schritt an Hand der geschichtlichen Tatsachen. Es zeigt, wie dann vom 15. Juli 1927 an dem Anwachsen der faschistischen Gefahr auf der einen Seite das ständige Zurückweichen der sozialdemokratischen Führung auf der anderen Seite entsprach, die auch weiterhin dieses Zurückweichen mit radikalen Worten verdeckte, bis es schließlich im März 1933, bei der Ausschaltung des Parlaments, zur vollen Kapitulation der SPÖ-Führung kam. Aber sie verwendete immer noch – so wie im Jänner 1918 – das Schlagwort vom „Gewehr bei Fuß“, vom geduldigen Abwarten, bis schließlich, bereits unter ungünstigen Bedingungen, die Schutzbündler die Gewehre nicht mehr bei Fuß hielten, sondern in Anschlag brachten, um sich gegen den Faschismus zur Wehr zu setzen. Das politische, moralische und militärische Versagen der SPÖ-Führung hat schließlich zur Niederlage im Februar 1934 geführt. Die heutige SPÖ-Führung sucht das zu verdecken, indem sie der Helden des Februar gedenkt, ja sogar versucht, Opfermut und Opfertod der Februarkämpfer für sich in Anspruch zu nehmen, obwohl sie genau weiß, daß die Februarkämpfer am Tag nach der Niederlage die SPÖ-Führung verflucht haben und der größte Teil von ihnen die politische Konsequenz zog, indem sie zur Kommu-[XVII:]nistischen Partei Österreichs kamen. Die Geschichtsfälschung ist aber seit langem ein wesentlicher Teil der Praxis der SPÖ-Führung.

* * *

In diesem Buch ist die Abhängigkeit der in der Ersten Republik maßgebenden Kräfte vom kapitalistischen Ausland aufgezeigt, die 1918 begann und 1938 bei der Okkupation Österreichs durch Hitler-Deutschland ihren Höhepunkt fand. Von einer Unabhängigkeit des Landes war keine Rede, die großen imperialistischen Mächte benützten Österreich als Figur in ihrem Konkurrenzkampf, und die Spitzen aller politischen Parteien mit Ausnahme der KPÖ – dienten ihnen dabei direkt oder indirekt als die Vollstrecker ihrer Politik. Ja, viele von den führenden Politikern der damaligen Zeit, vor allem natürlich die Faschisten, ließen sich dafür auch in barem Geld bezahlen. Die Niederwerfung der Arbeiterklasse im Februar 1934 und die Politik nach den Wünschen und Befehlen der imperialistischen Großmächte waren eine Einheit. Sie endete, wie vorauszusehen war, mit der Liquidierung der Ersten Republik, als die imperialistischen angeblichen Schutzmächte bei ihren Geschäften mit Hitler-Deutschland Österreich in Zahlung gaben. Heute wird in dieser Beziehung zwar auf Mussolini hingewiesen, der Hitler in Österreich 1938 freie Hand ließ, aber über die imperialistischen Westmächte wird diskret geschwiegen. Sie waren jedoch an dem Untergang der Ersten Republik nicht weniger beteiligt und mitschuldig als Mussolini. Sie haben 1938 Österreich und kurz darauf die Tschechoslowakei in besonderen Abmachungen Hitler überlassen, weil sie glaubten, ihn damit schon damals zum Krieg gegen die Sowjetunion zu bringen. Es ist nützlich, an die Debatte im englischen Parlament zu erinnern, die damals stattfand. Es möge mir erlaubt sein, aus einem Artikel zu zitieren, den ich kurz nach der Besetzung Österreichs durch Hitler-Deutschland im April 1938 geschrieben habe:

„Wenn die Politik Schuschniggs dem Überfall Hitlers auf Österreich den Weg geebnet und ihn erleichtert hat, so haben die reaktionären französischen Kreise und vor allem die englische Regierung ihn im entscheidenden Moment nicht nur ermöglicht, sondern sogar gefördert. Alle Dementis Chamberlains und alle frech-provokatorischen Antworten Hitlers auf englische Noten können das nicht mehr aus der Welt schaffen. Im englischen Unterhaus gab es am 11. März folgendes Frage- und Antwortspiel:

Henderson: ‚Könnte nicht der Ministerpräsident angesichts der ganz besonderen Lage in Österreich wenigstens der Hoffnung Ausdruck geben...‘ (Rufe von den konservativen Bänken: ‚Nein, nein, nein!‘),

... der Hoffnung Ausdruck geben, daß diese Volksabstimmung auf jeden Fall durchgeführt wird, ohne Einmischung oder Druck von innen oder außen, um dem österreichischen Volke auf diese Weise zu gestatten, sein volles Selbstbestimmungsrecht auszuüben?‘

Chamberlain beantwortet diese Frage nicht.

[XVIII:] Thome (Sozialist): ‚Darf ich fragen, ob der Ministerpräsident sich darüber im klaren ist, daß die Konservativen, wie sie durch ihre Beifallskundgebungen soeben demonstriert haben, dafür sind, daß Deutschland in Österreich eindringt?‘

Chamberlain verweigert auch auf diese Frage die Antwort.

Diese Szene im Parlament zeugt deutlich von den Beziehungen der konservativen Regierung zu den faschistischen Aggressoren. Auf den Regierungen der bürgerlich-demokratischen Länder wird die ewige Schande lasten, daß sie durch Stillschweigen ihr Einverständnis zur Unterdrückung der Unabhängigkeit Österreichs gaben.

Es möge sich niemand einem Zweifel darüber hingeben, daß diese Preisgabe eines Volkes sich nicht nur gegen andere kleine Völker auswirken wird, sondern auch gegen die großen bürgerlich-demokratischen Länder.“

Diese Voraussage vom April 1938 hat sich voll bewahrheitet. Im September 1939 begann Hitler den Krieg, und zwar zuerst gegen die Westmächte. Nicht nur Österreich, sondern alle Länder Europas mußten einen fürchterlichen Blutzoll zahlen.

** * **

Und wie ist es heute, vier Jahrzehnte später? Österreich steht heute auf einer festeren Grundlage als zur Zeit der Ersten Republik. Warum? Die Theorie von der Lebensunfähigkeit Österreichs, die seinerzeit von den bürgerlichen und den SPÖ-Politikern vertreten wurde, ist durch die geschichtliche Entwicklung eindeutig widerlegt worden. Das österreichische Staats- und Nationalbewußtsein ist im Volk so stark gewachsen, daß niemand mehr mit einer Politik der Liquidierung der österreichischen Unabhängigkeit und eines Anschlusses an Deutschland vor die Öffentlichkeit treten kann.

Alle politischen Parteien treten heute für die Unabhängigkeit Österreichs auf. Gleichzeitig haben aber die SPÖ, die ÖVP und die FPÖ den Vertrag mit den Europäischen Gemeinschaften (EG) beschlossen, der große Gefahren für Österreich mit sich bringt; gleichzeitig sind diese drei Parteien mit dem ausländischen Monopolkapital eng verbunden, erklären sich als „Europäer“ im Sinn der Gegnerschaft gegen die europäischen sozialistischen Staaten. ÖVP, FPÖ und die Spitzen der SPÖ betreiben gemeinsam eine Politik des Antikommunismus.

Gegenwärtig ist dabei die SPÖ-Spitze, als Regierung, die führende und treibende Kraft. Sie will die kämpferischen Traditionen der österreichischen Arbeiterklasse in den Dienst ihrer Politik der Klassenharmonie stellen, die nur dem Kapitalismus von Nutzen ist. Sie will den Heldenmut der Februartkämpfer auf ihr Konto buchen, während sie sich gleichzeitig rühmt, eine ganz andere Politik zu betreiben als sie die Februartkämpfer wünschten.

[XIX:] Der Februartkampf in Österreich, die antifaschistischen Schlachten in den anderen Ländern Europas vor dem zweiten Weltkrieg fanden, in einem gewissen Sinn, ihre Fortsetzung und Krönung in dem weltweiten Ringen der Völker gegen den Faschismus während des zweiten Weltkrieges. Die Zerschlagung des Hitler-Staates durch die Sowjetunion (sie trug die Hauptlast im Krieg gegen Nazi-Deutschland) war auch der Sieg der Februartkämpfer, von denen bekanntlich nicht wenige in der Sowjetarmee gekämpft hatten und mit ihr nach Österreich zurückgekehrt waren.

Die Zeit nach 1945 war für Österreich ganz anders als die Periode nach dem ersten Weltkrieg. An den Grenzen Österreichs standen und stehen nicht faschistische, sondern auch sozialistische Staaten. Die Unabhängigkeit verdankt Österreich der Sowjetunion, ebenso den Staatsvertrag und die Neutralität. Der Sieg über die Kräfte des Kalten Krieges und die beginnende Periode der Entspannung hat die Sicherheit Österreichs bedeutend gestärkt ...

Die neue Lage Österreichs, weit günstiger als vor dem Untergang der Ersten Republik, ist durchaus nicht auf die Politik der SPÖ oder gar der ÖVP oder der FPÖ zurückzuführen. Sie wurde im Gegenteil gegen den Willen und die Tätigkeit der Führer dieser Parteien geschaffen, und zwar durch den Druck des werktätigen Volkes unseres Landes und durch den Kampf und die Politik der Sowjetunion und der sozialistischen Länder.

Aber gerade in der heutigen Zeit der krisenhaften Entwicklung des Monopolkapitalismus ist es notwendig, daran zu erinnern, daß nach wie vor Gefahren für Österreich bestehen, die unter Umständen wieder rasch wirksam werden können. Deswegen darf man die Lehren des Februar nicht vergessen. Sie zeigen uns die entscheidende Bedeutung der marxistisch-leninistischen, der Kommunistischen Partei, die mit ganzer Kraft für die kämpferische Einheit der Arbeiterklasse und gegen die Klassenversöhnung wirkt. Die richtige Politik, das heißt, die Politik, die vom Klassenstandpunkt ausgeht, ist schließlich ausschlaggebend, auch wenn zunächst die Kommunistische Partei, die sie vertritt, noch klein ist.

Die Erinnerung an die Februarkämpfe 1934, die Analyse ihrer Ursachen, die Entwicklung in Österreich und in der Welt seither führen zu der Schlußfolgerung, daß die Politik der Klassenversöhnung, der verlogenen Politik der Sozialpartnerschaft, die Arbeiterklasse in den unausweichlichen Auseinandersetzungen und Kämpfen zwischen Arbeit und Kapital in eine ungünstige Lage versetzt. Unser Gedenken an die Februarkämpfer ist untrennbar verbunden mit dem Willen zum Kampf gegen die Form des Kapitalismus, wie er uns heute entgegentritt, gegen den staatsmonopolistischen Kapitalismus, in dem sich die SPÖ-Führung voll eingebaut hat. Heute kämpfen wir für die antimonopolistische Demokratie, von der aus die Arbeiterklasse und das arbeitende Volk den entscheidenden Schritt zum Sozialismus auch in Österreich machen kann.

[1:]

1. Teil Ausbruch der Kämpfe und ihr Verlauf

Das geheimnisvolle Telefongespräch

Montag, den 12. Februar 1934, um zwei Uhr früh wird der Sicherheitsdirektor für Oberösterreich, Oberregierungsrat Hans Hammerstein-Equord, aus dem Schlaf gescheucht. Eine Linzer Postbeamtin, die den Auftrag hatte, den Telefonverkehr der Sozialdemokratischen Partei zu überwachen, meldete aufgeregt, es habe soeben ein Telefongespräch von Wien mit dem Linzer sozialdemokratischen Landessekretariat im Hotel „Schiff“ stattgefunden. Der Text des Telephonogramms habe gelautet: „*Ernst und Otto schwer erkrankt, Unternehmung aufschieben.*“* Angesichts der damaligen gespannten politischen Situation wäre schon das geheimnisvolle Wörtchen „Unternehmung“ für sich allein auffällig genug gewesen, um das Interesse des Sicherheitsdirektors zu wecken. Dazu kam aber noch, daß Otto der Vorname des maßgebendsten Führers der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, Otto Bauer, und der Empfänger der Botschaft der oberösterreichische sozialdemokratische Landespartei-sekretär und Schutzbundführer Richard Bernaschek war.

Dem Sicherheitsdirektor war klar, daß der scheinbar harmlose Text einen gewichtigeren Inhalt verbarg. Im Einvernehmen mit dem Polizeidirektor von Linz entschloß er sich, eine für diesen 12. Februar vorerst im Parkbad Linz geplante polizeiliche Waffensuche frühmorgens beim sozialdemokratischen Parteiheim im Hotel „Schiff“ beginnen zu lassen.

Das Telephonat war in der Tat die Antwort Otto Bauers auf einen Brief, den [2:] Bernaschek im Einvernehmen „mit einigen Getreuen“ am Sonntagnachmittag mit einem Kurier nach Wien geschickt hatte. Gustl Moser, bis Februar 1934 Betriebsratsobmann der Steyr-Werke, der später Mitglied des ZK der KPÖ wurde, berichtete in der „Volksstimme“ vom 2. Februar 1964 über diese bis 17 Uhr dauernde Besprechung der engsten Schutzbundleitung, an der er teilgenommen hatte. Danach sagte Bernaschek: „*Wir müssen uns wehren, sonst geht es uns so wie in Deutschland. Auf keinen Fall dürfen wir in Österreich ruhm- und kampflös untergehen.*“

Als Bernaschek fragte, was man machen solle, wenn der sozialdemokratische Parteivorstand wieder ablehne, zum Kampf aufzurufen, beschloß man, „auch gegen den Parteivorstand zu entscheiden“.

Im Schreiben Bernascheks hieß es unter anderem: „*Ich habe mich heute vormittag mit fünf gewissenhaften, der Partei treu ergebenen Genossen besprochen und mit ihnen nach wirklich reiflicher Überlegung einen Beschluß gefaßt, der nicht mehr rückgängig gemacht werden kann ... In Durchführung dieses Beschlusses werden wir heute nachmittag und diese Nacht sämtliche uns zur Verfügung stehenden Waffen, und zwar in ganz Oberösterreich, soweit bereitstellen, daß die heute noch zum Widerstand entschlossene Arbeiterschaft sie sofort greifbar hat. Wenn morgen, Montag, in einer oberösterreichischen Stadt mit einer Waffensuche begonnen wird oder wenn Vertrauensmänner der Partei beziehungsweise des Schutzbundes verhaftet werden sollten, wird gewaltsamer Widerstand geleistet und in Fortsetzung dieses Widerstandes zum Angriff übergegangen werden ...*

Wir erwarten, daß auf unsere telephonische Mitteilung nach Wien ... Du der Wiener Arbeiterschaft und darüber hinaus der gesamten Arbeiterschaft das Zeichen zum Losschlagen gibst ...

Wenn die Wiener Arbeiterschaft uns im Stiche läßt, Schmach und Schande über sie ...“

Die politische Situation

Die Stimmung zu verstehen, aus der heraus der Brief geschrieben wurde, ist nur möglich, wenn man sich die Gesamtsituation Österreichs in jener Zeit vergegenwärtigt. Mit Erbitterung sahen die

* In verschiedenen Darstellungen werden anderslautende Texte angeführt: Wir folgen hier der Darstellung des Adressaten R. Bernaschek in seinem wenige Wochen nach den Ereignissen, Ende April 1934 verfaßten Bericht „Die Tragödie der österreichischen Sozialdemokratie“ in dem Buch „Österreich – Brandherd Europas“, Zürich 1934, S. 279.

klassenbewußten Arbeiter eine ihrer Errungenschaften aus der Novemberrevolution von 1918 nach der anderen schwinden. Die kapitulantenhafte Politik der sozialdemokratischen Parteiführung, die 1918 auf die Alleinherrschaft der Arbeiterklasse verzichtete, hatte [3:] der Bourgeoisie wieder in den Sattel geholfen. Die gesamte Geschichte der österreichischen Republik seit der Restaurierung der bürgerlichen Herrschaft bestand in einer ununterbrochenen Reihe von Angriffen auf die Arbeiterklasse, die von der sozialdemokratischen Parteiführung mit weiterem Zurückweichen beantwortet wurde. Die Arbeiterklasse hatte diese Politik mit der Niederlage des Blutbads vom 15. Juli 1927, mit dem Erstarren der faschistischen Bewegung, mit Lohndruck und Arbeitslosigkeit zu bezahlen.

Der Machtantritt des deutschen Nazi-Faschismus im Jänner 1933 gab der monopolistischen Bourgeoisie in ganz Europa einen neuen Auftrieb in ihrem Bestreben, die nackte Diktatur ihrer reaktionärsten Kreise aufzurichten. Er ermunterte auch die österreichische Großbourgeoisie und die damalige Regierung Dollfuß zu einem verschärften faschistischen Angriff auf die österreichische Arbeiterklasse und die parlamentarische Demokratie. Auf der anderen Seite aber rüttelte die Gefahr des Faschismus das Proletariat, besonders in den Nachbarländern Hitler-Deutschlands auf und stärkte seinen Kampfwillen, seine Entschlossenheit, einen Sieg des Faschismus im eigenen Land nicht zuzulassen. Eine eigenartige Situation ergab dabei der Konkurrenzkampf zweier faschistischer Gruppen in Österreich, der Nationalsozialisten, die eine Agentur des deutschen Imperialismus darstellten und den Anschluß Österreichs an Hitler-Deutschland propagierten, und der Austrofaschisten, die sich außenpolitisch auf das faschistische Mussolini-Italien orientierten und aus einer Reihe von Gründen den Anschluß ablehnten. Die Austrofaschisten, die durch die bewaffneten Heimwehorganisationen und den Dollfuß-Flügel der regierenden Christlichsozialen Partei repräsentiert wurden, nutzten die Ablehnung des Nationalsozialismus durch die überwiegende Mehrheit der österreichischen Bevölkerung aus, um unter dem Vorwand, die Unabhängigkeit Österreichs verteidigen zu müssen, die parlamentarische Demokratie auszuschalten und diktatorisch mit Hilfe eines Paragraphen aus der Zeit der k. u. k. Monarchie zu regieren. Da ihre konkreten Maßnahmen eindeutig gegen die Rechte und Errungenschaften der Arbeiterklasse gerichtet waren, drängte der fortgeschrittene Teil der Arbeiterschaft auf entschiedene Kampfmaßnahmen gegen die Gefahr des faschistischen Staatsstreichs. Aber die Führung der österreichischen Sozialdemokratie, die damals – angesichts einer schwachen Kommunistischen Partei – fast die gesamte Arbeiterklasse Österreichs vertrat, gebrauchte zwar eine radikale Sprache und versprach, eine Wiederholung der deutschen Ereignisse in Österreich nicht zuzulassen, in der Tat aber würgte sie jeden Kampfversuch gegen den Faschismus in Österreich mit der Be-[4:]gründung ab, die Zeit dafür wäre noch nicht gekommen. Und so nahm die Führung der SPÖ das ganze Jahr 1933 hindurch einen Schlag der austrofaschistischen Regierung nach dem anderen kampflos hin, was zu einer widerspruchsvollen Entwicklung führte. Der aktive und revolutionäre Teil der Funktionäre und Mitglieder forderte immer stärker entschlossene Kampffaktionen, ein anderer Teil verfiel aber in Resignation, was die Kampfmoral der Arbeiter empfindlich zersetzte. Der Drang der fortgeschrittensten Kräfte zum Losschlagen gegen den Faschismus und ihre Bereitschaft, mit der immer mehr Anhang gewinnenden Kommunistischen Partei Österreichs die Aktionseinheit zu schließen, blieb auf Grund der traditionellen, jetzt aber historisch untragbar gewordenen Wahrung der Parteidisziplin in der SPÖ ohne praktisches Ergebnis. Der sozialdemokratische Parteivorstand wurde vergebens vom vorwärtsdrängenden Teil der Arbeiterschaft mit der Bitte bedrängt, nicht länger tatenlos dem Vormarsch des Austrofaschismus zuzusehen, sondern das Kampfsignal zu geben, bevor noch alles verloren war. Schließlich aber dachten doch – zum erstenmal in der Geschichte der Arbeiterbewegung Österreichs – immer mehr untere und mittlere Funktionäre der SP daran, die unheilvollen Fesseln einer selbstmörderischen Disziplin abzuwerfen und selbst die Initiativen zum Kampf zu ergreifen.

Bernascheks Dilemma

Den Brief Bernascheks in Wien abzugeben übernahm der Obmann der sozialdemokratischen Kinderfreundeorganisation und Gemeinderat von Wien, Alois Jalkotzy, der zum Wochenende aus dienstlichen Gründen nach Linz gekommen war und an der Besprechung der „treu ergebenen Genossen“ teilgenommen hatte. Er hatte dort vergebens versucht, die aufgeregten Gemüter zu beruhigen, und fuhr sofort nach Wien los.

Aber Otto Bauer war erst nach Mitternacht zu erreichen, als er mit seiner Frau aus einem Kino heimkam, wo er einen Film mit Greta Garbo gesehen hatte. Er war über den Brief entsetzt.

Als Bernaschek die ablehnende Antwort Otto Bauers erhält, kann er sich im Zwiespalt zwischen der jahrelangen Parteidisziplin und seiner Erkenntnis von der Verderblichkeit der bisherigen sozialdemokratischen Politik zu keiner Entscheidung entschließen. Er sagt das Unternehmen nicht ab; gibt keinen Gegenauftrag mehr. Aber er gibt auch keine weiteren Befehle zur Verteidigung [5:] des Parteiheims. Die hierfür bestimmte Bereitschaft ist nach Mitternacht abgetreten und soll erst um neun Uhr vormittags wieder zurückkehren. Nur 38 Mann, einige Schutzbundunterführer, Ordonanzen und Nachrichtenleute, sitzen und liegen auf den Sesseln und Tischen. Nach zwei schlaflosen Nächten gönnt sich auch Bernaschek um vier Uhr in seiner Kanzlei für eineinhalb Stunden eine kurze Schlafpause, ohne die auf seinen Befehl ins obere Stockwerk geschafften und schußbereit liegenden Waffen wegräumen zu lassen.

Die ersten Schüsse

Aber entgegen seinen Erwartungen, eine eventuelle Polizeiaktion würde erst nach Beginn der Amtsstunden einsetzen – für sieben Uhr früh war noch ein Waffentransport für den Schutzbund vorbereitet – , erscheint noch vor sieben Uhr früh eine aus je zehn Wache- und Kriminalbeamten bestehende Polizeiabteilung vor dem Hotel „Schiff“. Bernaschek wird vom Türposten jäh aus dem Schlaf gerissen. Nach einem Blick aus dem Fenster in den Hof gibt er den anwesenden Schutzbündlern den Befehl, zu den Waffen zu eilen. Allerdings müssen sie fluchend feststellen, daß die Türen zu den Zimmern, in denen ihre Waffen liegen, versperrt und die Schlüssel abgezogen sind. Wertvolle Minuten vergehen, bis jemand die eiserne Tür von außen öffnen kann.

Bernaschek aber sperrt sein Zimmer ab und greift in gebückter Stellung, um von den Polizisten, die sich bereits im Hof des Hotels befinden, nicht gesehen zu werden, zum Telephonhörer. Selbst in diesem allerletzten Moment gewinnt seine sozialdemokratische Erziehung die Oberhand: Er versucht, den christlichsozialen Landeshauptmann von Oberösterreich, Josef Schlegel, zum Eingreifen zu bewegen. Schlegel, der ruhig geschlafen hatte, weiß angeblich von nichts, verspricht, sich zu erkundigen. Bernaschek hat nur noch Zeit, die Linzer Arbeiterkammer anzurufen, wo – wie vereinbart – Vertrauensmänner auf einen allfälligen Alarmruf warten, um auch den wichtigsten Stellen telephonisch die Parolen zu geben: *„Sofort Entsatz aufbieten! Generalstreik ausrufen! Sofort nach Wien weitergeben! Nach Steyr weitergeben!“*

Schon ist die Tür aufgebrochen, Bernaschek schießt nicht auf die eindringenden Polizisten, sondern ergibt sich und wird unter Schlägen und Fußtritten abgeführt. Die Polizei geht nunmehr gegen die im Hinterhaus verschanzten Schutzbündler vor. Aber diesmal stößt sie auf bewaffneten Widerstand. Der Maschinengewehr-[6:]schütze Kunz hält durch wohlgezieltes Feuer die Polizei in Schach, andere wehren die Angreifer mit Gewehrscüssen und Handgranaten ab. Da sich die Polizei als machtlos erweist, wird Militärassistenz angefordert.

Die Polizei hatte bereits um 6.45 Uhr das Militär gebeten, sich zur Hilfeleistung bereitzuhalten, um 8.45 Uhr ist die 5. Kompanie des Alpenjägerregiments Nr. 7 vor dem Hotel „Schiff“ eingetroffen. Der Marschbefehl kam so überraschend, daß keine Zeit geblieben war, die ganze Mannschaft mit Handgranaten auszurüsten; die fehlenden wurden erst nachträglich von einer kleinen Einheit herangeschafft. Die Soldaten besetzten das dem Hotel „Schiff“ gegenüberliegende Karmeliterkloster und die Handelskammer. Sie versuchten in das Hotel einzudringen, wurden aber von den Schutzbündlern zurückgeschlagen. Erst als nach einer Stunde eine Maschinengewehrkompanie zur Verstärkung anlangte, konnte das Militär die rechte Stiege und den ersten Stock besetzen, während ein dritter Zug in den Speisesaal und dann ins Lichtspielgebäude eindrang. Trotzdem die Schutzbündler in aussichtsloser Minderheit waren wehrten sie sich verzweifelt in der Hoffnung auf Entsatz aus den Betrieben. Eine Entsatzaktion, die eine Schutzbundabteilung vom städtischen Wirtschaftshof aus auf zwei mit Maschinengewehren bestückten Lastautos unternommen hatte, scheiterte an der Polizeisperre. Eine zweite Entsatzaktion der sich in der „Tagblatt“-Druckerei in der Steingasse sammelnden Schutzbundabteilung mußte unterbleiben, da die Schutzbündler von ihrem Kommandanten die Waffen nicht ausgefolgt erhielten.

Zuletzt wurde gegen das Hotel „Schiff“ auch Artillerie eingesetzt. Als die Gebirgshaubitzen vorrückten, um Stellung zu beziehen, wurden sie hinter dem Allgemeinen Krankenhaus zuerst von der linken Flanke beschossen dann auch von rechts und von hinten. Bevor die Kanonen noch einen Schuß abgeben konnten, gelang es einem Scharfschützen des Militärs, vom Kirchturm aus den Maschinengewehrschützen Kunz im Hotel „Schiff“ durch einen gezielten Kopfschuß auf der Stelle zu töten. Das Feuer der Schutzbündler flaute daraufhin ab, die Truppen der Exekutive konnten den Sitzungssaal aufbrechen. Gegen 11.45 Uhr ergaben sich die tapferen Verteidiger, da ihre Munitionsvorräte zur Neige gingen. Die Polizei war überrascht, daß ihrer nur 38 waren; sie hatte nach der Stärke des Feuers mit mindestens 100 Schutzbündlern gerechnet.

[7:]

Wien wird unruhig

Die Kunde von den bewaffneten Kämpfen in Linz erreichte in wenigen Minuten Wien. Zwischen den Linzer und den Wiener Arbeitern hatte es seit jeher eine enge Verbindung gegeben, und gerade in den letzten Wochen hatten wiederholt Besprechungen zwischen Wiener und Linzer Vertrauensmännern stattgefunden. So war es nur selbstverständlich, daß die Linzer ihre Wiener Genossen von dem Vorgefallenen sofort in Kenntnis setzten und sie zur Solidarität aufforderten. In der Tat kam es in einigen Wiener Betrieben zu spontanen Arbeitsniederlegungen, insbesondere in Floridsdorf, dem 21. Wiener Gemeindebezirk, wo die Erregung schon durch die am Vortag erfolgte Verhaftung des Betriebsratsobmannes der Fiat-Werke und Schutzbundkommandanten Stockhammer angeheizt worden war. Auch in anderen Wiener Großbetrieben wollten die Arbeiter spontan die Arbeit einstellen, um so den Generalstreik herbeizuführen. Es kann angenommen werden, daß die nachfolgenden Ereignisse, wenn diese Absicht gelungen wäre, einen anderen Verlauf genommen hätten.

Aber auch in diesen entscheidenden Augenblicken gelang es den sozialdemokratischen Betriebsräten, wenn auch mit größter Mühe, die Arbeiter zurückzuhalten und zu bewegen, auf eine Parole „von oben“ zu warten. Delegationen suchten den sozialdemokratischen Parteivorstand und die Gewerkschaftsleitungen auf, um Direktiven zu erhalten.

Generalstreikbeschluß

Der sozialdemokratische Parteivorstand war nicht mehr zu erreichen. Nach der Besetzung des Parteihauses in der Rechten Wienzeile am 8. Februar war ein kleineres Exekutivkomitee eingesetzt worden, das bevollmächtigt war, die weiteren Entscheidungen auf eigene Verantwortung zu fällen. Ihm gehörten neben Otto Bauer der Vorsitzende der Österreichischen Gewerkschaftskommission, Johann Schorsch, der Sekretär der Eisenbahnergewerkschaft, Berthold König, Karl Weigl, der Wiener Gemeinderat Robert Danneberg und der politische Leiter des Republikanischen Schutzbundes, Julius Deutsch, an. Der letztere hatte, um sich der erwarteten Verhaftung zu entziehen, bereits einige Nächte nicht in seiner Wohnung, sondern in einem Hotel zugebracht. Am Morgen des 12. Februar rief er den Diensthabenden des Permanenzdienstes des Schutzbundes an und erfuhr, daß Otto Bauer die Sitzung für 9 Uhr in [8:] der vorher vereinbarten Wohnung der Schwester von Julius Deutsch in der Gumpendorferstraße einberufen hatte. Als Deutsch dort eintraf, teilte ihm Otto Bauer mit, daß die Exekutive angesichts des Ausbruchs der Kämpfe mit einer Stimme Mehrheit die Ausrufung des Generalstreiks und die Mobilisierung des Schutzbundes beschlossen habe. Es war auch eine Kampfleitung mit Otto Bauer und Julius Deutsch improvisiert worden.

In dieser Besprechung waren die Gewerkschaftsführer Schorsch und Huppert von den Lebensmittelarbeitern für den Generalstreik eingetreten; König von der Eisenbahnergewerkschaft hatte schwere Bedenken geäußert, weil er befürchtete, die Eisenbahner würden nach der Niederlage im Vorjahr nicht in den Streik treten. Der frühere Schutzbundführer General Theodor Körner hielt eine Erhebung des Schutzbundes in diesem Augenblick für aussichtslos, Julius Deutsch nur in Verbindung mit einem erfolgreichen Generalstreik für möglich. Der niederösterreichische sozialdemokratische Parteiführer und Landeshauptmannstellvertreter Oskar Helmer war gegen den bewaffneten Kampf und für Verhandlungen mit den Christlichsozialen eingetreten. Es war kein freiwilliger Entschluß gewesen, den Generalstreik auszurufen. Die sozialdemokratischen Parteiführer wußten, daß einige Floridsdorfer

Betriebe auch ohne ihre Weisung bereits in den Streik getreten waren. Sie wußten auch, daß die Wiener Elektrizitätswerkarbeiter fest entschlossen waren, gleichfalls die Arbeit niederzulegen, was das Signal für die Schutzbündler gewesen wäre. Unter diesem Zwang war der Beschluß zustande gekommen.

Die sozialdemokratische Führung mobilisierte den Schutzbund, gab ihm aber die strikte Anweisung, keine Angriffsaktionen zu unternehmen, den Kampf nur dort zu beginnen, wo er angegriffen würde. Damit war jeder Kampf von Schutzbundabteilungen – auch wenn er noch so heldenhaft geführt wurde – zum Scheitern verurteilt. Diese Halbherzigkeit war der deutlichste Beweis für die Uneinigkeit in den Reihen der sozialdemokratischen Parteiführer und für den Unglauben an die Kraft der Arbeiterschaft, der sie alle beherrschte. Mit dem Generalstreik und der Bewaffnung des Schutzbundes sollte nicht die Niederwerfung des österreichischen Faschismus erkämpft, sondern nur ein Druck auf die Regierung ausgeübt werden, um sie zum Verhandeln zu zwingen. Verhängnisvoll wirkte sich weiter auf den Ausgang der Kämpfe auch die gleichzeitig verschiedenen Parteiführern erteilte Erlaubnis aus, Verhandlungen mit christlichsozialen Führern zu führen. Helmer fuhr in das niederösterreichische Landhaus in der Inneren Stadt und setzte sich zusammen mit seinem Gesinnungsfreund Heinrich Schneidmadl mit dem christlichsozialen Landes-[9:]hauptmann Josef Reither in Verbindung. Sie boten ihm an, er solle an die Stelle von Dollfuß treten und eine Koalitionsregierung mit Karl Renner als Vizekanzler bilden. Reither lehnte das Angebot ab, erklärte sich aber bereit, bei Dollfuß zu intervenieren. Auch Danneberg versuchte mit Finanzminister Buresch zu verhandeln. Die Bemühungen blieben vergebens. Dollfuß war nicht zu sprechen. Das Unternehmen der sozialdemokratischen Unterhändler endete kläglich: sie wurden alle nach ihrer Rückkehr verhaftet.

Otto Bauer und Julius Deutsch fuhren nach Favoriten, wo die zentrale Kampfleitung ihren Sitz haben sollte. Aber auch sie spielte eine klägliche Rolle. Von einer Partei eingesetzt, die wegen ihrer Organisationseinheit und Disziplin Weltruhm genoß, gelang es ihr nicht einmal, die Generalstreikparole in alle Betriebe zu bringen. Der Gewerkschaftssekretär Svitanic antwortete zwei Stunden lang auf alle telephonischen Anfragen aus den Betrieben beharrlich, ihm sei von einer Generalstreikparole nichts bekannt. Viele Betriebsbelegschaften wurden erst alarmiert, als schlagartig um 11.46 Uhr in ganz Wien der elektrische Strom abgeschaltet wurde. Einer entschlossenen Arbeitergruppe unter Führung von Franz Schuster, Angestellter der Städtischen Elektrizitätswerke, gelang es nach Überwindung großer Schwierigkeiten, die ihnen von der Direktion und einigen Ingenieuren in den Weg gelegt wurden, die Anlagen abzuschalten. Damit war Wien ohne Licht und Kraftstrom. (Schuster wurde nach dem Februar Kommunist und leistete zähe illegale Arbeit. Nach der Annexion Österreichs wurde er von der Gestapo aufgespürt, zum Tode verurteilt und hingerichtet.)

In ganz Wien erloschen die Lichter, die elektrischen Uhren blieben in der ganzen Stadt stehen. Die elektrischen Straßenbahnen hielten dort still, wo sie sich gerade befanden, die Wasserleitungen funktionierten nicht mehr.

Das war das den Vertrauensleuten schon früher bekanntgegebene Signal für den Beginn des Generalstreiks und die Bewaffnung des Schutzbundes. Aber auch jetzt wußten viele nicht, ob es sich um eine technische Störung, einen Sabotageakt oder um das verabredete Kampfsignal handelte. Ein weiteres Zeichen für die Kopflosigkeit der sozialdemokratischen Führung: Das im Auftrag von Otto Bauer von dem sozialdemokratischen Redakteur Julius Braunthal verfaßte „Manifest an das österreichische Volk“, in dem zum Generalstreik und bewaffneten Widerstand gegen den faschistischen Staatsstreich aufgerufen wurde, konnte nicht gedruckt werden. Denn der Streik der Elektrizitätsarbeiter legte auch die Maschinen in der vorgesehenen Druckerei still; an ein Ersatzaggregat war aber nicht gedacht worden.

[10:] Erst allmählich konnten die Schutzbündler alarmiert werden. Sie begaben sich an ihre Sammelstellen, wo sie bewaffnet werden sollten.

Kontermaßnahmen der Regierung

Im krassen Gegensatz zu der Unentschlossenheit der sozialdemokratischen Parteiführung und ihren halben, zögernden Maßnahmen stand das Handeln der Regierung. Rücksichtslos, brutal und mörderisch,

fest entschlossen, den faschistischen Kurs gegen die Arbeiterschaft um jeden beliebigen Preis durchzusetzen, vor keinem Blutvergießen zurückscheuend, ließ die Regierung die wohlvorbereiteten Unterdrückungsmaßnahmen abrollen. Die Leiter der Exekutive hatten seit Frühjahr 1933 in wiederholten Besprechungen beim Bundeskanzleramt diese Maßnahmen eingehend erörtert. Dabei hatte auch die Regierung noch keineswegs für diesen 12. Februar den Kampfausbruch erwartet. So ließ Vizekanzler Major Emil Fey, obwohl er am Vortage eine Drohrede gehalten hatte, in aller Früh des 12. seine Gattin zusammen mit der Gattin des Staatssekretärs für Sicherheitswesen, Karwinsky, zu einer Winterhilfsaktion für Arbeitslose in einen Wiener Außenbezirk fahren.

Bundeskanzler Dollfuß war kurz vor 8 Uhr aus seiner Wohnung in das Bundeskanzleramt hinübergegangen, um einige Anordnungen zu treffen, bevor er sich in den Stephansdom zu einem anlässlich des Papstjubiläums angesetzten Hochamt begeben wollte. Der Zeitpunkt des Ausbruchs der Kämpfe traf die Regierung also völlig überraschend, was die Aussichten der Arbeiter – eine zielbewußte Führung vorausgesetzt – sehr erhöht hätte.

Die erste Meldung über die Kämpfe in Linz erhielt Karwinsky telephonisch von dort und rief sofort Major Fey in dessen Wohnung an. Dieser gab die Weisung, die Erhebung in Linz unter Einsatz aller Machtmittel der Exekutive, notfalls auch des Bundesheeres, niederzuschlagen. An eine Ausdehnung des Kampfes auf Wien glaubten die beiden nicht; Karwinsky meinte, es werde sich um eine lokale Auseinandersetzung handeln. In diesem Sinne unterrichteten sie auch Bundeskanzler Dollfuß, der sich daraufhin entschloß, den Besuch des Hochamtes nicht abzusagen. Der Chef der Landesverteidigung, Fürst Schönburg-Hartenstein, wurde überhaupt nicht verständigt. Um 11 Uhr waren sämtliche Regierungsmitglieder mit Ausnahme von Fey und Karwinsky mit den Herren des diplomatischen Korps im Stephansdom. Vorsichtshalber wies Fey aber seinen Adjutanten, Major Wrabel, an, die beiden Damen mit [11:] einem Auto aus dem Außenbezirk zurückzuholen. Es wurden auch alle erdenklichen Sicherheitsmaßnahmen getroffen: Polizei und Gendarmerie, das Bundesheer, das aus den faschistischen Organisationen (Heimwehr, Ostmärkische Sturmsharen, Freiheitsbund) gebildete sogenannte Freiwillige Schutzkorps wurden alarmiert und in den Stand höchster Bereitschaft gesetzt. Von den Sicherheitsbeamten hatten an diesem Montagvormittag nur 300 Mann Dienst gehabt, um 11 Uhr war die gesamte Polizei in Alarmbereitschaft versetzt.

Um 10.15 Uhr gab der Wiener Polizeipräsident, Dr. Eugen Seydel, die Nachricht vom Kampfausbruch in Linz dem Wiener Stadtkommandanten des Bundesheeres, Generalmajor Ing. Eugen Luschny, mit der Bitte bekannt, „*die Garnison in strenge Bereitschaft zu stellen*“. Um 10.40 Uhr verfügte der Stadtkommandant die Kasernierung der Garnison.

Daß es diesmal mit dem Kampf ernst werden würde, wurde der Regierung erst während der Messe im Stephansdom klar. Der französische Gesandte in Wien, Gabriel Puaux, dessen Sympathien der faschistischen Regierung gehörten und der dem Gottesdienst im Stephansdom beiwohnte, notierte:

„Das diplomatische Korps hatte im Chorgestühl Platz genommen. Ich sah, mit dem Gesicht mir gegenüber, den Kanzler, ernst, erstarrt in einer sorgenvollen Bewegungslosigkeit. Kardinal Innitzer zelebrierte das Hochamt. Um 11.47 Uhr erloschen plötzlich die elektrischen Lampen, dann wurden sie wieder hell, dann wieder dunkelten sie ab im Zeitraum weniger Sekunden. Das hohe Kirchenschiff war finster. Wachskerzen erleuchteten nur schwach den Chor. Das Signal zu dem aufrührerischen Generalstreik war jetzt gegeben worden; das Licht der Industrie hatte dem Befehl der marxistischen Führer gehorcht. Auf dem Altar flammten noch immer die mittelalterlichen Kerzen des katholischen Österreich.“

Der Vizepräsident der Polizei, Michael Skubl, mobilisierte die berittene

Polizei. Er trat für die sofortige Anforderung der Militärassistenten ein. „*Wir waren viel zu schwach, wir konnten uns gegen die Massen nicht behaupten. Ich war gleich dafür, daß Militär zur Verstärkung aufgeboden werde*“, erklärte er später. Auch Polizeipräsident Seydl sprach die Befürchtung aus, daß der Schutzbund nunmehr zu den Waffen greifen und die Kasernen stürmen könnte.

Die Exekutive ist entschlossen, gegen die Arbeiter auch die schwersten Waffen in Anwendung zu bringen. Um 12 Uhr sind 16 Geschütze kampfbereit gestellt; ihre Zahl erhöht sich in der Nacht um acht Batterien zu je zwei Geschützen.

Um 12.15 Uhr steht die gesamte Polizei unter Gewehr. Es werden Patrouillen zusammengestellt. Um 14 Uhr fand im Polizeipräsidium eine Beratung über [12:] das weitere Vorgehen statt. Während die Polizeidirektion den Vorschlag machte, die Gas- und E-Werke durch das Bundesheer besetzen zu lassen, war das Militärkommando der Ansicht, daß dies nur zu einer Zersplitterung der Kräfte führen und keinen Erfolg garantieren würde. So entschied man sich dafür, zuerst die Innere Stadt gegen einen möglichen Angriff der Schutzbündler aus den Außenbezirken zu sichern und dann diese anzugreifen.

Die Regierung verkündete das Standrecht. In ihrem durch das Radio – die Rundfunkstation war von den Arbeitern nicht angegriffen worden! –, durch die Presse und durch Maueranschläge verbreiteten Aufruf wurde behauptet, die Niederschlagung „einer gewaltsamen Aktion“ in Linz verhindert zu haben. Weiter hieß es: *„In Wien haben Teile der sozialdemokratisch organisierten Arbeiter des städtischen Elektrizitätswerkes die Arbeit niedergelegt. Deshalb wurde auch in Wien das Standrecht verhängt. Die Bundesregierung hat unter Bereitstellung des gesamten Machtapparates alle Maßnahmen getroffen, um diese planmäßigen verbrecherischen Anschläge bolschewikischer Elemente im Keime zu ersticken.“*

Bald nach Mittag marschierten Abteilungen des Bundesheeres im Eilschritt aus den Kasernen, besetzten die Brücken über den Donaukanal, sperrten etwa eine Stunde später zusammen mit Polizisten die Innere Stadt mit Stacheldrahtverhauen ab. Maschinengewehre wurden in Stellung gebracht, auf den Kreuzungspunkten die Posten verstärkt. Der Verkehr wurde nicht unterbrochen, aber strengster Legitimationszwang an acht offengehaltenen Zugängen eingeführt. Bewaffnete Patrouillen durchzogen die Stadt; die Polizei, die nach dem Aufhören der Stromabgabe blitzartig von der Straße verschwunden war, kehrte nunmehr mit Stahlhelm, den harmlosen Gummiknüppel gegen Karabiner vertauscht, auf die Straßen zurück. Bis dahin war die Innere Stadt mit dem Sitz der Bundesbehörden und den wichtigsten Regierungsstellen ohne genügend Verteidigungskräfte gewesen, jedem Angriff preisgegeben. Ein energischer Vorstoß der Arbeiter aus den Außenbezirken hätte eine für die Regierung gefährliche Situation geschaffen. Selbst der offiziöse Regierungsbericht gab das nachträglich zu: „Die ersten Nachmittagsstunden stellen einen gewissen, etwa bis 14.30 Uhr reichenden Schwächezeitraum dar, der erst in dem Augenblick überbrückt ist, als um die genannte Stunde die drei verkrafteten (das heißt über Kraftwagen verfügende – A. R.) Bataillone in der Roßauer Kaserne zur Verwendung bereit stehen.“ (Der Februar-Aufbruch 1934. Das Eingreifen des österreichischen Bundesheeres zu seiner Niederwerfung. Nur für den Dienstgebrauch. Im Auftrage des Bundesministeriums für Landesverteidigung als Manuskript gedruckt (Wien) 1935, S. 44/45.)

[13:] Aber der Schutzbund, der sich an den vorgesehenen Stellen sammelte, hatte, wie der Leiter des Republikanischen Schutzbundes, Julius Deutsch, selbst schrieb, „zwar die Waffen an seine Mitglieder verteilt, aber nichts weiter unternommen“, (Julius Deutsch: Ein weiter Weg. Lebenserinnerungen, Wien 1960, verhängnisvolle Weisung, an die S. 207.) sondern ließ, gebunden der den Angriff Regierungstruppen abzuwarten, der Exekutive genügend Zeit, ihre Vorbereitungen zu treffen, überließ ihr die so entscheidende Initiative. Statt die notwendige und erwartete Offensive auf die Innenstadt zu unternehmen, warteten die Schutzbundabteilungen, auch soweit sie von ihren Kommandanten Waffen erhielten, den Angriff der von den faschistischen Heimwehren unterstützten Polizei die in den Vorstädten ab. Diese umstellte systematisch Arbeiterheime, Siedlungen und die Wohnkomplexe der Gemeinde Wien, um Punkte zu besetzen, an denen sich nach ihren Informationen und Mutmaßungen die Schutzbündler sammeln sollten, um Waffen zu erhalten. Allerdings sind hier die Arbeiter zuerst noch stärker als ihre Gegner.

Der erste Tote

Noch vor der Ausschaltung des elektrischen Stromes gab es den ersten Toten. Um 11.10 Uhr wurde im XI. Wiener Bezirk, Simmering, der Polizeirayonsinspektor Josef Schiel in der Eichenstraße beim Versuch, den bewaffneten Arbeiter Franz Havlicek festzunehmen, von diesem erschossen.

Kampfbeginn in Sandleiten

Die ersten Kämpfe entbrannten um 13 Uhr bei der städtischen Wohnbauanlage Sandleiten im XVI. Bezirk, Ottakring. Die Polizei, die den riesigen Häuserkomplex stürmen wollte, mußte sich wegen des heftigen Feuers aus Gewehren und Maschinengewehren hinter eine Mauer in der Parkanlage zurückziehen, Die an den Straßenkreuzungen aufgestellten Maschinengewehre des Schutzbundes schlugen auch eine zur Verstärkung der Polizeibeamten Polizei mit fünf Maschinengewehren herbeieilende Alarmkompanie der Polizei zurück. Die mußte Militärassistentz anfordern. Aber beim Stadtkommando liefen seit 15.30 Uhr soviel Anforderungen ein, daß sie nur schwer befriedigt werden konnten. Erst als es sich zeigte, daß der Schutzbund die Innere Stadt [14:] nicht angriff, konnte mehr Militär in den Außenbezirken eingesetzt werden. „Die Möglichkeit hierzu ist gegeben, weil in der Inneren Stadt zum Glück vollkommene Ruhe herrscht“, heißt es in dem offiziellen Bericht. Um 16 Uhr wurde das 1. motorisierte Bataillon des Infanterieregiments Nr. 3 mit der Gebirgskanonenbatterie 8 des Selbständigen Artillerieregiments mit der Assistenzleistung betraut. Die Soldaten hielten mit der Polizei den Sandleitenhof mehrere Stunden lang unter Beschuß; ein Artilleriebombardement war jedoch noch nicht gestattet. überraschenderweise stellten die Arbeiter um 18 Uhr – angeblich auf Anweisung von Kurieren – das Feuer ein. Doch wagten die Truppen wegen der vorgeschrittenen Dunkelheit das Eindringen in den Hof nicht, und die Soldaten wurden um 21.30 Uhr zur Kampfstätte Ottakring-Arbeiterheim abgezogen. Die Verteidiger nützten die Möglichkeit, sich in der Dunkelheit zu entfernen; ein Teil von ihnen suchte mit der Waffe in der Hand den Weg zum zweiten Kampfplatz im Bezirk, dem Ottakringer Arbeiterheim.

Reumannhof

Eine Stunde später als in Sandleiten, um 14 Uhr, versuchten die Regierungstruppen den Gemeindebau Reumannhof auf dem Margaretengürtel im V. Bezirk, Margareten, einzunehmen. In dessen Nähe hatte sich in einem Gasthaus die als Schützenverein „Steinadler“ getarnte Alarmkompanie „Matteotti“ des Schutzbundes gesammelt. Hier erhielt der fünfundzwanzigjährige Zugführer Emmerich Sailer den Befehl, den Tanzsaal im Reumannhof zu besetzen, der sich im Keller unter dem Turmtrakt befand. Sailer war nur Ersatzkommandant, denn der eigentliche zuständige Schutzbundführer war verhaftet worden. Die Aufgabe bestand darin, den Saal so lange zu halten, bis die Waffen herausgeholt und verteilt waren. Die 30 Männer, Schutzbündler und Wehrturner, die Sailer befehligte, hatten als Bewaffnung nur Pistolen und sogenannte Schmiervasen. Das waren Rohre aus Gußeisen oder Messing, mit einem Sprengstoffgemisch geladen, die als Handgranaten dienten. Eine fünf Zentimeter lange Zündschnur mit einem Reibkopf wurde an einer Zündholzschachtel in Brand gesetzt; die Explosion erfolgte fünf Sekunden darauf. Von diesen Handgranaten erhielt jeder Schutzbündler zwei Stück.

Um 14 Uhr erschien ein Überfallsauto der Polizei vor dem Reumannhof. Da zwei als Wache aufgestellte Schutzbündler flüchteten, konnte die Polizei [15:] ungehindert bis in den Keller gelangen. Hier aber setzten ihr die Schutzbündler bewaffneten Widerstand entgegen. Die Polizisten mußten sich zurückziehen. Auch als ein zweites Polizeiauto mit acht Mann und einem schweren Maschinengewehr kam, konnte die Polizei nichts ausrichten.

Beim Versuch, durch einen rückwärtigen Gang einzudringen, erlitten die Polizisten wieder schwere Verluste. Unterdessen hatten die Schutzbündler die Waffen ausgegraben. Es waren Karabiner und ein englisches Maschinengewehr; aber es fehlte die Munition dazu. Trotzdem setzen die Schutzbündler den Widerstand fort und hielten die Polizisten so lange in Schach, bis diese Militärverstärkung erhielten. Um 19 Uhr rückte das Feldjägerbataillon zu Rad Nr. 4 gegen den Reumannhof vor, wurde aber auf dem Marsch aus den Gebüsch in den Parkanlagen am Gürtel wiederholt beschossen. Daher konnten die Soldaten erst nach einem Feuergescheit mit den in den Anlagen verstreuten Arbeitern weiter vorrücken, worauf sie alle Ausgänge des großen Häuserkomplexes besetzten und zur Vorberereitung des Sturmangriffs ein heftiges Salvenfeuer auf den Reumannhof richteten. Beim Versuch, die Türen des Tanzsaals zu sprengen, wurde ein Offizier mit der Granate in der Hand von einer Kugel getroffen und durch die Explosion zerrissen. Aber einem anderen gelang es, die Türen zu sprengen, worauf sich die Schutzbündler in den Keller zurückzogen, dort setzten sie die Verteidigung erbittert

fort. Doch als das elektrische Licht wieder aufflammte, ein Zeichen, daß der Generalstreik nicht funktionierte, ergaben sich die Schutzbündler der Übermacht.

Als die Soldaten um 6.20 Uhr des Dienstagmorgens in die Kasernen abgezogen wurden, unternahmen schon eine halbe Stunde später die Arbeiter einen Feuerüberfall auf die beim Reumannhof zurückgebliebenen Polizisten und Schutzkorpsleute. Das stärkste Feuer kam aus dem benachbarten Matteotthof, aber auch von Meidlinger Schutzbündern, die von ihrer Seite des Gürtels aus angriffen. Gegen den Matteotthof wurden Polizei und Schutzkorps eingesetzt, denen es gelang, um die Mittagszeit den Hof zu besetzen.

Neue Front in Ottakring

Die dritte Kampffront, die sich am Montag, den 12. Februar in Wien bildete, entstand beim Ottakringer Arbeiterheim. Hier setzte die Polizei zum erstenmal Panzerautos ein, von denen sie nach dem 15. Juli 1927 drei Stück erhalten hatte. Auf der anderen Seite nahmen auch Nichtschutzbündler in größerer Zahl [16:] am Kampf teil, und die Exekutive geriet in eine kritische Situation, als die Arbeiter das Polizeiwachzimmer in der Panikengasse angriffen. Darüber heißt es in der halbamtlichen Veröffentlichung „Der Fall der roten Festung“:

„Schon am 12. Februar mittags mußten die Sicherheitsbeamten in der Panikengasse feststellen, daß sich in ihrer unmittelbaren Nähe Zivilpersonen auf der Straße und in den Häusern bewaffneten. Eine sofort ausgesendete Polizeiabteilung erhielt heftiges Feuer von allen Seiten, wodurch ein Wachmann getötet, drei andere Beamte schwer verletzt wurden. Die kleine Abteilung mußte sich wieder ins Wachzimmer Panikengasse zurückziehen und forderte Sukkurs an. Obgleich dieser vom Kommissariat Ottakring sofort beigelegt wurde, trat keine Erleichterung der Situation ein ...

Um 7 Uhr abends langten zur Brechung des Widerstandes zwei Panzerautos ein, aus denen die Hasner- und die Koppstraße unter Feuer genommen wurden, worauf sich die Lage im Wachzimmer einigermaßen besserte. Kaum waren aber die Panzerautos wieder abgezogen, als das Feuer neuerdings in unverminderter Heftigkeit aufflammte; auch konnte wahrgenommen werden, daß in den umliegenden Straßen, insbesondere in der Klaus- und der Kreitnergasse, Barrikaden errichtet wurden. Auch ein neuerdings herangezogenes Panzerauto nebst einem Aufgebot von 50 Wachebeamten vermochte der Lage nicht Herr zu werden ...“

Erst das Militär, das von der Sandeilen abgezogen und zur Einnahme des Ottakringer Arbeiterheimes entsandt wurde, konnte auch die Wachleute in der Panikengasse befreien.

Die Hauptkraft des Schutzbundes konzentrierte sich im Ottakringer Arbeiterheim. Die einzelnen Schutzbundgruppen, die bewaffnet zum Arbeiterheim zogen, wurden schon auf dem Wege in kleinere Schießereien verwickelt. Sie errichteten vor dem Arbeiterheim und dem benachbarten Volkerthof drei mächtige Barrikaden und riegelten die Polizeiwohnhäuser und die Radetzkykaserne auf der Schmelz ab, wo starke Kräfte der Exekutive in Bereitschaft standen. Dabei gab es die ersten Toten und Verwundeten.

Nachmittag wurden die Barrikaden von Polizeipanzerwagen und Alarmabteilungen der Polizei angegriffen: doch die Schutzbündler schlugen den Angriff zurück. Daraufhin wurde die Militärassistenz angefordert. Die Schutzbündler nahmen Verbindung mit Schutzbundgruppen in den umliegenden Bezirken auf und gingen gegen den Gürtel vor. Das heranrückende Militär zwang sie jedoch abends, sich in das Arbeiterheim zurückzuziehen, das nunmehr von Militär, Polizei und Schutzkorps zwei Tage und zwei Nächte bestürmt wurde.

[17:]

Artillerie gegen Arbeiterwohnungen

Inzwischen hatte der im ehemaligen Kriegsministerium am Stubenring tagende Ministerrat die Erlaubnis erteilt, die aufgefahrene Artillerie in Aktion treten und die Wohnhäuser mit Granaten und Minenwerfern beschießen zu lassen. Es wurde bis jetzt nicht festgestellt, wer als erster diesen Einsatz vorgeschlagen hat. Einer späteren Meldung nach stammt der Vorschlag vom Heeresminister, Generaloberst Schönburg-Hartenstein, einem ehemaligen reichsdeutschen Offizier. Seine Begründung

war: „*Wenn wir den Aufstand schnell und mit geringsten Opfern niederschlagen wollen, dann müssen wir Artillerie einsetzen!*“

Angesichts der weltweiten Empörung über das Artilleriebombardement der eigenen Bevölkerung ließ die Dollfuß-Regierung nachträglich eine Reihe von Entschuldigungsgründen anführen. So hätte sich angeblich Dollfuß zunächst geweigert, der Beschießung durch Artillerie zuzustimmen, und statt dessen die Anwendung von Reiz- oder Tränengas verlangt. Erst als er erfahren hätte, daß es im Bundesheer wegen eines entsprechenden Verbots in dem St-Germainer Friedensvertrag keine Vorräte an Tränengas gab, hätte er wütend das Telephon mit den Worten „*Diese Trottel – das ist doch verrückt!*“ hingeworfen. Erst jetzt hätte er mit Widerwillen dem Drängen Feys nach Einsatz der Artillerie nachgegeben, der befriedigt ausrief: „*Na also, jetzt werden wir's ihnen geben!*“ Dieser rührseligen Legende widerspricht allerdings die Feststellung in der vom Bundesministerium für Landesverteidigung 1935 „nur für den internen Gebrauch“ zusammengestellten Darstellung: (Seite 10): „*Die teilweise Ausrüstung mit Reizrauchbüchsen kann füglich als eine Erhöhung des Bereitschaftsgrades des Bundesheeres gewertet werden.*“

Die Erstürmung des Ottakringer Arbeiterheimes

Das Militär entsandte, heißt es in der oben erwähnten halbamtlichen Darstellung, zunächst um 23.45 Uhr einen Panzerwagen gegen die Barrikaden, der von den Arbeitern durch heftiges Feuer zweimal vertrieben wurde. Erst beim dritten, langsamen Vorfahren konnten die Soldaten hinter ihm, unter lebhafter Beschießung durch Dachschießen, zur Ecke Koppstraße-Klausgasse gelangen und dort ein Geschütz aufstellen. Unterdessen räumten Soldaten die [18:] Artilleriefeuer gegen das Arbeiterheim eröffnet. Während der ganzen Nacht stand das Heim unter Artillerie- und Maschinengewehrfeuer, während die Dachschießen trotz andauerndem Maschinengewehr- und Gewehrfeuer nicht niedergehalten werden konnten. Im offiziellen Bericht heißt es dazu: „*Der Widerstand der Rebellen war hier nicht so leicht zu brechen wie andernorts. Auch stärkere Abteilungen der Sicherheitswache, die noch während der Nacht mit zwei schweren und zwei leichten Maschinengewehren in den Kampf eingriffen, vermochten das gegnerische Feuer nicht zum Schweigen zu bringen. Es wurde beschlossen, das Militäraufgebot zu verstärken und die Aktion erst beim Morgengrauen wieder aufzunehmen.*“ Major Fey, der um 3.20 Uhr den Kampfplatz inspizierte, ließ Verstärkung aus der Rossauerkaserne heranziehen.

Insgesamt wurden gegen das Arbeiterheim drei Schützenkompanien, eine Maschinengewehrkompanie mit zwölf leichten und vier schweren Maschinengewehren, zwei Minenwerfer und vier Feldhaubitzen eingesetzt, aus denen 21 Schuß abgefeuert wurden. Um 7.25 Uhr setzte „schlagartig“ das Feuer der Geschütze, der Minenwerfer und der schweren Maschinengewehre gegen das Ottakringer Arbeiterheim ein. Der barbarischen Beschießung konnten die Arbeiter nicht lange standhalten. Ihr Feuer wurde merklich schwächer und hörte schließlich ganz auf. Sie zogen sich in die angrenzenden Häuser zurück und beschossen die Geschütze aus den Fenstern.

Major Fey ließ es sich nicht nehmen, an der Eroberung des sturmreif geschossenen Arbeiterheimes selbst teilzunehmen. Die Polizeizeitschrift „Öffentliche Sicherheit“ berichtete: „*Um 8.30 Uhr erschien abermals der Herr Vizekanzler und beteiligte sich nach Einstellung des Artilleriefuers, nachdem Tore und Türen (mit Handgranaten) gesprengt worden waren, an dem Sturm des Militärs gegen das Arbeiterheim.*“ Aber das eingedrungene Militär fand das Gebäude leer, denn die Schutzbündler hatten es in voller Ordnung, unter Mitnahme der Waffen, durch die Kanäle, über Dachböden und Feuermauern verlassen. Nichtsdestoweniger verbreitete die Regierungspresse um 11 Uhr vormittags des 13. Februar die Lügenmeldung: „*Die Besatzung wurde zum größten Teil gefangen genommen.*“

Wie es nach der Eroberung des Arbeiterheimes aussah, berichtete der Korrespondent eines Berliner Blattes: „*Der Häuserblock beim Arbeiterheim macht einen schauerlichen Eindruck. Ein Fenster, das nicht zerschossen ist, dürfte sich dort in weitem Rund kaum finden. Die Maschinengewehrgarben haben die ganzen Häuserfronten zersiebt, Kanonenschüsse das Arbeiterheim ganz zerfetzt, in den umliegenden Häusern schwere Verwüstungen angerichtet.*“ Dabei wurden auch am Kampf [19:] unbeteiligte Zivilpersonen nicht geschont. So fanden die Frau des sozialdemokratischen Nationalrats Sever, Ida, und ihre Wohnungsnachbarin Mathilde Skoda durch Granatsplitter den Tod.

Um 9.50 Uhr besetzte das Militär noch den umliegenden Häuserblock Kreitnergasse-Klausgasse-Thaliastraße, aus dem noch zeitweise geschossen wurde, „ohne wesentlichen Widerstand“ zu finden. Doch selbst damit war der Kampfwille der Arbeiter nicht ganz gebrochen, denn als hier das Militär nachmittags zur neuerlichen Waffensuche erschien, erhielt es in der Klausgasse, vermutlich aus dem in der Thaliastraße liegenden Brauhaus, Fernfeuer. Feuerangriffe der Arbeiter gab es bis zum 14. Februar noch auf das Polizeikommissariat in der Hubergasse 5 und die Kaserne Reichartgasse 38.

Offensivstöße der Meidlinger Schutzbündler

Im XII. Bezirk, Meidling, erfuhren die meisten Arbeiter erst spät am Nachmittag, daß der Stromausfall nicht auf einem technischen Defekt beruhte, sondern das erwartete Kampfsignal war. Deshalb versammelten sich die Schutzbündler, von Einzelfällen abgesehen, am 12. erst abends in ihren Lokalen.

Die Ortsgruppe der KPÖ rief zu Demonstrationen auf. Als ein Überfallskommando der Polizei in der Eichenstraße eine Ansammlung auseinanderzujagen versuchte, kam es zum ersten Zusammenstoß. Die Arbeiter setzten sich mit Schüssen zur Wehr; es gab Tote und Verwundete. Als sich den Arbeitern bewaffnete Schutzbündler anschlossen, konnten sie die Philadelphiabrücke sowie den Bahnübergang nächst dem Meidlinger Südbahnhof besetzen. Auch die gegenüberliegende Wachstube wurde erstürmt und die erbeuteten Waffen verteilt. Die Truppen der unweit gelegenen Trainkaserne, auf deren Dächern Maschinengewehre postiert waren, konnten keinen Angriff auf die Verteidiger der Brücke unternehmen, denn sie wurden von den umliegenden Gemeindehäusern, vor allem von der benachbarten Tivolisiedlung aus, unter lebhaftem Feuer gehalten. Auch zwei weitere Polizeiwachzimmer mußten geräumt werden. Gegen 18.30 Uhr erhielten mehr Schutzbündler Waffen und besetzten bei Einbruch der Dunkelheit den ganzen Wiener Berg und weitere Gemeindehäuser des XII. Bezirks. Im Schutze der Dunkelheit bauten die Arbeiter Barrikaden in der Flurschütz-, Kofler-, Herther- und Steinbauergasse. Nachts patrouillierten in den finsternen Straßen bewaffnete Doppelposten des Schutzbundes. Am Dienstag morgens verschanzten sich Arbeiter hinter Waggons [20:] des Matzleinsdorfer Frachtenbahnhofs, hinter dem Holzlagerplatz nächst der Meidlinger Hauptstraße sowie hinter der Notkirche an der Flurschützgasse, und ihr „äußerst heftiger Feuerüberfall“ auf die beim Reumannhof zurückgebliebenen Sicherheitswachen und Schutzkorpsleute brachte diese in Schwierigkeiten. Auch aus den dem Reumannhof gegenüberliegenden Gemeindehäusern entlang des Gaudenzdorfer Gürtels unterhielten die Arbeiter lebhaftes Feuer. Innerhalb Meidlings wurde auch eine der größten Angriffsaktionen unternommen, obwohl so wie in anderen Bezirken Hauptkräfte des Schutzbundes ohne Waffen blieben.

Der 38jährige Kompanieführer des Schutzbundes Max Opravil hatte in der Nacht seine Leute im Gemeindebau „Am Fuchsenfeld“ in Meidling gut bewaffnen können. Ohne von der Polizei bemerkt zu werden, hatten Lastkraftwagen der Straßenbahn, deren offizielle Aufgabe es war, die infolge des Stromausfalls auf der Strecke steckengebliebenen Straßenbahnzüge abzuschleppen, Maschinengewehre, Handgranaten und Munition herangeschafft. Gegen Morgen des 13. Februar wagte Opravil einen Vorstoß. Nach erbittertem Kampf wurden die Schutzkorpstruppen über die Gürtellinie zurückgeschlagen, wobei sie bedeutende Verluste erlitten. Bei ihnen machte sich bereits Munitionsmangel bemerkbar, und auch eine herbeigerufene Polizeiabteilung mit zwei Maschinengewehren konnte die Situation nicht verbessern. In diesem Augenblick erhielten die Schutzbündler von ihrem Kommando den Befehl zum Rückzug, wobei sich Julius Deutsch mit der Erklärung begnügte: „*Gegen 9 Uhr vormittags glaubte das Kommando, daß es zweckmäßiger wäre, die Schutzbundabteilungen zurückzuziehen.*“ Opravil gab später als Begründung für diesen Schritt an, er habe die Nachricht vom Herannahen von Militärverstärkungen erhalten. Ohne Zweifel hatte die Regierungspropaganda im Radio lähmend gewirkt.

In der Tat hatte die Polizei, als sie sich zu schwach erwies, Militärhilfe angefordert. Als diese um 10.05 Uhr auf dem Margaretengürtel ankam, ergab sich laut dem offiziellen Bericht folgendes Bild: „*In den umliegenden Gemeindebauten gut getarnte Schützen, in den sonst ziemlich menschenleeren Straßen zahlreiche von Aufrührern besetzte Hindernisse.*“ Die Schutzbündler hatten sich in den

Gemeindehäusern Fuchsenfeldhof, Liebknechthof und Bebelhof festgesetzt : vor dem Reumannhof ließen sie nur schwache Abteilungen zurück, um den Rückzug zu decken. Erst gegen Mittag konnte das Militär mit seiner Aktion beginnen. Die Soldaten erstürmten zunächst die dem Reumannhof gegenüberliegenden Gemeindehöfe am Gaudenzdorfer Gürtel, den Haydnhof [21:] sowie den Regenbogenhof, worauf sie in den Reumannhof zwei Züge Militär legten. Sodann schritt das Militär an die Räumung der Barrikaden, die von den Arbeitern verschiedentlich mit Maschinengewehren bis in die Nacht verteidigt wurden. Da nicht alle bis zum Einbruch der Nacht geräumt werden konnten, wurden sie nachts vom Militär systematisch beschossen, um ihren weiteren Ausbau zu verhindern.

Panzerzüge gegen die Arbeiter

Die Regierung setzte auch sechs Panzerzüge im Kampf ein, die vom Bundesministerium für Landesverteidigung bereits in den letzten Wochen vor Ausbruch der Kämpfe vorsorglich improvisiert und mit der notwendigen Ausrüstung bereitgestellt worden waren. Sie bestanden aus einer Lokomotive und zwei offenen Güterwagen, die mit kugelsicheren Platten bewehrt waren. Die Lokomotive war anfangs ungepanzert. Ein Militärpanzerzug fuhr am 13. Februar um 7.50 Uhr ab, um den Meidlinger Bahnhof von Schutzbündlern zu säubern. Auf dem Wege dorthin wurde er ständig aus den Gemeindehäusern entlang des Margaretengürtels beschossen. Auf der Rückfahrt beschossen ihn Schutzbündler aus dem Fuchsenfeldhof mit Maschinengewehren. Der Panzerzug mußte mehrmals eingreifen, um in Not geratene Sicherheitsbeamte zu retten. Nichtsdestoweniger konnten die Schutzbündler auch am zweiten Tag des Kampfes nicht aus ihren Stellungen in den Gemeindehäusern beiderseits des Gürtels vertrieben werden. Erst am Mittwoch, dem 14. Februar, räumte das Militär die letzten Straßensperren in Margareten weg, worauf es mit Übermacht und nach kurzem Kampf mit den kleinen Schutzbandgruppen den Liebknechthof und den nordöstlichen Teil des Gemeindebaus Fuchsenfeldhof besetzte. Den westlichen Teil hielten die Schutzbündler noch den ganzen Tag trotz der Beschießung in ihren Händen und gaben ihn erst am 15. Februar auf. Auch der Bebelhof wurde erst am 15. Februar von der Exekutive besetzt. Am Mittwoch verteidigten die Arbeiter in einem dreistündigen Gefecht auch die von ihnen besetzten Trassen der elektrischen Bahn Wien- Baden gegen überlegene Militärkräfte. Schließlich zogen sie sich in den Gemeindebau Indianerhof zurück, den sie zähe verteidigten, bis Major Fey Verstärkung heranholte. Ein ganzes Heimwehrregiment ging mit einem Panzerauto und mit Feuerunterstützung von der nahen Trainkaserne zum Frontalangriff vor, worauf die Schutzbündler die weiße Fahne hißten. Der letzte Widerstand der [22:] Arbeiter in Meidling wurde erst in den Nachmittagsstunden des 16. Februar gebrochen.

Simmering in den Händen der Arbeiter

Offensive Kämpfe gab es innerhalb des XI. Bezirks, Simmering. Hier wurde der Schutzbund sofort nach der Stilllegung der Straßenbahn mobilisiert, und um 11.15 Uhr setzten die ersten Angriffe gegen die Polizei ein. Zu Mittag waren die wichtigsten Gemeindebauten dieses Bezirks, der Höger-, Klein- und Engelhof, in den Händen der Schutzbündler; sie holten ihre dort versteckten Waffen hervor und begannen eine Offensive stadtwärts gegen den III. Bezirk zu. Sie besetzten die Strecke der Aspangbahn und die durch den Bezirk führende Ostbahnlinie. Die Gleise der elektrischen Bahn Preßburg-Wien wurden am Nachmittag von den Arbeitern der städtischen Gas- und Elektrizitätswerke verbarrikadiert. Als Antwort darauf zernierte eine Kompanie der Polizei-Alarmabteilung das E-Werk.

Als die Polizei in den Schrebergärten nächst der Hauffgasse eine Razzia unternahm, setzten sich die Arbeiter zur Wehr, konnten sich jedoch gegen das Maschinengewehrfeuer nicht durchsetzen. Ebenso wenig gelang den Arbeitern mangels genügender Kräfte der geplante Vorstoß zur Besetzung der Artilleriekaserne in Kaiser-Ebersdorf.

Hingegen erstürmten die Arbeiter sämtliche Polizeiwachen im Bezirk und schlossen das Polizeikommissariat in der Krausegasse, wohin sich sämtliche Polizeibeamte zurückgezogen hatten, vollkommen ein. Mit Maschinengewehr- und Schützenfeuer verhinderten sie den Ausbruch der Polizei und den Entsatz durch ein Bataillon Schutzkorpsleute, das um 18 Uhr erschien. Das Schutzkorps konnte nur ein Stück des Bahndammes in der Nähe des Kommissariats besetzen. Das war der einzige Punkt

in Simmering, der zu diesem Zeitpunkt im Besitz der Regierungsmacht geblieben war; im übrigen war der ganze Bezirk im Besitz der Arbeiter.

Heftige Kämpfe gab es um die Apollo-Kerzenfabrik in Simmering und um die Bundesbahnwerkstätte. Mit neuer Stärke flammten die Kämpfe am Morgen des Dienstag auf, als die eingeschlossene Polizei einen Ausfall durch die Grillgasse gegen den Hauptstützpunkt der Arbeiter, den Högerhof, versuchte. Unter dem Feuer vom Högerhof, aus den Krankenkassenhäusern und vom Damm der Aspangbahn erlitt sie schwere Verluste. Auch die auf der Simmerin-[23:]ger Hauptstraße kämpfenden Polizeiabteilungen mußten sich zurückziehen. Besonders zeichnete sich eine neu formierte Gruppe von Schutzbündlern und Jugendlichen aus, die sich in den sogenannten Krankenkassenhäusern versammelt und die am Vortag weggeworfenen Waffen wieder aufgenommen hatte. Sie war ohne Schutzbündelführer und Befehle. Als von Maschinengewehrfeuer gedeckte Truppen heranrückten, entschloß sich die Gruppe, die Exekutive aufzuhalten, um deren Durchbruch zum Laaer Berg, wo sie den Kämpfenden in Meidling und Favoriten in den Rücken fallen würden, zu verhindern. Sie holten aus der benachbarten Kerzenfabrik einen Autobus hervor und schoben ihn quer über die Grillgasse als Barrikade. Aus den Krankenkassenhäusern schoben ein Mann und seine Frau auf einem kleinen Leiterwagen ein Maschinengewehr mit Munition heran. Obwohl ohne Schutzschild und ohne andere Deckung, konnte das Maschinengewehr den Vormarsch der Regierungstruppen stoppen, die Verluste erlitten. Von der anderen Seite der Simmeringer Hauptstraße unterhielten Schutzbündler aus dem Brauhaus, der Rinnböckstraße und vom Anton-Schrammel-Hof Feuer gegen die Exekutive und unternahmen einen Angriff quer durch die Schrebergärten. Trotz Beschießung durch Artillerie, Panzerautos und einen Panzerzug konnten sie die Stellung bis zur Nacht halten. Dann lösten sie sich auf und verschwanden über Hinterhöfe und Mauern.

Am 13. Februar in der Früh war die Lage des Polizeikommissariats so kritisch, daß Vizekanzler Fey persönlich um Entsendung von Militär bat. Den ersten Vorstoß des Militärs konnten die Arbeiter zurückweisen, worauf gegen sie Artillerie und Minenwerfer eingesetzt wurden. Die Soldaten besetzten um 14 Uhr den Enkplatz und entwickelten den Kampf gegen die Gemeindebauten. Zuerst wurde der Wildholzhof beschossen und eingenommen, dann versuchte das Militär den Högerhof zu stürmen. Bei dem Sturm erhielten die Truppen Sperrfeuer aus der Nesseldorfer Automobilfabrik, den umliegenden Schrebergärten und den Krankenkassengebäuden und erlitten schwere Verluste. Wieder trat Artillerie in Erscheinung und unterdrückte das Feuer aus der Automobilfabrik und den Schrebergärten.

Den Damm der Ostbahn, der in der Nähe vorbeiführt, hielten etwa 1000 bewaffnete Arbeiter, davon etwa 15 bis 20 Kommunisten, besetzt. Gegen sie wurde dreimal einer der Panzerzüge eingesetzt, dessen Maschinengewehrfeuer zwar keinen Schaden zufügte, aber einschüchternd wirkte. Der Schutzbundkommandant lehnte trotzdem den Vorschlag der Kommunisten ab, zwei Unterführungen der Bahn zu sprengen, damit der Verkehr lahmgelegt würde. Er wollte eine Beschädigung der Sachwerte vermeiden. Gegen 16 Uhr ging [24:] den Verteidigern des Bahndamms die Munition aus. Doch erhielten sie Verstärkung durch die Schutzbündler, die sich mit einem Maschinengewehr aus den Krankenkassenhäusern auf den Bahndamm zurückgezogen hatten. Ihnen gelang es sogar, mit Maschinengewehrfeuer für kurze Zeit die Bedienungsmannschaft von vier Geschützen zu vertreiben. Der Erfolg wurde jedoch nicht ausgenützt, und das Militär kehrte bald wieder an die Geschütze zurück. Immerhin konnten trotz dem Artilleriebeschuß die Gemeindebauten an diesem Tage nicht eingenommen werden, und mit Anbruch der Dunkelheit mußte das Militär in die Kaserne zurück. In der Nacht zum 14. Februar sammelten sich in der Nähe des Zentralfriedhofs starke Abteilungen des Schutzbundes und unternahmen einen neuen Vorstoß in der Richtung des Högerhofes. Die ermüdeten Regierungstruppen kamen in eine bedrängte Lage, daher wurde das Infanterieregiment Nr. 5 mit einer Haubitzenbatterie am Mittwoch wieder nach Simmering kommandiert. Um 7.30 Uhr des 14. Februar war der Anmarsch des Militärs beendet, die Kanonen wurden in Stellung gebracht. Angesichts der Aussichtslosigkeit eines weiteren Widerstandes kapitulierten zuerst die Verteidiger des Widholzhofes. Von 8 Uhr an wurden die übrigen Gemeindebauten, die Krankenkassenhäuser und das Magistratische Bezirksamt von der Exekutive eingeschlossen. Unter der Androhung des Artilleriebeschusses wurden auch sie von den Schutzbündlern geräumt.

Nach einem Infanterieangriff ergaben sich dann der Högerhof und die anliegenden Gemeindebauten, der Klein- und Engelhof. Die eingedrungenen Truppen konnten hier jedoch fast keine Waffen finden. Am Abend des 14. Februar war die Regierung in ganz Simmering Herr der Lage.

Die Mehrzahl der in Simmering kämpfenden Schutzbündler und Arbeiter hatten sich auf den Laaer Berg zurückgezogen und sich mit einigen Abteilungen des Favoritner Schutzbundes vereinigt.

Landstraße – viele Kämpfer, wenig Waffen

Simmeringer Schutzbündler hatten auch die kämpfenden Arbeiter im benachbarten III. Bezirk, Landstraße, unterstützt; dort beherrschten die Arbeiter am Montag in den Mittagsstunden den in diesem Bezirk gelegenen Teil der Aspangbahn – die Strecke und das Heizhaus, nicht aber den Bahnhof – sowie einige Gemeindebauten. Doch litten sie stark unter mangelhafter Bewaffnung und dem Fehlen eines einheitlichen Kommandos.

[25:] Anton Kuttner, Kommandant der dritten Kompanie des Landstraßer Schutzbundes, später ein bekannter KPÖ-Funktionär, berichtete: „*Wir hatten im Bezirk einen Stand von 385 Schutzbündern. An den Sammelstellen fanden sich jedoch 2000 Arbeiter ein – Sozialisten und Kommunisten. Die Polizei zog sich zurück; ein Doppelposten lief bei unserem Erscheinen von seinem Maschinengewehr davon. Der Schutzbund war unbestrittener Herr des ihm zugewiesenen Gebietes.*“ Aber weder der Schutzbundbataillonskommandant Adamek noch der damals führende SP-Mann im Bezirk, der spätere Sozialminister der Zweiten Republik, Maisel, waren zur Stelle. „*Da wir die Schlüssel zu den Waffenlagern nicht bekommen konnten*“, fährt Kuttner fort, „*wurde ein Magazin aufgesprengt. Trotzdem verfügten wir über höchstens neunzig Gewehre für zweitausend kampfgewillte Arbeiter ... Statt des erhofften Befehls zum Angriff kam eine Weisung des Bataillonskommandanten, der inzwischen wieder die ‚Führung‘ übernommen hatte: Zurück zur Sammelstelle! Waffenlieferungen wurden für den nächsten Tag in Aussicht gestellt.*“ („Volksstimme“, 12. Februar 1947.)

Als sie dann am Dienstag wieder zur Stelle waren, wurden sie vom Schutzbundkommando zum zweitenmal ohne Waffen und Kampfauftrag nach Hause geschickt. Die Polizei wagte am Montag keinen Angriff auf die von den Arbeitern besetzten Objekte. Am Abend besetzten Schutzbündler mit Unterstützung der Simmeringer Genossen den Zentralviehmarkt, erstürmten das dortige Wachzimmer und verbarrikadierten die Eingänge zum Schlachthaus. Am Dienstag setzten sie den Angriffen der Polizei und des Schutzkorps erbitterten Widerstand entgegen. Sie wurden von Abteilungen des Schutzbundes im großen Raabenhof und in den kleineren Gemeindebauten sowie durch Schüsse aus Privathäusern in der Apostelgasse, Baumgasse und der Barmherzigengasse unterstützt. Erst Militär gelang es in einem viertelstündigen Feuergefecht diese Häuser einzunehmen und zu durchsuchen. Mittlerweile hatte auch von Simmering her die Aktion der Regierungstruppen gegen den Schlachthof eingesetzt, so daß die Schutzbündler im Laufe des Vormittags von zwei Seiten angegriffen wurden. Sie mußten sich daher in die „Erdberger Mais“ zurückziehen, wo sie unerwartet ein Panzerzug des Bundesheeres angriff. Um 14 Uhr war der gesamte Komplex des Zentralviehmarktes von den Regierungstruppen eingenommen, um 17 Uhr schließlich auch das Gebäude der Produktivgenossenschaft der Fleischauger. Am 14. Februar wurde neuerlich Militär eingesetzt, das bis zum Abend mehrere Privat- und Gemeindebauten, darunter das Schutzbundheim und die Straßenbahnremise Erdberg, besetzte, womit die Kämpfe im III. Bezirk ihr Ende gefunden hatten.

[26:]

Das Heldenepos des Karl-Marx-Hofes

Der am meisten Aufsehen erregende Kampfplatz war der Karl-Marx-Hof, der im XIX. Bezirk, Döbling, in der Heiligenstädter Straße gelegene Wohnkomplex von einem Kilometer Länge, wo die Kämpfe vier Tage lang tobten. In Döbling setzte die Mobilisierung des Schutzbundes erst spät ein. Noch am Montag, um 14 Uhr konnte die Polizei sowohl den vorgesehenen Sammelpunkt der Schutzbündler, das Arbeiterheim, durchsuchen, bevor die Arbeiter erschienen waren als auch den Karl-Marx-Hof selbst. Erst etwa eine Stunde später holten die Schutzbündler die Waffen heraus. Bei der Schule in der Grinzingner Straße 95 fielen die ersten Schüsse. Die Schutzbündler, die mit den Waffen

kamen, wurden von den im Heiligenstädter Park verschanzten Polizisten mit heftigem Feuer belegt und schossen zurück. Bei diesem Gefecht wurde ein Schutzbündler tödlich getroffen.

Um dieselbe Zeit stieß eine bewaffnete Schutzbundgruppe an der Ecke Barawitzkagasse und Heiligenstädter Straße mit einer gegen den Karl-Marx-Hof entsendeten Patrouille der Polizei zusammen, wobei ein Revierinspektor getötet und ein Wachmann schwer verletzt wurden. Deswegen klagte der Staatsanwalt später den 36jährigen Zugsführer des Schutzbundes, Emil Svoboda, des Mordes an. Obwohl kein Beweis erbracht werden konnte, daß Svoboda die tödlichen Schüsse abgegeben hatte, wurde er am 16. Februar vorn Standgericht zum Tode verurteilt und zwei Stunden darauf gehenkt.

Vom Karl-Marx-Hof aus vertrieben Schutzbündler nach heftigem Schnellfeuer Montag gegen 20 Uhr die schwerbewaffnete Polizei, die nach ihren eigenen Angaben knapp vorher zwei Schutzbündler getötet hatte, aus dem Wachzimmer am Bahnhof Heiligenstadt der Franz-Josefs-Bahn. Einige Polizisten wurden von den Schutzbündern verhaftet, der Rest flüchtete auf den Bahnsteig, wo er sich zusammen mit einer kleinen Schar Heimwehler verzweifelt gegen die anstürmenden Schutzbündler verteidigte. Der zum Heiligenstädter Bahnhof entsandten Verstärkung gelang es schließlich, das Wachzimmer zurückzuerobern, einen Angriff auf den Mittelpunkt des Karl-Marx-Hofes beim „Blauen Bogen“ schlugen jedoch etwa 250 bewaffnete Schutzbündler zurück.

In den Abendstunden unternahmen die Schutzbündler an vier Stellen Angriffe auf die Sicherheitswache.

Nach ihrem ersten erfolglosen Angriff auf den Karl-Marx-Hof forderte die Polizei auch hier Militärasistenz an, das um 23 Uhr Artillerie auf der Hohen [27:] Warte aufstellte, von wo aus es den Karl-Marx-Hof gut im Ziel hatte und Dienstag um 1 Uhr das Haubitzenfeuer eröffnete. Danach versuchte das Militär mit drei Zügen den „Blauen Bogen“ zu erstürmen, mußte sich aber unter dem Feuer der Verteidiger zurückziehen. Daher wurden von neuem Panzerwagen und schwere Geschütze angefordert. Um 4 Uhr kam Major Fey zur Inspektion und billigte den Plan, den Karl-Marx-Hof durch Artillerie sturmreif zu schießen. Die Schutzbündler verteidigten sich indessen weiter. Ihre Stimmung war allerdings durch den Umstand gedrückt, daß am Morgen Arbeiter, darunter auch solche, die nachts mitgekämpft hatten, zur Arbeit gehen wollten. Auf die Vorbehalte der kämpfenden Schutzbündler gaben sie zur Antwort: *„Ihr könnt leicht reden, ihr seid's arbeitslos und habt's kan Posten zu verlieren.“*

Es war eben in jener Zeit leichter, für die Freiheit sein Leben zu riskieren als seine Arbeitsstelle. Es war die drückendste Vorstellung jener Zeit, arbeitslos zu werden und für viele Jahre die Möglichkeit zu verlieren, seine Familie halbwegs ernähren zu können.

Das Feuer der Schutzbündler gegen den Bahnhof war so stark, daß der Zugverkehr nur bis Nußdorf funktionieren konnte. Um 9.45 Uhr traf die Artillerie den „Blauen Bogen“ in der Höhe des dritten Stockwerks und zertrümmerte die Wohnung einer Arbeiterfamilie vollständig. Dann schritt unter dem Schutz der schweren Maschinengewehre und mit Unterstützung der Panzerwagen die erste Sturmtruppe zum Angriff. Das Feuer der Verteidiger ließ nicht nach. Die Feldjäger bezwangen die Barrikaden vor dem Karl-Marx-Hof.

Nach einigen Stunden erbitterten Kampfes drangen Heimwehr und Soldaten durch das große Tor des zerschossenen „Blauen Bogens“ in die unteren Stockwerke ein. Die Schutzbündler setzten den Widerstand fort. Die Truppen, die mit Hilfe geballter Handgranatenladungen die in die einzelnen Höfe führenden Eisentore gesprengt hatten, wurden beim Eindringen ununterbrochen beschossen. In dem zerschossenen Gebäude kämpften die Arbeiter mit allen zur Verfügung stehenden Waffen um jeden Korridor, um jede Tür. Die Regierung meldete bereits die Einnahme des Wohnblocks, doch zu Mittag konnten die Schutzbündler das weitere Vordringen der Regierungstruppen aufhalten.

In der Darstellung der Polizeidirektion hieß es dazu:

„Leider mußte die Säuberung des Karl-Marx-Hofes bald abgebrochen werden, da wegen der bedrohlichen Situation in Floridsdorf die Truppen des Bundesheeres, die schwere Artillerie sowie zwei Panzerwagen der Sicherheitswache, welche den Infanterieangriff unterstützt hatten, nach Floridsdorf

abzugehen hatten. Durch dieses Abziehen der Truppen, insbesondere aber durch die lebhaftige Tätigkeit im Gemeinde-[28:]bau Obkirchergasse, wurden die Schutzbündler des Karl-Marx-Hofes wieder ermutigt, besetzten neuerdings ihre Stellungen und begannen um die Mittagsstunde wieder ein heftiges Gewehrfeuer gegen das Wachzimmer Bahnhof Heiligenstadt ...“

Eine andere halbamtliche Darstellung spricht vom „*Krisenpunkt der ganzen viertägigen Kämpfe*“.

Hingegen konnten die Regierungstruppen am Dienstag die übrigen von den Schutzbündern besetzten Gemeindebauten in Döbling mit Hilfe von Artillerie einnehmen. In der Nacht zum Mittwoch kamen Truppen aus Korneuburg zum Karl-Marx-Hof, wagten aber den ganzen Tag über keinen Angriff, die Schutzbündler blieben Herren des Hofes und beschossen alle Polizisten und Schutzkorpsleute, die sich in ihre Nähe wagten. Als aber das Bundesheer in überwältigender Stärke aufmarschierte (zwei Bataillone Infanterie, zwei Haubitzenbatterien und eine Kanonenbatterie), wäre weiterer Widerstand sinnlos gewesen. In Beantwortung des von Bundeskanzler Dollfuß verkündeten Ultimatums wurden am Donnerstag, dem 15. Februar, um 11.30 Uhr weiße Fahnen gehißt.

Doch die Regierungstruppen warteten weitere Verstärkungen ab, bevor sie um 14.35 Uhr in den Karl-Marx-Hof eindrangen und die Waffensuche begannen. Es gab hier jedoch weder einen einzigen Schutzbündler noch irgendwelche Waffen zu finden. Die Schutzbündler hatten den Bau ausnahmslos mit ihren Waffen durch die unterirdischen Kanäle verlassen.

Im übrigen Wien Montag meist Ruhe

In den anderen Wiener Bezirken kam es am Montag fast zu keinen größeren Kämpfen, höchstens zu kleineren Zusammenstößen, wobei Tote und Verwundete auf beiden Seiten zu verzeichnen waren. Der große Arbeiterbezirk Floridsdorf griff erst am Dienstag in die Kämpfe ein. Einen Schußwechsel gab es noch im XIII. Bezirk, Hietzing, wo sich Schutzbündler im Kinderfreundeheim am Goldmarkplatz versammelt hatten. Statt der erwarteten 130 Mann kamen nur etwa 30 zusammen, denen der Bataillonskommandant 17 Gewehre und 50 Pistolen zur Verfügung stellen konnte. Der Unterführer Karl Münichreiter brachte noch einige Gewehre. Da wurde die Baracke von einem Polizeiüberfallauto angegriffen. Im Geschoßhagel der Schutzbündler verlor die Polizei die Hälfte ihres Bestandes und flüchtete. Als sie Verstärkung [29:] erhielt, zog sich der Großteil der Schutzbündler unter Schußwechsel über den Roten Berg zurück. Die in der Baracke zurückgebliebenen acht Schutzbündler ergaben sich. Unter den Flüchtenden war der 43jährige Karl Münichreiter, ein arbeitsloser Vater von drei Kindern. Er war bereits seit langem mit der Kapitulationspolitik der sozialdemokratischen Parteiführung nicht einverstanden gewesen, hatte sich der Linksopposition in der SPÖ angeschlossen gehabt und stand in engem Kontakt mit den Kommunisten. Schwer verwundet mußte er zurückgelassen werden und fiel der Polizei in die Hände. Er kam trotz seiner Verwundung vor das Standgericht und wurde am 14. Februar gehängt.

Die Schutzbündler im X. Bezirk, Favoriten, wo sich die sozialdemokratische Kampfleitung befand, blieben in der Defensive, sie besetzten im Laufe des Montags die großen Gemeindebauten Quellenstraße 24a und b, die benachbarte Ankerbrotfabrik, einige kleinere Betriebe, die Anlagen des Jean-Jaurès-Hofes, die Rasenstadt, den Pernerstorfer- und den G.-Washington-Hof, den Werkstättenweg und den Ostbahnsteg und warteten dort Befehle ab. Erst als die Regierungstruppen sie angriffen, setzten sie sich mancherorts zur Wehr. Josef Spanner, Schutzbundkommandant im Quellenhof, später Offizier in den Internationalen Brigaden in Spanien und kommunistischer Funktionär, berichtete, daß sich nach 10 Uhr vormittags etwa 500 Schutzbündler versammelt hatten und gegen 12 Uhr den ersten Angriff der schwerbewaffneten Polizei abschlugen. *„Da kam gegen Mittag vom Washingtonhof, Kampfstellung Süd, der Befehl, sofort die Waffen zu verstecken und weitere Befehle abzuwarten. Wir sagten uns danach: ‚... kein Zurück mehr.‘ Die Männer hielten die Barrikaden. Die Frauen und Mädchen brachten uns Munition und Waffen aus unseren Verstecken ... Erbitterte Angriffe des Heeres und der Heimwehr schlugen wir ab.“* Dreimal versuchten die Faschisten vergebens, den Quellenhof zu stürmen. *„Da erschienen Panzerwagen. Ein Großteil der Arbeiter war durch das Versagen des sozialdemokratischen Parteivorstandes entmutigt ... Auch wir vom Quellenhof gaben (am Dienstag – A. R.) nach.“* („Der Abend“, 12. Februar 1949.)

Das Versagen der „Kampfleitung“

Wo in Wien gekämpft wurde, zeigten sich ungeachtet des Heldenmutes der Schutzbündler und der einzelnen von ihnen errungenen Erfolge bereits am ersten Kampftag die Folgen der verderblichen Taktik der sozialdemokratischen Parteiführung. Allen strategischen Erwägungen und aller historischen Erfah-[30:]rung entgegen wurde der Schutzbund nicht eingesetzt, die Bahnhöfe zu besetzen, die Radioanlagen, die Post- und Telegraphengebäude in die eigenen Hände zu nehmen, was ihm in der herrschenden Verwirrung sicher leichtgefallen wäre. Statt in die Innere Stadt vorzudringen, um die Regierungsgebäude zu erobern, wurden die Schutzbündler in ihren Verteidigungsstellungen zurückgehalten. So waren sie binnen wenigen Stunden auf einzelne von einander getrennte Widerstandsnester zurückgedrängt. Die einzelnen Gruppen kämpften isoliert, ohne Verbindung zueinander, ohne zentralen Plan und ohne zentrale Führung. Es fehlte eine zentrale Kampfleitung, die imstande gewesen wäre, die einzelnen Kampfhandlungen zu koordinieren, zu einer konzentrierten Aktion zusammenzufassen. Eine Kampfleitung war zwar in der Stärke von sechs Mann unter der Führung von Otto Bauer und Julius Deutsch eingesetzt worden. Ihr gehörten auch der Schutzbundsekretär Karl Heinz, ferner der Gewerkschaftssekretär Schorsch und der Wiener Gemeinderat Hans Pokorny an, der nach der Verhaftung der bisherigen militärischen Führer zum Leiter des Wiener Schutzbundes ernannt worden war. Rosa Jochmann, das jüngste sozialdemokratische Parteivorstandsmitglied, saß beim Radioapparat und hörte die Meldungen über den Kampfverlauf ab. Eine vorgesehene Verbindung mit den einzelnen Kampfkommandanten in Wien und in den Bundesländern mit Kurzwellensendern klappte von Anfang an nicht.

Selten war es einer Kampfleitung beschieden, eine so klägliche Rolle zu spielen, wie diesem Generalstab, der die Kämpfenden ohne Führung und Anleitung ließ. Freilich hätte ein Funktionieren dieser Kampfleitung auch nichts zum Besseren gewendet, da ihre ganze Planung verderblich war. Das Mißgeschick der Kampfleitung begann schon damit, daß sie nicht einmal die für sie auf dem Wienerberg von Stadtrat Otto Glöckel vorbereiteten Büroräume des Stadtschulrates beziehen konnte, da diese nicht frei waren. Nur mit Mühe gelang es ihr, im Wohnzimmer eines sozialdemokratischen Kaufmanns im Gemeindebau Ahornhof eine Notunterkunft zu finden. In ihr durfte man zwar kein Licht anzünden, da der Ahornhof bald militärisch umzingelt war, dafür hatte sie den Vorteil zweier Ausgänge. Die „Kampfleitung“ hing in der Luft und hatte keinerlei Einfluß auf die Ereignisse. Mit unfreiwilliger Ironie beschreibt Julius Deutsch in seinen Erinnerungen seine damalige Tätigkeit: *„Damit uns der Lichtschein nicht verrate, lag ich – während draußen die militärischen Wachposten auf und ab stapften – auf dem Fußboden des Zimmers und schrieb beim Schein einer elektrischen Taschenlampe Weisungen, die von Motorradfahrern, [31] die auf einem gut gedeckten Platz in den Schräbergärten hinter dem Ahornhof hielten, zu den Bezirksleitungen gebracht wurden – sofern diese erreichbar waren.“* (Julius Deutsch: Ein weiter Weg. Lebenserinnerungen, Wien 1960, S. 210.)

Aber selbst wo dies der Fall war, hielt sich niemand an diese Weisungen und konnte sich niemand daran halten. Montag, nach 10.30 Uhr war es der Kampfleitung gelungen, an die Schutzbundkommandanten die erste Weisung zustellen zu lassen: *„Alarm, höchste Bereitschaft!“* Als sie sich aber zwischen 12 und 14 Uhr entschloß, den Befehl herauszugeben: *„Sofort Schutzbund bewaffnen!“* und *„Bewaffneter Widerstand gegen die Exekutive“*, da waren die Ereignisse bereits in vollem Gange, waren bereits vier Stunden seit dem Ausbruch des ersten Gefechtes vergangen. Die zögernde Taktik der Kampfleitung trug ein Hauptteil der Schuld an der Niederlage der Arbeiter. Der offiziöse Militärbericht konnte mit Recht abschließend konstatieren: *„Das meist zuwartende, nur auf die Verteidigung der Waffenlager und Hauptstützpunkte gerichtete Verhalten der Revolutionäre erleichterte zweifellos den unter zusammengefaßter Leitung gestandenen Gegenstoß der staatlichen Sicherheitskräfte.“* („Der Februaraufbruch ...“, S. 151.)

Die sozialdemokratische Parteiführung erwies sich sogar, wie schon erwähnt, als unfähig, den vorbereiteten Streikaufruf herauszugeben. Sie, die in Österreich acht Druckereien, sieben Tagesblätter und achtzehn Wochenblätter besaß, in deren Büroräumen tausende Vervielfältigungsapparate standen, war nicht imstande, in dem Augenblick, wo es um Tod und Leben der organisierten Arbeiterbewegung in Österreich ging, auch nur ein Flugblatt herauszugeben.

Es hätte auch nicht viel gefehlt und diese Kampfleitung wäre wehrlos in die Hände der Regierung gefallen. Die Polizei erhielt im Laufe des Tages eine vertrauliche Mitteilung, daß sich im Ahornhof in Favoriten Führer der Sozialdemokratischen Partei und des Schutzbundes befänden. Daraufhin wurden ein Bataillon Soldaten mit einer Feldhaubitzenbatterie, vierzig Kriminalbeamte und hundert Wachleute zum Ahornhof entsandt.

Zum Schutz und zur Verfügung der Kampfleitung war eine Schutzbundabteilung bestimmt, die im sogenannten Wasserturm an der Spinnerin am Kreuz, keine hundert Schritte vom Ahornhof entfernt, lag. Sie bestand meistens aus Mitgliedern der Wiener Gemeindegewache, die im Februar 1934, gut ausgerüstet und ausgebildet, einen Stand von 1000 Männern aufwies. Aber ihr Kommandant, Theodor Schuhbauer, ein früherer Offizier der Volkswehr, der Anfang Februar gleichfalls verhaftet worden war, hatte sich, obwohl [32:] schon am 10. Februar entlassen, nicht mehr beim Schutzbund blicken lassen. Einen anderen Kommandanten hatte man aber nicht ernannt, und so blieb die Kompanie im „Wasserturm“ ohne Leitung und ohne Waffen. Als die Exekutive am Nachmittag zum Wasserturm vordrang, ergaben sich die hundert Mann der Schutzbundabteilung ohne einen einzigen Schuß. Dann gingen die Truppen in Erwartung eines starken Widerstandes gegen den Ahornhof vor, aber auch dort wurden sie nur durch vereinzelte „verdeckte aufrührerische Schützen“ beschossen. Um 19.15 Uhr wurde die Meldung erstattet, der Ahornhof sei „fest in den Händen des Militärs“. Bei der Durchsuchung wurde die sozialdemokratische Kampfleitung nicht gefunden.

Eine vernichtende, aber wohlbegründete Einschätzung des Versagens der sozialdemokratischen Parteiführung und der zentralen Kampfleitung gab der spätere Führer der sozialdemokratischen Nachfolgeorganisation, „Revolutionäre Sozialisten“, Joseph Buttinger: „Über 20.000 Schutzbündler versammelten sich Montag nachmittags und abends, aber mehr als die Hälfte blieb führerlos und unbewaffnet.“

Etwa 10.000 Schutzbündler waren am bewaffneten Widerstand gegen die gewaltsame Vernichtung der Sozialdemokratischen Partei beteiligt, aber sie kämpften in isolierten Gruppen, ohne Verbindung zueinander, ohne zentrale Führung und ohne Plan. Überall, wo Schutzbündler vor dem Erscheinen der staatlichen und faschistischen Angreifer Waffen erhalten hatten, kam es zu Kämpfen. Nur an wenigen Stellen führte der Schutzbund im Verlauf der Kämpfe eine Angriffshandlung aus. Der Februarkampf bestand daher hauptsächlich in den Bemühungen der staatlichen Macht, voneinander isolierte Schutzbundgruppen aus den Verschanzungen zu werfen, in denen sie sich hartnäckig verteidigten ...“ (Josef Buttinger: Am Beispiel Österreichs, Köln 1953, S. 23.)

Ein schwerer Schlag für die Schutzbündler war auch das vollständige Versagen der Organisation in den meisten Wiener Bezirken, das vielfach vom direkten Verrat und überlaufen zum Feind begleitet war. Die kurz vor dem 12. Februar vorgenommenen Verhaftungen von Schutzbundführern blieben nicht ohne Wirkung. Einige der neu eingesetzten Führer erschienen nicht an den vereinbarten Sammelplätzen, einige wußten nicht, wo die versteckten Waffen lagerten, andere leugneten den Empfang eines Befehls zur Bewaffnung oder gaben direkten Befehl, nicht zu den Waffen zu greifen. Das schlimmste Beispiel eines solchen Verhaltens gab der Schutzbundkommandant Eduard Korbel, der Kommandant des Wiener Kreises West, dem die Bezirke VI, VII, VIII, XIV, XV und XVI angehörten. Er war verhaftet, aber merkwürdigerweise am [33:] 11. Februar freigelassen worden, weigerte sich jedoch, am Montag an seine Schutzbündler die Waffen, deren Versteck er allein kannte, auszugeben. So mußten die Schutzbündler des XIII. und XIV. Bezirks, die das Ottakringer Arbeiterheim entsetzen wollten, ohne Waffen abziehen. Hingegen wurde aus dem späteren Prozeß gegen die Schutzbundführer bekannt, daß Korbel am Montag herumfuhr, um die Zentraleitung zu suchen, die er der Polizei ausliefern wollte ...

Ein erschütterndes Bild der herrschenden Kopflosigkeit zeichnet Buttinger: „Zehntausende Schutzbündler, Wehrsportler, Betriebsarbeiter, Straßenbahner, Eisenbahner, Jungfrontler, jugendliche, Mitglieder und Funktionäre liefen am Nachmittag des 12. Februar und in der darauffolgenden Nacht von einer Stelle zur anderen, um zu fragen, was nun ihre Aufgabe sei, wo sich ihr Sammelplatz befindet oder welcher bewaffneten Gruppe sie sich eingliedern könnten ...“ (a. a. O., S. 19.)

Dienstag wurde es in Floridsdorf ernst

Die Seele des Arbeiterwiderstandes war hier das Schutzbundregiment „Karl Marx“. Am Montag gab es nur kurzfristige Teilstreiks in den meisten Floridsdorfer Betrieben, darunter im Gaswerk Leopoldau. Um den Streik zu brechen, hatte die Polizei um 14 Uhr das Gaswerk ohne Widerstand besetzt, da die Arbeiter keine Waffen erhalten hatten.

Eine Konferenz der Floridsdorfer Betriebsräte wurde von der Polizei ausgehoben. Die Schutzbündler sammelten sich in ihren Lokalen, ihre Bewaffnung, die zuerst ohne Befehl der Kampfleitung begonnen worden war, kam teilweise gegen 21 Uhr zustande, ein Großteil konnte erst am Dienstag nach 5 Uhr früh bewaffnet werden. Laut Plan hätten Floridsdorfer Schutzbundkompanien zum Karl-Marx-Hof vorstoßen sollen, aber die dortige Besatzung schlug vor, daß die Floridsdorfer die Innere Stadt angreifen, was diese jedoch unterließen. Ihr Kampfplan ging vielmehr dahin, zuerst alle Polizeiwachstuben einzunehmen und dann das Polizeikommissariat zu stürmen, um den Bezirk ganz zu beherrschen. Die erste Wachstube besetzten um 6.30 Uhr früh die Schutzbündler im Bezirksteil Groß-Jedlersdorf. Auf ihrem Marsch zum Kommissariat trafen sie auf ein Überfallauto der Polizei, das mit 16 Mann zum Entsatz des Wachzimmers fuhr, und eroberten es nach heftigem Schußwechsel. Dabei fand der Polizeikommandant den Tod, die übrige Besatzung geriet in Gefangenschaft der Arbeiter. Auch aus den anderen Wachstuben zogen sich die Polizisten in das Polizeikommissariat zurück, das von den Schutzbündern belagert wurde. [34:] Die Lage des Kommissariats war sehr kritisch, weil es im Feuerbereich der nahe gelegenen, von den Schutzbündern besetzten Gebäude lag.

Den Angriff auf das Polizeikommissariat sollten die Straßenbahner tragen. Zu ihnen stießen am Dienstagmorgen auch Außenstehende. Der Zugführer Bruno Sokoll ließ aus dem Keller der in der Nähe befindlichen sogenannten Roten Burg in der Gerichtsgasse Waffen ausgraben, die dort bei der Stiege XIV in der Wand eingemauert waren. Es waren Gewehre, Munitionskisten und ein Maschinengewehr. Arbeiterfrauen halfen, die Bestandteile mit Petroleum zu reinigen. Nicht alle Gewehre waren mehr gebrauchsfähig; zu lange waren sie eingemauert. Andere Frauen brachten Essen und Getränke; junge Arbeiter und Studenten meldeten sich zum Kampf. Gegen 6.45 Uhr erhielt die Polizei Nachricht von der Bewaffnung der Straßenbahner und entsandte etwa zwanzig Beamte gegen sie. Sie wurden von allen Seiten unter Schnellfeuer genommen und mußten sich zurückziehen. Ein neuerlicher, mit zwei Panzerautos versuchter Polizeiangriff wurde gleichfalls zurückgeschlagen, wobei der Kommandant, ein Stabshauptmann, erschossen wurde. Danach versuchten die Straßenbahner, das Kommissariat zu stürmen. Sie erwiesen sich aber als zu schwach, denn die Hauptfeuerwache, die sie unterstützen sollte, war einem Handstreich der Exekutive erlegen.

Die Feuerwache lag in unmittelbarer Nähe des Kommissariats, ihre Schutzbundabteilung stand unter dem Befehl von Ing. Georg Weissel, einem entschlossenen, tapferen Revolutionär, der zur Symbolgestalt der Februarkämpfe werden sollte. Er hatte in aller Früh auf einem Rüstwagen aus dem Straßenbahnhof Waffen, Gewehre und zwei Maschinengewehre holen lassen und sie an die Feuerwehrleute verteilt. Aber der diensthabende Bereitschaftsführer rief den Wiener Branddirektor, Ingenieur Wagner, an, der nicht nur den Ausmarsch verbot, sondern, als das nicht half, auch den Polizeipräsidenten, Doktor Skubl, von der Absicht Weissels verständigte. Ingenieur Wagner, der Sozialdemokrat und gleichzeitig auch Leiter der Wiener Gemeindegewache war, also doppelt verpflichtet war, den kämpfenden Arbeitern zu helfen, schrieb statt dessen ein Memorandum an die Magistratsdirektion: *„Betrifft: Dienstverweigerung und Auflehnung auf der Hauptfeuerwache XXI, Kretzgasse.“* Als später das Standgericht gegen Ingenieur Weissel tagte, hatte Wagner den Zynismus, in seiner Zeugenaussage Ingenieur Weissel anzuklagen: *„Ich kann meiner Empörung nicht genug Ausdruck geben, in welch schlechtes Licht der Angeklagte durch seine Tat den Ruf der Feuerwehr gebracht hat. Wenn auch nicht alle Feuerwehrleute wegen der Tat einzelner verdächtigt werden können, so bleibt doch [35:] dieser Fleck auf der Feuerwehr sitzen.“* (Zitiert in: Joseph J. Simon: Georg Weissel, in: „Werk und Widerhall“. Große Gestalten des österreichischen Sozialismus. Hgb. von Norbert Leser, Wien 1964, S. 435.)

Der Fall der Feuerwache hielt den Angriff der Schutzbündler auf das Polizeikommissariat auf; bald mußten sie in Abwehrstellungen zurück. Zwar hatten die Schutzbündler auch den Bahnhof eingenommen und hielten fast den ganzen Bezirk in der Hand, aber die Polizei forderte Militärassistenz an. Im Polizeibericht heißt es: „Mittlerweile kamen Nachrichten aus allen Bezirksteilen, daß bewaffnete Schutzbündler in großen Mengen auftauchen, und die Schießerei wurde allgemein und immer heftiger; kein Mensch war mehr seines Lebens auf der Straße sicher. Der ganze Bezirk gleicht einer Hölle.“ Die Arbeiter verteidigten ihre Stellungen. Der Einmarsch des Militärs wäre um vieles erschwert gewesen, wenn auch in den beiden benachbarten Bezirken, dem II., Leopoldstadt, und dem XX., Brigittenau, gekämpft worden wäre. In der Brigittenau hatten sich an vielen Sammelstellen Schutzbündler eingefunden, aber der Schutzbündelführer des Bezirkes war in Haft und niemand anderer fand den Schlüssel zum Waffenversteck. So konnte die Floridsdorfer Brücke nur mit unzureichenden Kräften verteidigt und das Militär nicht aufgehalten werden.

Nach dem Einmarsch des Militärs in Floridsdorf entbrannte eine regelrechte Schlacht. Der erste Angriff galt dem im Zentrum gelegenen Schlingerhof, vor dem zwei Barrikaden erbaut worden waren. Heftiger Artilleriebeschuß machte den Schlingerhof „sturmreif,“ und um 11.45 Uhr drangen die Soldaten in den Hof ein, wo sich die Schutzbündler noch bis 16.30 Uhr hielten. Die gefangenenommenen 350 Schutzbündler wurden beim Abtransport von Heimwehrlern beschossen, wodurch vier getötet wurden.

Danach beschuß die Artillerie zwei Stunden lang das Arbeiterheim, bis sich dessen Verteidiger schließlich zurückzogen. Die Soldaten, die gegen die Gemeindebauten beim FAC-Platz zogen, mußten zuerst heftige Gefechte mit Schutzbundschiützen führen, die sie vom Nordbahndamm und aus Schebergärten beschossen. Der FAC-Hof wurde bis zum Einbruch der Dunkelheit mit Minenwerfern beschossen; nachts zogen sich die Schutzbündler nach Jedlersdorf zurück.

Die Schutzbundabteilung Donaufeld schlug am Montag abends zwei Polizeiüberfallautos zurück, stürmte am Dienstagmorgen auf dem Zug zum Polizeikommissariat alle Wachstuben, schlug in der Angererstraße ein Panzerauto der Polizei in die Flucht und eroberte den Bahnhof, den sie gegen alle Angriffe halten konnte. Sie lieferte auch dem Panzerzug, der von Erdberg kam, ein [36:] Feuergefecht, wobei der Lokomotivführer getötet und der Heizer schwer verwundet wurde. Sie erhielt später Zuzug von Stadlauer Schutzbündlern, die gleichfalls alle Wachstuben in Stadlau und Kagran geräumt hatten. Am Nachmittag nahmen die Regierungstruppen den Bahnhof unter Artilleriebeschuß, der bis zum Anbruch der Dunkelheit dauerte, die Schutzbündler aber nicht vertreiben konnte.

In der Gartenstadt schlugen die Schutzbündler am Montag abends und Dienstag früh dreimal Angriffe der Heimwehr zurück. Eine kleine Abteilung hielt am Dienstag von 16 bis 23 Uhr in der Prager Straße ein nach Floridsdorf marschierendes Korneuburger Pionierbataillon auf. Erst als zwei Kanonen die Häuser beschossen, zogen sich die Schutzbündler in die Gartenstadt zurück.

Die Arbeiter Floridsdorfs kämpften mit einer solchen Vehemenz, daß die Regierung in der Nacht auf Mittwoch Truppen aus den umliegenden Garnisonsstädten zusammenziehen mußte. Der Angriff der Regierungstruppen begann an allen Abschnitten gleichzeitig Mittwoch um 6.30 Uhr mit Artillerie- und Minenwerfervorbereitung.

Zuerst wurde das Arbeiterheim sturmreif geschossen und eingenommen. Um 9 Uhr nahmen die Soldaten den FAC-Hof, um 12 Uhr, nach einem Volltreffer der Minenwerfer, den Bahnhof sowie den Straßenbahnhof ein und stießen auf Groß-Jedlersdorf vor, wohin sich die Schutzbündler aus den verschiedenen Kampfbereichen zurückgezogen hatten. Auch der FAC-Hof wurde mit mörderischem Feuer belegt und eingenommen.

In Jedlersdorf legten die Schutzbündler außer der Barrikade auch Schützengräben und Maschinengewehrstellungen an. Aber sie konnten dem Artilleriebeschuß nicht standhalten und zerstreuten sich. Einige zogen bewaffnet zum Gaswerk, wo sich einige hundert Mann sammelten. Angesichts der Gefahr, daß die Artilleriebeschießung den Gasbehälter zur Explosion bringen würde, beschloß jedoch die Mehrheit, sich zu zerstreuen.

Einige Schutzbündler hatten in Jedlersdorf den Entschluß gefaßt, sich mit der Waffe in der Hand in die Tschechoslowakei durchzuschlagen. Ihnen schlossen sich noch etliche Mann aus dem Gaswerk an. So zogen 65 Schutzbündler um 10 Uhr vormittags in einem fast fünfzehnstündigen Marsch unter ständiger Verfolgung bis an die Grenze. Um 0.30 Uhr nachts kamen 47 in der Tschechoslowakei an. Der Jüngste war siebzehn Jahre alt.

[37:]

Standhafter Goethehof

Erst Donnerstag früh konnte die Exekutive den Gemeindebau Goethehof in Kaisermühlen erobern. Kaisermühlen liegt zwar am linken Donauufer – so wie Floridsdorf –, gehörte aber damals zum II. Bezirk, Leopoldstadt. Dort hatten sich die Schutzbündler in der Nacht auf Dienstag bewaffnet, und als sie von Heimwehr und Polizei angegriffen wurden, vertrieben sie diese nach kurzem Gefecht. Die Exekutive begnügte sich am Dienstag damit, die Brücken mit starken Polizeikräften zu besetzen. Wären die Kaisermühlner Arbeiter zusammen mit den Floridsdorfern über die Donaubrücken vorgestoßen, hätten die Kämpfe in die Innere Stadt getragen werden können. Die Regierung befürchtete diese Möglichkeit, wie es im Polizeibericht heißt: „*Die Situation bei der Reichsbrücke war deshalb sehr bedrohlich, weil fast ganz Floridsdorf in den Händen der Aufständischen war und die Gefahr bestand, daß der Sturm gegen die Innere Stadt über diese Brücke angesetzt würde.*“ Doch gelang es den Kommunisten, die diesen Plan propagierten, nicht, das Schutzbundkommando dazu zu bewegen.

Am Mittwoch forderte die Regierung um 8.00 Uhr ultimativ die Übergabe des Goethehofes und um 12.45 Uhr begann sie mit dem Artilleriebeschuß. Nach einer mehrstündigen Unterbrechung wurde er von 7.30 Uhr bis 20.00 Uhr fortgesetzt, wobei große Zerstörungen angerichtet wurden. Angesichts der offensichtlichen Übermacht räumten nun die Schutzbündler den Goethehof, den die Regierungstruppen am nächsten Morgen besetzten.

Eine entscheidende Ursache der Überlegenheit der Regierung über die kämpfenden Arbeiter war das Versagen des von vielen sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführern desorganisierten Generalstreiks. Sein Scheitern war nicht nur eine Folge der zermürbenden Wirtschaftskrise, die zu einer in der Welt unerhörten dreiunddreißigprozentigen Arbeitslosigkeit geführt hatte. Eine noch größere Rolle spielte das seit Jahren betriebene Kapitulieren der sozialdemokratischen Führung vor den rücksichtslosen Angriffen der Regierung und der Unternehmer. Die Folge war der Unglaube breiter Schichten der Arbeiterschaft an den ernsten Willen der Führer, den Kampf wirklich führen zu wollen.

Die Kämpfe in den Bundesländern

In den Bundesländern ging es den Arbeitern nicht anders als in Wien. Nach den ersten, ziemlich bedeutenden Erfolgen in einzelnen Orten, erlagen sie [38:] der besser bewaffneten, einsatzbereiten und von einem geschulten Führungsapparat einheitlich geführten Exekutive. Auch hier wirkten sich dieselben drei negativen Umstände aus: das Versagen der Führung, das Nichteinsetzen des Schutzbundes in weiten Teilen Österreichs und das Fehlen des Generalstreiks.

Linz hält sich zwei Tage

Über Linz, von wo die Kämpfe ihren Ausgang genommen hatten, wird im offiziösen Bericht festgestellt, daß am Montag, den 12. Februar „*in der inneren Stadt und zahlreichen Orten der äußeren Bezirke Gewalttaten*“ vorkamen. So erstürmten die Arbeiter nach schwerem Kampf das Kolosseumgebäude am Pestalozziplatz und hielten es besetzt, bis am Abend das Militär zum Einsatz herangezogen wurde. Schutzbündler schlossen die in der alten, aufgelassenen Südbahnhof hatte untergebrachte Schutzkompanie ein und hielten sie unter starkem Feuer. Andere besetzten den Güterbahnhof, beide Heizhäuser und die Stellwerke sowie das Gaswerk und andere Gebäude. Doch auch in Linz kam es nicht zu gemeinsamen planmäßigen Aktionen der zahlreichen kämpfenden Gruppen in der Stadt und der Umgebung.

In der inneren Stadt konnte die Exekutive verhältnismäßig leicht „Ordnung“ schaffen, während an anderen Stellen die Schutzbündler heldenhaften Widerstand leisteten. Mittelpunkt der Kämpfe waren die Schiffswerft, das Parkbad, die Diesterwegschule und der städtische Wirtschaftshof.

Die Kämpfe um die Schiffswerft, wo sich etwa 250 Arbeiter, darunter viele Kommunisten, verbarrikierten, dauerten den ganzen Montag an. Von hier aus wurde auch ein Versuch unternommen, die Schutzbündler im Hotel Schiff zu entsetzen, er scheiterte aber. Als eine Schutzbundgruppe aus Heilham, etwa 150 Mann mit zwei Maschinengewehren, den Versuch unternahm, über die Brücke vorzudringen und sich mit den Arbeitern der Schiffswerft zu vereinigen, setzte das Militär gegen die Schiffswerft Artillerie ein, wonach sie am Abend von der Exekutive erstürmt werden konnte.

Die Schutzbündler, die sich im Parkbad sammelten, brachten die Polizei in arge Bedrängnis und schlugen auch den ersten Ansturm des Militärs zurück. Sie räumten aber das Bad, als ihnen gedroht wurde, daß *„das Gebäude mit Artillerie und Minenwerfern zusammengeschoßen und die bewaffnete Besatzung niedergemacht wird“* („Der Februaaraufuhr ...“, S. 168/169). Nach der Aufgabe des Parkbades stellten auch die Schutzbündler, die aus der Richtung der [39:] alten Pionierkaserne geschossen hatten, das Feuer ein. Die Diesterwegschule und der städtische Wirtschaftshof liegen im Ostteil der Stadt, wo die Arbeiter außerdem die Spatenbrotwerke, das städtische Gaswerk, den Straßenknoten beim Gasthaus „Eiserne Hand“ und die „Lobeg“ besetzten. Sie entwaffneten im Wirtschaftshof die Polizeiwache und hielten sie gefangen; ebenso erging es den Zöglingen der Feuerwehrscheule.

Später wurden Soldaten aus Linz und Enns mit Artillerie eingesetzt. Während die Schutzbündler die Spatenbrotfabrik kampfflos räumten, setzten sie der Besetzung des Wirtschaftshofes starken Widerstand entgegen und zogen sich erst nach schwerer Artilleriebeschießung in die umliegenden Häuser zurück, deren Durchsuchung bis 19.00 Uhr dauerte. Der Verlust des Wirtschaftshofes, der das Zentrum des Arbeiterwiderstandes war, wirkte sich schwerwiegend auf die Kampfkraft der anderen Gruppen aus.

Beim Restaurant „Eiserne Hand“ hielten die Arbeiter seit Vormittag mit scharfem Feuer die Mannschaft der Gendarmeriescheule nieder, die versucht hatte, den in der Südbahnhalle umzingelten Schutzkorpsleuten Hilfe zu bringen. Da auch der zum Entsatz eingesetzte Schutzkorpszug nicht vorwärts kam, eilte Militär mit Gebirgshaubitzen zu Hilfe. Es wurde aus dem Gebäude der „Lobeg“ und den benachbarten Gärten beschossen, bis die Haubitzen die verborgenen Fensterschützen vertreiben konnten. Dann entwickelte sich *„ein lange andauernder, beiderseits lebhaft geführter Feuerkampf“*, wobei die Artillerie in Aktion trat. Aber die Truppen konnten keine Erfolge erzielen, solange der Wirtschaftshof nicht erobert worden war.

Die Truppen besetzten um 19.45 Uhr das Gaswerk, befreiten die in der alten Südbahnhofhalle umzingelten Schutzkorpsleute und brachten Artillerie und schwere Maschinengewehre in Richtung Diesterwegschule in Stellung. Als sie nach einer halben Stunde in die Schule eindrangten, war sie von den Schutzbündern geräumt. Auch aus dem Gasthof „Eiserne Hand“ zogen sich die Schutzbündler zurück, und um 24.00 Uhr war in diesem Stadtviertel kein Gewehrshuß mehr hörbar.

Am Stadtrand besetzten 200 bis 300 Schutzbündler aus Kleinmünchen gegen 9.00 Uhr die Poschauer Brauerei und bauten auf den Zufahrtsstraßen Barrikaden. Dabei wurden am Polygonplatz um 14.30 Uhr ein Offizier, der bei der Anhaltung seines Wagens die Pistole zog, und zwei Mann der Besatzung erschossen. Dafür wurde am 21. Februar der Arbeiter Bulgari vorn Standgericht zum Tode verurteilt und gehenkt.

An der neuen Donaubrücke wehrten die Schutzbündler den Versuch des [40:] Militärs, gegen 11.00 Uhr den linksseitigen Brückenkopf einzunehmen, erfolgreich ab, bauten eine Barrikade aus Benzinfässern und konnten auch durch Minenwerfer nicht vertrieben werden. Soldaten, die versuchten, über die Brücke zu stürmen, wurden dort fünf Stunden lang durch Maschinengewehrfeuer niedergehalten. Am Abend räumten die Schutzbündler wegen des Minenwerferfeuers die Barrikade.

Elf Stunden lang kämpften Schutzbündler auf dem Freinberg am Rande der Stadt. Sie verteidigten zunächst die Aussichtswarte und verbarrikierten sich dann im Gasthof Jägermeyer. Um 16.30 Uhr

wurde das Gasthaus von etwa 25 Minen getroffen, aber erst gegen 18.30 Uhr ergab sich die Besatzung, wobei die meisten in der Dunkelheit flüchten konnten.

Drei nicht allzustarke Gruppen von Schutzbündlern und kommunistischen Arbeitern hielten den ganzen Montag die am linken Donauufer gelegene Vorstadt Urfahr besetzt. Eine Gruppe bezog Stellung am Damm bei der Neuen Brücke, die zweite beim Priesterseminar Petrenum, die dritte am Spatzenberg. Das Bundesheer wagte keinen Angriff. Das Militärkommando erläuterte hierzu: „*Das nach und nach erfolgende Einsetzen von Verstärkungszügen war aber auf den Umstand zurückzuführen, daß bei der Menge der zu bewältigenden Kampfaufgaben in Linz selbst wenig Truppen zur Verfügung standen und wegen der Möglichkeit des Entstehens neuer Widerstandsherde mit den vorhandenen Kräften gespart werden mußte.*“ Doch die Schutzbundkommandanten lehnten den Vorschlag der Kommunisten ab, alle Zufahrtsstraßen zu verbarrikadieren und die Eisenbahngleise aufzureißen, weil dies zuviel Schaden angerichtet hätte. So konnte die Exekutive Truppenverstärkungen zusammenziehen und in der Nacht auf Dienstag Urfahr einkreisen. Indessen sammelten sich im Schutze der Dunkelheit die Schutzbündler in Linz von neuem. Sie besetzten abermals die Diesterwegschule, kamen bei der Schiffswerft und am Südrand der Stadt zusammen, und das Militär hatte den ganzen Tag zu tun, um ihren Widerstand zu brechen. Auch Urfahr wurde besetzt.

Kritische Tage in Steyr

Die zweitgrößte Stadt Oberösterreichs, Steyr, durchlebte laut Bericht des Militärs „*sehr kritische Tage*“. Der Betriebsratsobmann der Steyr-Autowerke und -Waffenfabrik, Schutzbundführer Gustav Moser, mobilisierte nach dem Alarmruf Bernascheks sofort den Schutzbund. Die Werke wurden zu Mittag stillgelegt, als die Schutzbündler zu ihren Sammelplätzen eilten. Nachmittags [41:] konnte niemand mehr in den unter Beschuß liegenden Betrieb. Doch auch in Steyr gelang es nur einer Minderzahl der Schutzbündler, die Waffen auszugraben. Die Polizei konnte einige Viertel, in denen sich Waffenlager befanden, absperren, an anderen Stellen weigerten sich Funktionäre, die Waffenverstecke den Arbeitern bekanntzugeben. Den ersten Zusammenstoß gab es im Steyr-Werk selbst. Ihm fiel der Werkdirektor Wilhelm Herbst zum Opfer. Eine Polizeiabteilung, die sich gegen Mittag in die Waffenfabrik begeben wollte, wurde beim Überschreiten der Bahnlinie mit heftigem Gewehrfeuer empfangen und mußte umkehren. Die Schutzbündler besetzten die jenseits des Ennsflusses auf einem die ganze Stadt dominierenden Plateau direkt oberhalb des Bahnhofes gelegene Arbeitervorstadt Ennsleithen und überwältigten die dortige Polizeiwache. Ein weiterer Sammelpunkt der Arbeiter war um 12.30 Uhr die Neustraße in der Nähe des Krankenhauses. Trotz unzulänglicher Bewaffnung rückten die Schutzbündler zwei Stunden später von hier zum Ziegelofen vor, um die Militärkaserne anzugreifen, sie wurden aber von Maschinengewehrfeuer in Schach gehalten. Trotzdem setzten sie sich auf dem Dachsberg bei der Artilleriekaserne fest. Eine andere Abteilung sprengte den Eisenbahnviadukt über den Ramingbach, besetzte die dortige Straßenbrücke und vertrieb die Schutzkorpsleute. Bereits um 8 Uhr früh wurde das Militär alarmiert. Es versuchte, um 12.45 Uhr gegen Ennsleithen zu marschieren. Aber dort waren die Arbeiter besser bewaffnet, sie besaßen etwa 15 bis 20 Maschinengewehre. Dort kämpfte auch eine kommunistische Abteilung mit einem Maschinengewehr mit. Die Soldaten mußten fluchtartig zurückweichen. Es dauerte drei Stunden, bevor die Kompanie wieder gesammelt war und sich über die Ennsbrücke zurückzog.

Das Bundesheer setzte hier schon eine Stunde nach Kampfausbruch Kanonen und Minenwerfer ein. Doch die Stellung der Arbeiter war schwer einzunehmen. Von der Stadt führten nur eine schmale Bahnunterführung und ein steil ansteigendes Gäßchen nach Ennsleithen hinüber. Die Abhänge des Plateaus sind offen und waren zudem in diesen Tagen gänzlich vereist. Mit ihrem Gewehr- und Maschinengewehrfeuer vermochten die Arbeiter eine ganze Reihe von Sturmangriffen auf ihre Stellungen bis in die tiefe Nacht hinein erfolgreich zurückzuschlagen.

Ebenfalls am Montag versuchten andere Arbeitergruppen auf der entgegengesetzten Seite der Stadt, in Steyersdorf, dem Militär in den Rücken zu fallen und die Bahnlinie Linz-Steyr zu sprengen. Sie wurden aber am Dienstag zerstreut. [42:] In der Nacht zum 13. Februar zog das Militär Verstärkungen aus Enns und – da es in Niederösterreich am Montag nur vereinzelt zu Kämpfen gekommen war –

aus Stockerau heran. Die Schutzbündler in der Ennsleithen bauten über Nacht ihre Stellungen fachmännisch aus. Die Fenster wurden mit Sandsäcken verschanzt, Schießscharten durch die Außenmauern gebrochen und vorgeschobene befestigte Posten eingerichtet. Sie bestrichen die ganze Nacht Brücken und Kasernen mit Maschinengewehrfeuer und konnten auch von der Artillerie nicht vertrieben werden, die wegen der Dunkelheit nur sechs Schüsse abgab. Den Schutzbündlern schlossen sich im Laufe der Nacht weitere 200 Mann an; zum Bundesheer stießen unter der Führung von Graf Ernst Rüdiger Starhemberg Abteilungen der Heimwehr aus Wien und Amstetten.

Die Stellungen der Arbeiter wurden im Morgengrauen unter Beschuß genommen: um 8.00 Uhr begann die erste Feldhaubitze zu schießen, um 10.00 Uhr die zweite. Zum Angriff konnten die Truppen zunächst nicht übergehen, denn es kam zu Entsatzversuchen von seiten der Schutzbündler und Arbeiter aus den kleinen Orten in der Umgebung von Steyr, aus Sierning, Neuzeug und Letten, die indes ihr Ziel nicht erreichen konnten. Inzwischen wurde Ennsleithen von allen Seiten umzingelt, und um 14.00 Uhr begann das Militär unter Mitwirkung der Haubitzen und Minenwerfer den Sturm auf Ennsleithen. Um 14.30 Uhr überschritt es die Ennsbrücke und besetzte die von den Schutzbündlern schon am Montag geräumten Steyr-Werke. Die Wirkung der Schrapnells, Granaten und Minen auf Ennsleithen war so heftig, daß manche Häuser einstürzten und die tapferen Verteidiger unter sich begruben. Nach zäher Gegenwehr zogen sich die Arbeiter zurück, und das Militär besetzte Dienstag um 17.45 Uhr die Ennsleithen. Die Widerstandsnester wurden nun einzeln gesäubert und dann das ganze Wohnviertel abgeriegelt.

Die Heimwehr, die in den Zeitungen ihre Heldentaten preisen ließ, spielte in diesen Kämpfen keine Rolle. Wie es in der offiziellen Darstellung heißt, hatte an der Erstürmung der Ennsleithen ausschließlich das Bundesheer Anteil. Die Heimwehr kam erst nach Ennsleithen, als dort bereits das Militär stand. Um so eifriger beteiligte sie sich an den Hausdurchsuchungen und Plünderungen. Die offiziöse Darstellung hebt hervor, „*daß die Besitznahme der Ennsleithen ein sehr schwieriges Unternehmen darstellte. Der Gegner, der über viele kriegserfahrene und im Waffengebrauch geübte Leute verfügte, hatte sich sehr geschickt in der Wohnbauanlage eingenistet, seine Abwehrwaffen vorzüglich aufgeteilt und von technischen Verstärkungen reichlich Gebrauch gemacht.*“ Nur dem Artillerieeinsatz konnten sie nicht widerstehen.

[43:]

Das Blutbad von Holzleithen

Im oberösterreichischen Hausruckgebiet und im Wolfsegg-Traunthaler Kohlengebiet waren die Arbeiter am Montag Herren der Lage. Im Eisenbahnknotenpunkt Attnang-Puchheim entwaffneten sie den Gendarmerieposten, besetzten den Bahnhof, wo sie die Züge aufhielten, dann das Postamt und verschanzten sich im Arbeiterheim. Nach 13.00 Uhr kam Militärassistenz aus Wels mit Lastkraftwagen. Sie mußte vor Attnang eine nicht verteidigte Straßenbarrikade aus gefälltten Bäumen wegräumen, besetzte dann ohne Widerstand den Ort und zwang verhaftete Arbeiter, die vor dem Arbeiterheim erbaute große Straßensperre zu räumen.

Im Wolfsegg-Traunthaler Kohlengebiet traten Schutzbündler von Holzleithen, einer kleinen Bergarbeiterkolonie vor der Südmündung des Hausrucktunnels der Bahnlinie Attnang-Ried i. I., um 10 Uhr vormittags in Aktion. Zuerst waren es Arbeitslose und Pensionisten, die die Waffen hervorholten und alle Heimwehrmänner verhafteten, bevor noch die Betriebsarbeiter kamen. Das Arbeiterheim wurde in Verteidigungszustand gesetzt.

Die Schutzbündler verhinderten in Feuergefechten das Vorrücken der mit der Eisenbahn herangebrachten Soldaten, die teils in der Station Hausruck übernachten mußten, teils im nördlichen Tunnelleingang.

Dienstag früh griffen die Arbeiter an, sie schlossen für einige Zeit eine Heimwehrabteilung im Gasthaus Kaiser in Pettenfürst ein. Aber gegen Mittag stießen neue Truppen gegen das Arbeiterheim in Holzleithen vor, so daß die Stadt umzingelt war. Die Arbeiter verteidigten sich bis gegen 16.00 Uhr. Die Soldaten gingen dann gegen die Ortschaft vor. Doch die Arbeiter verbarrikadierten sich am

Bahnhof in einem Eisenbahnwagen und verhinderten das Vordringen der Truppen. Ihr Widerstand wurde mit den schäbigsten Mitteln gebrochen, was selbst die offiziöse Darstellung nicht verschweigen konnte. Es heißt dort: „*Aufständische, die sich im Gelände und in Häusern eingenistet hatten, wurden festgenommen, entwaffnet und sodann unmittelbar vor den eigenen* (das heißt den Regierungstruppen – A. R.) *Schützengruppen gegen die Eisenbahnstation Holzleithen vorgetrieben.*“* („Der Februaraufuhr ...“, S. 216.)

[44:] Die Arbeiter konnten nicht auf ihre eigenen Klassengenossen schießen und zogen sich zurück. Um 17.00 Uhr war ganz Holzleithen besetzt.

Die Sieger zeigten ihr wahres Gesicht durch eine entsetzliche Bluttat. Bei der Räumung des Arbeiterheims hatten die Schutzbündler ein weißes Tuch gehißt. Die ohne Deckung vorrückende Truppe erlitt aber durch Gewehrfeuer, das nicht mehr aus dem Arbeiterheim kam, Verluste. Daraufhin rächte sich die Truppe an fünf im Kellergewölbe waffenlos angetroffenen Arbeitern, darunter drei Mitgliedern der Sanitätsabteilung. Sie wurden als angebliche Schuldige auf die Bühne des Kinosaals getrieben, vor die Filmleinwand gestellt und von zwei Schützenreihen niedergeschossen. Vier von ihnen, Franz Holzinger, Josef Schmied, Andreas Kropatschek und Anton Zarabnicky, sanken tödlich verletzt zusammen; der Arbeiter Hamminger aus Hausruck blieb nach einem Rückgratschuß gelähmt liegen. Die Saalwand des Arbeiterheims bot ein grauenvolles Bild; sie war von Kugeln zerfetzt und ganz mit Blut bedeckt. 54 Einschüsse konnten gezählt werden. Die offiziöse Darstellung versuchte die Schandtata damit zu verteidigen, daß nach dem Hissen der weißen Fahne auf dem Arbeiterheim „*noch einige Schüsse von dort*“ gefallen wären. Weiter heißt es: „*Die eigenen Kämpfer erfaßte eine solche Erbitterung, daß sie ... das Gebäude stürmten. Die sich mit Revolvern und Dolchen zur Wehr setzenden Schutzbündler wurden niedergeschossen.*“ („Der Februaraufuhr ...“, S. 219.) Die Verlogenheit dieser Darstellung wurde nicht nur durch Augenzeugen, sondern auch durch eine Photographie widerlegt, so daß selbst der spätere Bundeskanzler Schuschnigg von der Schandtata abrücken mußte.

In Ebensee, wie in vielen anderen Orten, gab die Sozialdemokratische Partei keine Kampfparole aus, ihre führenden örtlichen Funktionäre waren nicht zu erreichen. Einige beherzte Arbeiter stellten sechs bewaffnete Gruppen zusammen und wiesen sie in ihre Kampfstellungen ein. Auch der Generalstreik klappte hier. Ein einheimischer Heimwehrführer, der flüchten wollte, konnte gefangengenommen werden. Es gelang auch, eine Gruppe Heimwehrlaute zu entwaffnen und die Waffen den Schutzbündlern zu übergeben. Der Gendarmerieposten Ebensee, die dortige Schutzkorpsabteilung und das höhere staatliche Forstpersonal wurden von den hundert Schutzbündlern überwältigt und entwaffnet. Die Arbeiter legten ferner auf der Bahnstrecke Gmunden-Steyrermühl Telegraphenmaste um und versperrten damit die Geleise. Bei Steyrermühl wurden die Eisenbahnschienen in einer Länge von 60 Metern aufgerissen. Die Schutzkorpsleute flüchteten auf einem Schiff nach Gmunden. Das Bundesministerium für Landesverteidigung schickte gegen Ebensee ein Bataillon [45:] Soldaten aus Kitzbühel in Tirol, wozu noch ein Bataillon des Schutzkorps und ein fahrbarer Gebirgskanonen-Halbzug kamen. Als die Exekutivtruppen am Donnerstag gegen Mittag ankamen, hatten sich die Schutzbundabteilungen, die bei Schnee und Kälte ringsum in den Bergen gelegen waren, aufgelöst. Die Gendarmerie meldete einen geheimnisvollen Selbstmord des zweiten Schutzbundführers Nußbauer, der sich angeblich mit einem den Gendarmen abgenommenen Dienstrevolver das Leben genommen hatte.

In dem oberösterreichischen Ort Stadl-Paura hatten 50 bewaffnete Schutzbündler die Straße nach Roitham gesperrt, weshalb am Dienstag, den 13. Februar aus Wels Militär mit vier Lastkraftwagen gegen sie eingesetzt wurde. Die Schutzbündler besetzten ferner die Traunbrücke und errichteten im Ort selbst zwei Barrikaden. Kapitulationsangebote lehnten sie ab, und ihr heftiger Widerstand brachte

* Dieser heimtückische Mißbrauch der Gefangenen dürfte auch an anderen Stellen vorgekommen sein und fand die Billigung höchster Stellen. In dem vom Ministerium für Landesverteidigung 1935 herausgegebenen „Erfahrungen anlässlich der Assistenzleistungen zur Unterdrückung der Aufstände im Jahre 1934“ werden solche Methoden ausdrücklich empfohlen: „*Das bloße Androhen schärfster Maßnahmen gegen bereits gefangene Aufständische kann Ruhestörer zur Einkehr bringen.*“ (S. 16)

das Brigadekommando zur Erkenntnis, daß die zur Verfügung stehenden Kräfte „zu schwach seien, um die Unternehmung gegen Stadl-Paura und die südlich gelegenen Orte Laakirchen und Steyrermühl, die eine stark verhetzte sozialistische Bevölkerung aufwiesen, erfolgreich durchführen zu können“. Daher wurde am Mittwoch Artillerie zur Hilfe angefordert, die gegen 21.00 Uhr eintraf. Daraufhin zogen sich die Arbeiter in der Nacht in die Wälder zurück, und als das Militär Donnerstag, den 15. Februar, um 6.00 Uhr die Ortseingänge besetzte, fand es keinen Gegner mehr.

Zwei Tage Kämpfe in Graz

In der verhältnismäßig stark industrialisierten Steiermark spielten sich die Kämpfe vor allem in Bruck an der Mur und Kapfenberg sowie in der Hauptstadt Graz ab.

In Graz rief noch am 12. Februar eine Sondernummer des sozialdemokratischen Parteiblattes „Arbeiterwille“ zum Generalstreik auf. Doch gelang es nicht, den Streik lückenlos durchzuführen; es streikten wohl einige Großbetriebe, aber Straßenbahn, Gas- und Elektrizitätswerke sowie fast in ganz Österreich die Eisenbahn standen nicht still. Es kam auch zu keinem einheitlichen Auftreten des Schutzbundes. Viele Schutzbundabteilungen, die den Kampf beginnen wollten, sahen sich ohne Waffen. So konnten die Arbeiter nur an einigen Stellen dem Vorgehen der Polizei bei der Räumung der Straßen bewaffneten Widerstand entgegensetzen. Die Exekutive besetzte sofort den Häuserblock, in dem sich das Parteihaus, die Redaktion und die Druckerei der Sozialdemokratischen Partei befanden.

[46:] Wo die Arbeiter gegen Mittag Waffen erhielten, schritten sie zu Gegenaktionen. Eine Schutzbundabteilung sammelte sich im Fröbelpark, schräg gegenüber der Wachstube Hackhergasse. Als sie gegen 14.00 Uhr von Kriminalbeamten entdeckt wurde, gingen etwa vierzig Mann in den Keller der in der Nähe befindlichen Hirtenschule und holten aus einem Versteck zwei Dutzend Steyr-Armeepistolen, etwas dazugehörige Munition und einige Handgranaten. Eine kleine Gruppe von Freiwilligen rückte zur Besetzung der Wachstube Hackhergasse vor, überrumpelte und entwaffnete die Wache und setzte sich dort fest. In eine Decke gewickelt wurden die erbeuteten Waffen, Säbel und einige Pistolen, in die Hirtenschule gebracht. Kurz vor 15.00 Uhr raste ein Polizeiüberfallsauto von der Kalvarienbergbrücke heran, um die Wachebeamten zu entsetzen. Die Polizei geriet ins Kreuzfeuer von der Wachstube und aus den Fenstern der Hirtenschule und erlitt schwere Verluste. Neuerlich herbeigeilte Verstärkungen der Sicherheitswache konnten nichts ausrichten. Es mußte Militärassistenz angefordert werden.

Schutzbündler versuchten auch, sich in der Umgebung des Hauptbahnhofs zu sammeln und ihn zu besetzen, scheiterten jedoch an den überlegenen feindlichen Kräften; gegen 18.00 Uhr mußten sie die Gegend räumen. Aber auch die Exekutive mußte sich schließlich damit begnügen, durch Besetzung sämtlicher Brücken das linke Murufer zu sichern. Sie schloß ferner den die Stadt überragenden Schloßberg hermetisch ab und besetzte die öffentlichen Gebäude sowie lebenswichtige Betriebe. Die Arbeiter setzten sich noch in dem in der Nähe des Frachtenbahnhofs gelegenen Industriegebiet mit der Humanic-Schuhfabrik, der Brückenbauanstalt Waagner und Biró, dem Schienenwalzwerk und im Vorort Eggenberg fest. Hier hatten in den ersten Nachmittagsstunden des Montag, wie die Regierung meldete, „kommunistisch eingestellte Anführer“ den Gendarmerieposten entwaffnet und besetzt und im Gebäude des Konsumvereines mit der Arbeiterbäckerei sowie im Rathaus Widerstandsnester geschaffen. Auch gegen sie wurde Militärassistenz angefordert. In der Hackhergasse wurde das Militär beim ersten Angriff durch lebhaftes Maschinengewehr- und Schützenfeuer aus den Fenstern der Hirtenschule zurückgeschlagen, aber die Schutzbündler verschossen dabei den größten Teil ihrer spärlichen Munition und zogen sich zum alten Walzwerk zurück. Die leere Schule wurde von Soldaten besetzt. Danach gingen sie „mit Reizrauchbüchsen“ gegen die Wachstube vor; durch das Haustor wurde Gas eingeblasen. Auch hier fand die eindringende Polizei keine Verteidiger vor, sie waren in der Dunkelheit verschwunden.

[47:] Auf dem Industriegelände sammelten sich die geflüchteten Schutzbündler und unternahmen mit Anbruch der Dunkelheit wiederholte Vorstöße gegen das ausgedehnte Bahngelände. Sie suchten sich die Verbindung mit dem Nachbarort Gösting zu verschaffen, was jedoch die zahlenmäßig überlegenen Regierungstruppen verhindern konnten. Auch der Bahnverkehr wurde nicht unterbrochen. Die

um 18.30 Uhr angelangte Militärabteilung wurde von der Betriebsanlage Waagner und Biró aus mit zwei Maschinengewehren beschossen. Die Exekutive wartete erst die Ankunft der Artillerie ab, mit deren Hilfe um 1.00 Uhr nachts die Brückenbauanstalt besetzt wurde. Vor dem Walzwerk stellte das Militär Minenwerfer auf, nahm es aber erst am nächsten Morgen um 6.00 Uhr ein.

Erbitterte Kämpfe tobten außerdem unterdessen im Vorort Eggenberg. Dort hatte ein getreuer Diener der katholischen Kirche, der dortige Pfarrer, Superior Josef Grabner, als erster das Militär schriftlich alarmiert. Die zuerst gegen die Arbeiter eingesetzten Gendarmerie-Chargenschüler wurden bereits auf der Fahrt nach Eggenberg aus einer Baracke beschossen und erlitten beim Sturm auf sie schwere Verluste. In Eggenberg selbst gerieten sie dann in ein „überfallsartiges“ Feuer aus zwei im Konsumvereinsgebäude untergebrachten Maschinengewehren. „*Die Kompanie war buchstäblich zu Boden gezwungen.*“ Erst als Alpenjäger mit vier Kanonen anrückten, begann um 1.30 Uhr nach zwanzig Artillerieschüssen der Angriff auf das Gebäude, das nach heftigstem Widerstand erobert wurde. In Eggenberg fanden die Truppen keine Gewehre mehr. Die assistierenden Heimwehrlere plünderten unbehindert die Lagerbestände des Konsums.

Schwere Kämpfe gab es am Dienstag im Vorort Gösting. Dort wurde in der Früh der sozialdemokratische Bürgermeister verhaftet, von den Arbeitern jedoch befreit. Sie griffen auch den Gendarmerieposten an, ohne ihn jedoch einzunehmen, und hielten ihn unter Beschuß, bis Soldaten heranrückten. Sie errichteten auch einige Barrikaden und besetzten die Glasfabrik. Die eingesetzte Militärabteilung konnte zwar mit starkem Beschuß die Arbeiter von der Barrikade vertreiben, für die Erstürmung der Glasfabrik mußte erst gegen Mittag eine weitere Militärkompanie herangezogen werden.

In der Nacht hatten Arbeiter in der Nähe von Graz den Hausberg in Gratkorn besetzt, räumten ihn aber am Dienstagmorgen auf Befehl des Bürgermeisters. Daraufhin besetzten ihn Abteilungen der faschistischen Vaterländischen Front. Empörend war der Beschuß gefangener Arbeiter vor der Alpenjägerkaserne in Gösting, angeblich wegen eines Fluchtversuches, wobei ein Arbeiter [48:] getötet und einige verletzt wurden. Der Militärbericht spricht von einem Mißverständnis.

Bruck an der Mur in den Händen der Arbeiter

In der Industriestadt Bruck an der Mur mobilisierten der Führer des Brucker Schutzbundes, Sepp Linhart, und der Bezirkskommandant Hubert Russ ihre Mannschaften. Schon um 12 Uhr mittags trat das Elektrizitätswerk in den Streik, dem sich sofort die Eisenbahner, die Arbeiter des Felten & Guillaume-Werks, der Papierfabrik und der übrigen Betriebe anschlossen. Bruck an der Mur war der einzige Ort in Österreich, wo an der Spitze der kämpfenden Arbeiter ein führender Funktionär der Sozialdemokratischen Partei stand. Es war dies der sozialdemokratische Landespartei sekretär der Steiermark, Koloman Wallisch, der in Ungarn zur Zeit der Räterepublik Funktionär gewesen war. Auf die Kunde vom Streik eilte er, in Erfüllung eines früher gegebenen Versprechens, mit seiner Frau Paula in einem Auto von Graz nach Bruck an der Mur, wo er jahrelang Parteisekretär gewesen war. Auf dem Weg verständigte er Vertrauensmänner in den umliegenden Ortschaften vom Ausbruch des Generalstreiks und kam in Bruck um 13.30 Uhr an. Die Arbeiter ergriffen die Macht in der Stadt. Als die Gendarmerie, von der Direktion angeblich „*zum Schutz der Arbeitswilligen*“ gerufen, in das Felten & Guillaume-Werk eindrang, besetzten bewaffnete Schutzbündler das Werk und trieben 26 Gendarmen in das Direktionsgebäude. Dann versuchten zwei Schutzbundgruppen unter Führung von Sepp und Erwin Linhart, die Gendarmeriekaserne in der Wiener Straße zu besetzen. Sie kamen unbemerkt dicht an das Gebäude heran, doch ein vorzeitig abgefeuerter Schuß vereitelte das Unternehmen; die Schutzbündler wurden mit starkem Feuer empfangen. Es gelang ihnen, nach heftigem Feuer das Tor mit Handgranaten zu sprengen, ein Trupp Jugendlicher stürmte den Hof. Aber Sepp Linhart wurde tödlich getroffen, einige andere erlitten Verwundungen, worauf sich die Schutzbündler auf den Hauptplatz zurückzogen.

Ein weiterer Brennpunkt der Kämpfe war die Höhere Forstlehranstalt bei der Leobner Brücke, wo Abteilungen der Ostmärkischen Sturmcharen und des Schutzkorps kaserniert waren. Die Anstalt wurde, wie die Regierung meldete, „*mit verbissener Zähigkeit*“ angegriffen, und hier fielen auch die meisten Schutzbündler. Die Lage der Eingeschlossenen war kritisch und es wurde dringend Militär

zu Hilfe gerufen. Die elektrische Beleuchtung war ausgeschaltet [49:] worden, die Stadt bildete nach der Meldung des Militärs „*einen tobenden Aufruhrherd*“. Die Eisenbahn konnte nur bis 17.25 Uhr fahrplanmäßig verkehren, dann sperrten die Schutzbündler die Gleise mit Hindernissen und besetzten gegen 20.00 Uhr den Bahnhof. Von 20.50 Uhr an ruhte der ganze Eisenbahnverkehr.

Die Arbeiter aus den umliegenden Industrieorten organisierten Hilfe für das kämpfende Bruck. Wallisch fuhr in eine Reihe von Orten und brachte von dort mit Lastkraftwagen bewaffnete Schutzbündler nach Bruck, mit denen er die Schlüsselstellung auf dem die Stadt beherrschenden Schloßberg besetzte. Ein Bataillon Alpenjäger, das mit zwei Gebirgsgeschützen anrückte, wurde auf der Zufahrtsstraße durch Sperren aus umgesägten Telephonstangen und Alleebäumen sowie durch wiederholte Feuerüberfälle lange aufgehalten. Dem Vortrupp des Militärs gelang es jedoch, in der Dunkelheit unbemerkt im Laufschrift die Murbrücke in Bruck zu überqueren und den Minoritenplatz zu erreichen. Als die Schutzbündler davon erfuhren, kamen sie überraschend in einem Kraftwagen heran, richteten das Scheinwerferlicht auf die Soldaten und überschütteten sie mit einem Kugelregen, so daß sich das Militär in den Hof des nahegelegenen Hotels „Bauer“ zurückziehen mußte. Inzwischen zog der Haupttrupp des Militärs in Bruck ein und besetzte die Bezirkshauptmannschaft. Entgegen der dringenden Forderung des Majors Fey und des Staatssekretärs Karwinsky, zuerst die eingeschlossenen Gendarmen und Heimwehler zu befreien, bereitete das Militär den Angriff auf den Schloßberg vor, die Hauptstellung der Schutzbündler. Im Laufe der Nacht trafen weitere Militärverstärkungen aus Graz ein. Am Dienstagmorgen begann um 4.45 Uhr die Beschießung des Schloßbergs mit Artillerie und Minenwerfern. Die Schutzbündler, die den Plan des Gegners erkannten, wollten dem Militär in den Rücken fallen, weshalb Wallisch noch am Vorabend einige hundert Schutzbündler über die durch den Murfluß und den Werkkanal des Elektrizitätswerks gebildete Murinsel und dann über den Steg der Wehranlage auf das andere Murufer geführt hatte. Als sie aber nach mühseligem Marsch im Rücken der Gegner ankamen, war die Lage der Schloßbergverteidiger angesichts der besseren Bewaffnung des Militärs und des beginnenden Munitionsmangels unhaltbar geworden.

Nach einem erbitterten, von den Soldaten „*unter dem Einsatz sämtlicher Nahkampfmittel*“ geführten Kampf mußten die Schutzbündler den Schloßberg räumen. Der Großteil zog sich unter Mitnahme der Verwundeten und der Waffen zurück und sammelte sich am Rande des Kreckeraldes in einer neuen Stellung. Nach einer schweren Artilleriebeschießung gaben sie den Wider-[50:]stand auf und marschierten „*vom Feuer verfolgt*“ in westlicher Richtung auf den Höhenrücken Madereck zu. Nach der Einnahme des Schloßbergs konnte das Militär gegen 6.00 Uhr die Gendarmeriekaserne entsetzen. Damit war auch die Heimwehr in der Forstlehranstalt „von selbst“ befreit. Die Schutzbündler räumten ferner bis etwa 5.45 Uhr den Bahnhof und alle Bahnanlagen.

Als das Militär noch die im Felten & Guillaume-Werk eingeschlossenen Gendarmen befreien wollte, wurde es von zwei auf der Gloriette östlich des Bahnhofs aufgestellten Maschinengewehren in Schach gehalten. Erst als diese mit Geschützen und Minenwerfern niedergekämpft waren, konnten die Soldaten das Direktionsgebäude einnehmen und die eingeschlossenen Gendarmen befreien. Drei Stunden später erneuerten die Maschinengewehre der Schutzbündler auf der Gloriette das Feuer, bis sie durch einen Volltreffer außer Gefecht gesetzt wurden. Erst danach konnten die Soldaten gegen das von den Arbeitern besetzte Fabriksviertel im Mürz- und Murbogen vorgehen, wobei einzelne Schutzbundgruppen immer wieder Kampfaktionen aufnahmen. Doch war bis Mittag die Räumung des Fabriksviertels von Bruck durch das Militär beendet.

Der Marsch der Wallisch-Gruppe

Während so in Bruck selbst die Kämpfe allmählich abebbten, beschloß ein „Kriegsrat“ der Arbeiter, die Stadt zu räumen, gegen Leoben zu ziehen, Leoben und Donawitz zu besetzen und sich nach Graz durchzuschlagen. Als sich dies angesichts der Stärke des Militärs als unmöglich erwies, wurde der Rückzug in das Gebiet der Hochalm, zur jugoslawischen Grenze, angetreten. 400 Mann marschierten ungenügend ausgerüstet in anderthalb bis zwei Meter hohem Schnee durch den Utschgraben, bei eisigem, widrigem Wind, den Pfad selbst tretend. Als sie gegen 11.00 Uhr am Eisenpaß – einem Einschnitt zwischen Hochanger und Hochalm – angelangt waren, gab Wallisch in einer bewegten Rede

allen, die nicht weiterkonnten, die Umkehr frei. Ein Teil kehrte um, die anderen aber wollten gegen Frohnleiten auf der anderen Seite der Hochalm hinunter. Sie zogen durch den Laufnitzgraben. Obwohl der Weg sonst nur vier bis fünf Stunden beansprucht, kamen die bereits stark erschöpften Männer erst spät abends unten an. Nach Frohnleiten wagten sie sich aber nicht hinein, da sie den – irrtümlichen – Bericht erhielten, der Ort sei von Militär und Schutzkorps besetzt. In der entstandenen Verwirrung entfernte sich der technische Leiter und Bezirkskommandant des Schutzbundes, [51:] Hubert Ruhs, nach Frohnleiten, setzte sich dort, wie er später in der Schwurgerichtsverhandlung zugab, telefonisch mit dem Gendarmerieposten in Verbindung und verriet den Anmarsch von Wallischs Leuten. Auf Grund des Verrats kamen am Abend 80 Gendarmen nach Frohnleiten und besetzten den Ausgang des Laufnitzgrabens. Zur Belohnung wurde Ruhs, als er am 15. Februar zusammen mit Wallisch vor Gericht stand, nicht erschossen, sondern zu lebenslänglichem Kerker begnadigt.

Die Gruppe zog sich in die Berge zurück, wo sie in Heuhütten übernachtete. Die Gendarmen rückten in den ersten Morgenstunden des Mittwoch mit Maschinengewehren gegen sie vor, und es kam zu einem Feuergefecht, in dessen Verlauf ein Teil der Schutzbündler gefangengenommen wurde. Die anderen sammelten sich wieder, und Wallisch verabschiedete sich von allen, die vor Erschöpfung nicht weiterkonnten. Etwa 50 Mann setzten mit ihm den Marsch fort. Sie wurden auf einer sturmunwehten Berghöhe von starken Gendarmerieabteilungen angegriffen, konnten sich jedoch nach heftigem Kampf zu einer verfallenen Almhütte durchschlagen. Von dort machten die letzten zwölf den Versuch, über den 1195 Meter hohen Eisenpaß zurückzugehen, aber der Weg erwies sich als zu schwer. Sie wollten sich dann einzeln durchschlagen. Kolomann Wallisch hielt sich den Donnerstag über in der Scheune eines einsam stehenden Bauernhauses im Heu verborgen, wohin am Freitag auch seine Frau Paula gelangte. Am Samstag konnte er Verbindung mit Genossen im Tal aufnehmen, die seine Flucht im Auto nach Jugoslawien organisieren wollten. Auf der Flucht wurde er aber am Sonntag von dem Fahrer des Kraftwagenbetriebes der Österreichischen Bundesbahnen (KÖB) Karl Hänfling erkannt, der sich die 5000 Schilling Kopfprämie verdienen wollte, und der Gendarmerie angezeigt. Am gleichen Tag wurde Wallisch gefangengenommen und am Montag, den 19. Februar vom Standgericht zum Tode verurteilt. Die Hinrichtung fand um 22.40 Uhr statt. Der Henker, ein Fleischer aus Wien, verbeugte sich spöttisch vor der Leiche und sprach: „*Herr Wallisch, bei Ihnen war es mir ein ganz besonderes Vergnügen!*“ Karl Hänfling wurde für seinen Verrat von der Betriebsleitung mit einem achttägigen bezahlten Urlaub belohnt.

In anderen Orten der Obersteiermark

Am Montag, den 12. Februar griffen in vielen obersteirischen Industrieorten die Arbeiter zu den Waffen und lieferten den Exekutivtruppen schwere Ge-[52:]fechte. In Kapfenberg, nächst Bruck an der Mur, hatten die Arbeiter den ganzen Tag das Übergewicht, die Gendarmerie geriet „in Bedrängnis“. Die Arbeiter verhafteten hier bekannte Heimwehrführer und Nazi. Der Schutzbund besetzte den Friedhof Sankt Martin und hielt von dort aus mit Maschinengewehren den Gendarmerieposten unter Feuer. Eine andere Abteilung sperrte mit Maschinengewehren von der Burg ober Kapfenberg aus das Mürzthal, die Bahnstrecke und die Straße. Aus dem Burgenland herangezogenes Militär setzte gegen sie am Dienstag um 14.20 Uhr Minenwerfer ein, eine Stunde später auch schwere Maschinengewehre. Der Schutzbund trotzte dem schweren Feuer mehr als eine Stunde lang; erst um 16.30 Uhr verließ er die Stellung. Die Arbeiter beschossen wiederholt auch die zur Freilegung der Eisenbahnschienen und zu ihrer Wiederinstandsetzung bestimmten Abteilungen. Die gegen Kapfenberg heranrückenden Truppen gerieten um 17.00 Uhr bei der Waldlichtung südöstlich der Kapelle Sankt Mater in ein Feuer aus kürzester Entfernung. Nach einem kurzen, aber heftigen Schußwechsel zerstreuten sich die Schutzbündler in dem unübersichtlichen Waldgelände. Das Militär zog in Kapfenberg ein, doch wurde der in der Wiener Straße stehende Teil des Bataillons in der Dämmerung von zahlreichen Dachsützen beschossen. Die von der Truppe unternommene Suche nach den Schützen blieb ergebnislos.

In Judenburg traten am Montag die Arbeiter der Gußstahlwerke in den Streik, und der Schutzbund besetzte die Stadt. Am Nachmittag räumte aber das in der Stadt in Garnison liegende Militär die Straßensperre beim Bahndurchlaß, drang in das E-Werk ein, dessen Strom von den Arbeitern ausgeschaltet war, und erzwang die Wiedereinschaltung des Stroms. Gegen die auf der Ruinenhöhe

verschanzten Schutzbündler mußte ein burgenländisches Feldjägerbataillon zu Hilfe gerufen werden, das die Stellung nur mit Minenwerfern niederringen konnte. Am Dienstag mußten die Arbeiter dem Angriff überlegener Kräfte der Exekutive weichen. Dann marschierten Soldaten aus Judenburg gegen Zeltweg, wo starke Gruppen von Schutzbündern den Gendarmerieposten angegriffen und den Bahnhof besetzt hatten. Das Judenburger Militär konnte, nachdem es die beim Bahndurchlaß auf der Straße nach Zeltweg errichtete Barrikade beseitigt hatte, Dienstag nachmittags nach Zeltweg fahren und die Schutzbündler nach einem Gefecht verdrängen. In Fohnsdorf traten am Dienstag nachmittag die Bergarbeiter in den Streik, und die Schutzbündler versuchten – allerdings ohne Erfolg –, den Gendarmerieposten und das von der Exekutive besetzte Arbeiterheim anzugreifen. Als in der Nacht darauf gegen 0.30 Uhr einige Schutzbündler verhaftet wurden, sammelten [53:] sich etwa 60 ihrer Kameraden und beschossen wiederholt die Sicherungsposten. Morgens wurde jedoch die Arbeit wiederaufgenommen.

Im Raum Voitsberg-Köflach traten alle Arbeiter in den Streik. Am Mittwoch versammelten sich in der Glasfabrik von Voitsberg etwa 1000 Arbeiter, von denen viele bewaffnet waren, zogen zum Gendarmerieposten und zur Unterkunft des Schutzbundkorps, belagerten sie und forderten mit einem bis 12.00 Uhr begrenzten Ultimatum deren Kapitulation. Sie unterbrachen auch die Telephonverbindung mit Graz. Die Exekutive setzte Militär mit einem Minenwerfer ein, bei deren Herannahen die Arbeiter die Fabrik bedingungslos übergaben. Die noch streikenden Arbeiter einiger Betriebe wurden vom Militär unter Androhung von Waffenanwendung zur Wiederaufnahme der Arbeit gezwungen.

In Leoben und Umgebung bewaffneten sich die Arbeiter in den ersten Mittagsstunden des Montag und begannen nach 20.00 Uhr die ersten Kampfhandlungen. Angesichts der Überlegenheit des Gegners zogen sie sich jedoch aus Leoben nach Göß zurück und versuchten den dortigen Gendarmerieposten zu erstürmen. Gegen 4.00 Uhr morgens am Dienstag flauten die Kämpfe um Leoben ab, die Schutzbündler zogen, ohne verfolgt zu werden, in die Berge.

In Thörl wurde die Gendarmerie, als sie Verhaftungen vornehmen wollte, aus dem Arbeiterheim mit Gewehren und Maschinengewehren beschossen. Die Gendarmerie stürmte das Heim und nahm 25 Arbeiter gefangen. In Diemlach setzten sich die Arbeiter im Kinderheim fest. Gegen sie gab das Militär am Mittwoch Artillerieschüsse ab; nach einem Volltreffer in ihre Verteidigungsstellung zogen sich die Schutzbündler zurück. In Sankt Michael griffen am 14. Februar um 3.00 Uhr etwa 100 Arbeiter das Unterkunftshaus des freiwilligen Schutzkorps an. Ein starkes Gendarmerieaufgebot, dem ein Halbbataillon Kärntner Alpenjäger beigegeben wurde, konnte jedoch die Schutzbündler zum Rückzug zwingen.

Das Heranführen der Kärntner Truppen in die Steiermark war möglich, weil im wichtigen Eisenbahnknotenpunkt Knittelfeld Ruhe herrschte. Zwar waren dort am Montag 500 Schutzbündler zum Appell gekommen, am Dienstag waren es bereits 800, aber weder vom Schutzbundkommando noch vom Gewerkschaftssekretariat waren Weisungen zu erlangen, und die Arbeiter gingen wieder auseinander. Größere und kleinere Scharmützel wurden noch aus vielen kleineren Orten der Steiermark gemeldet.

[54:]

Das Versagen Niederösterreichs

Vergeblich warteten die Arbeiter von Wien auf Niederösterreich, wo vor Wiens Toren gegen Süden zu bis zum Semmering ein dichtbesiedeltes Industriegebiet mit zehntausenden Arbeitern lag. Dort hatte der Schutzbund starke, mit Waffen gut versehene Abteilungen. Im Westen liegt eine Schnellzugsstunde entfernt Sankt Pölten mit zahlreichen Betrieben. In den benachbarten Tälern der Flüsse Traisen, Gölsen, Ybbs und Erlauf gab es starke Stützpunkte. Wenn sich diese geschlagen hätten, wäre die Regierung gezwungen gewesen, Truppen aus Wien abzuziehen, und die Lage der kämpfenden Arbeiter wäre entlastet gewesen. Aber wie hätten die Arbeiter in den Kampf treten sollen, wenn gerade die niederösterreichischen sozialdemokratischen Führer die aktivsten Unterhändler mit der austrofaschistischen Regierung waren und schon deshalb alles taten, um die Arbeiter zurückzuhalten.

Große Hoffnung hatte die Schutzbundleitung auf den zahlenmäßig sehr starken und gut bewaffneten Schutzbund in Wiener Neustadt und seine industrielle Umgebung gesetzt. Sein Führer Josef Püchler, der als Radikalinski galt, war jedoch bereits am 10. Februar in alkoholisiertem Zustand verhaftet worden. Zwar befürchteten die Behörden, daß die Verhaftung einen Kampf auslösen könnte, und forderten deshalb Militärhilfe an, aber es blieb alles ruhig. So gab es am 12. Februar niemanden, der den Befehl zur Bewaffnung erteilt hätte. Der niederösterreichische Parteiführer Petznek, der zu den Rechten zählte, gab vielmehr die Weisung abzuwarten und fuhr noch um 14.00 Uhr zum Bezirkshauptmann, um Verhandlungen anzubieten. Er wurde genauso verhaftet wie die übrigen rechten sozialdemokratischen Parteiführer, doch in Niederösterreich blieb es im allgemeinen ruhig. Dabei mangelte es nicht an der Kampfbereitschaft der Arbeiter, wovon zahlreiche Versuche zeugten, sich Waffen zu beschaffen und in Aktion zu treten. Auch in den Straßen von Wiener Neustadt kam es schon am Montag zu einzelnen Schießereien, am Dienstag abend wurden einige Sabotageakte an Brücken und Lichtleitungen verübt. Doch die Schutzbundabteilungen, die aus eigener Initiative zu den Waffen griffen, fanden keine Unterstützung bei der Kreisleitung und gaben deshalb den Kampf bald auf. Das Versagen dieses stärksten Schutzbundkreises entmutigte nicht nur die anderen niederösterreichischen Kreise; es gab der Regierung die Möglichkeit, niederösterreichische Truppenteile nach Wien und in andere Bundesländer zu schicken. So war die Militärabteilung, die Bruck an der Mur bezwingen half, aus dem Burgenland über Niederösterreich marschiert. Auch waren Schutzkorpsabteilungen aus Niederösterreich an den Kämpfen in Bruck an der Mur und anderen Orten in der Steiermark beteiligt. Durch das Wiener-Neustädter Gebiet rollten Züge mit Munition, die die faschistische ungarische Regierung sandte, als dem österreichischen Militär die Munition auszugehen drohte.

Zu einem Zusammenstoß kam es am Montag auf dem Marktplatz in Neunkirchen, wo sich die Schutzbündler bewaffnet hatten. Am Dienstag zogen sie sich beim Einrücken von Militär in die Wälder zurück, wo sie sich so lange verteidigten, bis Geschützfeuer ihr Maschinengewehr zum Schweigen brachte.

Im Ybbstal gab es mehrere Gefechte des Schutzbundes mit Gendarmerie und Heimwehr. Nur im Kreis Sankt Pölten kam es zu größeren Kämpfen. In der Stadt traten am Montag die Fabriken Voith und Schüller sofort in den Streik, während die Arbeiter der anderen Betriebe eine abwartende Haltung einnahmen und erst am Abend über den Generalstreik entscheiden wollten. Das Militär traf zuerst besondere Schutzmaßnahmen „namentlich gegen den stark kommunistischen Vorort Viehofen“, doch das Bundesministerium entsandte die Soldaten zur Hilfeleistung nach Steyr. Entgegen dem Befehl der Kreisführung bewaffneten sich die Arbeiter unter der Leitung des Vizebürgermeisters und Sekretärs der Sozialdemokratischen Partei von Sankt Pölten, Ferdinand Strasser, der nach dem Februar Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Österreichs wurde und den die Nazi nach der Annexion Österreichs ermordeten. Nach 1.00 Uhr nachts fanden kleinere Plänkeleien mit den in der Stadt herumstreifenden Schutzkorpspatrouillen statt. Am Dienstag wurde zwar in allen Betrieben wieder gearbeitet, doch gegen 21.30 Uhr besetzten Schutzbündler am Westrand der Stadt den Schaltraum der NEW AG und schalteten den Strom ab. Bewaffnete Gruppen besetzten den Alpenbahnhof. Hier, wie beim E-Werk und beim Kinderfreundeheim, kam es zu bewaffneten Zusammenstößen. Kleinere Gruppen sammelten sich im Stadtwäldchen und stießen mit den dort stehenden Schutzkorpsleuten zusammen. Aber sie hatten nicht genügend Waffen; so erhielten zum Beispiel die Wehrtuner nur 20 Handgranaten. Am Ostrand der Stadt griff die einzige intakte Schutzbundformation den die Traisenbrücke bewachenden Heimatschutz an. Heimwehrlere und Gendarmen ergriffen die Flucht, und der Sturmzug gelangte mitten in die Stadt, in die unmittelbare Nähe der Bezirkshauptmannschaft, wo sich ein größeres Waffenlager der Gendarmerie befand. Aber abgeschnitten von allen Verbindungen und angegriffen von einer starken Bundesheerabteilung, mußte der Sturmzug den Rückzug antreten.

[56:] In Ternitz sammelte sich der Schutzbund in der Nacht zum 13. Februar am Rande der Stadt, war jedoch ungenügend bewaffnet. Gegen ihn gingen am Dienstag Gendarmen und Soldaten mit einem Geschütz und zwei Maschinengewehren vor. Als das einzige Maschinengewehr der Schutzbündler durch einen Artillerietreffer unbrauchbar gemacht worden war, zerstreuten sich diese.

Auch in den Industrieorten des Traisentals bewaffneten sich die Arbeiter und schlugen in mehreren Gefechten die Schutzkorpsabteilungen. In Wilhelmsburg wurde restlos gestreikt. Die Heimwehr wurde in die Flucht geschlagen, verbarg sich im Gendarmerielokal und rief Militär zu Hilfe. Am Dienstag früh sollte um 9.00 Uhr der Schutzbund zum allgemeinen Angriff antreten, dieser wurde aber von der Leitung abgesagt, was die einzelnen Schutzbundgruppen nicht daran hinderte, in der Defensive den Kampf weiterzuführen. Sie besetzten die Höhen beiderseits des Ortes, wodurch das Traisental gesperrt war. Auch der Bahndamm wurde besetzt, die Telephonleitung unterbrochen.

Im Ort Traisen bedrängten Schutzbündler die Gendarmerie. Die Schutzbündler lieferten den um 13.40 Uhr angreifenden Soldaten ein zweistündiges Feuergefecht. Danach besetzte jedoch die Exekutive den Ort und das ganze Traisental.

Im benachbarten Gölsental kam es in Rohrbach zu einem Feuergefecht mit der Heimwehr. Eine Gruppe Schutzbündler zog sich in das Wohnhaus ihres Kommandanten Johann Hoiss zurück. Die Heimwehr griff das Gebäude an, und während des Kampfes wurde ein Heimwehrkommandant getötet. Johann Hoiss und Viktor Rauchenberger wurden von einem Sankt-Pöltner Standgericht des Mordes angeklagt, zum Tod durch den Strang verurteilt und drei Stunden nach der Gerichtsverhandlung hingerichtet.

Einen Versuch, den kämpfenden Wiener Arbeitern zu Hilfe zu kommen, gab es in dem nahe Simmering gelegenen Ebergassing bei Schwechat, wo die große Teppichfabrik Haas und Söhne lag. Man wollte gemeinsam die Artilleriekaserne in Kaiser-Ebersdorf angreifen. Aber die Schutzbündler erhielten für 100 Gewehre fast keine Munition und mußten ihre Absicht aufgeben.

In unmittelbarer Nähe von Wien, in Neumödling, waren etwa 200 Schutzbündler bewaffnet und errichteten Barrikaden. Bereits in der Nacht zum 13. Februar kam es zu Schießereien mit der Heimwehr. Um 3.00 Uhr früh am 14. Februar kam Militär in das katholische Missionshaus St. Gabriel, wo es von den Geistlichen gut gepflegt wurde. Die Schutzbündler lieferten den Soldaten von 6.00 bis 13.00 Uhr ein lebhaftes Gefecht, dann zog sich ein Teil [57:] gegen Neudorf zurück, während sich die übrigen in den Häusern verschanzten, die sie erst nach schwerem Artilleriebeschuß aufgaben.

Die übrigen Bundesländer

Infolge der Sabotage der sozialdemokratischen Parteiführer kam es im übrigen Bundesgebiet nur an wenigen Orten zum Widerstand der Arbeiter.

In Salzburg rief die Leitung der Sozialdemokratischen Partei, statt den Generalstreik und den Einsatz des Schutzbundes zu organisieren, die Partei- und Schutzbundführer zu einer Konferenz im Parteiheim zusammen, was der Polizei ermöglichte, alle auf einmal zu verhaften. So herrschte in Salzburg am Montag laut Regierungsbericht „völlige Ruhe“, so daß Militär nach Wien zum Einsatz geschickt werden konnte. Am Dienstag kam es in Hallein zu Streiks, wobei Streikbrecher verprügelt wurden. Einige Arbeiter sprengten noch einen Leitungsmast auf der Bahnstrecke nach Salzburg. Das herbeigerufene Militär besetzte die Stadt und zwang die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit. Am 16. Februar kam es zu einer gelungenen Schienensprengung auf der Bahnstrecke Salzburg-Oberndorf, und in der nahe der bayrischen Grenze gelegenen Gemeinde Groß-Gmain wurde „die Ruhe etwas gestört“.

Da es in Tirol nur an einem einzigen Ort, in Wörgl, zum Kampf kam, konnten auch von hier Soldaten nach Wien zur Verstärkung der dortigen Truppen geschickt werden. In Wörgl im Inntal verbarrikadierten sich Arbeiter, als die Gendarmerie am Dienstag gegen 10.00 Uhr versuchte, das sozialdemokratische Parteiheim im Gasthaus „Rose“ zu räumen, und verteidigten es mit Gewehrfeuer. Sie erwarteten Zuzug aus dem benachbarten Kirchbichl und dem Kohlenbergwerk Häring, dessen Arbeiter in Streik getreten waren. Der Schutzbund besetzte weitere Gebäude, von denen aus er den Bahnhof und den Ostrand der Stadt beherrschte. Gegen 11.00 Uhr näherten sich Kräfte der Exekutive neuerdings dem Parteiheim, fanden es aber bereits geräumt. Eine Kirchbichler Schutzbündlergruppe konnte in die Zellulosefabrik eindringen, wohin sich auch die Wörgler zurückzogen. Das Feuergefecht dauerte zwei Stunden. Eine zweite Schutzbundgruppe aus Häring und Kirchbichl sammelte sich

bei der Höhe Grottenberg, gegen sie wurden nicht Soldaten, sondern der sozialdemokratische Bürgermeister von Wörgl und der Ortsgeistliche geschickt, denen es gelang, die Arbeiter zum Rückzug zu bewegen. Beide Orte wurden später vom Militär besetzt, und es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

[58:] In Kärnten stellten sich die sozialdemokratischen Parteiführer gegen den Kampf. Der sozialdemokratische Landeshauptmannstellvertreter Zeinitzer und der Bürgermeister von Klagenfurt, Ingenieur Pichler, traten aus der Partei aus und forderten die Arbeiter auf, „*im Interesse der Freiheit und Unabhängigkeit ... keine Kampfhandlungen gegen die Exekutive oder gegen die Bundesregierung zu unternehmen*“. Da die beiden größten Städte des Landes, Klagenfurt und Villach, ruhig blieben, konnten Kärntner Truppen an der Unterdrückung der Arbeiter in Bruck an der Mur mitwirken. Erst am Donnerstag, den 15. Februar traten die Arbeiter des Kohlenbergwerkes St. Stephan und der Papier- und Zellulosefabrik Frantschach in Streik. Am 16. traf Militär ein, und der Bezirkshauptmann von Wolfsberg überredete, zusammen mit einem aus Klagenfurt erschienenen rechten sozialdemokratischen Funktionär, die Bergleute zur Wiederaufnahme der Arbeit noch in der Nachtschicht.

Vollständig ruhig blieb es in Vorarlberg. Dort sind laut Meldung der „Vorarlberger Landeszeitung“ vom 12. Februar 1934 „*die sozialdemokratischen Führer beim Landeshauptmann vorstellig geworden mit der Erklärung, daß sie die anderwärts vorkommenden Ausschreitungen verurteilen und erklären, daß kein Sozialdemokrat in Vorarlberg Hand anlegen noch an verbrecherischen Anschlägen sich beteiligen würde*“.

Bilanz der Kämpfe

Die Regierung bombardierte bereits während des ersten Kampftages die Bevölkerung durch Radio, Extraausgaben, Flugzettel und Plakate mit Siegesmeldungen und schüchterte sie durch Drohungen ein. Der Ministerrat, der um 14.00 Uhr zusammentrat, stellte fest, daß die Ereignisse „*erwiesenermaßen systematisch vorbereitet wurden und daß die sozialdemokratische Arbeiterpartei hierfür die volle Verantwortung trifft*“. Er beschloß daher „*die sofortige Auflösung dieser Partei*“. Gleichzeitig damit wurden rund 1500 andere Arbeiterorganisationen und Vereine, darunter auch die Gewerkschaften, aufgelöst. Die Regierung beschloß ferner die Auflösung des Wiener Gemeinderates, die Absetzung des Bürgermeisters Seitz und die Einsetzung des Vizekanzlers a. D. Bundesminister Richard Schmitz zum Bundeskommissär für Wien. Über die Hauptstadt wurde das Standrecht verhängt, ab 20 Uhr galt Ausgangssperre. Der Aufruf wurde im Radio jede halbe Stunde wiederholt. Die Besetzung des Wiener Rathauses erfolgte wider Erwarten ohne jeden Widerstandsversuch der sozialdemokratischen Führung, die ebenso wie die ihrer Bruderpartei in Deutschland [59:] kapitulierte. Bürgermeister Seitz erklärte, seine Absetzung nicht zur Kenntnis zu nehmen; er würde nur der Gewalt weichen. Er blieb in seinem Zimmer sitzen und wurde erst am nächsten Morgen herausgeholt, die Treppe hinuntergezerrt und ins Gefängnis gebracht.

Sehr viel zur Siegeszuversicht der Regierung trug die feige Kapitulation der sozialdemokratischen Führer bei. Der Großteil von ihnen versuchte noch am 12. Februar selbst sein Heil in Verhandlungen mit der Regierung oder ihr nahestehenden Politikern. Die anderen saßen in ihren Büros als wäre nichts geschehen und ließen sich ohne jede Gegenwehr verhaften. Einige hielten sich versteckt, zunächst unerreichbar für die Polizei, aber ebenso unerreichbar für die Arbeiter. In der Provinz grassierte das Überlaufen zum Feind. Die sozialdemokratische Kampfleitung sah den Kampf bereits am Montag für verloren an. Julius Deutsch erzählt in seinen Lebenserinnerungen (S. 215), wie er nachts mit Otto Bauer von einer Anhöhe aus die Situation in Wien sah: „*Es drang das Knattern der Gewehre und Maschinengewehre zu uns. Zugleich sahen wir den hellen Lichtschein des Südbahnhofes und hörten das Pfauchen der ein- und ausfahrenden Lokomotiven. Da bedurfte es zwischen uns keines Wortes mehr; der Heldenmut der Schutzbündler war vergeblich.*“ Die Zentraleitung, die ohnehin nicht zum Leiten gekommen war, löste sich auf und überließ die kämpfenden Arbeiter ihrem Schicksal. Im Morgengrauen entkamen ihre Mitglieder unbemerkt durch die Postenkette von Militär und Polizei, die den Ahornhof zernierte. Otto Bauer wurde am Dienstag nachmittag mit Unterstützung des tschechoslowakischen Gesandten Dr. Fierlinger von zwei sudetendeutschen Journalisten in die

Tschechoslowakei gebracht. Julius Deutsch versuchte vergeblich, Verbindungen mit kämpfenden Schutzbundgruppen zu erhalten, und verließ Wien am Mittwoch abend gleichfalls Richtung Tschechoslowakei.

Als die Regierung am Abend des 13. Februar trotz ihren Erfolgen noch weit davon entfernt war, die Arbeiter in ganz Österreich niedergeworfen zu haben, mobilisierte sie alle Reserven. Der Industriellenverband erließ einen Aufruf an seine Mitglieder, die Regierung zu unterstützen und alle Versuche zur Aufrechterhaltung der Arbeit zu unternehmen. Der Staatssekretär für Landesverteidigung Generaloberst Fürst Schönburg-Hartenstein richtete einen Appell an die pensionierten Offiziere und die Soldaten der alten k. u. k. Armee gegen den „roten Bolschewismus“, gegen die „Bande von gewissenlosen Verbrechern“ zu kämpfen. In deutlicher Anbiederung an die Nazi rief er auf, „*uraltes deutsches Land vor dem Zugriff einer Verbrecherbande*“ zu schützen. Dem Aufruf folgten an die 2000 ehemalige Offiziere. Eine Stärkung der Regierungsposition bedeutete auch der Verrat des Schutzbundkommandanten des Kreises Wien West, Eduard Korbel, der seinen Schutzbündlern die Waffen verweigert hatte und am Dienstagabend vor den Sicherheitsbehörden „*die bedingungslose Übergabe meines Kreises*“ erklärte. Er begründete seinen Schritt damit, daß er „Rosenkreuzer“, Mitglied einer freimaurerischen pazifistischen Sekte war, also Gegner des Blutvergießens. Verwunderlich ist nur, wie ihn die sozialdemokratische Führung solange als Schutzbundkommandanten dulden konnte, obwohl er sich schon früher wegen einer Geldmanipulation verdächtig gemacht hatte. Da man bekanntlich den Verrat liebt, nicht aber den Verräter, erhielt Korbel nicht die erwartete Belohnung von seiten der Regierung, sondern wurde vielmehr im späteren Prozeß gegen die Schutzbundführer mit verurteilt.

Am Mittwoch versprach Dollfuß um 11.00 Uhr nachts im Radio Pardon für alle, die die Waffen niederlegen wollten. Die Regierung setzte gegen die kämpfenden Arbeiter auch Flugzeuge ein, und zwar in Simmering, Stadlau und beim Goethehof. Am Donnerstag zogen sich die Schutzbündler vom Laaerberg zurück. Die letzten Schüsse krachten am Samstag, den 17. Februar, als vom Reumannhof aus eine Heimwehrpatrouille beschossen wurde und ihrerseits das Feuer erwiderte. Auch hier wurden die Arbeiterschützen nicht gefunden.

Am 19. Februar wurden die Schulen wieder eröffnet, am 20. die militärischen Opfer der Kämpfe in einem Staatsbegräbnis zu Grabe getragen. Die Regierung gab die Zahl dieser Toten mit 118, davon 55 in Wien, an, wozu 486 Verwundete kamen, von ihnen 302 aus Wien. Die Verluste der Zivilbevölkerung wurden von der Regierung weit unter der wirklichen Zahl mit 196 Toten, davon 127 in Wien, ferner 319 Verwundeten, von ihnen 158 in Wien, geschätzt. 2400 Straffälle wurden der Terrorjustiz übergeben.

* * *

Am Ende der Februarkämpfe gab es in Österreich keine legale sozialistische Arbeiterbewegung mehr (die Kommunistische Partei war bereits 1933 verboten worden). Der Faschismus hatte über eine Organisation triumphiert, die viele Jahre hindurch an der Schwelle der Machtergreifung zu stehen geglaubt hatte, die sich im Roten Wien einen Vorposten und ein Vorbild für den Sieg des Sozialismus mit dem Stimmzettel geschaffen zu haben schien. In der ganzen Welt stellte sich Freund und Feind die Frage, wie es möglich gewesen war, daß eine so starke Organisation ungeachtet des Heldenmutes Zehntausender [61:] eine so fürchterliche Niederlage erlitten hatte. Und auch heute, 40 Jahre nach den Februarkämpfen, ist diese Frage von brennendem, nicht nur historischem, sondern auch aktuellem Interesse. Sie läßt sich aber nicht beantworten, wenn man nur die Kampfhandlungen der Februarartage untersucht. Man kann die Februarereignisse nur verstehen, wenn man von der Geschichte der Ersten Republik ausgeht.

II. Teil Die Vorgeschichte

Die Februartragödie ist nur zu verstehen, wenn man sie in Zusammenhang mit dem Ursprung und der Entwicklung der Ersten Republik stellt und erkennt, daß das Drama Österreichs, wie es ein sozialdemokratischer Publizist ausdrückte, 1918 begann. Nicht als ob nicht auch 1918 seine Ursachen gehabt hätte, nicht als ob es zwischen 1918 und 1934 nicht genügend Gelegenheit gegeben hätte, die Entwicklungsrichtung zu ändern. Aber die Entstehungsgeschichte der Ersten Republik 1918 ist ein Knotenpunkt, an dem sich das Schicksal der österreichischen Arbeiterklasse, aber darüber hinaus auch die europäische Geschichte, für eine ganze Epoche abzuwickeln begonnen hat.

Der Einfluß der Oktoberrevolution

Die erste österreichische Republik hatte ihren Ursprung in der Novemberrevolution von 1918, die ihrerseits ein Glied in der Kette jener weltrevolutionären Entwicklung bildete, die vom ersten Weltkrieg 1914 und der russischen Oktoberrevolution 1917 ihren Beginn genommen hat und bis in unsere Zeit fort dauert. Der imperialistische Weltkrieg und die Große Sozialistische Oktoberrevolution drückten die allgemeine Krise des Kapitalismus aus. Die Oktoberrevolution war die erste siegreiche sozialistische Revolution, und sie leitete eine neue Epoche der Weltgeschichte ein, die Epoche des Zusammenbruchs des Kapitalismus, des Siegeszugs des Sozialismus und Kommunismus in der ganzen Welt. Die Taten und Parolen der jungen Sowjetmacht fanden ihr Echo in der ganzen Welt und weckten dort neue revolutionäre Kräfte. Die sozialistische [64:] Oktoberrevolution zeigte, daß der Sturz der Bourgeoisie und die Aufrichtung der Herrschaft des Proletariats aus dem Gebiete der Theorie in die Praxis getreten waren. Mit der Zerschlagung des Großgrundbesitzes und der Zuteilung des Bodens an die Bauern zeigte die Sowjetmacht den Weg zur Erfüllung der Nöte der Bauernmassen durch das revolutionäre Bündnis der Arbeiter und Bauern. Die uneingeschränkte Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen bis zur Lostrennung, die Aufhebung der nationalen Unterdrückung und die vollständige Gleichberechtigung aller Nationen wurden beispielgebend überall dort, wo unterdrückte Nationen um ihre Freiheit kämpften.

Eine besonders revolutionierende Wirkung ging von der Friedenspolitik der Sowjetmacht aus. Der gepeinigten, hungernden und kriegsmüden Menschheit wurde in Lenins Friedensangebot „*An alle, alle, alle*“ ein konkreter Weg zu einem Frieden ohne Annexionen und Kontributionen gezeigt.

All das erschütterte das imperialistische Weltsystem in seinen Grundfesten. Über die ganze Welt ergoß sich eine Weile von Massenstreiks, Demonstrationen und revolutionären Bewegungen. In der österreichisch-ungarischen Monarchie fand die Oktoberrevolution ein besonders starkes Echo. Hier war die Wirtschaft bis zur Erschöpfung zerrüttet, die Not der Bevölkerung unerträglich, die Friedenssehnsucht besonders stark, und die nationalen Gegensätze erschütterten das ganze Staatsgefüge.

Die Novemberrevolution in Österreich war nicht einfach eine Folge der allgemeinen Krise des Kapitalismus und eine Wirkung der Oktoberrevolution in Rußland allein, sondern hatte ihre eigenen, inneren Ursachen. Sie erwuchs aus der objektiven Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung in Österreich, aus den ökonomischen, sozialen und politischen Widersprüchen, die sich während des Krieges ungemein verschärft hatten.

Die sozialen und politischen Verhältnisse Österreichs waren schon vor dem Weltkrieg durch die Zuspitzung des unversöhnlichen Widerspruchs zwischen der Klassenherrschaft der im Bunde mit dem adeligen Grundbesitz und dem feudalen Militarismus stehenden Finanzoligarchie und den Interessen des Volkes geprägt. Österreich hatte eine reaktionäre politische Ordnung, wenngleich hier die feudale Gewaltherrschaft und die nationale Unterdrückung nicht so stark waren wie im benachbarten zaristischen Rußland. Auch hatte es die österreichische Arbeiterklasse durch ihre Organisiertheit und durch Ausnutzung der Auswirkungen der ersten russischen Revolution von 1905 verstanden, sich manche bürgerliche und politische Rechte zu erobern. Nichtsdestoweniger [65:] gab es in Österreich weder

bürgerliche Demokratie noch nationale Gleichberechtigung, und die enge Verbindung mit dem im Deutschen Reich herrschenden preußischen Junkertum steigerte ständig auch in Österreich die Tendenzen zu Reaktion und Aggressivität.

Die verpaßte sozialistische Revolution

Drei Umstände bestimmten die Eigenheiten der österreichischen Revolution von 1918: der militärische Zusammenbruch der Monarchie, die nationalen Befreiungsbewegungen ihrer Völker und der Aufschwung der proletarischen Massenbewegung.

Auch Österreich stand nach dem militärischen Zusammenbruch und der Novemberrevolution unmittelbar vor der Schicksalsfrage, ob sich die weitere Entwicklung auf kapitalistischer oder sozialistischer Grundlage vollziehen werde. Natürlich waren die Bedingungen für die Fortführung der Revolution auf sozialistischen Bahnen in Österreich anders als in Rußland. Aber das heißt nicht, daß sie schlechter als dort gewesen waren. Besonders günstig hätte sich in Österreich der totale Zusammenbruch der Macht der Bourgeoisie auswirken können, die weder über einen Gewaltapparat mehr noch über moralischen Einfluß auf die Massen verfügte. Gab es auch objektive widrige Umstände, die sich gegen die proletarische Revolution auswirkten, so hat es doch niemals eine Revolution in der Weltgeschichte gegeben, die nur günstige Bedingungen vorgefunden hätte. Und die Erfahrung spricht dafür, daß es eine solche Revolution auch nicht so bald geben wird. Auch die Oktoberrevolution in Rußland stand vor einer Reihe von Hindernissen und Gefahren, die viele an der Möglichkeit ihres Gelingens zweifeln ließ.

Vom Marxismus zum Opportunismus Der entscheidende Grund, warum die Situation von 1918 nicht ausgenutzt werden konnte, um Österreich auf den Weg des Sozialismus zu führen, war das Fehlen einer starken, zielklaren, revolutionären Organisation, die das Proletariat zu diesem Ziel hätte führen können, war das Fehlen einer festen, erfahrenen marxistisch-leninistischen Kampfpartei. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs **, der die überwältigende Mehrheit der Arbeiterklasse folgte, war keine solche Partei mehr. Sie war unter der Führung von Viktor Adler, des Freundes und Schülers von Friedrich Engels, des Mitbegründers des wissenschaftlichen Sozialismus, auf dem Parteitag in Hainfeld zu Neujahr 1889 geschaffen worden. Sie hatte sich ein revolutionäres, marxistisches Programm gegeben, unter ihrer Führung hatte die österreichische Arbeiterbewegung eine Reihe ganz beträchtlicher Erfolge erzielt. Aber mit der Wandlung des Kapitalismus zum Imperialismus zu Beginn des 20. Jahrhunderts hatte sie immer mehr den revolutionären Charakter verloren und eine opportunistische, klassenversöhnlerische Politik zu betreiben begonnen. Durch ihre Propaganda des friedlichen Hineinwachsens in den Sozialismus tat sie alles, um ein revolutionäres, sozialistisches Bewußtsein bei den Massen nicht aufkommen zu lassen. Durch ihre perfekte Organisation ordnete sie den revolutionären Kampfwillen der fortgeschrittensten Schichten der Arbeiterklasse der opportunistischen Politik der rechten Führer unter.

Abkehr vom Internationalismus

Zu den verhängnisvollsten Folgen dieser Politik gehörte die Zurückdrängung des proletarischen Internationalismus und das Anwachsen des Nationalismus in der österreichischen Arbeiterbewegung. Dies führte schon vor Kriegsausbruch zur Spaltung der Partei und der Gewerkschaften nach nationalen Gesichtspunkten. Schuld daran trugen nicht nur die nationalistischen separatistischen Elemente in der slawischen, insbesondere in der tschechischen Arbeiterbewegung, sondern ebenso, wenn nicht mehr, das Unverständnis der deutschsprachigen Sozialdemokratie gegenüber der nationalen Befreiungsbewegung. Nicht selten verbarg sich hinter ihren internationalistischen Worten eine deutschnationale Politik. Ihre Führung zeigte sich an dem Ausbau der beherrschenden Position der deutschsprachigen Österreicher gegenüber den anderen Nationen der Monarchie interessiert. Bedeutete sie doch auch

* Opportunismus in der Arbeiterbewegung – prinzipienlose Politik der Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie.
** Bestand unter dem Namen: Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs, dann Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei in Österreich, seit 1919 Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschösterreichs und dann Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs bis 1934 Vorläuferin der heutigen Sozialistischen Partei Österreichs.

materielle Vorteile für eine nicht unbedeutende Schicht der qualifizierten Arbeiter, Meister und Vorarbeiter, denen allein wegen der Beherrschung der deutschen Sprache Bevorzugung zuteil wurde. Es kam schließlich so weit, daß Sozialdemokraten verschiedener Nationen in einzelnen Wahlkreisen *gegeneinander* konkurrierten, [67:] daß im Reichsrat* sozialdemokratische Abgeordnete gegeneinander, aber zusammen mit ihren nationalen Bourgeoisien stimmten. Während die bolschewistische Partei unter der Führung Lenins mit der Losung „*Selbstbestimmungsrecht der Nationen*“ die internationalistische Einheit innerhalb ihrer Reihen zu bewahren verstand, stellte die österreichische Sozialdemokratie die Erhaltung der Habsburgermonarchie über alles und nahm die Abspaltung der nationalen Parteien in Kauf. Der Theoretiker der österreichischen Partei, Otto Bauer, gab hierfür auch die theoretische Begründung, wonach angesichts der verschiedenen nationalen Charaktereigenschaften „*die Scheidung der Partei in nationale Gruppen das ihr angemessene Organisationsprinzip ist*“.

Die Sozialdemokratie im ersten Weltkrieg

Einen Gipfelpunkt erreichte die Abkehr der österreichischen Sozialdemokratie von der revolutionären Politik bei Ausbruch des ersten Weltkrieges, als ihre Führung nicht nur keine Aktion gegen den Krieg unternahm, sondern sich ganz und gar auf die Seite der herrschenden Klassen stellte und den imperialistischen Krieg als einen Verteidigungskrieg der deutschen Nation gegen den Zarismus unterstützte.

Otto Bauer, der damals noch nicht die unmittelbare Verantwortung für die Politik der Parteiführung trug, stellte dazu später in seiner Darstellung der österreichischen Revolution fest** : „*Ohne Vorbehalt stellte sie sich auf die Seite der Mittelmächte. Ohne Vorbehalt stellte sie ihren Einfluß auf die Massen in den Dienst der Kriegführung.*“ (O. Bauer: Die österreichische Revolution, Wien 1923, S. 53.)

Auch die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer leisteten der Kriegführung praktische Hilfe. Im Aufruf der Gewerkschaftskommission zu Beginn des Krieges wurde die „*genaueste Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen*“ empfohlen, die „*Einleitung und Fortführung*“ von Lohnbewegungen sollte „*möglichst unterlassen werden*“. Noch im November 1916 rühmten sich die Gewerkschaftsführer, „*während der ganzen schweren Zeit des Krieges die Notwendigkeit höherer Arbeitsleistung betont*“ zu haben. Dieses Verhalten war eine neue [68:] Qualität der Abkehr vom revolutionären Marxismus und proletarischen Klassenkampf, was Lenin mit Recht „*himmelschreienden Verrat*“ nannte.

Es fehlt zwar nicht an Stimmen, die mit dieser Qualifizierung nicht einverstanden sind, weil sie meinen, daß zum Verrat die subjektive Absicht des Verrats gehört. Aber in der Politik kommt es, wie Lenin sagte, nicht auf das subjektive Wollen, sondern auf die objektiven Folgen an. Und wenn eine Arbeiterpartei in der Praxis das Gegenteil von dem tut, was sie öffentlich gelobt hat, und dabei noch fortfährt, in Worten zu den alten Grundsätzen zu stehen, und wenn diese Politik den Klasseninteressen des Proletariats widerspricht und den Interessen der Bourgeoisie nützt, so ist das eben objektiv Verrat.

Ein Glücksfall für die Führung der österreichischen Sozialdemokratie war der Umstand, daß sie nicht gezwungen war, öffentlich für die Kriegskredite zu stimmen, wie das bei ihrer deutschen Bruderpartei am 4. August 1914 der Fall gewesen war. Infolge der Schwäche ihrer parlamentarischen Basis wagte es die österreichische Regierung nämlich nicht, den Reichsrat einzuberufen, regierte vielmehr mit dem Notstandsparagraphen 14 ohne Parlament. Aber die Haltung der sozialdemokratischen Führung wird schon durch den berüchtigten Leitartikel „*Der Tag der deutschen Nation*“ in der „*Arbeiter-Zeitung*“, dem Zentralorgan der SPÖ, entlarvt, der die Abstimmung der deutschen Sozialdemokratie für die Kriegskredite mit begeisterten Worten pries: „*Diesen Tag des 4. August werden wir nicht vergessen. Wie immer die eisernen Würfel fallen mögen – mit der heißesten Inbrunst unseres Herzens hoffen wir, daß sie siegreich fallen werden für die heilige Sache des deutschen Volkes –, das Bild, das heute der deutsche Reichstag, die Vertretung der Nation, bot, ... wird in der Geschichte als ein Tag der stolzesten und gewaltigsten Erhebung des deutschen Geistes verzeichnet werden. ... da das deutsche Vaterland in Gefahr, da die nationale Unabhängigkeit des Volkes bedroht, tritt die Sozialdemokratie schützend*

* Die parlamentarische Vertretung in der Monarchie.

** Wenn wir viel aus sozialdemokratischen Quellen und Darstellungen zitieren, so nicht deshalb, weil andere nicht zur Verfügung stehen. Wir glauben vielmehr, daß diese Selbstentlarvung am wirksamsten für die Verderblichkeit der sozialdemokratischen Politik zeugt.

vor die Heimat hin, und die ‚vaterlandslosen Gesellen‘, die ‚rote Rotte‘, wie sie der Kaiser einst schmähete, weiht dem Staat Gut und Blut der arbeitenden Massen.“

Gut und Blut der arbeitenden Massen weihte auch die österreichische Sozialdemokratie dem Kaiser und den herrschenden imperialistischen Klassen. Auch der greise Führer der österreichischen Sozialdemokratie, Viktor Adler, ließ sich vom Hurratriotismus einfangen. Verzweifelt erklärte er, man würde auch für die Kriegskredite stimmen müssen.

Die rechten sozialdemokratischen Führer haben sich später damit verantwortet, daß sie – wie etwa der Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“, Friedrich [69:] Austerlitz, schrieb – nur das ausdrückten, „*was Überzeugung, mehr oder minder bewußtes Wollen der Massen*“ war.

Der große Führer der internationalen Arbeiterbewegung, Lenin, hat bereits während des Krieges darauf geantwortet, man wisse sehr wohl, daß „*die Regierung (und die Bourgeoisie) durch Abwälzung der Schuld auf die ‚Böswilligkeit‘ des anderen Landes ‚das Volk‘, die ‚Bevölkerung‘, ‚die Menge‘ betrügen wird. Die Frage ist nun, ob die Unterstützung eines solchen Betrugers ... mit Internationalität und Sozialismus vereinbar ist oder ... ob es für Sozialisten erlaubt ist, den Betrug mitzumachen, den die Bourgeoisie am ‚Volke‘ begeht.*“ (Werke, Band 21, S. 174.)

Wie recht Lenin gehabt hat, beweisen viele Aussagen sozialdemokratischer Führer und Historiker selbst. Hier seien nur zwei ältere davon angeführt: Julius Deutsch gibt in seiner „Geschichte der deutsch-österreichischen Arbeiterbewegung“ (Ausgabe 1922) zu, daß die „*Mehrheit der Partei*“ mit der Kriegsbegeisterung der Parteiführung „*gewiß nicht einverstanden*“ war. Ludwig Brügel schreibt in seiner „Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie“, daß diese Politik „*mit Apathie*“ hingenommen wurde.

Die Antwort der Arbeiter

Die Massen konnten auch in Österreich nicht sprechen. Der schrankenlose Kriegsabsolutismus verhinderte jede Kritik an der Politik der herrschenden Klassen und damit an der „patriotischen“ Politik der SPÖ-Führung. „Oppositionelle“ wurden, wo sie nicht ins Gefängnis wanderten, so doch „einrückend gemacht“ und an die Front abgeschoben. Auch innerhalb der Partei waren die Diskussionsmöglichkeiten weitgehendst eingeschränkt und direkt unmöglich gemacht. Die einzige Form, in der unzufriedene Elemente ihren Protest ausdrücken konnten, war der Austritt aus der Partei und den Gewerkschaften. Wenn die Mitgliederzahl der Sozialdemokratischen Partei von 120.000 vor dem Kriegsausbruch auf rund 40.000 im Jahre 1916 sank, die Zahl der gewerkschaftlich Organisierten von 2,160.000 (1913/14) auf 696.000 (1916/17) fiel usw., so war das nicht nur der Mobilisierung der Männer an die Front zuzuschreiben, es war vielmehr auch eine Form des Protestes der Arbeiter, was auch daraus hervorgeht, daß selbst die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Frauen – trotz einer erheblichen Steigerung der Frauenarbeit – fast auf die Hälfte fiel. Trotz dem Überlaufen der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführungen in das Lager der Bourgeoisie hörte der Klassenkampf der Arbeiter gegen Ausbeutung und Unterdrückung nicht auf, wenngleich die herrschende [70:] Zensur jede Nachricht darüber unterdrückte. (Erst die von Hofrat Rudolf Neck publizierte Quellensammlung „*Arbeiterschaft und Staat im ersten Weltkrieg 1914 bis 1918*“, Wien 1964 ff, dokumentiert ausführlich die Welle von Demonstrationen und antistaatlichen Aktionen in dieser Zeit.)

Bereits zwei Wochen nach Kriegsausbruch liegen die ersten Meldungen über Unruhen in den Betrieben vor, und zwar weigerten sich die Arbeiter der Waffenfabrik Steyr, auf die Bezahlung der Überstunden zu verzichten, weshalb die Direktion das Einschreiten der Militärbehörden forderte. Und von da an riß die Kette der Kampfaktionen der Arbeiterklasse gegen die Militarisierung der Betriebe, die schlechten Löhne, die ungenügende Ernährung sowie schließlich gegen das Morden an den Fronten nicht ab. Die illegale Aufklärung konnte jedoch nur von verschiedenen kleinen Gruppen unabhängig voneinander durchgeführt werden, und es gab keine feste Organisation der sozialistischen Kriegsgegner.

Anders als in Deutschland, wo unter der Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gleich nach Kriegsbeginn eine organisierte Opposition gegen den imperialistischen Krieg und den Sozialchauvinismus der Führer – sozialistisch in Worten, chauvinistisch in der Tat – einsetzte, gab es in

Österreich lange keine solche Opposition. Nur in Reichenberg in Böhmen existierte seit 1910 eine linke Organisation unter der Führung von Karl Kreibich, des späteren Mitbegründers der KP der Tschechoslowakei, die sofort, auch illegal, gegen den Krieg auftrat. Eine oppositionelle Haltung nahm der Verein „Karl Marx“ in Wien ein, der unter Führung von Friedrich Adler, des Sohnes Viktor Adlers, stand. Aber Friedrich Adler war kein konsequenter Revolutionär, der eine Massenbewegung gegen den Krieg hätte anführen können. Sein Protest drückte sich in individuellen Taten aus; im August 1914 legte er aus Protest seine Funktionen in der SPÖ nieder, am 21. Oktober 1916 erschöß er den österreichischen Ministerpräsidenten, Graf Stürgkh, als Repräsentanten des Absolutismus und der Kriegstreiberei in Österreich. Friedrich Adler bezeichnete seine Tat auch als Demonstration gegen die sozialpatriotische Politik der sozialdemokratischen Parteiführung und seines eigenen Vaters. Es war die mutige Tat eines Einzelgängers, aber Lenin schrieb darüber: „*Adler würde viel mehr Nutzen der revolutionären Bewegung bringen, wenn er, ohne Spaltung zu fürchten, systematisch zu illegaler Propaganda und Agitation überginge.*“ (W. I. Lenin: Briefe, Bd. IV, Berlin 1967, S. 310.) Immerhin hat Friedrich Adlers Tat und mehr noch seine mutige Verteidigungsrede vor Gericht einiges zur Aufklärung über die Rolle der SP-Führung beigetragen.

[71:] Allerdings hat es die Demagogie sozialdemokratischer Führer verstanden, die Sympathien, die Friedrich Adler mit dieser Rede bei den kriegsmüden Massen errang, in einen revolutionären Nimbus für die SPÖ umzumünzen. Obwohl die SPÖ das Attentat als Tat eines Wahnsinnigen deklarierte, wurde es später für sie reklamiert und für die Bildung der Legende von der revolutionären Kontinuität der austromarxistischen Politik mißbraucht. Friedrich Adler selbst hat durch seine Versöhnung mit der Parteiführung nach Kriegsende viel zur Entstehung und Verbreitung dieser Legende beigetragen.

Das Heranreifen der Revolution in Österreich

Je länger der Krieg andauerte, je elender die Lage der Werktätigen und je klarer der unvermeidliche Zusammenbruch der Monarchie wurde, desto mehr griffen seit Ende 1916 Ernüchterung und Friedenssehnsucht um sich. Der Sturz des Zarismus durch die Februarrevolution von 1917, vor allem aber die siegreiche Sozialistische Oktoberrevolution, fachten die Gärung unter den Völkern Österreich-Ungarns mächtig an. Unter dem Druck der Friedensstimmung ging die sozialdemokratische Parteiführung, ohne ihre Bindung an die österreichische Regierung aufzugeben, zu einer pazifistischen, oppositionellen Sprache über. Sie begrüßte sogar den Sieg der proletarischen Revolution als „*Beginn einer neuen Epoche im Befreiungskampf des internationalen Proletariats*“. Um so mehr war sie aber bestrebt, zu verhindern, daß die österreichischen Arbeiter dem russischen Beispiel folgten. Kein Argument war für diesen Zweck zu schlecht. „*Österreich ist nicht Rußland*“, hieß es immer wieder, und daß „*die Proletarier in den Ländern der Mittelmächte den Kampf nach den ihnen gesetzten Bedingungen zu führen haben*“, wie Seitz es am 11. November 1917 ausdrückte. Diese Binsenweisheit legten die rechten sozialdemokratischen Führer so aus, daß es in Österreich ihrer Ansicht nach niemals Bedingungen für eine konsequent revolutionäre Politik gäbe.

Aber bereits um die Jahreswende 1917/18 spitzte sich die Krise der Donaumonarchie zu einer akut revolutionären Situation zu. Sie fand ihren sichtbaren Ausdruck im grandiosen Jännerstreik von 1918 und den anschließenden Militärrevolten sowie in den gegen die Monarchie gerichteten Aktionen der national unterdrückten Völker.

[72:]

Der Jännerstreik 1918

Als bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk die deutschen und österreichischen Imperialisten der jungen Sowjetmacht drückende Bedingungen aufzwingen wollten und dadurch den Abschluß eines Friedensvertrages in Frage stellten, erhoben die österreichischen Arbeiter die zornige Stimme des Protestes. Bereits am 13. Jänner kam es in Wien und in vielen anderen Städten Österreichs zu stürmischen Arbeiterversammlungen gegen das Verhalten der Regierung in Brest-Litowsk, gegen die Annexionspläne der Imperialisten. Der letzte Funke, der zur Explosion führte, war die an diesem Tage verfügte Kürzung der ohnehin unzureichenden Mehrlation. Als Antwort darauf brach am 14.

Jänner 1918 im Industriegebiet Neunkirchen-Wiener Neustadt spontan und ohne Zustimmung der Partei- und Gewerkschaftsinstanzen ein Streik aus, der mit Windeseile die österreichische Industrie erfaßte und auch auf Böhmen und Ungarn übergriff. Im Laufe der Aktion wurden nach russischem Vorbild die ersten Arbeiterräte in Österreich gebildet, und das gab, wie Otto Bauer zugeben mußte, „*der Bewegung einen grandiosen revolutionären Charakter und weckte in den Massen die Hoffnung, den Streik unmittelbar zur Revolution zu steigern, die Macht an sich zu reißen, den Frieden erzwingen zu können*“ (O. Bauer: Die österreichische Revolution, Wien 1923, S. 63.)

Die Initialzündung für den Jännerstreik war von einer kleinen oppositionellen Gruppe ausgegangen, die sich aus den um Friedrich Adler gruppierten Linken gebildet und den Namen „Linksradikale“ angenommen hatte. Die „Linksradikalen“ hatten durch Franz Koritschoner und Anna Strömer Verbindung mit Lenin und der von ihm geführten „Zimmerwalder Linken“ und propagierten deren Ideen in Österreich. Sie gewannen Einfluß in Betrieben von Wiener Neustadt und Umgebung, agitierten dort für den Generalstreik und hatten an einigen Stellen die Führung im Jännerstreik.

Aber die gesamte Führung der Massenbewegung konnten sie nicht gewinnen, denn es waren meist jüngere Vertrauensmänner, die nur im eigenen Wirkungsbereich bekannt waren, und zu einem großen Teil Jugendliche, Studenten und Intellektuelle. Zweitens aber waren sich die Arbeiter bei ihren Aktionen noch nicht bewußt, daß sie auch gegen die Politik des sozialdemokratischen Parteivorstandes kämpfen hätten müssen. So gelang es den erfahrenen sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführern ohne große Mühe, die Leitung des Streiks in ihre Hände zu bekommen. Ihnen war aber die revolutionäre Perspektive vollständig unerwünscht. Im Gegenteil, all ihre Anstrengungen [73:] waren in Zusammenarbeit mit den Behörden darauf gerichtet, dem Streik einen möglichst harmlosen Charakter zu verleihen und schnell zu beenden. Ihre erste Sorge war daher, wie es in einer von ihnen 1918 herausgegebenen Broschüre „Um Friede, Freiheit und Recht“ heißt, „*die Bewegung zu erfassen, zu leiten und vor Mißdeutung und vor Abirrung zu schützen*“.

Unter „Abirrung“ verstand die SPÖ-Führung die Steigerung des Kampfes zur Revolution, die sie um jeden Preis vermeiden wollte. Nachträglich gab es auch Otto Bauer zu: „*Die Steigerung des Streiks zur Revolution selbst konnten wir nicht wollen. Darum mußten wir dafür sorgen, daß der Streik beendet werde ...*“ (a. a. O., S. 65.)

Drei Argumente waren es im wesentlichen, die von der sozialdemokratischen Propaganda gegen die Fortsetzung des Streiks vorgebracht wurden:

1. Das Proletariat stünde allein, die Bauern seien eine konterrevolutionäre Kraft;
2. die Regierung würde den Kampf mit der Armee niederschlagen und
3. im allerschlimmsten Falle für die Regierung würde sie die deutschen Truppen zur Annexion Österreichs herbeirufen.

Alle drei Argumente hat die Geschichte zerschlagen. Die Bauern waren auch in Österreich, wie es ja Otto Bauer selbst später zugab, so revolutionär gestimmt wie noch nie. Was die Armee anbelangt, so waren die Truppen, wie es auch die nachfolgenden Soldatenmeutereien beweisen, schon damals alles andere als zuverlässig. „*Der Kampf der Arbeiterschaft um den Frieden fand unter den kriegsmüden hungernden Soldaten lautes Echo.*“ (Otto Bauer, a. a. O., S. 66.)

Und der sozialdemokratische Führer Julius Deutsch, der damals im Kriegsministerium arbeitete, gab in seinen militärpolitischen Erinnerungen zu, daß „*die militärische Situation in Wien für die Regierung recht ungünstig*“ war. In Wien standen anfangs nicht mehr als 3000 kampffähige Soldaten zur Verfügung. Selbst das Offizierskorps war infolge der nationalen Gegensätze bereits äußersten Spannungen ausgesetzt. Und schließlich hätte ein revolutionärer Umsturz Österreich keineswegs zu einer leichten Beute für das imperialistische Deutschland gemacht, denn im Anschluß an den Jännerstreik brach auch dort aus ähnlichen Gründen ein gewaltiger Generalstreik aus. Zwischen dem revolutionären Rußland und dem revolutionären Österreich hätte sich damals ein konterrevolutionäres, monarchistisches Deutschland nicht halten können.

Nachdem aber die SPÖ-Führung den Streik in ihre Hände bekommen hatte, ergriff sie die erstbeste Gelegenheit, um die grandiose Bewegung gegen das Versprechen geringfügiger Verbesserungen abzuwürgen.

[74:] Die Regierung versprach, die Friedensverhandlungen an keinerlei territorialen Fragen scheitern zu lassen, keinerlei Gebietserweiterungen auf Rußlands Kosten anzustreben, Polens Selbstbestimmungsrecht vorbehaltlos anzuerkennen; außerdem versprach sie Reformen des Kriegsleistungsgesetzes und des Ernährungsdienstes und die Demokratisierung des Gemeindewahlrechtes.

Charakteristisch war indes auch die Vertröstung auf einen zukünftigen Kampf, mit der Karl Seitz der großen Vertrauensmännerkonferenz, die über die Fortsetzung des Streiks entscheiden sollte, den Abbruch schmackhaft zu machen versuchte:

„Ich bitte Sie, von diesem Gesichtspunkt aus die Antwort der Regierung als genügend zu beurteilen. Dann wollen wir Gewehr bei Fuß stehen und abwarten, ob man von dem Wege, den wir als richtig erkannt haben, abweichen wird, jeden Augenblick entschlossen, wieder zum äußersten Mittel der Abwehr zu greifen, wenn jemand wagen sollte, etwas zu unternehmen, was den Frieden bedrohen könnte!“

Das Wort von dem „Gewehr-bei-Fuß-Stehen“ war von nun an bis zu den Tagen des 12. Februar 1934 das Leitmotiv der österreichischen Sozialdemokratie, bis sie ihr trauriges Ende fand. Diese Politik war ein Charakteristikum der sogenannten austromarxistischen, scheinbar zwischen Reformismus und Bolschewismus stehenden Politik. In Wirklichkeit waren am Austromarxismus nur die Worte radikal oder revolutionär, doch die Politik selbst opportunistisch und reformistisch, doch war ihr Wesen durch die radikale oder revolutionäre Phrase verdeckt.

Mit revolutionären, marxistisch klingenden Theorien und Worten war eine opportunistische Praxis verbunden, der revolutionäre Klassenkampf im Prinzip anerkannt, aber in jedem konkreten Fall als zu unsicher und zu opferreich abgelehnt.

Eine sehr wichtige Voraussetzung für das Spiel mit radikalen, „neunzigprozentig bolschewistischen“ Phrasen war der Umstand, daß es links von der SPÖ keine große Kommunistische Partei gab, die sie gezwungen hätte, den Worten Taten folgen zu lassen. Doch es war eine dialektische Wechselwirkung: Gerade durch den Gebrauch der radikalen Phrasen gelang es der SPÖ bis zum Februar 1934, die KPÖ klein zu halten.

So verhüllten auch im Jännerstreik die Phrase „Gewehr bei Fuß“ und die Drohung, wieder zum äußersten Mittel zu greifen, nur die Tatsache der feigen Kapitulation. *„In Wirklichkeit haben die Herrschenden von den vier aufgestellten Bedingungen nicht eine einzige erfüllt“*, gab der sozialdemokratische Historiker [75:] Jacques Hannak nach dem zweiten Weltkrieg zu. (J. Hannak: Im Sturm eines Jahrhunderts, Wien 1952, S. 231.)

Die austromonarchistische Politik der sozialdemokratischen Führung war nicht auf die Herbeiführung der österreichischen Revolution gerichtet, sondern auf die Erhaltung der Habsburgermonarchie, wenn auch sozialdemokratische Historiker bedauern, daß *„die großen Leistungen zur Sanierung und Rettung des Habsburgerreiches, die die austromonarchistischen Theoretiker erbracht hatten, nicht beachtet und honoriert“* wurden. (Norbert Leser: Zwischen Reformismus und Bolschewismus, Wien 1968, S. 286.)

Mit der Abwürgung des Jännerstreiks vereitelte der SPÖ-Vorstand die einmalige Möglichkeit, durch eine gemeinsame Aktion der Arbeiter aller Nationalitäten der Habsburgermonarchie Österreich aus dem imperialistischen Weltkrieg herauszuführen und die notwendigen demokratischen und sozialen Veränderungen zu erreichen. Trotzdem war der Jännerstreik der Prolog der kommenden Revolution in Österreich. W. I. Lenin, der die Entwicklung der revolutionären Bewegung in der ganzen Welt mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgte, begrüßte am 24. Jänner 1918 diese Massenerhebung: *„Wir haben in diesen Tagen den heroischen Kampf der österreichischen Arbeiter gegen die imperialistischen Räuber vor Augen gehabt. Wenn es auch den Räubern gelingen sollte, vorübergehend die*

Bewegung aufzuhalten – sie ganz zum Stillstand zu bringen ist unmöglich, sie ist unbesiegtbar.“ (Werke, Bd. 26, S. 472.)

Der Jännerstreik scheiterte nicht etwa an der Unreife der objektiven Bedingungen, sondern in erster Linie am Fehlen einer revolutionären Führung, wie sie sich in Rußland seit 1903 unter der Führung Lenins in der bolschewistischen Partei entwickelt hatte, die rechtzeitig den organisatorischen Bruch mit den opportunistischen Elementen vollzogen hatte.

Die wenigen oppositionellen Gruppen der Linksradiكالen, die sich ohne Friedrich Adler bildeten, konnten eine revolutionäre Partei nicht ersetzen. Sie zogen nach dem Abbruch des Jännerstreiks in einem Flugblatt unter dem Titel „Verraten und verkauft“ die Schlußfolgerungen: *„Von den heutigen ‚Arbeitervertretern‘ ist nichts mehr zu erwarten! Schließen wir uns selbst zu Gruppen des Kampfes zusammen ..., so daß eine neue Organisation des Kampfes und der Befreiung entstehe!“* (Zit. in Neck, a. a. O., 2. Band, S. 396.)

In der berechtigten Befürchtung, daß hier eine revolutionäre Partei entstehen würde, die der Politik der Zusammenarbeit der SPÖ-Führung mit der Regierung erfolgreich Widerstand entgegensetzen könnte, griffen die Behörden energisch durch, indem sie die aktivsten Linksradiكالen verhafteten oder an die [76:] Front abkommandierten, so daß diese Bewegung bis zum Ende des Krieges lahmgelegt wurde. Auch ihre für den I. Mai 1918 geplante Gründung einer Zeitung unter dem Namen „Weckruf“ mußte unterbleiben.

Unmittelbar an den Jännerstreik schlossen sich Soldatenmeutereien an, die von der tiefen Gärung in der Armee zeugten. In Judenburg und in Fünfkirchen meuterten südslawische Truppen, in Rumburg tschechische, in Budapest ungarische. Am 22. Jänner traten die Arsenalarbeiter des Kriegshafens Pola in den Streik, und die Matrosen der vor dem Hafen liegenden Schiffe erklärten sich mit ihnen solidarisch. Am 29. Jänner streikten erneut die Arbeiter im Gebiet von Mährisch-Ostrau.

Der Matrosenaufstand von Cattaro

Am I. Februar 1918 kam es zur größten Erhebung in der Armee, zum Aufstand der Flotte in der Bucht von Cattaro, bei dem 6000 Matrosen auf 40 Schiffen die roten Fahnen hißten und sofortigen Friedensschluß verlangten. Entgegen den Versuchen mancher Historiker, den Aufstand für eine nationalistische Bewegung auszugeben, beweisen auch die neuesten Forschungen eindeutig den sozialistischen, proletarischen Charakter des Aufstands, wenngleich natürlich auch die Auflehnung gegen nationale Unterdrückung und Diskriminierung von seiten der größtenteils deutschsprachigen Offiziere eine Rolle spielte. *„Im Matrosenrat war die Einheit der österreichisch-ungarischen Revolution verkörpert, die Einheit von nationaler Befreiung der Völker und sozialer Befreiung des Volkes. Die revolutionären Matrosen von Cattaro zielten auf eine österreichisch-ungarische Gesamtrevolution, die sowohl national als auch sozialistisch sein sollte – analog der russischen.“* (Bruno Frei: Neue Forschungen über die Matrosen von Cattaro. In: Weg und Ziel, Juni 1962, S. 522/523.)

Die Forderungen der Aufständischen enthielten neben konkreten Tagesforderungen an erster Stelle die Forderung nach sofortigem Frieden. So heißt es in der vom Mannschaftskomitee aufgestellten Liste „Was wir wollen“: *„1. Maßnahmen zur Einleitung eines sofortigen allgemeinen Friedens. 2. Vollständige politische Unabhängigkeit von anderen Mächten {gemeint ist Deutschland-A. R.}. 3. Frieden auf Grund des russischen demokratischen Vorschlags, ‚ohne Annexionen etc.‘. 4. Vollständige Abrüstung (Demobilisierung) und Aufstellung der freiwilligen Miliz. 5. Selbstbestimmungsrecht der Völker ... 8. Demokratisierung der Regierung.“* Auch die Zivilarbeiter stellten an die erste Stelle die Forderung: „Allgemeinen Frieden“.

[77:] Die Matrosen schickten zwei Telegramme ab, die allerdings ihre Adressaten nicht erreichten: eines an den sozialdemokratischen Parteiführer V. Adler und eines an den ungarischen liberalen Politiker Michail Karoly. In dem letzteren wurde ausdrücklich sofortiger Friedensschluß ohne Annexionen auf „sozialistischer Grundlage“ gefordert. Nur dem Umstand, daß es den Behörden gelang, den Aufstand totzuschweigen, ist es zuzuschreiben, daß er keine weiteren Kreise zog. Die Matrosen blieben allein, der Aufstand wurde niedergeschlagen, die Anführer hingerichtet.

Die Schwächung der linksradikalen Organisation durch die Regierungsmaßnahmen erleichterte es der SPÖ-Führung, auch den großen Streik in Wien im Juli 1918, an dem rund 100.000 Arbeiter teilnahmen, in ihre Hände zu bekommen. Wieder kam es zur Wahl von Arbeiterräten. Aber die SPÖ-Führung erklärte, die Ausdehnung des Streiks läge nicht im Interesse der Verhandlungen mit den Unternehmern, und Renner versicherte dem Ministerpräsidenten, daß die Bewegung keinen politischen Charakter trage. So wurde der sich anbahnende neue Generalstreik unterbunden.

Der Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie

Durch das Einschwenken der SPÖ-Führung auf eine pazifistische Linie gelang es ihr, die Unzufriedenheit der Massen mit ihrer Kriegspolitik abzufangen. Dabei stemmte sie sich dem Zerfall der Monarchie bis zum letzten Augenblick entgegen. Die Mehrheit der führenden Sozialdemokraten hing noch immer an der „österreichischen Reichsidee“ und heckte allerhand Pläne zur demokratischen Umgestaltung des Reiches aus. Erst als diese im militärischen Zusammenbruch wie Seifenblasen zerplatzten, stimmte die SPÖ unter der Führung Otto Bauers der Ablösung des Donaureiches durch selbständige Nationalstaaten zu. Demagogischerweise nahm sie aber später für sich das Verdienst in Anspruch, „die Monarchie gestürzt, die demokratische Republik begründet“ zu haben, wie es in dem von Otto Bauer entworfenen Linzer Programm der SPÖ von 1926 heißt.

In Wirklichkeit war die österreichische Revolution eine Folge der nationalen und sozialen Kämpfe, die von der österreichischen Sozialdemokratie keineswegs angeführt, sondern nur gebremst wurden und deren Erfolg durch den militärischen Zusammenbruch der Monarchie erleichtert wurde. Man kann der Feststellung zustimmen, „daß die Habsburgermonarchie nicht nur an ihren [78:] nationalen Gegensätzen zugrunde gegangen ist, sondern auch an ihren sozialen Widersprüchen, ja daß gerade die enge Verzahnung der nationalen Problematik mit der sozialen Krise einen wesentlichen Katalysator im Auflösungsprozeß Österreich-Ungarns darstellt.“ (Neck, a. a. O., S. IX.) Das Fehlen einer revolutionären, mit der Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus ausgerüsteten Partei führte dazu, daß beim Zusammenbruch der Habsburgermonarchie keine Kraft da war, die die nationalen Befreiungsbewegungen mit der proletarischen sozialistischen Revolution nach dem Vorbild, das die Oktoberrevolution 1917 gegeben hatte, zu verbinden imstande gewesen wäre, wie das noch Anfang 1918 durchaus im Bereich der Möglichkeit lag.

Dieser Weg war im Aufruf vorgezeichnet, den Lenin zusammen mit J. Swerdlow und L. Kamenew an die Arbeiter der ganzen Monarchie richtete und der am 3. November 1918 in der „Prawda“ abgedruckt war. Es heißt dort u. a.: „Wir sind tief überzeugt, daß die deutschen, tschechischen, kroatischen, ungarischen, slowenischen Arbeiter, Soldaten und Bauern, wenn sie einmal die Macht ergreifen und das Werk ihrer nationalen Befreiung vollenden, einen brüderlichen Bund der freien Völker schließen und mit vereinten Kräften die Kapitalisten besiegen werden. ... Nicht im Bunde mit der eigenen nationalen Bourgeoisie, sondern im Bunde mit den Proletariern aller in Österreich lebenden Nationen liegt die Bürgschaft des Sieges. Damit dieser Sieg endgültig sei, müssen sich die Arbeiter aller Länder zum gemeinsamen Kampf gegen den Weltkapitalismus vereinigen. ... Wir rufen Euch auf, Euch mit den russischen Arbeitern, Soldaten und Bauern zu vereinigen, an unser Bündnis werden sich die Arbeiter aller Länder anschließen, und mit vereinten Kräften werden wir den Sieg der werktätigen Massen über das blutbefleckte, räuberische Kapital festigen. ... Ihr habt den Weg der Revolution betreten, schreitet auf diesem kühn vorwärts zum Sieg! Es lebe die Freiheit der Völker Österreichs: der Ungarn, der Tschechen, Slowenen! Es leben die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte in Österreich-Ungarn!

Es lebe ihr Bündnis untereinander und mit den Sowjets Rußlands zum gemeinsamen Kampf!“

Zu diesem Bündnis kam es infolge des Fehlens einer revolutionären Partei nicht. Die Nachfolge der Habsburgermonarchie traten Nationalstaaten an, in denen die Bourgeoisie die Macht übernahm. Im deutschsprechenden Teil Österreichs, in dem nach dem Abfall der übrigen Nationen die Republik am 12. November 1918 ausgerufen wurde, lag indes damals die faktische Macht in den Händen der Arbeiterklasse.

[79:]

Die Rettung der Bourgeoisie durch die Führung der SPÖ

Österreich stand vor der Schicksalsfrage, ob sich das Neubeginnen auf kapitalistischer oder sozialistischer Grundlage vollziehen sollte. Die Entscheidung darüber lag in erster Linie bei den sozialdemokratischen Parteiführern, denen die überwiegende Mehrheit der österreichischen Arbeiter nach wie vor uneingeschränkt folgte. Es gab keine Macht in Österreich, die sich dem aktiven Willen der Arbeiterklasse mit Aussicht auf Erfolg hätte entgegensetzen können. Das zahlenmäßig starke industrielle Proletariat, seit Jahrzehnten im gewerkschaftlichen und politischen Kampf geschult, mit mächtigen Organisationen, die ihre während des Weltkrieges erlittenen Verluste sofort aufholten, hatte die Vormacht.

Die in der Monarchie herrschenden Klassen, Adel und Bourgeoisie, waren nicht nur wie zum Beispiel in Deutschland entscheidend geschwächt, sondern vollkommen machtlos. Sie hatten jeden Kredit bei den werktätigen Mittelschichten in Stadt und Land, die unter den Auswirkungen des Krieges gleichfalls unbeschreibbar gelitten und ihm einen entsetzlichen Blutzoll geleistet hatten, verloren. Der Staatsapparat war zum Teil zerfallen, zum Teil gelähmt und in Zersetzung begriffen. Julius Deutsch schreibt darüber, die Macht der Arbeiterklasse dem „Chaos“ gleichsetzend: *„Nirgends war eine Macht zu erspähen, die imstande schien, dem hereinbrechenden Chaos Halt zu gebieten.“* Daß der Begriff „Chaos“ nicht eine zufällige Entgleisung von Julius Deutsch ist, beweist eine gleiche Stellungnahme von Otto Bauer. Er hat das Wesen der sozialdemokratischen Regierungspolitik ungewollt selbst enthüllt, wenn er in seiner Geschichte der österreichischen Revolution (S. 199) als ihre Aufgabe bezeichnete, *„zu verhüten, daß die neu errungene Freiheit der durch vierjährigen Krieg verrohten Massen zu zügelloser Gewalttätigkeit entarte“*. Mit feiner Ironie hat der bürgerlich-demokratische Rechtsgelehrte Prof. Hans Kelsen, der Autor der ersten republikanischen österreichischen Verfassung, dazu bemerkt: *„So sprach vordem der ‚Bourgeois‘ von Revolution; so sieht etwa Revolution von der Regierungsbank aus – auch wenn Revolutionäre auf ihr sitzen.“* (Hans Kelsen: Marx oder Lassalle. In: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, Nr. 11, 1925, S. 284.) Dem bliebe nichts hinzuzufügen, außer daß man auch das Wort *Revolutionäre* in Anführungszeichen setzen müßte.

Außerdem war die Bourgeoisie in ihrer politischen Bewegungsfreiheit durch die Auswirkungen der Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland gelähmt. Sogar der sozialdemokratische Historiker J. Hannak würdigt diese Tatsache – [80:] ohne sich aber der üblichen Verleumdungen der Oktoberrevolution enthalten zu können: *„Die bolschewistische Revolution ... hat – und insofern schulden wir ihr Dank – in der ersten Phase der österreichischen Republik dem österreichischen Proletariat die klare Führung verschafft. Das war eine Folge der psychischen Ausstrahlungen der russischen Revolution auf die besitzenden Klassen, die, eingeschüchtert von der dämonischen Wucht des russischen Dramas, zunächst fast willenlos dem von der Arbeiterschaft vorgeschriebenen Kurs folgten.“* (Jacques Hannak: Im Sturm eines Jahrhunderts, Wien 1952, S. 260.)

Mit überwältigender Schnelligkeit bildeten sich überall Arbeiter- und Soldatenräte, die zur einzig realen Macht im Lande wurden. Die sozialistisch orientierte Arbeiterschaft drängte zur vollständigen Übernahme der politischen Macht und zur Einleitung sozialer Umgestaltungen. Es lag durchaus in der Linie der bisherigen Politik der sozialdemokratischen Parteiführer, daß sie diese Gelegenheit nicht nützten, vielmehr den Weg der Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie fortsetzten. Die tiefere Ursache dieser Politik lag in der weit vorgeschrittenen Integration ihrer führenden Kader in das bestehende System, so daß sie faktisch selbst auf dem Boden des kapitalistischen Systems standen und den bürgerlichen Parteien keine sozialistische Alternative entgegenstellen konnten. Sie traten bereitwilligst in die zusammen mit Vertretern der Bourgeoisie gebildete neue österreichische Regierung, den Staatsrat, ein, Karl Seitz wurde der erste Vorsitzende des Staatsrates, Karl Renner Staatskanzler. Damit erfüllte die Sozialdemokratie nicht etwa die Wünsche der Arbeiterklasse, deren erste Forderung, wie Renner in seiner Rede vor dem Staatsrat zugab, die Übernahme der ganzen Regierungsmacht durch die Sozialdemokratie war, sondern – die Bitten der Bourgeoisie. Karl Seitz enthüllte

1928, wie sich 1918 die Bourgeoisie an die Sozialdemokratie gewandt hatte: „*Die Sozialdemokraten sollen – so flehten sie uns an – retten, was zu retten sei.*“ (Der Kampf, Oktober 1928, S. 518.) Die sozialdemokratischen Führer wollten sogar, wie Friedrich Adler schon 1919 zugegeben hatte, die Regierungsgewalt ganz der Bourgeoisie zuschanzen: „*Wir waren der Meinung, daß wir unter diesen Umständen nichts sehnlicher zu wünschen hätten, als daß eine bürgerliche Regierung diese Verantwortung allein trägt. Aber das Bürgertum war im November und auch noch später in einer derartigen Lage, daß es sich vor der Macht gefürchtet hat und alles lieber getan hätte, als in diesem Staat die Verantwortung allein zu übernehmen. So oft wir dies zu erkennen gegeben haben, entstand bleicher Schrecken im Bürgertum.*“ (Friedrich Adler: Rede auf der Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte in Wien, Juli 1919.)

[81:]

Die Legende von der „Volksrepublik“

Um den Massen, denen die sozialistische Theorie bis dahin den Staat als ein Herrschaftsinstrument der besitzenden Klassen erklärt hatte, ihre Politik schmackhaft zu machen, nannten die sozialdemokratischen Führer Österreich eine „*Volksrepublik*“, die aus einer „*Vereinbarung*“ der Klassen entstanden wäre. Renner pries sie als „*Koalition des Bürgertums, des Bauernstandes und der Arbeiterschaft, um uns aus der Katastrophe herauszuführen*“. Otto Bauer konstruierte die Theorie vom „*Gleichgewicht der Klassenkräfte*“, das eine Koalitionsregierung, „*eine gemeinsame Regierung der Arbeiter und Bauern*“, wie er sie nannte, notwendig mache. In Wirklichkeit blieb, da die ökonomische Gewalt der Bourgeoisie nicht angetastet wurde, die kapitalistische Ordnung und damit auch ihre Herrschaft faktisch unangetastet.

Nicht alle Arbeiter wollten sich mit der bürgerlich-demokratischen Republik begnügen. Symptomatisch war der Zwischenfall, der sich am 12. November bei der Hissung der Fahne der Republik vor dem Parlament ereignete. Kaum war dort die rotweißrote Fahne aufgezogen worden, als unter dem Jubel und Händeklatschen der Zuschauer – so berichtete es die „*Wiener Zeitung*“ vom 13. November – der weiße Mittelstreifen herausgerissen wurde und auf dem Fahnenmast die rote Fahne des Sozialismus emporstieg.

Wie die „*Neue Freie Presse*“ berichtete, stiegen gleichzeitig noch andere rote Fahnen und ein mehrere Meter langes Band mit der Inschrift „*Hoch die sozialistische Republik*“ hoch, und es ertönten Hochrufe auf die soziale Republik. Das Transparent hatten Floridsdorfer Arbeiter mitgebracht, die keineswegs Kommunisten waren.

Zur Begründung ihres Verzichts, Österreich zu einer sozialistischen Republik zu erklären, hat die österreichische Sozialdemokratie immer wieder angeführt: „*Daß die Arbeiterklasse die Macht ergreifen kann, ist unbestritten; die Frage ist aber, ob sie die Macht auch behaupten könnte.*“ (Julius Braunthal: Kommunisten und Sozialdemokratie, Wien 1920, S. 7.)

Die Sozialdemokratie verneinte und verneint bis heute diese Frage. Als Begründung führt sie an, es hätte die Gefahr bestanden, daß die Revolution durch die Truppen der Entente abgewürgt, das Proletariat in den Großstädten durch das agrarische Hinterland ausgehungert und die Arbeiterregierung durch einen konterrevolutionären Bürgerkrieg hinweggefegt worden wäre. Nun kann kein ernst denkender Mensch das Bestehen dieser Gefahren ableugnen, aber zu einer [82:] Revolution gehört eben auch der Mut, ein Risiko auf sich zu nehmen. Wie es der französische bürgerliche Revolutionär Danton ausdrückte, gehören zur Revolution drei Dinge: Kühnheit, Kühnheit und abermals Kühnheit. Und bei einer nüchternen Betrachtung der Situation waren die Schwierigkeiten der Stunde nicht unüberwindlich. Wie groß auch die Opfer und Entbehrungen gewesen wären, die der Kampf um die sozialistische Ordnung mit sich gebracht hätte, so hätten sie niemals auch nur einen Teil dessen erfordert, was der Kampf gegen den Faschismus in Österreich, was die Annexion durch Nazideutschland und schließlich die Teilnahme am zweiten Weltkrieg gekostet haben.

Jedenfalls waren die Chancen für die Behauptung der sozialistischen Revolution in Österreich so günstig wie nie. Es war keinesfalls sicher, daß die Ententetruppen in Österreich einmarschiert wären,

wenn es natürlich auch eine absolute Garantie gegen die Intervention nicht geben konnte. Eine realistische Politik, der Verzicht auf nationalistische Töne in der Grenzfrage usw. hätte die Interventionsgefahr gemindert. Zu beachten ist ferner, daß es um diese Zeit in Italien und Frankreich gewaltige revolutionäre Erschütterungen gab, die auch die Armee ergriffen hatten.

Auch die Gefahr einer Agrarblockade war nicht so schwerwiegend, wie es die sozialdemokratische Parteiführung darstellte. Die Bauern waren zwar treue Untertanen der habsburgischen Dynastie gewesen, aber in der Hölle des Weltkrieges und in den Todeszuckungen der Monarchie waren auch sie von einer revolutionären Gärung ergriffen und durchaus bereit, mit der Arbeiterklasse zusammenzugehen. Otto Bauer gab es zu: „*Nicht nur das städtische und industrielle Proletariat war durch den Krieg revolutioniert worden. ... Nicht anders als der Arbeiter glaubte auch der Bauer, die politische Revolution müsse den Volksmassen eine Umwälzung der Eigentumsverhältnisse bringen.*“ (A. a. O., S. 122.)

Die Bauern verlangten ebenso wie die Arbeiter die Bestrafung der Kriegsverbrecher, der Kriegsgewinnler und der hohen Offiziere. Die sozialistische Revolution hatte den Bauern etwas zu bieten: Boden, Wald und Weide der Großgrundbesitzer, den Sturz der großen Herren und volle Selbstverwaltung. Durch die Befriedigung dieser Wünsche hätte die Arbeiterklasse Bundesgenossen in der Bauernschaft für eine demokratische Bodenreform und die Demokratisierung des wirtschaftlichen und politischen Lebens gefunden. Aber auch die städtischen Mittelschichten meldeten Forderungen an, deren konsequente Erfüllung nur im Kampf gegen die Großbourgeoisie und Finanzoligarchie möglich war.

[83:] Damit hatte sich eine günstige Möglichkeit für den Zusammenschluß aller werktätigen Klassen und Schichten des österreichischen Volkes unter der Führung der Arbeiterklasse zum Kampf um gemeinsame Interessen, um eine echte Arbeiter-und-Bauern-Macht ergeben, die Österreich auf den Weg des Sozialismus führen sollte. All dieses hätte auch den bürgerlichen Parteien die Möglichkeit genommen, die Bauernschaft in einen konterrevolutionären Bürgerkrieg zu führen.

Wenn jemals die herrschenden Klassen zu schwach waren, einen Bürgerkrieg zu wagen, so damals, als sie durch Krieg und Zusammenbruch am Ende ihrer Macht waren.

Was letzthin das Argument der Aushungerung betrifft, so bestanden doch damals reale Chancen, daß die österreichische Räterepublik nicht isoliert bleibe und daß, wie es in dem zitierten Aufruf von Lenin und Swerdlow hieß, die Nahrungsmittelzufuhr aus den Nachbarländern die Versorgung der österreichischen Bevölkerung sicherte. Aber solche Erwägungen waren der sozialdemokratischen Parteiführung fremd, weil sie entschlossen war, den Boden der bürgerlich-demokratischen Republik nicht zu verlassen.

SPÖ-Führung gegen Arbeiter-und-Bauern-Macht

Otto Bauer stellte fest: „*Diese Ideologie der Rätebewegung gewann Macht weit über die Reihen der industriellen Arbeiterschaft hinaus; im Frühjahr 1919 beteiligten sich Staatsbeamte, Privatangestellte, Intellektuelle in Massen an den Rätewahlen.*“ (A. a. O., S. 122.) In den Händen der verschiedenen Räte war eine Fülle wirklicher Macht konzentriert. Den Ausbau und die Festigung dieser Macht wollte die Führung der Sozialdemokratie nicht, aber sie benützte die Räte als Fassade, hinter der die soziale Stellung der Finanzoligarchie und Großbourgeoisie, des Adels und der Kirchenfürsten, der Generäle und der hohen Bürokratie nicht angetastet, das Vermögen der Kriegsverbrecher, Kriegsgewinnler und Spekulanten nicht beschlagnahmt wurde.

Ein ebenso verhängnisvoller Fehler war, daß die österreichische Sozialdemokratie die alten Institutionen in die Republik übernahm. Selbst die Ausrufung der Republik ist nicht als ein revolutionärer Akt vollzogen worden, sondern als Beschluß einer von der SPÖ als „provisorische Nationalversammlung“ anerkannten Sitzung der vor dem Krieg gewählten Abgeordneten des alten Reichsrates, deren Mehrheit schon längst das Vertrauen ihrer Wähler verloren hatte [84:] und nichts repräsentierte als sich selbst. Schon durch diese Anerkennung der alten bürgerlichen, in den Augen ihrer eigenen Anhänger durch die Unterstützung des blutigen Krieges aufs tiefste kompromittierten Parteien half ihnen

die SPÖ wieder in den Sattel und legte so den Strick um den eigenen Hals. Nach dem offenkundigen Bankrott, den die Politik der SPÖ im Februar 1934 erlitten hatte, gab Otto Bauer diese Fehler zu. Am 18. März 1934 schrieb er in der illegalen „Arbeiter-Zeitung“: *„Wir haben im Jahre 1918 allen Klassen, allen Parteien die politische Freiheit und die politische Gleichberechtigung gegeben. Aber die Kapitalisten, die Großgrundbesitzer und die Pfaffen haben die politische Freiheit nur benützt, um die Demokratie zu untergraben und sie schließlich mit Mord und Brand zu Fall zu bringen. Sie haben ihren Einfluß auf die Presse, die Kanzeln und die Katheder benützt, um die Demokratie zu unterwühlen; ihr Geld benützt, um faschistische Söldnerbanden aufzustellen; ihre Macht über die Betriebe benützt, um Arbeiter in ihre faschistische Söldnerarmee hineinzupressen; die Krise ihrer eigenen, der kapitalistischen Gesellschaftsordnung benützt, um Kleinbürger- und Bauernsöhne in die faschistischen Banden hineinzulocken und arbeitslose Proletarier in ihre Söldner zu verwandeln. Auf diese Weise haben sie die Demokratie zerstört.“*

Viele Jahre rühmte sich die SPÖ-Führung dessen, daß sie die alte k. u. k. Armee aufgelöst und durch eine republikanische „Volkswehr“ ersetzt hatte, die anfangs fast ausschließlich aus klassenbewußten Arbeitern bestand. Aber selbst ihre Wehrpolitik war in erster Linie darauf ausgerichtet, die Weiterentwicklung der Revolution zu verhindern. Auch bürgerliche Historiker geben zu: *„Die rasche Wahl von Soldatenräten geschah ... als Präventivmaßnahme gegenüber radikalen Entwicklungen, die sich insbesondere in der zügellosen Aufstellung sogenannter Roter Garden mit eindeutig kommunistischem Anstrich äußerten.“* (Ludwig Jedlicka: Ein Heer im Schatten der Parteien, Graz 1955, S. 11.) Und die wichtigste Sorge des sozialdemokratischen Heeresministers Julius Deutsch war es, die kommunistischen Kräfte aus der Volkswehr hinauszudrängen. 1921 war er noch stolz darauf: *„Man konnte darangehen, den Kern der revolutionären kommunistischen Gruppen innerhalb der Volkswehr, verkörpert durch das Volkswheerbataillon 41, aufzulösen und damit gefährdende Entwicklungen für die Zukunft zu beseitigen.“* Angeblich wollten die SPÖ-Führer dadurch einen Bürgerkrieg verhindern; aber war es nicht gerade die Auslieferung des Heeres an die Kräfte des Bürgerkrieges, die den 12. Februar 1934 heraufbeschwor? Wie recht behielten die Kommunisten mit ihrer Aussage, daß die Schaffung von isolierten Machtmitteln ohne Eroberung der gesamten Staatsmacht eine gefährliche Illusion ist. Es hat sich herausgestellt, daß die bürgerlichen Regierungen es genügend rasch [85:] verstanden haben, durch die Ausnutzung der Kommandogewalt und durch eine entschlossene arbeiterfeindliche Rekrutenwerbung unter der Parole „Entpolitisierung“ das Söldnerheer in ihrem Sinne „umzupolitisieren“.

Die Theorie von der Lebensunfähigkeit Österreichs

Ein weiteres Argument, womit die Führung der SPÖ der sozialistischen Entwicklung entgegentrat, war die Theorie von der Lebensunfähigkeit Österreichs, die angeblich den Anschluß an ein größeres Staats- und Wirtschaftsgebiet verlangte. Schon in der Resolution des sozialdemokratischen Parteitag vom 1. November 1918 hieß es: *„Deutsch-Österreich ist auf sich selbst gestellt, kein wirtschaftlich lebensfähiges Gebilde.“* Tatsächlich hatte der Zerfall Österreich-Ungarns schwerwiegende, beinahe katastrophale Folgen für die Wirtschaft Österreichs, des Restbestandes der Monarchie, die in eine strukturelle Krise geriet. Aber die Schwierigkeiten waren nicht unüberwindbar. Schon das Bestehen solcher Kleinstaaten im damaligen Europa wie die Schweiz zeigt, daß die Lebensfähigkeit nicht von der Größe eines Landes abhängt. Österreich hat schon nach 1922 unter den schwierigsten Bedingungen den Beweis seiner wirtschaftlichen Lebensfähigkeit erbracht. So konnten bereits 1923 die Elektrifizierung der Bundesbahnen und der Ausbau der Wasserkraftwerke in die Wege geleitet werden. Die Ernährung der Bevölkerung war zum weitaus größeren Teil aus der rasch ansteigenden Produktion der österreichischen Landwirtschaft sichergestellt. Bereits 1927 war die Vorkriegsproduktion in Getreidebau, Vieh- und Milchwirtschaft erheblich übertroffen.

Österreich deckte 1937 aus seiner eigenen Erzeugung rund 70 Prozent des Getreide- und 90 Prozent des Fleisch- und Fettbedarfs sowie 100 Prozent seines Bedarfs an Kartoffeln, Zucker und Molkereiprodukten. Staatshaushalt und Währung waren in Ordnung. Die im März 1938 von der deutschen Reichsbank übernommenen Gold- und Devisenvorräte der Österreichischen Nationalbank beliefen sich auf zusammen 410,7 Millionen Schilling (78.000 kg Feingold). Wogegen die Kommunisten in

der Ersten Republik jedoch konsequent ankämpften, war, daß die Wirtschaft ausschließlich auf Kosten der Werktätigen – vor allem der Arbeiter – saniert wurde.

Die Entwicklung der Zweiten Republik beweist erst recht anschaulich, wie falsch die Theorie von der Lebensunfähigkeit Österreichs war. Der Sozialdemokratie aber diente die These von der Lebensunfähigkeit Österreichs als [86:] willkommenes Alibi für eine antisozialistische Politik. Wenn Österreich lebensunfähig war, so konnte ja auch der Sozialismus in Österreich nicht siegen. Der Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“, Austerlitz, drückte es 1920 in der Mainnummer des theoretischen Organs der SPÖ, „Der Kampf“, so aus: „*Schon deshalb ist eine Umkämpfung Deutsch-Österreichs, ehe es seine endgültige Gestalt gewonnen hat, ein Unding.*“

Die verderbliche Anschlußpropaganda

An ein selbständiges demokratisches und sozialistisches Österreich dachte die Führung der Sozialdemokratie nicht, sondern setzte ihm als Alternative den Anschluß an Deutschland entgegen. Sie knüpfte damit an die Großdeutschlandlosung der deutschen Revolution von 1848 an, die auch von Marx und Engels noch als nationales Ziel des Freiheitskampfes des deutschen Proletariats bezeichnet worden war. Dies hätte damals das Aufgehen der Österreicher in einer einheitlichen deutschen Nation, die es noch nicht gegeben hatte, bewirken können. Aber in der Zwischenzeit hatten die deutschsprechenden Völker in beiden Reichen eine gesonderte Entwicklung genommen, die Niederlage der großdeutschen republikanischen Idee 1848/49, der österreichisch-preußische Krieg von 1866, die Ausschaltung Österreichs aus dem Bismarckschen, von Preußen beherrschten Deutschen Reich von 1871 und die ganze nachfolgende Periode hatten die Entwicklung des deutschsprechenden Österreich zu einer besonderen Nation eingeleitet, die sich immer weiter von der deutschen Nation wegentwickelte. Bezeichnend für dieses beginnende nationale Selbstbewußtsein der deutschsprechenden Österreicher, das dem Interesse der überwiegenden Mehrheit des österreichischen Volkes besser entsprach als die Anschlußpropaganda, war die Tatsache, daß die Anschlußlosung weder in der Zeit der Monarchie noch in der Zeit der Ersten Republik größeren aktiven Widerhall bei allen Schichten der Bevölkerung finden konnte. Selbst Julius Deutsch argumentierte gegen den Anschluß: „*Nicht die deutsche Kultur dehnt mit dem Deutschen Reich ihren Rahmen aus, sondern die in Deutschland regierenden Klassen erweitern ihren Machtbereich.*“ (Der Kampf, März 1918.)

Und Otto Bauer wagte 1918 keine Volksabstimmung über den Anschluß wegen der Gefahr, „*daß starke Minderheiten, in einzelnen (Bundes-, A. R.) Ländern sogar die Mehrheit der Stimmberechtigten, gegen den Anschluß gestimmt hätten*“. Das hinderte sozialdemokratische Führer nicht, nationalistische Propaganda [87:] zu treiben. Karl Renner erklärte am 12. November 1918, gewendet an „unser deutsches Volle in allen Gauen“: „*Wir sind ein Stamm und eine Schicksalsgemeinschaft.*“ Und Friedrich Adler suchte die Bedenken gegen den deutschen Imperialismus durch seine nicht minder nationalistische Formel zu zerstreuen: „*Nicht alldeutsch, das heißt: so weit der deutsche Säbel reicht, sondern großdeutsch, das heißt: so weit die deutsche Zunge klingt.*“

Nur ein relativ kleiner Teil der sogenannten alldeutschen oder deutschnationalen Intelligenz, der an der Universität in großdeutscher Ideologie erzogen worden war, war von nationalistischen Beweggründen geleitet. Ein Teil der Großbourgeoisie war aus wirtschaftlichen Sonderinteressen am Anschluß interessiert, und ein Teil der österreichischen Arbeiterschaft ließ sich davon überzeugen, daß es leichter zum Sozialismus zu gelangen wäre, wenn man gemeinsam mit der großen deutschen Arbeiterbewegung kämpfen könnte, die immer ein Vorbild für die österreichische gewesen war.

Daß die Anschlußlosung vor allem das Ziel hatte, den Massenillusionen zu verschaffen, geben heute selbst sozialdemokratische Historiker zu. So schreibt Hannak: „*Den Volksmassen Österreichs mußte etwas geboten werden, woran sich ihre Zukunftshoffnungen klammern konnten. Aus der Düsternis der Gegenwart schien da immerhin ein Aufstieg zu besseren Lebensaussichten denkbar.*“ (Jacques Hannak: Karl Renner und seine Zeit, Wien 1965, S. 350.)

Die Anschlußpropaganda der Sozialdemokratie wirkte nicht nur der Weiterführung der Revolution zur sozialistischen entgegen, sie hatte auch eine unheilvolle Wirkung während des ganzen Bestehens

der Ersten Republik. Sie hemmte im österreichischen Volke das sich entwickelnde Bewußtsein der eigenen nationalen Existenz, sie machte es in den Zeiten der Weltwirtschaftskrise für die nationalistische Demagogie des Nazismus empfänglicher und trug letzten Endes Mitschuld am Verlust der österreichischen Unabhängigkeit.

Sie hatte aber auch schon von Anfang an unheilvolle Wirkungen für die Geschichte der jungen österreichischen Republik. Wurde sie doch mit Recht von den Machthabern und den Völkern der Siegermächte und der österreichischen Nachfolgestaaten als ein Versuch des deutschen Imperialismus angesehen, die Folgen seiner im ersten Weltkrieg erlittenen Niederlage zu mildern und nachträglich ein reiches Gebiet mit mehr als zehn Millionen Einwohnern zu gewinnen. (Einschließlich der Sudetengebiete, die Österreich 1918 für sich reklamierte, A. R.) Das lieferte den Siegermächten eine zusätzliche Begründung für die räuberischen Bedingungen des Diktatfriedens von St-Germain, in den nach ein Anschlußverbot aufgenommen wurde. Das hat sogar noch in den [88:] dreißiger Jahren dem Kampf um die Unabhängigkeit Österreichs Schaden zugefügt.

Die Gründung der Kommunistischen Partei Österreichs

Die Möglichkeiten, die sich 1918 boten, Österreich auf den Weg zum Sozialismus zu führen, wurden verpaßt, weil das Proletariat nicht unter der Führung einer Kampfpartei stand, die es verstanden hätte, die Volksmassen zum Kampf um ihre wahren Interessen zu einigen. Zwar wurde am 3. November 1918 die Kommunistische Partei in Österreich gegründet, aber das war zu spät, als daß sie in die Ereignisse der Novemberrevolution führend und richtungweisend hätte eingreifen können. Historisch genommen war die Zeit für die organisatorische Trennung vom Opportunismus und für die Schaffung einer Kommunistischen Partei auch in Österreich schon längst gekommen gewesen. Hatten ja die opportunistischen Führer der Sozialdemokratie durch ihre Politik der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie die Einheit der Arbeiterklasse faktisch gespalten. Diese tiefe Spaltung, die seit langem im Widerspruch zwischen den Klasseninteressen der Arbeiter und der Politik der Parteiführung bestand, wurde durch die formal einheitliche Organisation nur verhüllt.

Unter der Führung Lenins hatten die russischen Arbeiter den gleichen Widerspruch seit 1903 durch die Schaffung der bolschewistischen Partei gelöst, die sich vom Opportunismus organisatorisch getrennt hatte. Die Erfahrungen des ersten Weltkrieges und der auf ihn folgenden Revolutionen führten in einem langwierigen und gar nicht leichten Prozeß zur Bildung solcher revolutionärer Parteien in allen Ländern, die den Namen Kommunistische Partei annahmen. Die subjektiven Bedingungen waren aber in Österreich für die Gründung der Kommunistischen Partei viel ungünstiger als zum Beispiel in Deutschland. Während dort der Gründung der KP eine jahrelange, im Verlaufe des Weltkrieges unerhört scharfer Kampf innerhalb der Sozialdemokratischen Partei vorausgegangen war, ist es in Österreich zu einem solchen Kampf nicht gekommen, und die breiten Massen hatten die Lehren aus der Politik des Reformismus und Opportunismus noch nicht gezogen. Den Losungen und Argumenten einer zweiten Partei gegenüber waren sie daher nicht so empfänglich, wie sie es in der Diskussion *innerhalb* der Partei gewesen wären. Es fehlte der jungen KPÖ auch an mit den Massen verbundenen Kadern und Führern. Friedrich Adler, auf den viele Linke ihre Hoffnung gesetzt hatten, [89:] lehnte es, als er 1918 aus dem Gefängnis kam, ab, die Führung einer neuen revolutionären Arbeiterpartei zu übernehmen. Als Begründung führte er an, daß vielleicht zwei Jahre früher, also 1916, die Gründung einer neuen marxistischen Partei notwendig gewesen wäre, daß aber nunmehr, nachdem auch der reformistische Parteivorstand den vollzogenen Umsturz nach dem Zusammenbruch der Habsburgermonarchie im Oktober 1918 anerkannt hatte, dies nicht mehr notwendig wäre. Viele revolutionäre Arbeiter sahen in den früheren linken Führern der Sozialdemokratie, wie Friedrich Adler und Otto Bauer, noch immer Vertreter ihrer Interessen, ohne deren zentristische Taktik zu durchschauen. Die an der Gründung der KPÖ beteiligten Gruppen, radikale Intellektuelle und Heimkehrer aus der russischen Gefangenschaft, hatten wenig Verbindung mit den Betrieben. Die junge KPÖ brachte zwar den revolutionären Willen zur Tat mit, die glühende Entschlossenheit, die Sache des Proletariats zu vertreten, aber sie hatte noch nicht die Möglichkeit gehabt, sich die marxistisch-leninistische Strategie und Taktik anzueignen. Es ist daher nicht weiter verwunderlich, daß bei den Gründern der Partei sowohl rechtsopportunistische, sozialdemokratische Überbleibsel der Ideologie als

auch insbesondere linksopportunistische, sektiererische Vorstellungen vorhanden waren, die die Gewinnung der Massen hinderten. Die damaligen Kommunisten wußten nur, daß sie es nicht so machen durften wie die sozialdemokratischen Führer, und wollten es so machen „wie die Russen“. Aber in Westeuropa hatten nur ganz wenige wirkliche Kenntnis von der Geschichte der bolschewistischen Partei, von der Leninschen Strategie und Taktik, von dem fast fünfzehnjährigen zähen und geduldigen Ringen um die Mehrheit der Arbeiterklasse.

Mit Recht schrieb Lenin im Jahre 1920 über die ersten Schritte, die Schwächen und Entwicklungsschwierigkeiten der jungen KPÖ: *„In Österreich hat der Kommunismus eine sehr schwere Zeit durchgemacht, die anscheinend noch nicht ganz überwunden ist: Wachstumskrankheiten, die Illusion, daß eine Gruppe, die sich zum Kommunismus bekennt, ohne ernstlichen Kampf um den Einfluß unter den Massen zu einer Macht werden könnte, Fehlgriffe in der Wahl von Personen.“* (Fehler, die zu Beginn jeder Revolution unvermeidlich sind und deren wir eine ganze Reihe begangen haben.) (Werke, Bd. 30, S. 350.)

Die „Einheits“ideologie

Eine große Erschwernis für die Gewinnung der Massen durch die Kommunistische Partei Österreichs war die seit der Gründung der Sozialdemokratischen [90:] Partei in Hainfeld verbreitete Ideologie der „Einheit um jeden Preis“, die gerade von den Zentristen ausgenützt und gepflegt wurde. Die österreichischen Arbeiter waren zu dem Bewußtsein erzogen worden, daß die unter der Führung Viktor Adlers auf dem Hainfelder Parteitag 1888/89 vollzogene Einigung ihre Partei aus dem Zustand kleiner, ohnmächtiger Gruppen zu einer machtvollen Massenorganisation geführt hat, die bedeutsame Erfolge für die Arbeiterschaft erkämpfen konnte. Und es merkten nur wenige, daß die „Traditionen von Hainfeld“ mittlerweile ihre fortschrittliche Bedeutung verloren hatten und in ihr Gegenteil umgeschlagen waren. Denn inzwischen war durch die Politik der Zusammenarbeit der opportunistischen Führer mit der Bourgeoisie und dem Habsburgerstaat die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse faktisch gespalten worden. So ketteten die „Traditionen von Hainfeld“ die revolutionären Arbeiter an die scheinradikalen zentristischen Führer, die ihrerseits um der Einheit mit den offenen Reformisten willen die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie mitmachten und pflegten. So spannte die falsche Ideologie der Einheit um jeden Preis die revolutionären Arbeiter vor den Wagen der Bourgeoisie, ließ sie die Koalitionspolitik und später die Scheinopposition der Sozialdemokratie gegenüber der Restaurierungs- und Faschistisierungspolitik: der Bourgeoisie mitmachen. Die sozialdemokratischen Führer verstanden es ausgezeichnet, gerade diejenigen, die dies erkannt hatten und daraus die organisatorischen Schlußfolgerungen zu ziehen bereit waren, in den Augen der Massen als „Spalter“ hinzustellen. So kam es, daß den Massen, auch wenn sie in den Diskussionen tausendmal die Richtigkeit der kommunistischen Argumente anerkannten, der Schritt zum organisatorischen Bruch mit der SPÖ gewagt schien, weil er die Einheit zu sprengen schien. Nicht zuletzt dadurch gelang es der österreichischen Sozialdemokratie trotz ihrer verderblichen Politik, die KPÖ klein zu halten.

Lenin, der als erster in der modernen Arbeiterbewegung die Notwendigkeit der organisatorischen Trennung von den Opportunisten völlig erkannt und verwirklicht hat, tat dies im Namen der richtig verstandenen Einheit. Er schrieb dazu: *„Die Einheit ist eine große Sache und eine große Losung! Doch die Arbeitersache braucht die Einheit unter den Marxisten, nicht aber die Einheit der Marxisten mit den Gegnern und Verfälschern des Marxismus.“* (Werke, Bd. 20, S. 228.) Es war ein Unglück für die österreichische Arbeiterklasse, daß sie diese Wahrheit nicht erkannt hat.

Um so größer sind die Verdienste der Pioniere der kommunistischen Bewegung in Österreich, die unter unerhörten Schwierigkeiten die Partei gründeten [91:] und für sie arbeiteten. Mit Recht konnte der Führer der österreichischen Kommunisten, Johann Koplenig, rückblickend feststellen:

„In unserer jungen Partei waren die Schwierigkeiten nicht gering. Wir standen einer starken Sozialdemokratischen Partei gegenüber, die uns mit ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit, ihrer Routine, ihrer Demagogie und ihrem Massenbetrug zu erdrücken drohte. Aber tausende Kommunisten arbeiteten unermüdlich am Aufbau der Partei und ließen sich durch Mißerfolge und Rückschläge nicht entmutigen. Es war damals nicht leicht, Mitglied der Kommunistischen Partei zu sein. Man wurde

verhöhnt und verspottet, man riskierte seinen Arbeitsplatz und sein Brot. Aber wir lernten von der Partei Lenins, zähe und ausdauernd alle Hindernisse zu überwinden und ohne Rücksicht auf persönliche Interessen der Partei und der Arbeiterklasse die Treue zu bewahren.“ (Zit. in „40 Jahre Kommunistische Partei Österreichs“, Wien 1958.)

Die junge KPÖ mußte erst im Laufe ihrer Geschichte, im unmittelbaren Kampf um die Lösung der vor ihr stehenden Aufgaben, sich selbst als marxistisch-leninistische Partei formen und organisieren. Das war eine außerordentlich schwere Aufgabe, und es dauerte sehr lange, bis sie gelöst werden konnte. Ungeachtet dessen war die Gründung der Kommunistischen Partei Österreichs ein wichtiges Ereignis in der Geschichte der österreichischen und internationalen Arbeiterbewegung. Sie stellte die Verbindung mit der siegreichen Arbeiterklasse Rußlands her, übernahm die Lehre des Marxismus-Leninismus, lernte es, sie auf die Verhältnisse Österreichs anzuwenden und der Arbeiterklasse weiterzugeben.

Die hartnäckig wiederholte Behauptung der bürgerlichen und sozialdemokratischen Geschichtsschreibung, daß die KPÖ niemals Einfluß auf die österreichische Politik gehabt habe, entspricht durchaus nicht der historischen Wahrheit. Es war eine Eigentümlichkeit der österreichischen Geschichte in der Ersten Republik, daß der Einfluß der Kommunisten auf die Politik größer war, als es den Anschein hatte. Ihre Losungen waren aus dem Leben gegriffen und wirksam, weil sie den Interessen und Hoffnungen der Arbeiterklasse entsprachen. Sie wurden von vielen linksgestimmten sozialdemokratischen Arbeitern aufgegriffen, die sie in ihren Organisationen vertraten, so daß sie selbst von den sozialdemokratischen Führern nicht ignoriert werden konnten. Die berechtigte Furcht der sozialdemokratischen Führer vor einer Abwanderung zu den Kommunisten ließ sie zu komplizierten Manövern greifen und oft radikaler werden, als es ihnen selbst lieb war.

Aber auch der Bourgeoisie stellte sich die Kommunistische Partei Österreichs ungeachtet ihrer zahlenmäßigen Schwäche und der ungenügenden Verbindung [92:] mit den Massen als eine drohende Kraft dar, weil sie von der Glorie der siegreichen Oktoberrevolution umgeben war, deren Autorität in der österreichischen Arbeiterschaft ständig wuchs. Daher war die Bourgeoisie, solange sie befürchten mußte, die österreichischen Arbeiter würden sich den Kommunisten zuwenden, ängstlich darauf bedacht, die Arbeiter nicht durch übermäßigen Widerstand gegen sozialpolitische Reformen zu reizen, wie wir das noch am Beispiel der Zeit der ungarischen Räterepublik ausführlicher darlegen werden. Allerdings verstand es die KPÖ nicht, ihren Einfluß organisatorisch zu verankern, woran in der ersten Zeit teilweise auch der bei den damaligen Führern der KPÖ vorherrschende Glaube beitrug, angesichts der spontanen Revolutionsbegeisterung der Massen sei eine intensive, systematische Organisationsarbeit nicht nötig. Dieser auch heute in manchen „linken“ Gruppen gepredigte Spontaneitätsglaube hat sich historisch als unrichtig erwiesen.

In der Propagierung der revolutionären Ziele des Kampfes um den Sozialismus, im Kampf gegen die „Sanierung“ und Stabilisierung des Kapitalismus auf Kosten der Werktätigen, im Kampf gegen die austromarxistische Phrase und feige Kapitulationspolitik stand die KPÖ ihren Mann. Ihr besonderes Verdienst war auch ihr Kampf gegen die Anschlußideologie und -propaganda. Der 8. Parteitag der KPÖ (12. bis 14. September 1925) faßte einstimmig einen Beschluß gegen die Anschlußpropaganda und brandmarkte sie *„als ein bürgerlich-sozialdemokratisches Betrugsmanöver ... zu dem Zwecke, das österreichische Proletariat über die Ursachen seines Elends hinwegzutäuschen und vom notwendigen Kampf... abzulenken“*, und *„als Versuch der Imperialisten zur Befriedigung ihrer gegenwärtigen kontinentalen Machterweiterungsgelüste und der Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion“*. (Zitat von Johann Koplenig in „Internationale Pressekorrespondenz“, 1925, Nr. 132.) Die „Arbeiter-Zeitung“ vom 30. Jänner 1921 empörte sich darüber: *„Schließlich hat sich doch eine deutsch-österreichische Partei gefunden, die offen gegen den Anschluß stimmt. Das sind die Kommunisten.“*

Als Schober in seiner Eigenschaft als österreichischer Außenminister mit dem deutschen Außenminister Curtius unter der Zustimmung der österreichischen Sozialdemokratie den Vertrag über eine Zollunion als ersten Schritt zum Anschluß vereinbarte, da nahm die KPÖ als einzige Partei Stellung gegen den Plan. Sie zeigte auf, daß es *„um große imperialistische Interessen ging“*, brandmarkte den

Schritt als Schützenhilfe für den deutschen Imperialismus. Gleichzeitig entlarvte sie die Politik der SPÖ, die „in der Zollunion, genauso wie nach dem Krieg im Anschluß ein Ablenkungsmanöver vom Kampf, eine Vertröstung auf bevorstehende Lösungen von außen sieht“.

[93:] Dieser Politik ist die KPÖ auch in der schlimmsten Zeit der Verfolgungen durch den Faschismus und bis zum heutigen Tag treu geblieben.

Zum Unglück für die Arbeiterbewegung gelang es der KPÖ nicht, den Einfluß der Sozialdemokratie zu brechen, die Führung der Arbeitermassen im Kampf gegen die Bourgeoisie zu erobern und damit grundlegende Wandlungen in der österreichischen Politik durchzusetzen. So ging unter Führung der Austromarxisten die österreichische Arbeiterschaft den verhängnisvollen Weg des Zurückweichens vor der bürgerlichen Reaktion, der schließlich zu ihrer Niederlage und zum Sieg des Faschismus, aber auch zum Untergang der österreichischen Republik führte.

Österreich zwischen den Räterepubliken

War auch die Gründung der Republik die erste verpaßte Gelegenheit, Österreich auf den Weg des Sozialismus zu führen, so war sie bei weitem nicht die letzte. Die revolutionäre Bewegung fand 1918 keinen Abschluß, sondern nahm im Gegenteil einen immer größeren Aufschwung. Die revolutionäre Nachkriegskrise, die vor allem ganz Mittel- und Südosteuropa erfaßte, führte am 21. März 1919 zur Ausrufung der ungarischen und kurze Zeit darauf, am 7. April, der bayrischen Räterepublik. Zwischen dem roten Budapest und dem roten München gelegen, hatte Wien das Schicksal der europäischen Revolution in der Hand. Ein Bündnis der drei Länder hätte einen außerordentlichen Aufschwung in ganz Europa herbeiführen können. Die ungarische Räterepublik fand Anklang in den Grenzländern, bei den Bauern der Karpatoukraine und der Slowakei, wo sich mehrere Wochen lang eine eigene Räterepublik bildete, bei den Volksmassen Jugoslawiens, den Arbeitern Österreichs. Die ungarische Räterepublik, die eine gemeinsame Regierung von Sozialdemokraten und Kommunisten hatte, erließ sofort einen Aufruf an die österreichische Arbeiterschaft, ein Bündnis beider Staaten abzuschließen. Ungarn konnte der österreichischen Bevölkerung seine reichen Lebensmittelvorräte im Austausch gegen die Erzeugnisse der österreichischen Industrie bieten. In Österreich lagerten noch gewaltige Vorräte an Kriegsausrüstungen der alten k. u. k. Armee, befanden sich große Waffen- und Munitionsfabriken, während die ungarische Rote Armee an allem Mangel litt. Das Bündnis dieser beiden Länder hätte sie militärisch sehr stark gemacht.

Der österreichischen Arbeiterschaft bemächtigte sich eine ungeheure Erregung. Von allen Seiten erklang der Ruf nach der Solidarität mit den Räterepubliken. [94:] Die Kommunistische Partei, die sich an die Spitze dieser Forderung stellte, erlebte einen rapiden Aufschwung. Sie verstand es, die Interessen der Heimkehrer aus der Kriegsgefangenschaft, der Soldaten und Invaliden sowie der Arbeitslosen mit Erfolg zu vertreten. Um den Mai 1919 zählte sie etwa 40.000 Mitglieder, führte die Organisationen der Heimkehrer, Invaliden und Arbeitslosen an, besaß eine starke Position in der Volkswehr, war aber in den Betrieben und Gewerkschaften nur wenig verankert und stellte selbst in den Arbeiterräten nur eine kleine Minderheit dar. Doch sie vertrat die vorwärtstreibenden Stimmungen unter den Arbeitern, und ihre Anwesenheit in den Räten wirkte oft wie ein Katalysator für die Erzwingung von radikalen Beschlüssen. Sie leitete sofort eine breite Solidaritätskampagne für die ungarische Räterepublik ein. Am 22. März demonstrierten auf ihren Ruf 40.000 Arbeiter in den Straßen Wiens für das Bündnis mit Räteungarn, für den Sturz des eigenen Kapitalismus. Die KPÖ organisierte den Waffenschmuggel für die Rote Armee, der Kommunist Leo Rothziegel führte eine 1200 Mann starke Truppe zur Verstärkung der Roten Armee nach Ungarn. Hingegen beschloß die Führung der SPO bereits am 21. März, alles zu tun, um einen Anschluß an Räteungarn zu verhindern. So verbrämte Friedrich Adler im Namen des Arbeiterrates in seiner Antwort auf den Appell der ungarischen Räteregierung die praktische Absage mit radikalen Worten: „Ihr habt an uns den Ruf gerichtet, eurem Beispiel zu folgen. Wir täten es von Herzen gern, aber zur Stunde können wir das leider nicht. In unserem Lande sind keine Lebensmittel mehr. ... Dadurch sind wir völlig Sklaven der Entente.“ Dafür wurden in derselben Nummer der „Arbeiter-Zeitung“ die österreichischen Arbeiter auf die Revolution in den anderen Ländern vertröstet: „Wenn sich das Proletariat der Ententeländer selbst gegen

seine Bourgeoisie erhebt, dann werden im Bunde mit ihm auch wir alle Fesseln brechen!“ Diese Methode des Vertröstens auf die Revolution in anderen Ländern wurde vom Austromarxismus in allen Situationen systematisch betrieben.

Mit besonderem Raffinement nützte die Führung der SPÖ eine revolutionäre Errungenschaft der Arbeiterklasse, die 1919 konstituierten Arbeiterräte, gegen die Revolution aus. Den Kommunisten gelang es, entgegen dem Widerstand der rechten SPÖ-Führer, ihre Zulassung in die Arbeiterräte und deren Vollzugsausschüsse zu erzwingen, aber die SPÖ mißbrauchte ihre feste Mehrheit in diesen Institutionen, um dort die Politik der sozialdemokratischen Führung als eine von der ganzen Arbeiterklasse gebilligte Politik hinzustellen, als Losungen einer der Vertretung gesamtproletarischer Interessen dienenden Körperschaft, an die sich auch die Kommunisten zu halten hätten. So wurden die Kommu-[95:]nisten, wie sich Friedrich Adler, der die Führung der Arbeiterräte hatte, ausdrückte, dort „*an die Kette gelegt*“ und dem sogenannten *Urteil der proletarischen Demokratie* unterworfen.

Sozialreform statt Arbeitermacht

Ein weiteres Mittel, um den Einfluß der Kommunisten zurückzudrängen, war eine großzügige Sozialgesetzgebung, die in den Tagen der ungarischen Räterepublik ihren Höhepunkt fand. Die eingeschüchterte Bourgeoisie war froh, sich um diesen Preis von der Enteignung und der dauernden Entmachtung loskaufen zu können. Sie stimmte einer ganzen Reihe von Sozialgesetzen zu, um die die Arbeiter und Angestellten jahrelang vergeblich erbittert gekämpft hatten. Der Achtstundenarbeitstag, eine Forderung bereits des Gründungskongresses der II. Internationale von 1889, bezahlter Arbeiterurlaub, das Betriebsrätegesetz, Frauenschutzgesetze und viele andere Gesetze machten Österreich damals zu einem auf dem Gebiet der Sozialversicherung führenden Land. Diese Errungenschaften waren nicht etwa, wie es die sozialdemokratische Geschichtsschreibung so gern darstellen möchte, der reformistischen Politik zu danken, sondern die Frucht des revolutionären Kampfes der Arbeiterschaft, der Angst vor dem Anwachsen der revolutionären Kräfte. Seinerzeit hatte dies auch die SPÖ selbst zugegeben: „*Die Bourgeoisie sieht, daß die Versuchung zu neuen Revolutionen, zur Proklamierung der Rätediktatur die Massen lockt ..., so ist die Bourgeoisie unter dem Druck der Furcht vor der Rätediktatur zu weit größeren Zugeständnissen bereit, als sie sonst bei gleichen Machtverhältnissen bereit wäre ...*“ (Rätediktatur oder Demokratie/Wien 1919, S. 11.) Selbst bürgerliche Historiker nennen zum Beispiel die Einführung der Arbeitslosenunterstützung „*eine unbedingte Notwendigkeit, besonders vom politischen Standpunkt*“ aus, zwecks „*Verhütung der sozialen Anarchie*“, womit sie die soziale Revolution meinen.

Die sozialpolitischen Gesetze brachten der österreichischen Arbeiterschaft wohl eine Besserung ihrer Lebensbedingungen, aber sie tasteten die Grundlagen der herrschenden kapitalistischen Ordnung nicht an. Sie waren ferner nicht durch die Staatsmacht der Arbeiter geschützt und wurden daher im Laufe der weiteren Entwicklung systematisch ausgehöhlt.

Die blutigen Zusammenstöße am Gründonnerstag

Doch scheute die von den Sozialdemokraten geführte Regierung auch nicht davor zurück, gegen unzufriedene Arbeiter unter dem Vorwand, kommunisti-[96:]sche Putsche verhindern zu müssen, brutale Gewalt anzuwenden. So mußte die österreichische Arbeiterbewegung ihren Blutzoll nicht nur an die monarchistische, die klerikal-faschistische und nazistische Reaktion entrichten, sondern auch an die sozialdemokratisch geführten „Ordnungskräfte“. So ließ die steirische Landesregierung, deren Sicherheitsdirektor der Sozialdemokrat Resel war, in Graz am 20. und 22. Februar 1919 gegen Demonstrationen der Heimkehrer für eine Verbesserung ihrer Lebenshaltung Schußwaffen anwenden, wobei acht Demonstranten getötet wurden. Begründung war auch hier ein angeblich versuchter kommunistischer Putsch, obwohl die Kommunisten nicht daran denken konnten, die Macht in *einer* Stadt zu übernehmen. Selbst Julius Deutsch gab zu, daß damit die SPÖ „*zeitweise in gefährliche Nachbarschaft zur bürgerlichen Ordnungsmacherei geriet*“.

Als sich am 17. April 1919, dem Gründonnerstag, nach Versammlungen an verschiedenen Plätzen Wiens Heimkehrer, Arbeitslose und Invalide vor dem Parlament zu einem Demonstrationenzug für

ihre wirtschaftlichen Forderungen, für Arbeitsbeschaffung, Überbrückungshilfen und Erhöhung der Brottration sammelten, hielt die Polizei in den Höfen des Parlaments und unter der Rampe Einsatzkommandos bereit. Die Demonstration verlief in voller Ruhe und wählte eine Delegation, die der Regierung im Parlament die Forderungen vorbringen wollte. Die Delegation fand die Tore geschlossen, weshalb die Menschenmenge nicht auseinanderging. Als Renner endlich erschien und die Forderungen ablehnte, ertönten Sprechchöre *„Hoch die sozialistische Republik!“* Die Sicherheitswache zu Fuß und zu Pferd ging gegen die Demonstranten vor, und da sich die Menge der Räumung widersetzte, wurde Volkswehr aufgeboten. Es kam zu einer Schießerei, wobei es sechs Tote und etwa fünfzig Schwerverletzte, zumeist Demonstranten, gab. Die bürgerliche und sozialdemokratische Presse entrüstete sich über einen angeblichen kommunistischen Putschversuch, während die KPÖ nachwies, daß es *„ein Verzweiflungsausbruch verhungerner und belogener Proletarier“* gewesen war. Selbst die bürgerliche *„Neue Freie Presse“* mußte am 18. April zugeben, daß es sich nicht um einen Putsch gehandelt hätte. Trotzdem hat sich die Lüge von dem *„ersten kommunistischen Putschversuch“* vom Gründonnerstag in der antikommunistischen Literatur bis heute gehalten, wie zum Beispiel bei J. Hannak, der vom *„Gründonnerstagsputsch“* als *„verbrecherischem Bubenstreich“* schreibt. (A. a. O., S. 272.)

Was dieselbe Geschichtsschreibung aber fast unerwähnt läßt, ist die ungeheuer gespannte politische Atmosphäre dieser Tage, die einen revolutionären Ausbruch zum Greifen nahe brachte. Julius Deutsch schrieb darüber: *„Gelang es [97:] aber den Kommunisten, die Volkswehr nur so weit in ihren Bann zu ziehen, daß sie sich im entscheidenden Augenblick abseits stellte ... dann war unsere Sache verloren.“* (A. a. O., S. 97.)

Auch die sozialdemokratische Parteiführung scheint damals nicht mehr ganz einheitlich gewesen zu sein. Julius Deutsch verriet einiges, wenn auch nicht alles: *„Einige waren sehr pessimistisch und meinten, es werde zumindest nichts anderes übrigbleiben, als eine rein sozialistische Regierung einzusetzen, die aber das Parlament beibehalten mußte. ... Es wurde auch der Gedanke besprochen, eine Regierung zu bilden, in der die Vertreter der Arbeiterräte sich mit Vertretern von Bauernräten, gleichgültig, ob sich dieselben zum Sozialismus bekannten oder nicht, zusammenfanden. Das hätte an dem bestehenden Zustand, der im Wesen eine Koalition zwischen Arbeitern und Bauern war, noch am wenigsten geändert.“* (A. a. O., S. 86 und 87.) Doch die KPÖ war zu schwach, um die mögliche Machtergreifung der Arbeiter herbeizuführen.

Das Blutbad in der Hörlgasse

Das schwerste Verbrechen beging die Polizei am 15. Juni 1919 in der Hörlgasse. Die Agitation für den Anschluß an Räteungarn hatte damals ihren Höhepunkt erreicht, die Erfolge der ungarischen Roten Armee gegen die Interventionstruppen verfehlten ihre Wirkung nicht. Die KPÖ gewann starken Einfluß auch unter den Soldaten, besonders als die Koalitionsregierung ein Viertel der Volkswehr demobilisieren wollte, was tausende Volkswhehrmänner, darunter in erster Linie linksgerichtete, mit Arbeitslosigkeit bedrohte. Unter dem Druck der KPÖ, die sich an die Spitze des Kampfes gegen den Abbau der Volkswehr stellt; und tagtäglich Kundgebungen und Demonstrationen organisierte, verschob die Regierung den Abbaetermin vom 31. Mai auf den 15. Juni. Daraufhin rief die KPÖ für diesen Tag zu einer großen Demonstration auf *„für die Errichtung der Rätediktatur, gegen Hunger und Ausbeutung, für die soziale Revolution“*. Im Aufruf heißt es weiter: *„Jeder Volkswhehrmann hat die Pflicht, mit der Waffe in der Hand an dieser Demonstration teilzunehmen.“*

Die Führung der Kommunistischen Partei rechnete damit, daß unter dem Eindruck dieser öffentlich angekündigten und legal angemeldeten Demonstration mit Teilnahme der bewaffneten Volkswehr die Koalitionsregierung zerschlagen und dem Willen der Arbeiterschaft nach einer Rätereierung in Österreich Genüge getan würde. Die sozialdemokratische Partei jedoch beschuldigte von neuem die Kommunisten der Vorbereitung eines Putsches. Die Regierung [98:] nahm, um der Demonstration die Spitze abzubringen, den Abbaubefehl für die Volkswehr *vorläufig* zurück, womit es ihr gelang, die Volkswhehrmänner zum Verbleiben in den Kasernen zu bewegen. Selbst das Volkswhehrbataillon 41, das unter kommunistischem Einfluß stand, erklärte, seine Kasernierung streng einhalten zu wollen.

Unter diesen Umständen, ohne die Teilnahme der Volkswehr, wäre jeder Versuch, die Macht zu erobern, für den die Kommunisten übrigens weder organisatorische noch militärische Vorbereitungen getroffen hatten*, von vornherein eine Unmöglichkeit gewesen. Es hätte sich um eine mehr oder weniger stürmische Demonstration für die Räte macht in Österreich gehandelt, wozu die Kommunistische Partei das volle Recht hatte. Doch die Exekutive griff zu einer damals in Österreich unerhörten Provokation. Am 14. Juni abends drang bewaffnete Polizei in das Parteilokal der Kommunisten in der Pulverturm gasse im IX. Bezirk ein, angeblich um vier Führer zu verhaften, und nahm das gesamte führende Aktiv, 130 Funktionäre der KPÖ, fest. Über das Ziel dieser Polizeiaktion berichtete Julius Deutsch: „*Führerlos und in kleineren Gruppen aus den einzelnen Bezirken heranrückend, wären die Demonstranten am wenigsten imstande, eine einheitliche, große Aktion durchzuführen.*“ (A. a. O., S. 106.)

In seinem Memoirenbuch „Kaiser, Politiker, Menschen“ (Wien 1936) behauptet der Chef der Wiener Staatspolizei, Franz Brandl, die Aktion zusammen mit dem Polizeidirektor Johannes Schober ohne *vorherige* Information des sozialdemokratischen Innenministers, Eldersch, der ihnen aber freie Hand gegen die Kommunisten gelassen hatte, unternommen zu haben. Die Mitschuld des Sozialdemokraten Eldersch für das folgende Blutvergießen unter den Arbeitern wird dadurch nicht geringer, zumal er auch *nach* seiner Unterrichtung die verhafteten kommunistischen Funktionäre nicht freiließ.

Und so hatte die Polizei am 15. Juni ihren wohlkalkulierten Vorwand für ein Blutbad. Die Demonstranten standen ohne Führung da und zogen vor das Polizeigefängnis, um die Befreiung der Verhafteten zu fordern. In der Hörlgasse trat ihnen Polizei und die aus Sozialdemokraten zusammengesetzte Stadtschutzwache entgegen, die von der Schußwaffe Gebrauch machten. Zugleich ging berittene Polizei mit gezogenem Säbel gegen die Menge vor. Auf dem Pflaster blieben zwölf Tote und etwa achtzig Schwerverletzte liegen, von denen acht später an ihren Verletzungen starben.

[99:] Um sich von der Blutschuld freizuwaschen, verbreiteten die Führer der Sozialdemokratie wilde „Enthüllungen“ über die KPÖ. Der Ablenkungsversuch war so plump, daß er sogar in der SPÖ selbst auf Ablehnung stieß. So gab es in der Sitzung des Wiener Arbeiterrates am 22. Juni 1919 Opposition von seiten einer sozialdemokratischen „Neuen Linken“ gegen den von Friedrich Adler erstatteten Bericht, in dem die Kommunisten für das Blutbad verantwortlich gemacht wurden. Die Opposition verlangte, „*auch nach rechts*“ zu schauen, damit „*für die Zukunft dergleichen unmöglich gemacht wird*“.

Allerdings wurde nach dem 15. Juni das Bürgertum unruhig. Wie der Historiker Walter Goldinger (Geschichte der Republik Österreich, Wien 1962, S. 58) schreibt, verhandelten die Großdeutschen mit den Christlichsozialen über eine Verlegung der Nationalversammlung nach Innsbruck. Aber der Vorarlberger Christlichsoziale Jodok Fink, der in Abwesenheit des bei den Friedensverhandlungen in St-Germain weilenden Staatskanzlers Renner die Regierungsgeschäfte in Wien führte, beruhigte sie mit der Feststellung, daß Otto Bauer kein ausgesprochener Kommunist sei und die Sozialdemokraten selbst eine Diktatur des Proletariats fürchteten.

Doch war der Zweck der Regierungsprovokation erreicht, Räteungarn war in seinem Kampf allein gelassen worden. Und während die sozialdemokratische Partei die Solidarität mit Räteungarn hemmte und hinderte, konnten unter den Augen der von ihr geführten Regierung ungarische Konterrevolutionäre ungehindert in Österreich agieren. Der Chef der Staatspolizei, Franz Brandl, gibt in seinem Memoirenbuch (S. 329) offen zu: „*Zwischen dieser ernstlich gegenrevolutionären Gruppe und der Staatspolizei ergab sich bald von selbst ein vertrauensvolles Verhältnis, das auf die Bekämpfung des gemeinsamen Feindes, des Bolschewismus, gegründet war.*“ Die Unterstützung der ungarischen Reaktion konsolidierte die österreichische Reaktion.

Wenige Wochen nach dem Blutbad in der Hörlgasse, am 4. August 1919, erlag die ungarische Räterepublik den ausländischen Interventionstruppen. Die Bourgeoisie konnte aufatmen. Die „Gefahr“ einer Räterepublik in Österreich war geschwunden, die bürgerliche Herrschaft gesichert. Eine praktische

* Ein von Schober vorgelegter angeblicher Plan der ungarischen Roten Armee zur Besetzung der wichtigsten Wiener Gebäude erwies sich als Plan der Militärs aus dem Weltkrieg zur Niederschlagung von Arbeiteraufständen in Wien!

Tat der proletarischen Solidarität war die große Kampagne der Kommunistischen Partei gegen Waffenlieferungen an Horthy-Ungarn, an der Massen sozialdemokratischer Arbeiter teilnahmen.

Doch die kommunistische Bewegung in Österreich geriet gleichzeitig in eine schwere innere Krise. Sie erschöpfte ihre Kraft in inneren Fraktionskämpfen, verlor einen Großteil ihrer Mitglieder und ihres Einflusses. Erst nach jahrelangem Niedergang gelang es dem gesunden Kern der Partei und ihrer Jugendorganisation, unter der Führung von Johann Koplenig, Franz Honner, Friedl Fürnberg und anderen, die Fraktionisten, unter denen sich auch direkte Agenten des Klassenfeindes befanden, aus der Partei zu drängen und die KPÖ wieder in der Arbeiterbewegung zu verankern.

Die „Retter“

Die Sozialdemokratie ist bis zum heutigen Tag stolz darauf, Österreich nach dem ersten Weltkrieg „vor dem Bolschewismus gerettet“ und damit auch die revolutionäre Entwicklung in ganz Europa gehemmt zu haben. Die von Oscar Pollak 1958 herausgegebene offiziöse sozialdemokratische Parteigeschichte, „Der Weg aus dem Dunkel“, rühmt sich: „*Daß sie (die Arbeiterräte – A. R.) aber in der Zeit, in der soviel von ihren Entscheidungen abhing, nicht zu Instrumenten kommunistischer Machtgier und einer Katastrophenpolitik des Umsturzes wurden, ist ausschließlich das Verdienst der österreichischen Sozialdemokratie.*“ (S. 90.) Doch was die sozialdemokratische Führung 1919 gerettet hat, war die Herrschaft der Bourgeoisie. Die Toten der Hörlgasse waren nicht die einzigen Blutopfer der sozialdemokratischen Politik. Im Mai 1920 wurden in Linz bei einer Demonstration der Bauarbeiter auf dem Hauptplatz durch das Feuer der Volkswehr sieben Menschen getötet und zwanzig verletzt. Julius Deutsch hatte in seiner Rede in der Nationalversammlung am 11. Mai nichts anderes zu sagen als „*die bedauerliche Tatsache zu verzeichnen, daß Angehörige unserer Wehrmacht die Waffen gegen eigene Volksgenossen gebrauchen mußten*“. Für die Jahre 1918 bis 1920 gilt daher wörtlich die Feststellung, die 33 Jahre später die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ vom 2. März 1951 in zynischer Selbstanalyse traf: „*Das österreichische Bürgertum ... müßte täglich seinem Gott auf den Knien danken und beten, daß die österreichische Sozialistische Partei recht stark bleibe.*“

Es fehlt auch nicht an bürgerlichen Stimmen, die dieses „Verdienst“ der sozialdemokratischen Führung uneingeschränkt anerkennen. Selbst der Nachfolger von Dollfuß als austrofaschistischer Bundeskanzler, Kurt Schuschnigg, nennt in seinem Buche: „Im Kampf gegen Hitler“ (S. 108) die „*erfolgreiche Abwehr der kommunistischen Parolen und kommunistischer Brachialgewalt im Jahre 1919 ein ausschlaggebendes Verdienst der Sozialdemokraten, das unbestritten bleibt*“.

[100:]

Das Ende der „Sozialisierung“

Als die österreichische Sozialdemokratie ihr Werk getan hatte und die politische Herrschaft der Bourgeoisie gesichert war, ging das Kapital zur wirtschaftlichen Offensive gegen die Arbeiterklasse über. Die unmittelbare Folge des Sturzes der ungarischen Räterepublik und des Rückgangs des kommunistischen Einflusses war das Abbremsen der österreichischen Sozialgesetzgebung. Ein noch schlimmeres Schicksal ereilte die traurig berühmte „Sozialisierungskommission“, die angeblich einen Ersatz für die Enteignung der Großbourgeoisie und eine schmerzlose, friedliche Überführung der kapitalistischen Produktion in die sozialistische hätte bieten sollen. Im Februar 1919 von allen drei Parlamentsparteien unter dem Vorsitz Otto Bauers und des Christlichsozialen Ignaz Seipel als Stellvertreter eingesetzt, bestand ihre Tätigkeit in endlosen Studien und Projekten, was in den Absichten der Bourgeoisie gelegen war, statt entschlossen und energisch wenigstens die Grund- und Schwerindustrie zu verstaatlichen. Nach dem Fall der ungarischen Räterepublik war ihre Tätigkeit bereits praktisch ohne Bedeutung, und später stellte sie ihre Tätigkeit sang- und klanglos ohne jedes Ergebnis ein.

Für die Unterlassung der Verstaatlichung wenigstens der wichtigsten Industriebetriebe konnte die österreichische Sozialdemokratie keinerlei objektive Gründe anführen, außer der Phrase, Schulden könne man nicht sozialisieren. In Wahrheit stellten diese Betriebe trotz der durch den Weltkrieg hervorgerufenen Zerrüttung gewaltige Vierte dar, und die Bourgeoisie verstand es ausgezeichnet, nachdem die „Gefahr der Sozialisierung“ vorbei war, riesige Profite aus ihnen zu ziehen. Hingegen

wurden in den Zeiten der Weltwirtschaftskrise, nach 1929, unvorstellbar hohe Schulden bankrotter Banken „sozialisiert“, das heißt vom Staate übernommen und aus den Taschen der Bevölkerung bezahlt, wogegen dieselben sozialdemokratischen Führer „im Interesse der Wirtschaft“ keinen Widerspruch erhoben, ja es sogar billigten und unterstützten.

Der Undank des Bürgertums

Die österreichische Bourgeoisie dachte nicht im geringsten daran, der Sozialdemokratie den Dank für die Rettung ihrer Herrschaft abzustatten. Sie sah in der Republik und ihrer sozialdemokratischen Führung die Ursache ihres [102:] Niedergangs nach dem ersten Weltkrieg. Das war übrigens auch mit einer der Gründe, warum das österreichische Bürgertum nach 1918 die Anschlußparole mitmachte, hoffte es doch, besonders nach der Konsolidierung der bürgerlichen Herrschaft in Deutschland, in diesem größeren Rahmen seine Herrschaft besser gesichert zu sehen. Ferner konnte es der Sozialdemokratie niemals verzeihen, daß seine Existenz 1918 vollständig von ihr abhängig gewesen war. Schließlich, und das war wohl der Hauptgrund, hatte die Bourgeoisie Angst davor, daß eines Tages die Massen die sozialistische und revolutionäre Phraseologie ihrer Führer ernst nehmen würden und daß der sozialdemokratische Parteiapparat dann nicht mehr imstande wäre, sie vor revolutionärem Handeln zurückzuhalten. Deshalb trachtete die Bourgeoisie vom ersten Augenblick an, den eigenen Machtapparat zu festigen und die Sozialdemokratie an die zweite Stelle zu drängen. In dem Führer der Christlichsozialen Partei, dem Prälaten Ignaz Seipel, fand sie die Persönlichkeit, die dieses Werk vollbrachte. Er war auch der geistige Vater der ersten rein bürgerlichen Regierung, die 1920 in Österreich gebildet wurde, nachdem die SPÖ bei den Wahlen ihre Stellung als stärkste Parlamentsfraktion eingebüßt hatte.

Die Sozialdemokratie nahm das Wahlergebnis als „objektiv begründet“ hin. Sie verschleierte damit, daß ihre Politik an diesem Ergebnis mitschuldig war und verheimlichte, daß die weitere Entwicklung dem Proletariat teuer zu stehen kommen würde. Otto Bauer meinte, daß das Gleichgewicht der Klassen noch immer nicht aufgehoben sei. Doch schon Clausewitz hat in seinen militärpolitischen Schriften gezeigt, daß es einen länger dauernden Gleichgewichtszustand feindlicher Kräfte nicht geben kann, sondern daß die Kraft, die die Offensive ergreift, im Vorteil ist. Und in Österreich befand sich die Bourgeoisie in der Offensive.

Viele österreichische bürgerliche und sozialdemokratische Historiker bedauern den Bruch der Koalition am 10. Juni 1920 als einen der „folgeschwersten“ Tage in der Geschichte der Republik und meinen, das Weiterbestehen der Koalitionsregierung hätte die Entwicklung zum Faschismus aufhalten können. Sie berücksichtigen dabei nicht die Erfahrungen Deutschlands, wo gerade die Teilnahme der Sozialdemokratie an einer bürgerlichen Regierung und ihre Mitschuld an der andauernden Verschlechterung der Lage der Werktätigen als Folge der kapitalistischen Offensive zum Siege des Hitler-Faschismus führte. Auch in Österreich gab es keine andere Alternative als konsequenten Klassenkampf, den aber die Sozialdemokratische Partei auch nach ihrem Ausscheiden aus der Regierung nicht führte.

[103]

Inflation

Der Klassenkampf in Österreich spitzte sich um die Frage zu, wer die Kosten des verlorenen Krieges bezahlen sollte. Während die Kommunistische Partei verlangte, „*die Reichen sollen zahlen*“, und daher die Heranziehung von Geld, Devisen und Sachwerten der Kriegsgewinner zur Deckung des Staatsdefizits forderte, griff die Regierung zur vermehrten Ausgabe von Banknoten, womit sie eine lawinenartige Inflation auslöste. Die Folge war das tagtägliche Sinken des Arbeitslohnes und der Arbeitslosenunterstützung, die vollständige Enteignung der kleinen Sparer und Rentner, die Verelendung der kleinen Selbständigen. Nutznießer war die Großbourgeoisie, die Investitionskredite mit entwertetem Papiergeld zurückzahlte, sich von ihren Schulden frei machen konnte und aus dem Ausverkauf der Werte Riesenprofite zog, die sie zum großen Teil im Ausland in fester Währung anlegte. Die Kaufkraft der Arbeiter sank von einer Lohnauszahlung zur anderen. Angesichts der Notlage der

österreichischen Werktätigen war die großzügige Hilfskampagne für die Opfer der Hungersnot 1921 in Sowjetrußland, die von der KPÖ initiiert wurde und von der sich auch die SPÖ nicht ausschließen konnte, eine Großtat der proletarischen internationalen Solidarität.

Die Erbitterung der Arbeiter über die Ausplünderungspolitik der österreichischen Bourgeoisie fand einen bezeichnenden Ausdruck in den Wiener Hungerkrawallen am 1. Dezember 1921, die von der KPÖ als „*verzweifelte Antwort der Arbeitermassen*“ eingeschätzt wurden. Infolge der spontanen, führerlosen Demonstration der Arbeiterschaft am 1. Dezember, die sich gegen die fortschreitende Teuerung richtete und an die sich Demolierung und Plünderungen durch die zum äußersten gebrachten Massen anschlossen, wendete sich die KPÖ damals an die Sozialdemokratische Partei mit der Aufforderung, den unorganisierten Ausbruch der Massen in eine organisierte Aktion des österreichischen Gesamtproletariats gegen jede weitere Belastung und Verelendung der Arbeiterschaft zu überführen.

Die sozialdemokratischen Führer lehnten dies glatt ab. Die Zentrale der KPÖ führte nun zwei Monate hindurch eine Kampagne für die Freilassung der Verhafteten vom 1. Dezember. Eine große Anzahl von Betriebsbelegschaften, auch von sozialdemokratischen, schloß sich den Forderungen der KPÖ an.

Die Antwort der Staatsgewalt waren Hausdurchsuchungen, Konfiskation der „Roten Fahne“, Verhaftungen und zahlreiche Anklagen gegen kommunistische Funktionäre sowie Verfolgungen der in Wien lebenden politischen Emigranten.

[104:]

Die „Genfer Sanierung“

Als der große Raubzug beendet war und die weitere Fortsetzung der Inflationspolitik zum Zusammenbruch des normalen Wirtschaftslebens zu führen drohte, schritt die Bourgeoisie an die Stabilisierung der Währung. Wieder entbrannte der Klassenkampf um die Frage, auf wessen Kosten die sogenannte Sanierung vor sich gehen sollte. Die Sanierung auf Kosten der Werktätigen war das Werk Seipels. Am 31. Mai 1922 wurde er Bundeskanzler und hat für die nächsten zehn Jahre, bis 1932, der österreichischen Politik seinen Stempel aufgedrückt.

Nach den Berechnungen der Seipel-Regierung waren 500 Millionen Goldkronen notwendig, um das Defizit des Staatsbudgets zu beheben und die Inflation zu beenden. Die KPÖ bewies mit Zahlen, daß die nötigen Summen durch Besteuerung der Kapitalisten und Großgrundbesitzer im Inland aufzubringen wären, und verlangte die Überwälzung der Sanierungskosten auf die Reichen. Seipel zog es jedoch vor, die Reichen zu schonen und eine Auslandsanleihe aufzunehmen. Um die Vermittlung des Völkerbundes zu erreichen, ging er im „Genfer Vertrag“ auf weitgehende Kontrollen der österreichischen Politik durch einen Völkerbundkommissär ein. Es war nationaler Verrat, den die österreichische Großbourgeoisie beging, als sie im Namen ihrer Klassenziele das Land der Kontrolle der ausländischen Bankiers unterwarf.

Nur die Kommunistische Partei Österreichs führte einen energischen, konsequenten Kampf gegen die Genfer Sanierung. In einem Aufruf bezeichnete sie den Genfer Vertrag als „Schandvertrag“, der dem Proletariat „furchtbarste Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend“ bringen würde. Auch die Kommunistische Internationale stellte sich auf die Seite des österreichischen Volkes gegen die österreichische Bourgeoisie und die ausländischen Imperialisten. Der IV. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, der im November 1922 in Moskau tagte, stellte in einem Aufruf fest: „*Das österreichische Proletariat steht in einem schweren Abwehrkampf gegen die Versklavungspläne des internationalen Kapitals und der Weltreaktion, welcher die größte Aufmerksamkeit der Arbeiter aller Länder erfordert.*“ Die Arbeiter und Arbeiterinnen Österreichs wurden aufgefordert, den Kampf gegen die eigene Bourgeoisie zu führen: „*Ihr seid stark genug dazu, wenn Ihr nur wollt*“, erklärte die Kommunistische Internationale. „*Laßt Euch nicht durch Eure sozialdemokratischen Führer abschrecken, den Kampf gegen die Versklavung mit voller Wucht aufzunehmen. Erkennt, daß Euch die Kommunistische Partei Eures Landes allein den richtigen Weg weist. Kämpft gemeinsam* [105:] *ohne Unterschied der Partei*

gegen die gemeinsame Gefahr.“ Die Arbeiter aller Länder wurden aufgerufen, „die Pflicht proletarischer Solidarität gegenüber der schwer bedrohten österreichischen Arbeiterschaft“ zu erkennen: „Der internationalen kapitalistischen Front der Reaktion setzt die internationale Front des revolutionären Proletariats entgegen! Schließt die internationale Einheitsfront des Proletariats!“ (Protokoll des IV. Kongresses der Kommunistischen Internationale, Hamburg 1923, S. 800, 803.)

Die Analyse der Kommunisten erwies sich als richtig: Die Kosten der Sanierung wurden dem arbeitenden Volk auferlegt: Massenabbau von Arbeitern und Angestellten, Erhöhung der Zölle und Massensteuern. Die Arbeiterschaft kam wieder in Bewegung. Neuerlich stand vor der Sozialdemokratie die Möglichkeit, den Kurs der österreichischen Politik entscheidend zu ändern, denn zur Annahme der Sanierungsgesetze bedurfte es der Zweidrittelmehrheit im Nationalrat, die gegen die sozialdemokratischen Stimmen nicht zu erreichen war. In der sozialdemokratischen Parteiführung ging eine scharfe Diskussion vor sich. Otto Bauer erzählte darüber auf dem sozialdemokratischen Parteitag am 15. Oktober 1922 laut Protokoll: „... *da war mein erstes Gefühl, ... das müssen wir verhindern, koste es, was es wolle. Und meine erste Regung war: Das Proletariat in diesem Lande ist so stark, es verfügt über Machtquellen verschiedener Art. Ist das nicht der Fall, wo man alle Machtmittel anwenden muß, um erforderlichenfalls das auch mit Gewalt zu verhindern?*“ In der Tat führte die SPÖ bis zum letzten Augenblick eine so heftige Agitation gegen den Genfer Vertrag, daß die Arbeiter nicht im Zweifel waren, dieser Vertrag würde niemals Gesetz werden. Die Sozialdemokratische Partei hatte es in der Hand, durch einfaches Dagegenstimmen im Parlament, von einer parlamentarischen Obstruktion und außerparlamentarischen Kampffaktionen ganz zu schweigen, das volksfeindliche Genfer Sanierungswerk unmöglich zu machen. Aber wie immer in solchen Fällen diente ihr der Wortradikalismus nur zur Verhüllung reformistischer Politik: Bei der Abstimmung über die für den Vertrag notwendigen außerordentlichen Verfassungsgesetze enthielten sich die sozialdemokratischen Abgeordneten der Stimme und ermöglichten so die Annahme der Genfer Sanierung.

Wieder einmal war an einem Wendepunkt der österreichischen Politik dank der Kapitulationspolitik der SPÖ-Führer die Bourgeoisie aus einer Sackgasse herausgeführt, ihre Herrschaft stabilisiert worden. Die Folgen legten sich mit Schwere auf die Schultern der Werktätigen, aber auch die Sozialdemokratische Partei mußte später für die Unglaubwürdigkeit ihrer Politik schwer bezahlen. [106:] Die Feststellung des 5. Parteitages der KPÖ (März 1922) behält ihre historische Gültigkeit: *„Die Sozialdemokratische Partei hat die Stellung der Scheinopposition bezogen. In Worten, manchmal auch in Anträgen, und Abstimmungen als Gegner der Bourgeoisie auftretend, hat sie in der Tat gegenüber der bürgerlichen Regierung eine wohlwollende Neutralität, die sich oft bis zur unverhohlenen Unterstützung steigert, eingehalten, hat insbesondere die wesentlichen Maßnahmen der bürgerlichen Regierung, nämlich die finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die eine ungeheure Belastung und Verelendung der Arbeiterklasse bewirkten, gefördert und gestützt und hat – dies ist das Entscheidende zur Kennzeichnung des Verhaltens der Sozialdemokratischen Partei zur kapitalistischen Klasse in Österreich – mit vollem Bewußtsein und mit aller Energie die Arbeiterklasse, anstatt sie in den Kampf gegen die Bourgeoisie zu führen, von ihrem Kampf abgehalten.“*

Es war das Vorbild der Taktik, die von der SPÖ ein Jahrzehnt später angewendet wurde, als sie die Arbeiter mit radikalen Worten davon abhielt, sich der Aufrichtung der austrofaschistischen Dollfuß-Diktatur zu widersetzen. Natürlich wurde auch die Tolerierung der Genfer Sanierung durch die Sozialdemokratie von der Bourgeoisie nicht honoriert, sie wurde als das aufgefaßt, was sie in der Tat war, als feige Kapitulation. Seipel kannte nunmehr den Wert der sozialdemokratischen Drohungen und brauchte keine Angst mehr davor zu haben, die sozialdemokratischen Positionen in der Republik systematisch zu beseitigen. Otto Bauer stellte später in seinem Buche „Die österreichische Revolution“ resigniert fest: *„Mit einem Schlage wälzte der Genfer Vertrag die Machtverhältnisse zwischen den Klassen um.“* Die Genfer Sanierung war ein wichtiger Wendepunkt. Ihre Duldung schuf die Voraussetzungen für die relative Stabilisierung des Kapitalismus in Österreich. Mitte 1923 war die Inflation beendet, der Kurs des an Stelle der Kronenwährung eingeführten österreichischen Schilling stabilisiert, das Budget in Ordnung gebracht. Auch die Landwirtschaft konnte eine Erweiterung ihrer Produktion verzeichnen. Im Zeichen der Rationalisierung sorgte die österreichische Industrie für eine starke

Steigerung der Produktivität, so zum Beispiel bei der Steinkohlenförderung von 0,40 Tonnen pro Arbeiter und Schicht im Jahre 1919 auf 0,52 Tonnen im Jahre 1924 und 0,94 Tonnen im Jahre 1927. Die entsprechenden Zahlen für die Eisenerzgewinnung waren 2,10, 2,28 und 3,48 Tonnen. Die Produktion von Stahl stieg von 178 Tonnen pro Arbeiter im Jahr auf 254 und 341 Tonnen. Daneben aber gab es in Österreich eine Dauerarbeitslosigkeit, deren amtliche Zahlen immer unzuverlässig waren, weil dazu noch zehntausende Kurzarbeiter und der Arbeitslosenunterstützung beraubte, sogenannte Ausgesteuerte, kamen. Die amtliche Zahl der Arbeitslosen betrug 1927 im Jänner 300.000.

Die Kommunisten mobilisierten die Arbeiter für die Einheitsfront zum Kampf gegen die Folgen der Sanierung und gegen die Reaktion. Sie versuchten die Einheitsfront von unten zu schaffen, wandten sich aber auch an die Führung der SPÖ mit dem Vorschlag, daß die beiden Arbeiterparteien Österreichs in allen Orten am 1. Mai 1924 in gemeinsamer Demonstration ihren Kampfwillen für die Einheitsfront des Proletariats, für die ungeschmälernten Rechte der Betriebsräte, für die Verteidigung des Achtstundentages, für Sowjetrußland, gegen die neue Verelendung des Proletariats, gegen Kriegsgefahr, gegen den Faschismus bekunden. Die SPÖ beantwortete diesen Brief überhaupt nicht. Es gelang trotzdem, in einigen Industrieorten durchzusetzen, daß am 1. Mai sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter einheitlich demonstrierten. Auf Kosten der Werktätigen ging auch 1926 eine ganze Serie von Zusammenbrüchen kleiner und mittlerer Banken, die, zumeist von Provinzgeschäftsmännern und bürgerlichen Politikern gegründet, das Geld der Einleger und Sparer in Spekulationen verpulverten. Zuletzt blieben außer einem halben Dutzend kleinerer und mittlerer Banken nur vier Großbanken übrig: die Österreichische Creditanstalt für Handel und Gewerbe, die der Bankiersfamilie Rothschild gehörte, die Niederösterreichische Escomptegesellschaft, der Wiener Bankverein mit italienischem und deutschem Kapital sowie die Österreichische Bodencreditanstalt des Finanziers Rudolph Sieghard, des Hofbankiers der Habsburger in der Zeit der Monarchie.

Die österreichische Sozialdemokratie hat während der ganzen Bestanddauer der Ersten Republik die österreichische Bourgeoisie nur als schwach und unbedeutend dargestellt. Die Bourgeoisie war tatsächlich zahlenmäßig schwach, dafür aber wirtschaftlich sehr einflußreich und durch die internationale Verflechtung des Kapitals und der mit ihm verbundenen Aristokratie auch mächtig genug, um mit allen Mitteln ihr Ziel zu verfolgen: an der Macht zu bleiben.

Mit der Festigung ihrer wirtschaftlichen Macht verstärkte sich die – wie Lenin in seinem grundlegenden Werk „Der Imperialismus, die jüngste Etappe des Kapitalismus“ bereits 1917 nachgewiesen hatte – jeder Bourgeoisie im Zeitalter des Imperialismus innewohnende Tendenz zur Reaktion und zum Abbau der Demokratie auch in Österreich. Das Bestreben der Bourgeoisie war darauf gerichtet, die von ihr als „revolutionären Schutt“ bezeichneten politischen und sozialen Errungenschaften der Arbeiterschaft zu beseitigen. Es war so, wie der damals neu gewählte Sekretär der österreichischen KP, [108:] Johann Koplénig, in seiner Rede am 1. Mai 1924 feststellte: „*Die kapitalistische Offensive auf wirtschaftlichem Gebiet findet ihre Ergänzung in der fortschreitenden Reaktion auf politischem Gebiet.*“ Zum Programm des Kapitals gehörte nicht in letzter Linie die Ausschaltung des aus den ersten Nachkriegsjahren stammenden Arbeitereinflusses in der Volkswehr. Nach der Bildung der ersten bürgerlichen Alleinregierung war es der christlichsoziale Heeresminister Carl Vaugoin, der die Armee reorganisierte und allmählich zu einem verlässlichen Werkzeug der Regierung gegen die Arbeiterschaft machte. Die Methode, deren er sich zunächst bediente, war einfach und „legal“. Seit 1924 wurden an Stelle der ausscheidenden Wehrleute immer mehr sogenannte staatstreue Elemente aus den Dörfern oder aus der bürgerlichen Intelligenz aufgenommen. Zu Offizieren wurden nicht mehr gediente Soldaten befördert, sondern Kader aus der k. u. k. Armee eingestellt.

Gleichzeitig verlegte sich die Bourgeoisie neben den legalen und parlamentarischen auf außerparlamentarische Machtmittel. Wie in Deutschland, Italien und anderen Nachbarländern züchtete sie auch in Österreich reaktionäre, faschistische bewaffnete Formationen, die unter verschiedenen Namen und Formen in einzelnen Bundesländern gebildet wurden und den Kampf gegen die Arbeiterbewegung aufnahmen.

Faschismus in Österreich

Die Ursprünge der faschistischen bewaffneten Organisationen gehen auf die Umsturztag des Jahres 1918 zurück. So meldete bereits die Wiener „Neue Freie Presse“ vom 2., 4. und 5. November 1918 die Schaffung von „Bürgerwehren“ zum Schutze des Privateigentums in Wien, Salzburg und Innsbruck sowie die Aufstellung einer Polizeiwache auf den Bahnhöfen in Wien aus 500 bürgerlichen Studenten. Der Staatssekretär für Inneres, Dr. Mataja, suchte durch die Aufstellung einer Staatsschutzwache aus bürgerlichen Elementen ein Gegengewicht gegen die Volkswehr zu schaffen. Auch die alten Offiziere fanden sich in reaktionären Verbänden zusammen. In der Provinz entstanden auf lokaler Basis „freiwillige“ Wehrformationen unter den verschiedensten Namen, wie Bürger-, Gemeinde-, Ortswehren in Tirol, Selbstschutzverband in Niederösterreich, Feld- und Flurwachen in Oberösterreich. Ihre Zusammenfassung fanden sie in Heimatschutzverbänden oder der Heimwehr. Daneben bestanden der monarchistische Frontkämpferbund und andere Splitterorganisationen. Ihre [109:] Mitgliedschaft setzte sich aus kleinbürgerlichen und lumpenproletarischen Elementen zusammen, an ihrer Spitze standen Aristokraten, bürgerliche Politiker und beruflos gewordene Offiziere, die in die Politik gekommen waren, weil sie sich in das bürgerliche Leben nicht einordnen konnten, und denen die Heimwehr eine Art Ersatzbefriedigung für die verlorene Kommandogewalt bot.

Anfangs ging ihre Bedeutung nicht über den lokalen Bereich hinaus, wobei sie in den Industriezentren nur eine geringe Rolle spielten. Eine demokratische und sozialistische Entwicklung hätten sie nicht verhindern können. Sie distanzieren sich anfangs auch nicht von den bürgerlichen politischen Parteien, fühlten sich vielmehr als ihre Hilfstruppen. An einem eigenen politischen Programm fehlte es ihnen noch. Sie waren zunächst mit den aus dem Weltkrieg stammenden Waffen ausgerüstet. Wie der spätere österreichische Bundeskanzler Schuschnigg in seinem Buch: „Im Kampf gegen Hitler“ (Wien 1969, S. 93) aus einem Archivakt zitiert, *„handelte es sich um Infanteriewaffen aus den Demobilisierungsbeständen, die von der interalliierten Militärkommission an ‚Volks- und Bürgerwehren, Betriebe, Bahnämter, militärische Behörden und sonstige‘ ausgegeben wurden.*

Nach den vorhandenen Aufstellungen waren mit Stand vom 30. November 1918 unter anderem verteilt worden: 1156 Maschinengewehre, 80.345 Repetiergewehre, 13.627 Karabiner und erhebliche Mengen von Gewehrmunition.“

Später ergänzten die reaktionären Wehrverbände illegal ihre Vorräte aus den staatlichen Beständen. Julius Deutsch hat diese Entwicklung, wie er in seinen militärpolitischen Erinnerungen (S. 33 ff.) zugibt, selbst gefördert, ja sogar sein Staatsamt für Heereswesen verteilte an diese Organisationen Gewehre und Munition. Aber auch auf illegale Weise, wenn auch nicht ohne Wissen und Duldung des reaktionären Staatsapparates, ergänzten die Heimwehren ihre Waffenlager.

In seinen Memoiren erzählt der Heimwehrführer Graf Rüdiger Starhemberg mit Behagen, wie die Heimwehr 21 Gebirgshaubitzen in Tirol stahl. Julius Deutsch hingegen berichtete 1936, daß es 22 für die Heimwehr „aus dem staatlichen Arsenal im Kramsach (Tirol)“ gestohlene Geschütze waren. (Siehe: Dokumente zum Wiener Schutzbundprozeß, Karlsbad o. J., S. 3.) Dabei hatte sich der sozialdemokratische Vizebürgermeister von Innsbruck, Rapoldi, verpflichtet, *„Zeitungsartikel über die Munitionsverschleppungen sofort einzustellen, wobei er sich von dem patriotischen Gedanken leiten ließ, daß durch solche dem Bundesstaat gegenüber der Entente Nachteile erwachsen konnten!“*. (A. a. O., S. 5.)

Anderes Kriegsmaterial erbeutete die Heimwehr aus der Hofburg in Innsbruck. [110:] Etwa 4000 Gewehre und viele Maschinengewehre schmuggelte sie aus Bayern vor den Augen der Behörden über die Grenze.

Im Jahre 1934, nach der blutigen Niederschlagung der Arbeiterschaft, verriet Julius Deutsch in seiner Broschüre „Der Bürgerkrieg in Österreich“, wie die Heimwehrformationen *„schon unmittelbar nach dem Umsturz im Jahre 1919“* bewaffnet wurden: *„Damals machten sie in Tirol, aber auch in der Steiermark und in Kärnten viel von sich reden. Große staatliche Magazine wurden von ihnen geplündert. Jedermann kannte die Täter. Den Gerichten wurden sie namentlich bekanntgegeben, aber trotzdem ist keiner der Waffendiebe jemals auch nur zu 24 Stunden Arrest verurteilt worden. Dagegen*

wanderte jeder Arbeiter, der im Besitze einer Waffe angetroffen wurde, womöglich auf Monate in den Kerker.“ (S. 15.) Julius Deutsch „vergaß“ allerdings dabei zu erwähnen, daß dies alles unter den Augen einer Regierung geschah, in der sein Parteigenosse Renner Staatskanzler und er selbst Unterstaatssekretär und bald darauf Staatssekretär für Heereswesen war. Renner verteidigte sich später mit der Behauptung: „Die Unterbehörden leisteten nicht Folge, staatliche Zwangsmittel gab es kaum, die Besatzung (= Entente-Kommissionen – A. R.) nahm ihr Geschäft nicht allzu ernst.“ (K. Renner: Österreich von der Ersten zur Zweiten Republik, Wien 1953, S. 69.)

Wie J. Deutsch später ergänzend mitteilte, sind zum Beispiel aus dem staatlichen Waffenmagazin von Hermagor (Kärnten) im Frühjahr 1921 unter anderem 12 Kanonen, 1400 Gewehre, 40 Maschinengewehre mit Munition für die Heimwehr gestohlen worden.

Auch der steiermärkische christlichsoziale Landeshauptmann Anton Rintelen, der dann zu den Nazi hinüberwechselte, gibt in seinen Erinnerungen eine Geschichte zum besten, wie er dem steirischen Heimatschutz durch „illegale Mittel, aber gerechtfertigt durch die höhere Idee“, mit einem fingierten Befehl des Grazer Militärkommandos ... „etwa 17.000 Gewehre mit der dazugehörenden Munition, 286 Maschinengewehre, 12 Geschütze und etwa 1000 Pistolen ... sogar Flugzeuge“ beschaffte. (Anton Rintelen: Erinnerungen an Österreichs Weg, München 1941, S. 129 und 130.)

Einmischung von außen

Von Anfang an standen die reaktionären Verbände unter dem Einfluß gleichgearteter Organisationen in Deutschland und empfangen von dort Anregungen und Instruktionen. So sandte Anfang 1920 die bayrische Orgesch, die Organisa-[111:]tion des Forstrates Escherich, die als bayrischer Heimatdienst an der Niederwerfung der Räteherrschaft aktiven Anteil genommen hatte, einen Major nach Linz, der dort als Fachmann und Berater bei der Aufstellung der Selbstschutzformationen in Oberösterreich mitwirkte.

Aus dem Deutschen Reich kam der Hauptorganisator der Wehren – zuerst 1920 in Tirol, dann 1922 bis 1930 der gesamten Heimwehr –, Major Waldemar Pabst, einer der Hauptschuldigen an der Ermordung der Gründer der Kommunistischen Partei Deutschlands, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Ein pikantes Detail enthüllte die Biographin des deutschen Außenministers Gustav Stresemann, Anneliese Timme: Pabst wurde aus den Fonds des deutschen Auswärtigen Amtes bezahlt. Aber auch Kreise der deutschen Reichswehr waren am Erstarken der Heimwehr in Österreich „interessiert“.

Der Dritte im Bunde war das weißgardistische Ungarn. Die Verbindung der drei konterrevolutionären Kräfte war so eng, daß im Jahre 1920 eine gemeinsame Aktion gegen die Berliner und die Wiener Regierung geplant war. Nach dem von Ludendorff ausgearbeiteten Aktionsplan sollten die Heimwehren mit Unterstützung eingeschleuster Kräfte aus der Brigade Ehrhardt einen Rechtsputsch unternehmen, worauf Österreich durch bayrische und ungarische Truppen besetzt werden sollte. Diese Pläne sahen nicht nur die schärfste Unterdrückung der österreichischen Arbeiterbewegung vor; es sollte auch eine Ausgangsbasis für militärische Unternehmungen gegen die Tschechoslowakei und Polen gebildet werden. Sie bargen die Gefahr eines neuen Weltkrieges in sich. Mit der Bildung einer rein bürgerlichen Regierung in Österreich 1920 und dem Scheitern des Hitler-Ludendorff-Putsches von 1923 gerieten diese Pläne in Vergessenheit.

Als der Großgrundbesitzer Rüdiger von Starhemberg in die Führung der Heimwehr gelangte, steckte er nicht nur viel eigenes – und erborgtes Geld in die Bewaffnung seiner Privatarmee, er erhielt auch Geld und Waffen von Mussolini und dem ungarischen Ministerpräsidenten István Bethlen. Mussolini gegenüber kennzeichnete Starhemberg die Heimwehr als „eine bürgerliche Wach- und Schließgesellschaft, eine Art Miliz, um das Privateigentum der bürgerlichen und bäuerlichen Kreise gegen etwaige Hindernisse oder kommunistische Anschläge zu verteidigen“. (G. R. Starhemberg: Memoiren, Wien-München 1971, S. 77.) Zusammen mit dem Nachfolger Bethlens, Gömbös, schmuggelte Starhemberg aus Italien im Weltkrieg erbeutete österreichische Gewehre nach Österreich.

[112:]

Die Sozialdemokratie unterschätzt die faschistische Gefahr

Mit dem Erstarken des italienischen Faschismus und besonders nach dessen Machtantritt im November 1922 gewann auch dieser Einfluß auf die Heimwehrbewegung in Österreich. So lernten zum Beispiel Salzburger Heimwehrlere Italienisch, um die Auswirkungen des faschistischen Systems in Italien aus eigener Anschauung studieren zu können.

Es war eine der gefährlichsten Irreführungen der Arbeiterschaft, wenn die sozialdemokratische Führung die soziale Wurzel des Faschismus verschleierte und ihn als eine von der Kapitalistenklasse unabhängige Bewegung ausgab. Nannte ihn Otto Bauer die Herrschaft des Lumpenproletariats, so sagte Renner auf dem Parteitag der SPÖ von 1927: „*Der faschistische Bürgerkrieg ... wird nur gewollt von ausgedienten Handlangern der alten Gewalt, die wieder an die Gewalt kommen wollen. Und es ist diese kleine Gruppe, die das Klassengleichgewicht ausnützt, um beide Klassen niederzuwerfen*“ (hervorgehoben von mir – A. R.). Es waren nur die Kommunisten, die vor den Arbeitern den Klassencharakter des Faschismus als die brutalste terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals entlarvten.

In Wirklichkeit war der Faschismus ein Instrument der herrschenden Klassen und wurde von ihnen aufgezogen. Bundeskanzler Seipel stand der Heimwehrbewegung sympathisierend gegenüber, weil er in ihr ein ergänzendes Mittel zur Stärkung der bürgerlichen Staatsmacht gegen die Arbeiterschaft sah. Er war ein Todfeind der demokratischen Republik, weil er in ihr keine Garantie gegen eine Machtergreifung der Arbeiterschaft sah. Außerdem konnte er ihr als getreuer und fanatischer Diener der katholischen Kirche nicht verzeihen, daß sie den machtvollsten Bundesgenossen der Kirche, die Habsburgermonarchie, entthront hatte und der antiklerikalen Propaganda keine Schranken setzen konnte. Er sah im autoritären Staat des italienischen Faschismus ein Vorbild und förderte daher mit allen Mitteln die Heimwehrbewegung. Er war es auch in erster Linie, der für deren finanzielle Unterstützung durch die österreichische Großbourgeoisie sorgte.

Die sozialdemokratischen Führer hielten die Arbeiter vor wirksamen Gegenaktionen zurück. Sie bagatellisierten nicht nur die faschistische Gefahr, es waren auch die Fälle direkter Zusammenarbeit mit Heimwehrgorganisationen auf der Tagesordnung.

So veröffentlichte Julius Deutsch selbst Protokolle der Verhandlungen von [113:] Dezember 1925 bis Februar 1926 über die militärische Zusammenarbeit des sozialdemokratischen Schutzbundes und der Heimwehr mit der Tiroler Heeresverwaltung gegen einen eventuellen Einfall italienischer Truppen. (Siehe „Dokumente zum Wiener Schutzbundprozeß“, o. O., o. J., S. 13-23.) Unter den Augen der bürgerlichen Regierung ging die Bewaffnung der Faschisten verstärkt vor sich. Die Großbourgeoisie, anfangs etwas mißtrauisch, sah deren Nutzen bald ein. Auf Vorschlag des Landeshauptmannstellvertreters der Steiermark, Dr. Ahrer, bewilligte im März 1921 der Industriellenverband der steirischen Heimwehr Subventionen von fünf Millionen Kronen jährlich, wovon die Industrie zwei, die Banken zwei und die Agrarier eine Million aufzubringen hatten. Der ehemalige christlichsoziale Bundeskanzler Ritter von Streeruwitz schrieb in seinem Buch „Springflut über Österreich“, daß der Industriellenverband auf seiner Konferenz vom 1. Dezember 1921 die finanzielle Unterstützung der Heimwehr beschloß, und fügte hinzu: „*Die Industrie hat in der Tat, ohne es je zu leugnen, ansehnliche Geldsummen aufgebracht, um die Heimwehrbewegung zu stärken.*“ Sie führte ein Prozent der Lohnsumme an die Heimwehr ab.

Die Kommunisten warnen rechtzeitig

Die österreichischen Kommunisten signalisierten als erste die Gefahr des Faschismus in Österreich und riefen die Arbeiter zur Abwehr und Zerschlagung der faschistischen Organisationen auf, solange diese noch klein waren. Sie riefen zu Protestaktionen gegen die Provokationen der Faschisten auf. Die Gefahr des Faschismus wurde von der Partei als das Hauptproblem bezeichnet und die Sozialdemokratische Partei zum einheitlichen Abwehrkampf aufgefordert. (Siehe „Die Rote Fahne“ vom 21. und 23. Februar 1922, vom 12. und 24. Jänner und vom 23. Februar 1923.)

Ihr Kampf fand internationale Unterstützung. In der Resolution des IV. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale vom November 1922 wurde vor der „Gefahr des Faschismus“ gewarnt und

unter den „vielen Ländern“, in denen sie bestand, auch Österreich genannt. Der Kongreß stellte dazu fest: *„Eine der wichtigsten Aufgaben der kommunistischen Parteien ist die, den Widerstand gegen den internationalen Faschismus zu organisieren, der gesamten Arbeiterschaft im Kampfe gegen die Faschistenbanden voranzugehen und auch auf diesem Gebiet die Taktik der Einheitsfront energisch anzuwenden ...“* (Thesen und Resolutionen des [114:] IV. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Hamburg 1923, S. 11.)

Die Heimwehren und die anderen faschistischen Organisationen waren noch zu schwach, um nach dem Muster des italienischen Faschismus nach der Staatsmacht zu greifen und die faschistische Diktatur in Österreich aufzurichten, doch unterstützten sie die kapitalistische Offensive durch Terroranschläge und Morde an Arbeitern und Arbeiterfunktionären. Die lange Liste der Ermordeten führt der 44-jährige sozialdemokratische Bezirksarbeiterrat von Hietzing, Franz Birnecker, an, der am 17. Februar 1923 von Monarchisten ermordet wurde. Die „Arbeiter-Zeitung“ drohte daraufhin am 19. Februar: *„Die Kerle werden der Verantwortung nicht entgehen. ... Die Arbeiter werden Mittel und Wege finden, um wieder Ordnung zu machen. Wer sich gegen die Arbeiterschaft mit bewaffneter Hand erhebt, wird zerschmettert werden.“* Aber die Mörder Birneckers wurden nur zu geringen Gefängnisstrafen verurteilt, und noch während des Prozesses gegen sie wurde im Mai 1923 der junge Favoritner Eisenbahner Karl Still von Hakenkreuzlern erschossen. Wieder schwur der Wiener Bürgermeister Seitz, Still wäre das letzte Opfer gewesen, doch die Mörder wurden freigesprochen. Am 29. September des gleichen Jahres wurden die Jungarbeiter Kowarik und Wimmer bei Spillern in der Nähe von Korneuburg von Faschisten ermordet, und wieder wurden die Mörder freigesprochen.

Gründung des Republikanischen Schutzbundes

Die SPÖ gründete im April 1923 den „Republikanischen Schutzbund“, der an die Tradition der bei den früheren Arbeiterräten bestandenen Ordnerabteilungen anknüpfte.

Während jedoch den Ordnerabteilungen auch Kommunisten angehört hatten, wurde der Schutzbund von Haus aus als Organisation der Sozialdemokratischen Partei aufgezogen. Trotzdem forderte die Kommunistische Partei von Anfang an ihre Mitglieder auf, *„sich an den Abwehrorganisationen des Proletariats unbedingt zu beteiligen“* und sie zu Organen der kämpfenden Einheitsfront zu machen.

Der Republikanische Schutzbund war eine bewaffnete Organisation. Aber seine austromarxistische Führung verlieh ihm einen zwiespältigen Charakter: Einerseits sollte er der Arbeiterschaft als Machtquelle und Garantie für ihre Entwicklung dienen, andererseits aber entwickelte er die Vorstellung, daß der Kampf gegen Reaktion und Faschismus keine Angelegenheit der gesamten [115:] Arbeiterklasse, sondern die einer ausgewählten Truppe war. Einerseits sollte er die Bourgeoisie durch die Drohung des Widerstandes vor allzu gewaltsamen Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse abschrecken, andererseits wurde er gegen revolutionäre und revoltierende Arbeiter eingesetzt (wie am 15. Juli 1927) und erzog zum blinden Abwarten der Befehle von oben, was sich angesichts der kapitulantenhaften Politik der austromarxistischen Führer verderblich auswirkte.

Die KPÖ bietet die Einheitsfront an

Die KPÖ verlangte nach dem Mord an Birnecker, daß der Kampf gegen die faschistische Gefahr gemeinsam von allen Arbeiterorganisationen geführt werde. In einem Aufruf an alle Arbeiter und Arbeiterinnen wurde unter anderem verlangt, daß die Gesamtarbeiterschaft durch ihre Organisationen an die Regierung ein kurzfristiges Ultimatum richtet, unverzüglich alle weißgardistischen und reaktionären Terrororganisationen unter Kontrolle der Arbeiterschaft zu entwaffnen und aufzulösen, die monarchistischen Offiziere und alle reaktionären Elemente aus der Wehrmacht zu entfernen.

Die KPÖ verlangte die Ausgestaltung der Ordnerorganisation des Arbeiterrates, die damals noch bestand, zu einer wahrhaft revolutionären Abwehrorganisation und ihre Bewaffnung zum Schutze von Freiheit und Leben der Arbeiter. Sie veranstaltete eindrucksvolle Kundgebungen gegen den Faschismus, wohingegen die „Arbeiter-Zeitung“ mit fetten Lettern auf der ersten Seite den Beschluß der sozialdemokratischen Obmänner mitteilte, wonach die Teilnahme an diesen Kundgebungen mit der Pflicht eines Sozialdemokraten unvereinbar war.

Die KPÖ schlug am 28. Mai 1923 dem sozialdemokratischen Parteivorstand in einem offenen Brief abermals die Bildung eines „*Aktionskomitees gegen Kriegsgefahr und Faschismus*“ vor. „*Dieser Kampf*“, hieß es im Aufruf, „*kann erst ernstlich gestaltet werden, wenn die Einheitsfront politisch hergestellt ist.*“ Die SPO antwortete hochmütig, „*daß die Sozialdemokratische Partei Österreichs imstande ist, alle politischen Aufgaben, die im Kampf gegen Kriegsgefahr und Faschismus zu erfüllen sind, auch tatsächlich zu erfüllen. Sie bedarf daher nicht eines besonderen ‚Komitees‘ zur Bewältigung dieser Aufgaben.*“ Schon die nächsten Jahre sollten beweisen, wie wenig ernst diese Worte zu nehmen waren.

Die Sozialdemokratische Partei setzte ihre Erwartungen ja auch viel weniger auf die Aktion der Arbeiterschaft gegen den Faschismus als vielmehr auf die [116:] Gewinnung von 51 Prozent der Stimmen bei einer der nächsten Nationalratswahlen. Damit sollte der „friedliche Weg zur Macht“, zum Sozialismus, gesichert sein. In seiner 1924 erschienenen Broschüre „Der Weg zur Macht“ behauptete Otto Bauer: „*Gelingt es uns, nur 320.000 Wähler von den bürgerlichen Parteien loszureißen und sie für uns zu gewinnen, dann verfügen wir über die absolute Mehrheit im Parlament. Dann können wir Österreich regieren. Die Zahlen beweisen es: Wir können in wenigen Jahren mit dem Stimmzettel die Mehrheit und damit die Macht in der Republik, die Herrschaft über die Republik erobern.*“

Einen großen Trumpf glaubte die SPÖ auf diesem Wege in dem Besitz der Mehrheit in Wien zu haben, weil sie dadurch zu beweisen hoffte, was Sozialisten leisten können. Aber die Kommunisten warnten rechtzeitig, daß alles, was die Wiener Gemeindeverwaltung auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge, des Wohnungsbaus und der Kulturarbeit leistete, weder ein „Stück Sozialismus“ sei noch gesichert war, solange die Macht in den Händen der Bourgeoisie blieb.

50 Jahre später ist es wohl überflüssig, auf das Utopische des sozialdemokratischen „Weges“ zu verweisen. Weder ist es der Sozialdemokratie gelungen, in der Ersten Republik die Parlamentsmehrheit zu erreichen, noch hat die sozialistische Alleinherrschaft in der Zweiten Republik den Sozialismus auch nur um einen Schritt nähergebracht. Hingegen hat die Illusion von den 51 Prozent die Arbeiter daran gehindert, rechtzeitig dem Faschismus entgegenzutreten. Sie hat das ihre zu dem Weg – nicht in die Macht, sondern in die Nacht des Austrofaschismus, in den Verlust der Unabhängigkeit und die gewaltsame Annexion durch Hitler-Deutschland und schließlich in den zweiten Weltkrieg mit all seinen grausamen Folgen beigetragen.

Das Linzer Programm

Die parlamentarischen Illusionen der österreichischen Sozialdemokratie fanden auch Ausdruck in dem von Otto Bauer verfaßten Linzer Programm von 1926. Es unterschied sich von den Programmen der meisten sozialdemokratischen Parteien dadurch, daß es eine Formulierung enthielt, wonach im Falle sich die Bourgeoisie „*wider Erwarten*“ der Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in eine sozialistische mit Gewalt „*widersetzen*“ sollte, „*die Arbeiterklasse gezwungen wäre, den Widerstand der Bourgeoisie mit den Mitteln der Diktatur zu brechen*“. Dieser Programmpunkt wurde von Seipel und der gesamten Reaktion weidlich ausgenützt, um der SPÖ das Streben nach der Diktatur des Prole-[117:]tariats vorzuwerfen, das Linzer Programm als ein „Bekanntnis zum Bolschewismus“ darzustellen. Selbst heute versucht die reaktionäre Geschichtsschreibung, die Dollfuß und Schuschnigg von der Schuld an den Verbrechen des 12. Februar mit der Begründung freizusprechen, sie hätten eine solche Diktatur abwehren müssen. Aber in Wirklichkeit verpflichtete sich das Linzer Programm der simplen bürgerlichen parlamentarischen Demokratie und der Entscheidung durch den Stimmzettel. Ausdrücklich heißt es dort: „*Sie (die Sozialdemokratische Partei – A. R.) erobert durch die Entscheidung des allgemeinen Wahlrechtes die Staatsmacht.*“ Im Falle eines „Gleichgewichts der Kräfte“ bekannte sich die SPÖ sogar programmatisch zur Koalition mit dem Bürgertum.

Zum Unterschied von heute, wo der Aufstieg der Sowjetunion zur stärksten Macht in der Welt, die Herausbildung eines sozialistischen Weltsystems, die ansteigende Weile des Klassenkampfes in den kapitalistischen Ländern und das Anwachsen des antiimperialistischen Kampfes in den Entwicklungsländern Voraussetzungen für die Möglichkeit eines friedlichen Weges zur sozialen Revolution

schaffen, war damals der von der SPÖ gezeigte Weg eine glatte Illusion, um so mehr, als sie sich nur auf rein parlamentarische Kampfmethoden beschränkte.

Dazu kam noch die Warnung der Sozialdemokratie vor der Gewalt, die breite Ausmalung ihrer Schrecken, die den Gedanken an sie zurückdrängen sollte. Kann man es Erziehung zur Wehrhaftigkeit nennen, wenn Otto Bauer in seiner Rede warnte: *„Gewalt heißt Bürgerkrieg. ... Und wer das Furchtbare erlebt hat, wer neben sich Menschen in Schützengräben hat sterben gesehen, wer einmal die zerfetzten und blutenden Leiber auf dem Hilfsplatz gesehen hat, der sollte davor bewahrt sein, leichtfertig von Gewalt zu reden.“* (Parteitagprotokoll 1926, S. 265.)

Otto Leichter, ein sozialdemokratischer Redakteur, Schüler Otto Bauers, schrieb dazu in seinem unter dem Pseudonym Pertinax 1935 in der Schweiz erschienenen Buch „Österreich 1934“ (Zürich 1935, S. 36 und 37.) *„Er schilderte die Gefahren so anschaulich, daß in dem Augenblick, in dem die breiten Massen zum Aufstand mitgerissen werden sollten, diese aus höchstem sittlichem Verantwortungsgefühl gehaltenen Reden, die vor dem Blutvergießen warnen sollten, so wirksam waren, daß viele vor den Schrecken des Aufstandes und des Bürgerkrieges zurücktaumelten und die kämpfenden Schutzbündler allein ließen ...“*

Die Phrase von der „Diktatur“ hatte mit der marxistischen Grundvorstellung von der Diktatur des Proletariats nichts gemein, sie war nur als Notrecht zum Schutze der bürgerlich-demokratischen Verfassung gedacht, wie es in jedem Staat ausdrücklich oder indirekt in der Verfassung verankert ist.

[118:] Das Bekenntnis zur eventuellen Diktatur war von vornherein auch eine zu nichts verpflichtende Verbeugung vor den linksradikalen Arbeitern, um deren Übergang zu den Kommunisten vorzubeugen.

Und diesen Zweck erreichte das Linzer Programm allerdings gut; es band hunderttausende ehrliche revolutionäre Arbeiter an die Sozialdemokratische Partei Österreichs.

Der Mord von Schattendorf

In seiner Antwort auf die kommunistische Kritik am Linzer Programm schrieb Friedrich Adler im November 1926 im theoretischen Organ der SPÖ, „Der Kampf“: *„Eine der wichtigsten Voraussetzungen zum Verständnis des Parteiprogramms ist nun die Tatsache, daß in Österreich die Bourgeoisie ihre bewaffnete Macht schon verloren hat.“* Es verging kaum mehr als ein halbes Jahr, als die Ereignisse des 15. Juli 1927 die ganze Hohlheit dieser von der SPÖ zum Axiom ihrer Politik erhobenen Behauptung erwiesen. Als wahr erwiesen sich hingegen die Warnungen Johann Koplenigs, der damals die Führung der KPÖ übernommen hatte, auf der Wiener Parteikonferenz im Jahre 1925: *„Sind wir nicht imstande, die Massen zu mobilisieren gegen Reaktion und Faschismus, dann besteht die Gefahr, daß die Arbeiterklasse von der Reaktion niedergeschlagen wird, noch bevor sie den Kampf aufnimmt.“*

Die Ereignisse des 15. Juli 1927 begannen damit, daß monarchistische Frontkämpfer am 30. Jänner 1927 in dem burgenländischen Grenzort Schattendorf nach einem Schutzbundaufmarsch den 40jährigen sozialdemokratischen Kriegsinvaliden Matthias Csmarits und den neunjährigen Josef Grössing niederschossen. Die Fiat-Werke in Floridsdorf, die Siemens-Schuckert-Werke und andere traten daraufhin in den Streik; der Wiener Bürgermeister Karl Seitz schwur, *„dieses Verbrechen muß gesühnt werden“*. Am Tag der Beerdigung der Schattendorfer Opfer, am 2. Februar 1927, wurde ein viertelstündiger Generalstreik proklamiert, *„den Toten zur Ehre, der Reaktion zur Warnung“*. Doch in Tirol geschah etwas, was in der Geschichte der österreichischen Republik erstmalig war: Die Tiroler Heimwehr erklärte, einen Aufmarsch der Arbeiter in Innsbruck mit bewaffneter Hand verhindern zu wollen, und – die Sozialdemokratische Partei sagte daraufhin den Aufmarsch ab. Dieser Sieg gab der faschistischen Heimwehrebewegung einen gewaltigen Auftrieb. Die SPÖ jedoch rief zur Disziplin auf.

[119:]

Die Auslieferung der Arsenalwaffen

Noch größere Empörung erregte der Versuch des Heeresministers Vaugoin am 2. März 1927, im Wiener Arsenal die dort seit 1918 unter Kontrolle der Arbeiter lagernden Waffen zu beschlagnahmen.

Das Versteck war von dem sozialdemokratischen Hauptmann Marek verraten worden, der als Kommandant der Wiener Stadtschutzwache am 15. Juni 1919 einer der Hauptverantwortlichen für das Blutbad in der Hörlgasse gewesen war. Die Arbeiter setzten sich aber spontan zur Wehr, bewaffnete Schutzbündler verschanzten sich im Arsenal. Am Abend des 2. März lagen Schutzbund und einige Kompanien des Bundesheeres kampfbereit einander gegenüber. Der Obmann des Metallarbeiterverbandes, Domes, teilte dem Polizeipräsidenten den Entschluß mit, den Streik der Elektrizitätsarbeiter einzusetzen. Das Bundesheer mußte unverrichteterdinge abziehen. Die KPÖ warnte am 4. März in einem Flugblatt, daß sich die Ereignisse wiederholen könnten: *„Nichts wäre gefährlicher als eine Unterschätzung der faschistischen Gefahr. Aber die österreichische Arbeiterschaft ist noch stark genug, um mit den Faschisten gründlich aufzuräumen.“*

Drei Tage später wiederholte sich die Situation, das Ergebnis war das gleiche. Am 8. März 1927 schlug das Zentralkomitee der KPÖ in einem offenen Brief an den Parteivorstand der SPÖ nochmals den gemeinsamen Kampf gegen die Reaktion vor: *„Die Ereignisse in Schattendorf und im Arsenal beweisen überzeugend, daß der österreichische Faschismus losschlagen will“*, schrieb die KPÖ. Gegen die Verpflichtung der SPÖ, den entschlossenen Kampf gegen den Faschismus aufzunehmen, bot die KP an, *„unter Wahrung völliger Selbständigkeit in ihrer Agitation und politischen Tätigkeit, ohne aber Mandate oder andere ‚Gegenleistungen‘ zu verlangen“*, die sozialdemokratische Liste bei den Wahlen zu unterstützen. *„Die KPÖ will einzig und allein den einheitlichen, entschlossenen Kampf der werktätigen Massen gegen die faschistische Offensive der Bourgeoisie“*, heißt es im offenen Brief.

Die sozialdemokratische Führung lehnte das Angebot der KPÖ wieder mit der Begründung ab, in der SPÖ wäre ohnehin die *„Einheit der Arbeiterklasse“* verwirklicht. Otto Bauer schrieb in der „Arbeiter-Zeitung“, daß die SPÖ zu *„90 Prozent wie die Bolschewiki“* wäre, daß es daher keine Notwendigkeit für die Existenz einer selbständigen Kommunistischen Partei in Österreich gäbe. Im übrigen bestritt er das Bestehen einer faschistischen Gefahr.

Die Wahlergebnisse vom April 1927 schienen Otto Bauers Prognosen recht zu geben, die SPÖ gewann 228.000 Stimmen und 42,3 Prozent aller Stimmen. [120:] Ihre Politik schien zu triumphieren. Die Kommunistische Partei, deren Konsolidierungsprozeß noch nicht beendet war, erhielt nur 16.000 Stimmen. Doch auf der anderen Seite verstärkte die Schwächung der Christlichsozialen nur deren Neigung, auch außerparlamentarische Mittel anzuwenden.

Eine der ersten Taten der sozialdemokratischen Führung war nunmehr die Auslieferung jener Waffen aus dem Arsenal, die vorher erfolgreich von den Arbeitern verteidigt worden waren. Diese Kapitulation wird heuchlerisch damit begründet, daß Hauptmann Marek, der mit der Höhe des Bestechungsgeldes unzufrieden war, gedroht hätte, *„die übrigen ihm bekannten Waffenlager der Entente zu verraten“* und daß nun *„selbst die Christlichsozialen froh waren, mit den Sozialdemokraten die Entfernung der Waffen aus dem Arsenal und ihre Unterbringung an anderen geheimen Plätzen vereinbaren zu können“*. (J. Hannak: a. a. O., S. 377.) Es wird nur verschwiegen, daß diese Waffen nun der Regierung zur Niederschlagung der Arbeiter zur Verfügung standen. Waren es am 2. März 12.000 Gewehre gewesen, wurden schließlich am 17., 18. und 20. Mai 1927 „ohne besondere Reibung“ weitere 20.000 Gewehre, 665 Maschinengewehre, 400.000 Schuß scharfe Munition und 20.000 adaptierte Stutzen italienischer Herkunft vom Bundesheer übernommen.

„Die Rote Fahne“ berichtete daraufhin unter der Schlagzeile „Die Waffenbestände des Arsenal an die Regierung ausgeliefert auf Grund eines Vertrages zwischen sozialdemokratischen Führern und Vaugoin“:

„Seit der Nacht von Dienstag auf Mittwoch wurden die Waffenbestände, die im Arsenal noch eingelagert waren, von Regierungsorganen ausgeräumt und weggeführt. Die Ausräumung ist das Ergebnis einer Vereinbarung zwischen Regierung und Sozialdemokratischer Partei. Beide Teile haben sich verpflichtet, Stillschweigen zu bewahren. Im vollen Bewußtsein unserer Verantwortung teilen wir der Arbeiterschaft, die man in Ahnungslosigkeit halten wollte, diese ungeheuerliche Tatsache mit. Es handelt sich um nicht mehr und nicht weniger als um die freiwillige Auslieferung jenes Restes von Waffenmaterial, das sich noch nicht in den Händen der Arbeiterfeinde befand. ... Wohl noch nie war

das harte, das inhaltsschwere Wort Verrat so sehr am Platze wie in diesem Fall einer ungeheuerlichen Auslieferung der Arbeiterschaft an die Bourgeoisie.“

Die Auslieferung der Arsenalwaffen war ein gewichtiges Glied in jener Kette von Rückzügen und Kapitulationen, die den Kampfesmut der Arbeiter materiell und moralisch schwächten und letzten Endes zur Niederlage des Februar 1934 führten. Mit Präzision hat O. Leichter das Wesen dieser Politik charakterisiert: *„Die Waffenepisode vom Frühjahr 1927 kennzeichnete jedenfalls [121:] eine der Eigenheiten der sozialdemokratischen Politik: zuerst den äußersten Widerstand anzudrohen, aber schließlich doch zu verhandeln und in einer – freilich geänderten -Situation einen großen Teil dessen zuzugestehen, um dessentwillen man vorher den entscheidenden Widerstand angekündigt hatte.“* (Pertinax, a. a. O., S. 44.)

Die Tragödie des 15. Juli 1927

Diese Politik hatte zur Voraussetzung, daß die Arbeiterschaft sich streng an die Disziplin der Sozialdemokratischen Partei halte und sich bedingungslos davon abhalten ließe, deren radikale Worte ernst zu nehmen. Am 15. Juli 1927 gelang der SPÖ-Führung dieses Manöver nicht.

Am 14. Juli wurden die drei faschistischen Mörder von Schattendorf von einem Geschwornengericht freigesprochen. Diesmal gab es keine Kraft, die das Wiener Proletariat vor dem Ausbruch seiner Leidenschaft hätte zurückhalten können. Es war nicht nur der konkrete Anlaß allein, der dies bewirkte. Er war nur der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte. Zu viel Bitterkeit hatte sich angehäuft. Zu viel Besorgnis erweckte die Zukunft.

Aber es gab auch diesmal keine Kraft, die die Empörung der Massen in organisierte Bahnen hätte lenken können. Die Kommunistische Partei war nicht genügend in den Massen verankert. Die Sozialdemokratische Partei aber ließ die Arbeiter allein. Als die Betriebsräte des Elektrizitätswerkes nach Mitternacht zum sozialdemokratischen Parteivorstand um Direktiven führen, herrschte dort nur Verwirrung. Obwohl Otto Bauer in der Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“ anwesend war, wurde ihm geraten, die Delegation nicht zu empfangen. Julius Braunthal, damals Chefredakteur der sozialdemokratischen Massenzeitung „Das kleine Blatt“, bedrängte ihn: *„Was sollst du den Leuten sagen? Sie sind aufgeregt. Es ist nicht deine Sache, sie zu beruhigen, aber andererseits kannst du ihnen auch nicht zustimmen, wenn sie in ihrer Wut über die Schnur hauen wollen. Für solche Dinge kann man nicht die Verantwortung übernehmen.“* Nur der Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“, Friedrich Austerlitz, empfing die Betriebsräte und las ihnen seinen Leitartikel für die fällige Nummer der „Arbeiter-Zeitung“ vor.

Der Artikel goß förmlich Öl in die Flammen. Aber eine Parole enthielt er nicht, weil die SPÖ an diesem Sommerabend keine Parole für den nächsten Tag geben wollte. *„Es wird schon nichts geschehen, das war die Meinung ...“*, schrieb Otto Leichter sieben Jahre später. Auch der Schutzbund wurde nicht mobilisiert. Die SPÖ-Führung wußte genau, daß sie damit eine spontane, unorganisierte [122:] Demonstration heraufbeschwor. Otto Bauer sagte später in der Nationalratssitzung vom 26. Juli 1927: *„Es war also ein naheliegender Gedanke, zu sagen: Warten wir nicht ab, ob eine spontane Demonstration entsteht, sondern veranstalten wir selber eine Demonstration unter allen möglichen Sicherungen, daß die Ordnung nicht gestört wird! ... Es gab also schwere Bedenken dagegen, eine solche Demonstration zu veranstalten ...“* Die nachträgliche Begründung, man hätte die Massen nicht gegen das Urteil eines Geschwornengerichts demonstrieren lassen können, ist von Grund auf verlogen. Den wahren Grund nennt in seinen nicht veröffentlichten Erinnerungen der sozialdemokratische Nationalrat Dr. Wilhelm Ellenbogen. Er stellt als Versagen der Partei fest, daß die Führung die Demonstranten bewußt selbst überlassen hatte, und zwar aus Angst, daß eine solche am Werktag stattfindende Demonstration in den Generalstreik und von dort aus in den Bürgerkrieg umschlage. (Siehe: Wilhelm Ellenbogen: Menschen und Prinzipien. Zit. in N. Leser, a. a. O., S. 400.) Aus den Reihen von führenden Sozialdemokraten ist später auch der Vorwurf erhoben worden die SPÖ-Führung hätte der Bourgeoisie beweisen wollen, daß es ohne die Mitwirkung der Sozialdemokratie unmöglich wäre, die Massen in Zaum und in Ordnung zu halten: *„Die Erwägung war: Ganz gut, daß die Reaktionäre einmal sehen, wie es aussieht, wenn die Partei nicht vermittelnd eingreift*

...“, schreibt Hannak. (Im Sturm eines Jahrhunderts, Wien 1952, S. 343.) Dabei hat die sozialdemokratische Führung die Empörung der Massen unterschätzt.

Polizei gegen Demonstranten

Am Morgen des 15. Juli traten die Arbeiter des Elektrizitätswerkes in Streik und zogen in die Innere Stadt. Ihnen schlossen sich die Arbeiter der anderen Betriebe an, und bald bewegte sich ein mächtiger Demonstrationszug auf dem Ring. Beim Schmerlingplatz, in der Nähe des Parlaments, stieß die Demonstration auf einen kleinen Trupp von Polizisten. Sie wurden von den Arbeitern verjagt. Polizeipräsident Schober setzte gegen die mächtige Demonstration vom 15. Juli berittene Polizei ein. Die Wache zog blank und hieb auf die Demonstranten ein, die sich zur Wehr setzten. Die Verwundung zahlreicher Demonstranten durch Säbelhiebe entflammte die Leidenschaft der Menge zum äußersten. Ein Teil zog zum Justizpalast und baute Barrikaden aus Gartenbänken, Zäunen, Eisengittern und Gerüsten. Als Waffen dienten den Arbeitern Leitern, Latten, Äste und Steine vom Geleisebau der Straßenbahn. Weiter heißt es in der Zeitungsmeldung („Neue Freie Presse“ vom 18. Juli): *„Das Kommando [123:] ging in die Hände junger Kommunisten über, die von nun an die Menge anfeuerten, führten und ihr mit Taten vorangingen. ... So sah sich die berittene Polizei schließlich gezwungen, das Feld zu räumen. Nun war die ganze Gegend um den Justizpalast im Besitz der Menge, deren Führung die kommunistische Jugend an sich gerissen hatte.“* Die Polizisten zogen sich in den Justizpalast zurück, von wo sie gegen die Menge schossen.

Der Justizpalast erschien der aufs äußerste erregten Menge als Symbol der Klassenjustiz und wurde erstürmt. Die Empörung der Arbeiter wurde noch angeheizt, als sie im Inneren des Justizpalastes Kaiserbilder und -Statuen vorfanden, die nach fast neun Jahren Republik noch immer nicht beseitigt waren. An die Akten wurde Feuer gelegt, der Justizpalast war in Brand gesetzt. Die Arbeiter stürmten die nahegelegenen Polizeiwachstuben. Auch das Redaktionsgebäude der christlichsozialen „Reichspost“, die den Freispruch der Schattendorfer Mörder als *„ein klares Urteil“* begrüßt hatte, wurde von den Demonstranten erstürmt.

Es brannte der Justizpalast, die Wachstube in der Lichtenfelsstraße und das Gebäude der „Reichspost“. Da die Polizei machtlos war, wollte Schober Militär zur Assistenz heranziehen, aber der Wiener Bürgermeister Seitz als Landeshauptmann verweigerte die Zustimmung. Jetzt erst gab die sozialdemokratische Parteiführung den Befehl, den Schutzbund zu alarmieren, aber unbewaffnet. Er wurde aber nicht etwa gegen die Polizei, sondern gegen die Arbeiter eingesetzt. Unter Lebensgefahr retteten die Schutzbündler bedrohte Polizisten; mit Schlagstöcken bewaffnet, versuchten sie der Feuerwehr den Weg zum brennenden Justizpalast zu bahnen, der die Menge den Weg versperrte. Es war ein in Wien noch nicht dagewesenes, ein nie gesehenes Ereignis. Für die Fassungslosigkeit, für die Verachtung gegenüber den Gefühlen der Massen, mit denen die sozialdemokratische Führung dem Ausbruch der Volksleidenschaft begegnete, sprechen äußerst anschaulich die von N. Leser (a. a. O., S. 405 und 406) zitierten Erinnerungen Wilhelm Ellenbogens: *„Die Wucht dieses Ausbruchs fiel auf uns alle als ein unerwartetes Elementarereignis. Als ich im Klublokal der sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlament die tobenden Männer sah, von denen einige sich mit Schaum vor dem Munde am Boden wälzten, die blutiggeschlagenen Wachleute und Schutzbündler, die hysterisch aufkreischenden und wie verrückt hin und her rasenden Frauen, außerhalb des Parlaments aber die besinnungslos empörte Menge, die die eigenen Schutzbündler mißhandelte und den überaus populären Bürgermeister Seitz nicht anhören wollte, hatte ich den Eindruck einer ausgesprochenen Massenpsychose.“*

[124:] Polizeipräsident Schober erhielt nunmehr vom Bundeskanzler Seipel bereitwillig die Erlaubnis, die Polizei mit Gewehren bewaffnen und auf die Demonstranten schießen zu lassen. 600 Wachbeamte wurden zum brennenden Justizpalast beordert. Dort konnten die Löschwagen, trotz allen Anstrengungen der sozialdemokratischen Führer Seitz, General Körner und Julius Deutsch, nicht zum Brandort gelangen. Vierzehnmal mußten die Feuerwehrwagen, obwohl auf einem davon Bürgermeister Seitz selbst stand, zurückweichen, beim fünfzehntenmal drangen sie unter dem Schutz einer Schutzbundabteilung mit Julius Deutsch an der Spitze endlich zum Justizpalast durch, da ertönten die Salven der Polizisten.

Die mit Mannlicher-Gewehren bewaffnete Polizei ging in zwei Gruppen vor, die eine durch die Barthensteingasse, die andere von der Bellaria her. Gegen 2.00 Uhr nachmittag gaben sie die ersten Salven ab. Da die Schüsse bald hier, bald dort fielen, setzte unter der waffenlosen Menge eine wilde Panik ein. Das blindwütige Schießen dauerte bis 5.00 Uhr. Ohne jede Warnung schossen die Wachleute auf jede Gruppe von Demonstranten. Die Wache zog von Gasse zu Gasse und knallte die Menschen wie Kaninchen ab.

Am 24. Juli beschrieb Otto Bauer im Parlament die Vorgänge: *„Die Wache zog durch die Stadt und schoß, und es fielen Tote und Verwundete. Als wir hinkamen, um zu retten, was zu retten war, da stürzten uns die ruhigsten und besonnensten Arbeiter entgegen mit dem einzigen Schrei: Gebt uns Waffen, damit wir uns wehren!“*

Die Sozialdemokratie läßt die Arbeiter im Stich

Nun wäre der Augenblick gekommen gewesen, die alten Versprechungen einzulösen. Doch die SPÖ-Führung wollte keinen Kampf. Der Parteivorstand beschloß, den Schutzbund nicht zu bewaffnen, sondern zurückzuziehen. Die Demonstranten wurden dem Wüten der entfesselten Polizei überlassen. Zwei Tage lang knallte sie Arbeiter in den Straßen wie Freiwild ab. 90 Tote und etwa 1000 Verwundete bedeckten das Pflaster.

Otto Bauer und sein journalistischer Gefolgsmann Julius Braunthal führten später zur Begründung des Zurückweichens an, der bewaffnete Kampf wäre „Selbstmord“ gewesen, die Wiener Kommune hätte *„unweigerlich das furchtbare Schicksal der Pariser, der Budapester Kommune erfahren“*. Aber selbst Sozialdemokraten der jüngeren Generation lehnten diese Argumentation ab. Otto Leichter fragte: *„Aber wäre es wirklich Selbstmord gewesen, wenn die Arbeiter den 600 schießenden Polizisten Widerstand entgegengesetzt und damit dem Spuk dieser Schie-[125:]ßerei ein rasches Ende bereitet hätten? ... Aber wäre es Selbstmord gewesen, damals, auf dem Höhepunkt der österreichischen Arbeiterbewegung, den Kampf aufzunehmen, wenn die Partei später, 1934 ... den letzten Entscheidungskampf wagen mußte?“* (Pertinax: Österreich 1934, Zürich 1935, S. 52.)

Selbst der rechtsgerichtete Hannak gibt zu, daß der Tag *„noch zu gewinnen gewesen“* war, wenngleich er dann schreckerfüllt hinzufügte, aber *„es wäre ein Diktaturregime gewesen“*. Dieses „Diktaturregime“ hätte Österreich den Bürgerkrieg im Jahre 1934, die Annexion und den zweiten Weltkrieg ersparen können.

Um die Massen wieder in die Hände zu bekommen, verkündete der Parteivorstand einen auf 24 Stunden beschränkten Generalstreik und einen unbegrenzten Verkehrstreik bis zur Erfüllung seiner Forderungen durch die Regierung. Die Sozialdemokratie stellte drei völlig unzulängliche Bedingungen: 1. Keine Verstärkung der reaktionären Maßnahmen. 2. Anklage gegen die für das Blutbad Verantwortlichen. 3. Zusammentritt des Parlaments.

Doch sogar diese lahmen Bedingungen wurden von der Regierung zur Gänze abgelehnt.

Die Niederlage der Arbeiter

Seipel bestand auf dem bedingungslosen Abbruch des Verkehrstreiks. Zum erstenmal in der Geschichte Österreichs wurde Heimwehr gegen einen Streik eingesetzt: Die Tiroler Heimwehr besetzte den Innsbrucker Bahnhof. Die SPÖ-Führung kapitulierte wieder, der Verkehrstreik wurde am 19. Juli unter dem Vorwand bedingungslos abgebrochen, *„die Sicherung gegen weitere Pläne der Reaktion erfordert den Zusammentritt des Parlaments, der erst nach der Beendigung des Verkehrstreiks möglich ist“*. Die Innsbrucker Eisenbahner erwiesen sich aber tapferer als ihre Führer und nahmen die Arbeit erst nach Abzug der Heimwehr wieder auf.

Otto Bauer erklärte, er wäre *„stolz darauf“*, diese *„Prestigeopfer“* gebracht zu haben, um *„das Land vor einem Bürgerkrieg“* zu bewahren. Es war aber beileibe kein Prestigeopfer, sondern eine schwere Niederlage der Arbeiterschaft und ein gewichtiger Sieg der Reaktion, die sie der Kapitulationspolitik der SPÖ-Führung zu verdanken hatte. Mit Recht konnte ein damals zum erstenmal gewählter christlichsozialer Abgeordneter, Dr. Kurt Schuschnigg, in seiner parlamentarischen Jungferrede

triumphieren: „*Es ist von Interesse für uns, daß es uns zum erstenmal gelungen ist, einen Eisenbahnerstreik, zumindest teilweise, zu brechen.*“ Die Führung der Sozialdemokratie gab nichtsdestoweniger vor den [126:] Massen den 15. Juli als einen Erfolg ihrer Taktik aus. „*Wir sind nicht im Kampf besiegt, wir sind vielmehr dem Kampf ausgewichen*“, behauptete die „Arbeiter-Zeitung“ am 7. August 1927. Um aber einer Wiederholung spontaner Ausbrüche vorzubeugen, beschloß die SPÖ eine Reorganisierung des Republikanischen Schutzbundes, in den von nun an nur Sozialdemokraten mit mindestens zweijähriger Mitgliedschaft aufgenommen wurden. Und Wilhelm Ellenbogen sagte am 4. November 1927 im Nationalrat, zu den Christlichsozialen gewendet: „*Der von Ihnen so viel verlästerte Generalstreik vom 16. Juli 1927 war eines der Mittel – und Sie sollten uns dafür dankbar sein –, weitere Ausbrüche der Empörung auf ein minder blutiges Gebiet abzulenken, wodurch auch von Ihnen viel Unheil abgelenkt wurde.*“ Und der sozialdemokratische Nationalrat Arnold Eisler sagte im Parlament noch konkreter: „*Wir wollten damals den leidenschaftlichen Wunsch der Arbeitermassen nach Bewaffnung ablenken.*“

Der Generalstreik wurde in Wien und in ganz Österreich lückenlos durchgeführt. In der Provinz war es zu keinerlei Kampfhandlungen gekommen. Nur in Bruck an der Mur übernahmen die Arbeiter unter Führung des sozialdemokratischen Parteisekretärs Koloman Wallisch die Sorge für Ordnung, was der Reaktion Anlaß zur Beschuldigung gab, Wallisch hätte die Rätediktatur in Bruck ausgerufen.

Die Kommunistische Partei verbreitete bereits am Vormittag des 15. Juli Flugblätter, in denen sie als Kampfmaßnahmen gegen die Reaktion die Einberufung einer Betriebsrätekonferenz und die Proklamierung des Generalstreiks, die Bewaffnung der Arbeiterschaft und die Entwaffnung aller faschistischen Organisationen, die Absetzung des Heeresministers und des Polizeipräsidenten sowie die Unterstellung der Wiener Polizei unter die Gemeindeverwaltung verlangte. Am Abend erschien eine Extraausgabe des Zentralorgans der KPÖ, „Die Rote Fahne“, mit den gleichen Forderungen. Dort hieß es: „*Was soll geschehen? Die Demonstration allein genügt nicht. Die Macht der österreichischen Arbeiterschaft ist groß genug, um die Selbsthilfe zu organisieren. Holt alle Kollegen aus den Betrieben! Laßt Euch nicht mehr besänftigen, bis folgende Forderungen restlos erfüllt sind:*

Entwaffnung und Auflösung aller faschistischen Formationen!

Weg mit Vaugoin, weg mit Schober!

Der Faschismus ist bis an die Zähne bewaffnet, wird vom bewaffneten Staatsapparat und von der Schandjustiz unterstützt und bedroht das Leben der Arbeiter. Wenn die Arbeiterschaft nicht rechtzeitig den Faschismus niederschlägt, wird er sie selbst niederschlagen! Fordert und erzwingt die Bewaffnung der Arbeiterschaft in den Betrieben! [127:] Der Schutzbund muß sofort in Aktion treten; aber nicht zum Schutz der Polizei, sondern zum Schutz der Arbeiter! Nur dazu ist er da! Die faschistisch verseuchte Polizei hat heute Arbeiterblut auf den Straßen Wiens vergossen! Die Arbeitermörder sind straffrei! Wenn Ihr siegen wollt, muß der Streik weitergeführt und erweitert werden bis zur restlosen Erfüllung der lebenswichtigen Arbeiterforderungen! Fordert den sofortigen Zusammentritt einer Konferenz aller Betriebsräte Wiens. Die Führung der Bewegung muß in den Händen der Arbeiter sein!“

Der Parteivorstand der SPÖ und die Gewerkschaftskommission antworten in einem Aufruf auf die Forderungen der Kommunisten mit einer Absage: „*Die von den Kommunisten geforderte Bewaffnung der Arbeiterschaft im gegenwärtigen Augenblick hätte unmittelbar den Bürgerkrieg zur Folge. Dieser würde bedeuten: 1. Neue furchtbare Blutopfer; 2. eine furchtbare wirtschaftliche Katastrophe, Hungersnot und Vergrößerung der Arbeitslosigkeit; 3. die Preisgabe der Arbeiterschaft in den Agrarländern, wo die Sozialdemokratie schwach ist, an den dortigen bewaffneten Faschismus; 4. die schwerste Gefahr für den Bestand der Republik.*“

Die ganze spätere Entwicklung zeigte die Nichtigkeit dieser feigen Argumentation. Der Bürgerkrieg ist nicht erspart geblieben, er wurde bloß später in einer für die Arbeiterschaft viel ungünstigeren Situation vom Austrofaschismus ausgelöst.

Die Rache der Bourgeoisie

Der Sieg machte die Bourgeoisie rachedurstig. Die Erschießung von fast hundert Menschen wurde als Heldentat und großer Erfolg gefeiert. Seipel erklärte: *„Dieser nicht hoch genug einzuschätzende Erfolg, dessen Bedeutung von allen staatsstreuen Bürgern unseres Vaterlandes und überdies von den maßgebenden Faktoren des Auslandes anerkannt und auch in der Geschichte der Republik Österreich gebührend gewertet worden ist, ist auch darauf zurückzuführen, daß die Polizeidirektion in Wien sich abermals als der festeste Hort der staatlichen Ordnung bewährt hat.“*

Auf die Polizisten regnete es goldene und silberne Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik sowie goldene und silberne Verdienstzeichen und Medaillen. Auf das Verlangen nach Amnestie antwortete Seipel zynisch: *„Verlangen Sie nichts vom Parlament und von der Regierung, das den Opfern und den Schuldigen gegenüber milde scheint.“* Er hielt auch sein Wort. Die Polizei setzte mit Massenverhaftungen ein. Noch monatelang wütete die Rachejustiz. Gegen die Kommunisten, die sich tapfer an den Kämpfen beteiligt und Blutopfer gebracht hatten, wurde eine wüste Hetzkampagne geführt. Selbst die heutige bürgerliche Geschichtsschreibung ist voll von Ausfällen gegen „kommunistische Rowdys“ [128:] usw., und sozialdemokratische Schriftsteller stehen ihr nicht nach. Am 16. Juli 1927 wurde der Vorsitzende der Berliner Organisation der Kommunistischen Partei Deutschlands und Vorsitzender der „Roten Hilfe“ Deutschlands, Wilhelm Pieck, der spätere erste Präsident der DDR, der eine internationale Solidaritätsaktion organisieren wollte, von der Polizei verhaftet und nach einigen Tagen Haft abgeschoben.

Am Grab der Juliopfer bekannte sich am 20. Juli Johann Koplenig zum Kampf der Arbeiter. In seiner Rede führte er aus:

„Die Ereignisse vom Freitag und Samstag sind das Ergebnis der von langer Hand vorbereiteten reaktionären Offensive zur Niederschlagung des österreichischen Proletariats. Mit ihren gesunden Instinkten erkannte die Arbeiterschaft seit langem diese Gefahr. ... Der heldenmütige Kampf der Wiener Arbeiter gegen die Regierungsgewalt, er war die Auflehnung, der Aufstand gegen die vorstoßende faschistische Reaktion. ... Wir Kommunisten bekennen uns ohne Vorbehalt zum 15. und 16. Juli! Wir erklären uns solidarisch mit den auf der Straße gegen die mordende Staatsgewalt kämpfenden Arbeitern. ... Wir Kommunisten wollen nicht mehr, sondern weniger Blutvergießen. Gerade deshalb forderten wir und fordern wir auch heute die Bewaffnung der Arbeiter. Der Faschismus marschiert. Er rüstet, ermutigt durch die Juliniederlage der Arbeiterschaft, zu neuen Morden. Die österreichische Arbeiterschaft ist nicht geschlagen, wenn sie die richtigen Lehren zieht und ihren Weg ändert.“

Nicht umsonst versucht jetzt die Bourgeoisie der ganzen Welt, die Wiener Ereignisse zu einer neuen Hetzkampagne gegen die Sowjetunion, das Land der proletarischen Revolution, auszunützen. Diese Hetze steht in engem Zusammenhang mit der seit Monaten betriebenen Kriegshetze gegen die Sowjetunion. Die internationale Bourgeoisie braucht zu einem neuen Krieg die vorherige Niederwerfung der Arbeiterklasse in den europäischen Ländern.“

Die Lehren aus den Ereignissen vom 15. und 16. Juli haben große Bedeutung für das internationale Proletariat. Sie sind ein neues Signal zur Kampfbereitschaft und zur revolutionären Abwehr gegen Faschismus, Reaktion und Kriegsgefahr. ... Namenlose Trauer liegt über der österreichischen Arbeiterschaft. Diese Trauer ist nicht ohnmächtig und schwach. Aus dieser Trauer keimt eine gewaltige Macht, die sühnen und strafen wird. Die toten Brüder und Schwestern mahnen uns: Wenn das Proletariat leben und siegen will, muß es seinen Klassenfeind niederringen. Es gilt in revolutionärer Klarheit die Waffen zu neuen Kämpfen zu schmieden. Die Kommunistische Partei übernimmt das Erbe des Juliaufstandes. Wir geloben, den Massenmord zu sühnen durch die Vorbereitung der Revolution zur Errichtung der proletarischen Herrschaft in Österreich.“

[129] Wegen des kommunistischen Flugblattes vom 15. Juli, für das er die Verantwortung übernahm, und wegen dieser Rede am Grabe der Juliopfer wurde Koplenig verhaftet und unter Verdacht des „Hochverrats“ mehr als zwei Monate im Landesgericht festgehalten. In der Verhandlung vor dem Schwurgericht am 9. Jänner 1928 rechnete er mit Reaktion und Faschismus sowie mit der

Kapitulationspolitik der SPÖ-Führung ab. Seine große Anklagerede schloß er mit den Worten: „*Wir Kommunisten bekennen uns zum 15. und 16. Juli, wir werden die Opfer, die gefallen sind, sühnen durch die Vorbereitung der Revolution und die Aufrichtung der proletarischen Herrschaft in Österreich. Der 15. Juli war kein Abschluß der revolutionären Bewegung, kein Abschluß im Kampf, sondern ein Ausgangspunkt zu neuen Kämpfen, und sie werden zur Abrechnung mit den Schuldigen des 15. Juli führen.*“ Das Verfahren endete mit einem Freispruch Koplenigs.

Die Verstärkung der Reaktion

Wenn Otto Leichter in seinem Buch „Zwischen zwei Diktaturen“ (Wien 1968, S. 31) meint, „*die Katastrophe vom 15. Juli 1927 kann man als Beginn des Abstiegs der österreichischen Sozialdemokratie bezeichnen*“, so hat er insofern recht, als ihre feige Kapitulation die radikalen Worte und Drohungen unglaublich machte und die Bourgeoisie ermutigte, aufs Ganze zu gehen. Der 15. Juli 1927 war einer der wichtigsten Wendepunkte der österreichischen Geschichte zwischen den beiden Weltkriegen. An diesem Tag wäre es mit etwas mehr Kühnheit und mit weniger Opfern, als sie zum Beispiel im Februar 1934 gebracht worden sind, möglich gewesen, das Geschick der österreichischen Republik zu wenden, dem Faschismus und der Reaktion Einhalt zu gebieten und Österreich eine demokratische Entwicklung zu sichern. Es war eine der entscheidenden, infolge der Kapitulationspolitik der SPÖ-Führung versäumten Gelegenheiten. Es war der Preis, den das österreichische Proletariat zu zahlen hatte für den Glauben an die radikalen Phrasen der sozialdemokratischen Führer, für die widerspruchslose Hinnahme deren Nachgiebigkeit gegenüber der Reaktion.

Die Bourgeoisie aber und ihre Seipelregierung nutzten die Gelegenheit skrupellos zur entfalteten Gegenoffensive und Verstärkung der Faschistisierung aus. Seipel, der nun den Beweis hatte, daß von den sozialdemokratischen Führern nichts zu befürchten war, bereitete vorsichtig und ohne allzu starke Provokationen der Arbeiterschaft den Entscheidungsangriff vor. Die Reaktion baute sowohl ihre Positionen im Gewaltapparat des Staates als auch ihre faschistischen [130:] Terrororganisationen aus. Zuerst wurde die Wiener Polizei „diszipliniert“. Hatte im März 1927 die freigewerkschaftliche Liste bei den Wahlen zur Personalvertretung 4016 gegen 891 Stimmen für die reaktionäre Liste erhalten, so wurden bei den neuerlichen Wahlen für die reaktionäre Liste bereits 3931 Stimmen abgegeben. Wichtiger war es noch, daß die Polizei bürgerkriegsmäßig reorganisiert und verstärkt mit neuen Waffen, Karabinern, Maschinengewehren, sogar mit vier Panzerautos ausgerüstet und so in eine militärische Kampftruppe verwandelt wurde. Mit eiserner Konsequenz rottete Heeresminister Vaugoin den freigewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Einfluß im Bundesheer aus. 1927 wurden mehr als 2500 Soldaten, die 1918 in das Heer eingetreten waren, entlassen: An ihrer Stelle wurden nur Bauernburschen neu eingestellt, die eine Empfehlung des katholischen Geistlichen mitbrachten.

Zwar erhielt am 15. Oktober 1927 der freigewerkschaftliche Militärverband noch immer 9379 Stimmen gegenüber 6409 Stimmen des christlichsozialen Wehrbundes, aber der Wehrbund bekam infolge der Wahlarithmetik bereits 129 Mandate gegenüber 117 Mandaten des Militärverbandes. Bei den Offizieren hatte der Wehrbund 1700 Stimmen gegenüber 610 freigewerkschaftlichen Stimmen.

Es war ein gerader Weg, der die Polizei vom 15. Juli 1927 über den Februar 1934 zum Anstecken der Hakenkreuzarmbinden im März 1938 führte.

Der Aufstieg der Heimwehr

Gleichzeitig wurde von der Bourgeoisie und der Regierung die Heimwehr ausgebaut und verstärkt. Die Wahlschlappe von 1927 hatte bei den Christlichsozialen die Neigung verstärkt, außerparlamentarische Mittel anzuwenden. So stieg die Heimwehr, die bisher von der Führung der SPÖ als kümmerlicher Verein von harmlosen Schreiern und Wirtshauspolitikern ausgelacht worden war, zur Hauptkraft der faschistischen Wehrverbände auf. Die rivalisierenden Heimwehrführer wurden unter einen Hut gebracht; neue Heimwehrorganisationen auch in den Bundesländern geschaffen, wo es sie früher kaum gegeben hatte: im Süden Niederösterreichs, in Oberösterreich und in Salzburg.

Die Heimwehr wurde stark politisiert und begann nach italienischem und deutschem Muster eine eigene Ideologie auszuarbeiten. Sie distanzierte sich von den alten bürgerlich-kapitalistischen

Parteien, gab sich den Anschein einer „Erneuerungsbewegung“, wandte sich gegen das Parlament und den „Parteienstaat“. [131:] Trotzdem bekannte sich Seipel zu ihr. In einem Vortrag in Tübingen sagte er: *„Wir haben in Österreich eine starke Volksbewegung, die die Demokratie von der Parteiherrschaft befreien will. Diese Volksbewegung wird von der Heimwehr vertreten. Es stimmt wohl, daß die Heimwehr von ihren Mitgliedern militärische Disziplin fordert, sie tut das aber nicht aus Militarismus, sondern wegen der Disziplin.“*

Allerdings ging Seipels Streben danach, die Heimwehr als paramilitärische und außerparlamentarische Kraft einer antimarxistischen Front aufzubauen, ohne sie zu einer eigenen Partei werden zu lassen. Auf die Dauer sollte ihm das aber nicht gelingen, und bald bekam auch die Christlichsoziale Partei die Konkurrenz der Heimwehr zu spüren, der es gelang, deren Vorherrschaft auf dem Lande zu brechen.

Annäherung an die faschistischen Staaten

Zu den Folgeerscheinungen des 15. Juli gehörte eine allmähliche Wandlung in der österreichischen Außenpolitik, die zur Annäherung Österreichs an das faschistische Italien Mussolinis und das revanchistische, faschistische Ungarn des Admirals Horthy, des Würgers der ungarischen Räterepublik, führte. Es war insbesondere der ungarische Ministerpräsident Graf István Bethlen, der diese Verbindung propagierte, von der er sich die Hilfe Mussolinis für eine Revision des ungarischen Friedensvertrags erhoffte. Er erwartete, daß eine österreichische Rechtsregierung die gegen die Kleine Entente und vor allem gegen die Tschechoslowakei, in deren Regierung Sozialdemokraten saßen, gerichtete Revisionspolitik unterstützen würde. Auch wirtschaftliche Interessen Ungarns standen auf dem Spiele: Bethlen befürchtete, daß eine Linksregierung in Österreich die Einfuhr von Weizen aus Ungarn, seines hauptsächlichsten Exportartikels, unterbinden könnte. Aus den gleichen Gründen stand Bethlen auch jeder Erweiterung des deutschen Einflusses in Mitteleuropa entgegen. Vor allem deshalb unterstützte er einen Putschplan der steirischen Heimwehr nicht, der die Niederschlagung des Republikanischen Schutzbundes und – nach der Besetzung der öffentlichen Gebäude und wichtigsten Versorgungsbetriebe in Wien – die Ausrufung einer Militärdiktatur vorsah, weil dort nachdrücklich auch die Zollunion Österreichs mit dem Deutschen Reich gefordert wurde.

In der Ablehnung des Anschlusses trafen damals die Interessen Ungarns mit denen Italiens zusammen, das gleichfalls einen möglichen deutschen Machtzuwachs im Donaauraum verhindern wollte, weil es selbst ehrgeizige Pläne [132:] einer Vormacht im Donaauraum hegte: die Errichtung eines von Rom aus gelenkten Staatenblocks mit den Eckpfeilern Wien und Budapest als Gegengewicht zur Kleinen Entente.

In Bethlens Vorstellungen sah Mussolini eine Garantie gegen den unerwünschten Anschluß Österreichs an Deutschland. So fanden Bethlens Sondierungen in Rom günstige Aufnahme. Italien und Ungarn kamen überein, gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen. Als Hauptwaffe bei ihrem Bestreben, in Österreich ein faschistisches Regime zu errichten, sahen Mussolini und Bethlen außer wirtschaftlichen Druckmitteln die Förderung der Heimwehr an. Der ungarische Historiker Lajos Kerekes hat an Hand der ungarischen Aktenbestände sehr präzise die Aktivität des ungarischen und des italienischen Faschismus in Österreich untersucht. Seit Ostern 1928 nahm die Unterstützung des Steidle-Flügels der Heimwehr, zu dem der nationalsozialistisch gesinnte Pfriemer-Flügel im Gegensatz stand, beträchtliche Ausmaße an. Die Verhandlungen ungarischer Regierungsvertreter mit Steidle kamen zu einem befriedigenden Abschluß, und Bethlen vermittelte ihm die Verbindung mit Mussolini. Als Bethlen im April 1928 inkognito in Mailand bei Mussolini war, sagte er ihm laut Protokoll: „Das Ziel mußte sein, daß in Österreich eine Rechtsregierung mit Hilfe der Heimwehr die Macht von der gegenwärtigen Regierung übernimmt ...“ Man mußte sie mit drei Millionen Schilling und Waffen unterstützen. Obwohl Mussolini heuchlerisch erklärt hatte, der Faschismus wäre kein Exportartikel, antwortete er: *„Ich bin bereit, den österreichischen rechten Organisationen eine Million Lire einmal oder in Raten über Sie zur Verfügung zu stellen, ihnen die nötigen Waffen an der Grenze zu übergeben ...“* Der Heimwehrführer Dr. Steidle verlangte in einem Memorandum für Bethlen am 23. Mai 1928 die Summe von 1.494.000 Lire, davon 524.000 Lire sofort, 18.000 Gewehre mit

je 300 Schuß Munition und 190 Maschinengewehre, wonach die Heimwehr, wie er erklärte, „ohne weiteres in der Lage sein wird, jeden Anlaß auszunützen, die Mängel unserer jetzigen Staatsverfassung abzustellen“. Dafür ließ die Heimwehr die österreichische Minderheit in Südtirol im Stich; Steidle verpflichtete sich, daß die neue Regierung „schriftlich das Versprechen abgeben wird, die Südtirolfrage weder offiziell noch in der Öffentlichkeit aufzuwerfen noch eine diesbezügliche Propaganda zu dulden“. Am 23. August erhielt Steidle persönlich von einem ungarischen Mittelsmann das erste Geld: zwei Schecks auf 500.000 und 1.120.000 Lire, also mehr als die Heimwehr verlangt hatte. (Siehe Lajos Kerekes: Abenddämmerung einer Demokratie. Mussolini, Gömbös und die Heimwehr. Wien-Frankfurt-Zürich 1966, S. 9-21.)

[133:] Auf Betreiben Seipels griff auch die österreichische Großindustrie der Heimwehr mit Geld unter die Arme. Heimwehr und Industrie hatten das gleiche erste Nahziel, nämlich die Brechung des Rechts der Arbeiter auf die Straße und die Verdrängung der Freien Gewerkschaften aus den Betrieben.

Der Hüttenberger Pakt

Der erste Vorstoß erfolgte in der Alpine-Montan, die mit ihren Betrieben in der Steiermark und in Kärnten die Beherrscherin der österreichischen Schwerindustrie war. Eng mit dem deutschen Stahlverband liiert, begann die Direktion mit der „Säuberung“ der Betriebe von kommunistischen, sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeitern. An ihrer Stelle wurden Heimwehrleute eingestellt, bis die Direktion die Möglichkeit sah, eine eigene Heimwegergewerkschaft unter dem Schwindelnamen „Unabhängige Gewerkschaft“ aufzuziehen. Ihrem Beispiel folgten andere Unternehmungen. Die Arbeiter setzten sich zur Wehr und beantworteten die Entsendung von Heimwehrlern in die Betriebe mit Streiks und Protestkundgebungen. So traten am 10. Mai 1928 550 Bergarbeiter in Hüttenberg (Kärnten) spontan in den Streik gegen die Entlassung von Freigewerkschaftern und ihre Ersetzung durch Heimwehrlern. Ihnen schlossen sich weitere Betriebe der Alpine-Montan an. Aber bereits am 25. Mai kapitulierten die Führer des Metallarbeiterverbandes und des Verbandes der Bergarbeiter und schlossen mit der Alpine-Montan und dem Stahlwerksverband den sogenannten Hüttenberger Pakt ab, in dem sie den „unabhängigen“ faschistischen Gewerkschaften die Gleichberechtigung und den Unternehmern das „Recht der freien Arbeiteraufnahme“, also das Recht zuerkannten, Arbeiter außerhalb der staatlichen Arbeitsvermittlung aufzunehmen. Zwar lehnten die Arbeiter in der Abstimmung den Vertrag einstimmig ab und streikten noch zwei Wochen „wild“ weiter, also ohne Unterstützung der Gewerkschaftsführer, doch schließlich mußten sie sich geschlagen geben.

Nicht anders verhielt sich die Gewerkschaftsbürokratie, als sie die Arbeiterschaft der Firma Heidin Stockerau, die gegen die Einstellung von Faschisten streikte, im Stich ließ. Dieser Streik war von Kommunisten geführt. Die Folge war, daß in einigen Industriezentren die Arbeiter unter der Drohung der Arbeitslosigkeit die freien Gewerkschaften verlassen und den Heimwegergewerkschaften beitreten mußten. Ende Mai 1928 waren in Donawitz von 4000 Arbeitern 1600 bei der Heimwehr, in Hüttenberg erhielt die Heimwegergewerkschaft die Mehrheit.

[134:] Gleichzeitig setzte die Heimwehr planmäßig die „Eroberung der Straße“ fort. Während es früher die Faschisten nicht wagen durften, in den Arbeitervierteln zu demonstrieren, zogen sie jetzt Sonntag für Sonntag ihre ganzen Kräfte in dem einen oder anderen Industrieort zusammen, um den Widerstandswillen der Arbeiter zu brechen. Die Führung der Sozialdemokratischen Partei sah „im Namen der Demokratie“ diesem Treiben tatenlos zu. Anstatt ihm in seinen Anfängen entgegenzutreten, beschränkte sie sich darauf, die Arbeiter auf die nahe bevorstehende Eroberung der Macht durch den Stimmzettel zu verweisen; die Warnungen der Kommunisten wurden in den Wind geschlagen.

Die Provokation von Wiener Neustadt

Bald fühlten sich die Heimwehren stark genug, um in provokatorischer Weise in dem sozialdemokratisch beherrschten Wiener Neustadt, der „roten Vorstadt“ Wiens, für den 7. Oktober 1928 einen Aufmarsch von 13.000 Heimwehrlern anzusetzen. Die KPÖ forderte die Arbeiter auf, diese Provokation zurückzuweisen, rief zu einer antifaschistischen Kundgebung in Wiener Neustadt und zur

Verhinderung des Heimwehraufmarsches auf. Die Regierung verbot die kommunistische Kundgebung und setzte mit Verfolgungen gegen die Kommunisten ein. Von den sechs Nummern der „Roten Fahne“ vor dem Heimwehraufmarsch wurden fünf konfisziert, zahlreiche Kommunisten und revolutionäre Arbeiter verhaftet.

Diesmal konnte die Führung der Sozialdemokratie angesichts der Erregung der Arbeiter nicht untätig zuschauen. Sie berief in Wiener Neustadt eine Arbeiterkundgebung für denselben Tag und dieselbe Stunde am selben Ort ein wie die Heimwehr, in der Hoffnung, daß der Landeshauptmann angesichts der zu erwartenden Zusammenstöße beide Kundgebungen verbieten würde. Doch die Regierung gab nicht nach, obwohl die sozialdemokratischen Unterhändler immer mehr an „innerer Abrüstung“ anboten. Aber Seipel bestand darauf, daß die Arbeiter ihr „Monopol auf die Straße“ verlieren. Er ließ sich weder durch die Drohungen der SPÖ-Führer einschüchtern noch ging er auf ihre Vorschläge zur „inneren Abrüstung“ ein, sondern ließ den Heeresminister Vaugoin das Militär zum Schutze der Heimwehrekundgebung aufbieten. Er gestattete auch dem Stabschef der Heimwehren, Major Pabst, ein paar Tage lang sein Hauptquartier in der Wiener Polizeidirektion aufzuschlagen, um von dort aus den Heimwehraufmarsch vorzubereiten und zu dirigieren. Vergeblich appellierte [135:] die SPÖ-Führung an das „Verantwortungsgefühl“ der Regierung. Und wieder siegte die Festigkeit der Bourgeoisie über die Kapitulantpolitik der SPÖ-Führung, die der Abhaltung der Heimwehrversammlung schließlich zustimmte. Auf Grund dieser Vereinbarung durften unter dem Schutz der halben Armee 13.000 Faschisten in voller Kriegsausrüstung an dem „roten“ Rathaus in Wiener Neustadt vorbeimarschieren, während der Schutzbund erst nach ihrem Abmarsch seine Kundgebung veranstalten konnte. Die Führung der SPÖ verstand es, dies als ihren Sieg zu feiern. Viel mehr Berechtigung hat jedoch die Feststellung des bereits zitierten späteren Bundeskanzlers Streeruwitz: *„Der Neustädter Aufmarsch war ein großes Wagnis. Seipel und Vaugoin haben es unternommen. Es paßte in die Linie dieser Männer, die, wahrhaft nicht aufs Blutvergießen ausgehend, in dem Aufzug der neuen Kräfte einen gangbaren Weg erblickten. Das Heer war der Sieger des Tages.“*

Steidle kündigte weitere Provokationen an: *„Wiener Neustadt ist kein Endpunkt, sondern nur eine erfreuliche Etappe in unserem Kampfe.“* Schon am 14. Oktober fand eine Heimwehrparade in Linz ohne Gegendemonstrationen statt; es folgte eine ganze Reihe von Einbrüchen der Heimwehr in österreichische Arbeiterzentren, vor allem rings um Wien, am 24. Februar 1929 schon im Wiener Arbeiterbezirk Meidling selbst.

Der Kommunistischen Partei gelang es, in zahlreichen Orten Niederösterreichs Einheitskomitees gegen die faschistischen Provokationen zustande zu bringen. Der Drang zur Einheit war so groß, daß der Parteivorstand der SPÖ sich veranlaßt sah, vor den Kommunisten zu warnen. (Arbeiter-Zeitung vom 4. Oktober 1928.)

1929: Die Kampagne für eine Verfassungsänderung

Das Jahr 1929 stand im Zeichen einer Heimwehroffensive zwecks Änderung der aus dem Jahre 1920 stammenden Verfassung. Ihr Ziel war die Stärkung der Regierungsautorität gegenüber dem Parlament bis zur Gewährung von diktatorischen Vollmachten für Bundesregierung und Bundespräsident. Gleichzeitig sollte die Finanzhoheit des Landes Wien, die der Gemeindeverwaltung die Möglichkeit gab, eine Wohnbau- und Sozialpolitik auf Grund eigener Steuern durchzuführen, beschnitten werden.

Diese Forderungen der Heimwehr waren gleichzeitig Forderungen des Bundeskanzlers Seipel. Da eine Verfassungsreform auf legalem Wege ohne Zustimmung [136:] der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion nicht zu erreichen war, steigerten Regierung und Heimwehr den Druck auf die Arbeiterschaft. Am 3. Februar 1929 überfielen Heimwehrlere das Arbeiterheim in Gloggnitz (Niederösterreich); am 14. Februar wurde der Arbeiterschützenverein verboten. Im sozialdemokratischen Parteiheim in Wien in der Rechten Wienzeile nahm die Polizei eine Waffensuche vor, wobei sie 300 Gewehre und 50.000 Patronen beschlagnahmte. Der sozialdemokratische Parteivorstand trat zusammen, um zu dieser offenkundigen Provokation Stellung zu nehmen. Doch keinerlei Gegenaktion wurde beschlossen. Wieder kapitulierte die sozialdemokratische Führung. Dadurch ermutigt, drängte Seipel die Heimwehr zu gesteigerter Aktivität auf der Straße. Wie aus den von L. Kerekes veröffentlichten ungarischen Akten

hervorgeht, hatte Seipel in der Nacht vom 23. März 1929 eine vierstündige Unterredung mit Steidle, wobei er auf Grund der Erfahrungen der letzten Demonstrationen darauf drängte, daß die Heimwehr nach dem Vorbild der italienischen Faschisten zu größerer Aktivität übergehe. Er selbst habe, wie er erklärte, in der Presse die öffentliche Meinung schon entsprechend vorbereitet. Als Priester könne er diese Aktion natürlich nur aus dem Hintergrund lenken, er sei aber der Meinung, länger als bis zum Herbst dürfe nicht mehr gewartet werden. Am 3. April 1929 trat überraschenderweise Seipel zurück; es folgte die Regierung des Industrieritters Streeruwitz. Die Heimwehr steigerte ihre Offensive noch, die Arbeiter setzten sich zur Wehr, die Regierung Streeruwitz versprach, die Heimwehr nicht zu hindern. Österreich schien „an der Schwelle“ des Bürgerkrieges.

Hinter den Putschvorbereitungen der Heimwehr standen wieder Italien und Ungarn. Mussolini lieferte weitere Waffen und versprach, 1.420.000 Lire gegen folgende von Steidle, Pfriemer und Pabst unterschriebene Verpflichtung zu zahlen: „*Die Landesführung der österreichischen Selbstschutzverbände verpflichtet sich, die entscheidende Aktion zur Änderung der österreichischen Staatsverfassung spätestens in dem Zeitraum zwischen 15. Februar und 15. März 1930 durchzuführen. Die Bundesführung wird aber mit allen Kräften danach trachten, die Aktion bereits im Herbst dieses Jahres (1929 – A. R.) zu unternehmen.*“ (L. Kerekes: *Abenddämmerung einer Demokratie*, Wien 1966.)

Die Kommunistische Partei entlarvte die Verbindung der faschistischen Heimwehren mit den österreichischen Industriellen und den faschistischen Kräften im Ausland, Tatsachen, die damals vielen unbekannt waren. Sie zeigte auf, daß am Stahlhelmtag in Bayern 1000 österreichische Heimwehrlern teilnahmen, daß zu einer Heimwehrekundgebung in Innsbruck 20.000 Stahlhelmleute aus [137:] Deutschland kamen. „*Die Zusammenarbeit des deutschen und österreichischen Faschismus ist eine ungeheure Gefahrenquelle für die österreichische und deutsche Arbeiterklasse. Sie ist ein Moment der Kriegsgefahr*“, heißt es in einem Bericht. (Inprekorr vom 7. Juli 1929.)

Der Heimwehrüberfall auf Sankt Lorenzen

Zu den größten Heimwehrprovokationen gehörte der Feuerüberfall auf eine Arbeiterkundgebung in dem obersteirischen Ort Sankt Lorenzen am 18. August 1929. Die Heimwehr wollte dort das Auftreten des ihnen besonders verhaßten Koloman Wallisch verhindern und besetzte den Festplatz. Als sich die Arbeiter zur Wehr setzten, erteilte der Landesstabschef der steirischen Heimwehr, Ing. Rauter – der später in den Führerbestand des Hitler-Reiches aufgenommen und nach Ende des zweiten Weltkrieges von den Holländern als Kriegsverbrecher hingerichtet wurde – den Befehl, zu schießen. Um 17.00 Uhr wurde befehlsgemäß das Feuer eröffnet. Ein Maurer aus Tragöb war sofort tot, ein Bauarbeiter aus Kindberg erlag später seinen Verletzungen, ein Schutzbundsanitäter wurde von den Heimwehrlern erschlagen. Viele Arbeiter wurden schwer verwundet. Auch mehrere Heimwehrlern wurden verletzt, als die Arbeiter zurückschlügen. Doch die Klassenjustiz verurteilte nur den Schutzbundkommandanten und einen zweiten Schutzbündler.

Der Arbeiterschaft bemächtigte sich eine ungeheure Erregung. Die KPÖ rief auf, den Kampf bis zur Vernichtung des Faschismus aufzunehmen, damit sich Sankt Lorenzen nicht wiederhole. Sie verlangte einen Generalstreik und die Bewaffnung der Arbeiterschaft. Die „Rote Fahne“ schrieb: „Auf zur Gegenoffensive gegen den Mordfaschismus.“ In vielen Orten der Obersteiermark gingen die Arbeiter auf die Straße, in Wien kam es zu Proteststreiks unter der Führung der Betriebsräte. Die SPÖ vertröstete die Arbeiter auf den Zusammentritt der Wiener Vertrauensmännerkonferenz, dort aber setzte die Führung den Beschluß durch, den Kampf auf den „entscheidenden Tag“ zu verschieben, und verhandelte unterdessen mit Streeruwitz.

Sankt Lorenzen wurde ein neuer Meilenstein in der Entwicklung des antifaschistischen Kampfes, in dem sich die Initiative und der Mut der Kommunistischen Partei bewährten. Das Auftreten der Kommunisten war bereits ein Faktor geworden, mit dem sowohl die Reaktion wie auch ihre Helfershelfer zu rechnen hatten. Obwohl die KPÖ noch immer zu schwach war, um die Arbeiter vom [138:] Einfluß der sozialdemokratischen Führer zu befreien und den Kampf gegen den Faschismus selbst anzuführen, wurden die Kommunisten durch ihre Agitation ein ernstes Hindernis auf dem Weg zur Errichtung der faschistischen Diktatur.

Nach dem Zusammenstoß in Sankt Lorenzen verstärkten die Heimwehler ihren Ruf nach der Verfassungsänderung und ihre Drohung mit dem Marsch auf Wien. Ihr Ruf nach einer „starken“ Regierung fand immer mehr Anklang bei den bürgerlichen Parteien. Für den 29. September setzte die Heimwehr Aufmärsche in Niederösterreich an: in Mödling, Stockerau, Zwettl und Pöchlarn. Sie zog ihre Kräfte aus ganz Österreich zusammen. Vaugoin nannte in einem Gespräch mit dem ungarischen Militärattaché in Wien den Tag der Aufmärsche einen Stichtag. Am 21. September bekam die Heimwehr von Mussolini die erste Ratenzahlung, die zweite in der Höhe von 512.240 Lire folgte Mitte Oktober. Vierundzwanzig Stunden später trat aber Streeruwitz zurück, weil die bürgerlichen Parteien vor einer Heimwehrdiktatur noch zurückscheuten. Der Polizeipräsident des 15. Juli, Schober, übernahm die Regierung. Sein Auftrag war, die Verfassungsänderung durchzusetzen.

Die Schober-Regierung

Die Heimwehr schien ihrem Ziele ganz nahe zu sein. Schober nahm auch sofort Kontakt zu ihr auf und bekannte sich öffentlich zu ihrer Forderung nach Verfassungsänderung. Ihrerseits erklärten die Heimwehrführer Steidle und Pfrimer, sie stünden fest hinter der Regierung Schober, sie wäre ihre Regierung. Sollte man sich der Regierung widersetzen, würden sie mit den Waffen eingreifen. Auch Mussolini war bereit, eine Heimwehrregierung als erster anzuerkennen und ihr wirtschaftliche Hilfe zu leisten. Doch erwies sich die Gesamtsituation für eine offen faschistische Regierung nicht günstig. Die mutige Abwehraktion der Arbeiter in Sankt Lorenzen gab einen Vorgeschmack dessen, was eine solche Regierung erwartete. Wirtschaftspolitisch machte sich gerade die hereinbrechende Weltwirtschaftskrise bemerkbar.

In Österreich hatte sich der für das Zeitalter des Imperialismus maßgebende Prozeß der Konzentration des Kapitals in den Händen des Finanzkapitals beschleunigt vollzogen. Nach Überwindung der ersten Nachkriegskrise mußte die Industrie bedeutende Bankkredite für die Rationalisierung ihrer Betriebe aufnehmen, die sie beim neuerlichen Stocken des Inlandabsatzes nicht zurückzahlen konnte und die daher in Beteiligungen der Banken umgewandelt wurden. Aus selbständigen Industrieunternehmen wurden von den Banken angestellte Generaldirektoren, die aber ihrerseits Aktionäre der Banken waren. Die sozialdemokratischen Wirtschaftstheoretiker sprachen vom „Lumpenkapitalismus“, der schwach und ungefährlich sei, eine Theorie, die die Wachsamkeit der Arbeiterklasse nur einschläfern konnte. In Wirklichkeit stärkte die Konzentration des Kapitals die reaktionärsten Schichten der Bourgeoisie, die Förderer des Faschismus und steigerte ihre Diktaturpläne gegen die Arbeiterklasse. Eine besondere Gefahr stellte das mit dem Konzentrationsprozeß eng verbundene Eindringen des deutschen Monopolkapitals in Österreich dar. Aber aus Furcht vor dem Bürgerkrieg in Österreich zogen ausländische Kapitalisten ihre Anlagen, die inländischen Sparer ihre Spareinlagen zurück. Die Bodencreditanstalt krachte zusammen und mußte am 6. Oktober 1929 von der Rothschildbank übernommen werden. Ein Jahr später machte Schober die Enthüllung, daß im Oktober Vertreter der Nationalbankdirektion und der Direktoren aller Privatbanken bei ihm vorstellig geworden waren, um zu verlangen, daß die Verfassungsentwürfe im Interesse der Wirtschaft zurückgezogen würden. Auch außenpolitisch konnte eine faschistische Diktatur noch nicht auf gutes Wetter hoffen. In Deutschland war die Sozialdemokratie wieder in der Regierungskoalition, in England regierte die Arbeiterpartei. So lehnte es Schober ab, den Boden der Legalität zu verlassen, vielmehr trat er in Verhandlungen mit der Sozialdemokratie ein.

Die Sozialdemokratie vergaß, was sie über Schober nach dem 15. Juli gesagt hatte, begrüßte ihn als das „kleinere Übel“ und bestimmte ihren geschicktesten Taktiker, Robert Danneberg, als Unterhändler über die Verfassungsreform. Während der Kampagne für die Verfassungsreform geriet Schober in einen gewissen Gegensatz zu Mussolini und Bethlen, die am 11. und 12. April 1930 vergeblich versuchten, ihn „zum Handeln“ gemeinsam mit der Heimwehr zu bewegen. Mussolini riet Schober, *„die Heimwehr nicht zu entwaffnen, bevor er alles erreicht habe, vor allem bevor Wien nicht ausgeräuchert sei, sonst wäre es mit seiner Macht sofort zu Ende“*. Der ungarische Ministerpräsident Bethlen hetzte die Heimwehren gegen die Verhandlungen auf. Er ließ ihnen mitteilen, daß die ganze Heimwehrebewegung nichts taue, wenn die Seitz', Breitners usw. leben. Mussolini war aber mit

Bethlen nicht einverstanden, er meinte, daß die Heimwehr auch legal zur Macht kommen könnte und riet von einem Putsch ab.

Zwar unterstützte noch ein Teil des österreichischen Großkapitals die Heimwehren auch gegen Schober. So versicherte der Präsident der Creditanstalt, [140:] Baron Louis Rothschild, Steidle am 18. November 1930, sein Bankhaus könnte, falls die geplante Machtübernahme der Heimwehr schnell und mit wenig Blutvergießen durchgeführt würde, die Stabilität des Schillings und einen reibungslosen Verlauf des Wirtschaftslebens garantieren. Aber Schober gelang es, die meisten führenden Persönlichkeiten des Hauptverbandes der Industrie auf seine Seite zu ziehen, und ließ die Heimwehr wissen, sie würde weitere finanzielle Unterstützung nur dann erhalten, wenn sie seine Verhandlungen nicht störte. Schober versicherte auch Mussolini, daß er eine italienfreundliche Politik treiben werde, und überzeugte ihn davon, daß seine legale Regierung Italiens Interessen im Donauraum weit dienlicher wäre. So gewann Schober Mussolinis Unterstützung.

Die Verfassungsreform

Die Sozialdemokratie, die schon der Regierung Streeruwitz eine Abschwächung des Mieterschutzes zugewilligt hatte, um die Arbeitsfähigkeit des Parlaments zu beweisen, zeigte sich auch in der Verfassungsfrage nachgiebig. Im Ergebnis der Verhandlungen wurde schließlich eine Verfassungsänderung ausgearbeitet, die am 7. Dezember 1929 im Parlament mit den Stimmen der Sozialdemokratie beschlossen wurde. Ohne die maximalen Wünsche der Faschisten zu befriedigen, war sie ein bedeutender Schritt zur Liquidierung der bürgerlichen Demokratie und schuf eine legale Grundlage für weitere Angriffe auf die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Rechte der Arbeiterschaft. Sie stärkte die Position der Bundesregierung gegenüber dem Parlament, erweiterte die Vollmachten des Bundespräsidenten, gab ihm die Verfügungsgewalt über das Bundesheer. Die Verfassung sah auch grundsätzlich im faschistischen Sinne die Einführung eines Länder- und Ständerates vor. Doch wurde dieser Punkt niemals in Kraft gesetzt.

Die Sozialdemokratie rühmte sich, der Verfassungsänderung die Giftzähne ausgebrochen, den Vorstoß der Heimwehr abgewehrt zu haben. Otto Bauer nannte die Verfassungsreform die „*Marne-schlacht*“ des Faschismus.

In der Tat gab sich aber die Bourgeoisie mit der Verfassungsänderung nicht zufrieden, die faschistische Offensive ging weiter, ohne daß ihr die Führung der Sozialdemokratie ernsthaft entgegengetreten wäre.

Im Gegenteil, sie ließ zu, daß im April 1930 ein Gesetz zur Einschränkung der Rechte der Arbeiter im Betrieb und der Gewerkschaften angenommen wurde, [141:] das sogenannte Antiterrorgesetz, das Otto Bauer mit Recht ein „*Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterklasse*“ nannte. Bezeichnenderweise existiert es noch heute in Österreich in abgeänderter Form. Die sozialdemokratische Führung, der der faschistische Generalangriff noch in den Gliedern lag, begnügte sich mit starken Worten. Am Tage nach der Annahme des Antiterrorgesetzes, am 6. April 1930, schrieb die „Arbeiter-Zeitung“: „*Das Ausnahmegesetz ist gestern von den Bürgerblockparteien beschlossen worden. Die Rechtsgleichheit der Demokratie ist geschändet, die Republik durch das einseitig gehässige Gesetz gegen die Schöpfer und treuesten Anhänger der Republik entehrt.*“ Die Arbeiter, die Protestkundgebungen und Streiks veranstalteten, blieben jedoch ohne Unterstützung der sozialdemokratischen Führer. Die Kommunisten wurden von der Polizei mundtot gemacht und verfolgt. Seit der Bildung der Schober-Regierung wurden die Rote Fahne“ neunzehnmal konfisziert, vierzehnmal kommunistische Betriebszeitungen und 20 Flugblätter. Es gab 18 Hochverratsanklagen. Die KPÖ hatte in der Kampagne um die Verfassungsreform alles, was in ihren Kräften stand, unternommen, um die Arbeiter zu mobilisieren. Sie hatte die Nähe und Größe der faschistischen Gefahr aufgezeigt und konkrete Losungen für den antifaschistischen Kampf gegeben. Wo sie stark genug dazu war, hatte sie auch Arbeiterdemonstrationen und Kundgebungen organisiert. Im April 1929 initiierte und organisierte sie einen großen antifaschistischen Kongreß mit starker Beteiligung sozialdemokratischer und parteiloser Arbeiter. Von seinen 245 Delegierten, unter ihnen 165 aus Betrieben, waren 69 Mitglieder der SPÖ. Das Hauptreferat hielt Kopenig. Er vertrat dort die Losungen der Partei: unmittelbarer Kampf gegen die Faschisten auf der

Straße und im Betrieb; wirtschaftlicher Kampf als Haupthebel des antifaschistischen Kampfes. Daß es aber der KPÖ in der Folge trotz der gesteigerten Erregung der Arbeiter nicht gelang, breite Massen von dem Einfluß der sozialdemokratischen Führung loszureißen und unmittelbar in den Kampf zu führen, ist diesmal nicht allein auf ihre organisatorische, Schwäche zurückzuführen. Eine von der KPÖ später selbstkritisch zugegebene Ursache hierfür war auch die im August 1929, also rund ein halbes Jahr nach dem antifaschistischen Kongreß, vorgenommene überspitzte Einschätzung der Lage in Österreich als eine „*unmittelbar revolutionäre Situation*“, die bereits „*Elemente des Bürgerkriegs*“ in sich enthalte. Statt mit aller Kraft an der Herstellung der antifaschistischen Einheitsfront und der Bildung breitester antifaschistischer Einheitsfrontorgane unter der Losung der Verteidigung der demokratischen Rechte zu arbeiten, stellte die KPÖ die Arbeiter vor die Alternative, daß es sich nun bei diesem Kampf um die Entscheidung [142:] Diktatur des Faschismus oder Diktatur des Proletariats handelte. Mit dem Heranrücken der Entscheidung in der Verfassungsfrage wurden auch die Formulierungen immer zugespitzter, die Schober-Regierung wurde zuerst als eine „*Regierung des faschistischen Kampfes*“, dann im September 1929 sogar bereits als faschistische Diktatur bezeichnet. An Stelle der Losung „*Bildet antifaschistische Komitees*“ wurde die Losung „*Wählt Arbeiterräte*“ ausgegeben. Es zeigte sich aber, daß die Arbeitermassen, obzwar sie sahen, daß die Sozialdemokratie für die Schoberschen autoritären Verfassungsänderungen eintrat und daß die KPÖ zum Organisator des antifaschistischen Kampfes wurde, auf diese überspitzten Losungen nicht einstiegen. Sie waren wohl bereit, gegen den Faschismus zu kämpfen, aber bei weitem noch nicht für Sowjets und die Diktatur des Proletariats. Nach einiger Zeit korrigierte die KPÖ mit Hilfe der Kommunistischen Internationale diese offensichtlich unrealistischen und sektiererischen Losungen. Aber die Überspitzungen hatten ihr Teil daran, daß es der KPÖ nicht gelang, die überaus wichtige Selbstentlarvung der Sozialdemokratie auszunützen, um eine ernste Bresche in die Mauer zu schlagen, die von der SPÖ-Führung vielfach zwischen der KPÖ und den Massen der sozialdemokratischen Arbeiter aufgerichtet worden war.

Der Korneuburger Eid

Die Heimwehr, die über den Kompromiß bei der Verfassungsreform enttäuscht war, löste sich immer mehr von den alten bürgerlichen Parteien und versuchte, nach dem Muster des italienischen Faschismus eine eigene faschistische Partei zu werden. Ihr Bundesführer Steidle stellte für die Heimwehr die Frage: „Will sie wie bisher bloß der Einpeitscher politischer Parteien sein, oder will sie sich für das faschistische System erklären?“ und antwortete: „*Der heutige Parteienstaat ist unfähig, es erfolgreich mit einem Feind wie dem Austromarxismus aufzunehmen. ... Wir sind die Sturmtruppen der Revolution, die Patrioten, die der Diktatur der Auflösung die Diktatur des Wiederaufbaus entgegenstellen. In Zeiten ernstester Gefahr können nur einige wenige herrschen, nicht große Körperschaften ... Wir wollen das Ende der Französischen Revolution auf deutschem Boden, nötigenfalls durch eine deutsche Revolution.*“

Am 18. Mai 1930 verlas Steidle nach einer Kundgebung der Heimwehr den sogenannten Korneuburger Eid, in dem es hieß: „*Wir wollen nach der Macht im Staate greifen. ... Wir müssen alle Bindungen und Forderungen der Parteien unse-[143:]rem Kampfziele unbedingt unterordnen, da wir der Gemeinschaft des deutschen Volkes dienen wollen. Wir verwerfen den westlichen demokratischen Parlamentarismus und den Parteienstaat! Wir wollen an seine Stelle die Selbstverwaltung der Stände setzen. ... Wir wollen auf berufsständischer Grundlage die Selbstverwaltung der Wirtschaft verwirklichen. Wir werden den Klassenkampf überwinden. ... Jeder Kamerad fühle und bekenne sich als Träger der neuen deutschen Staatsgesinnung ...*“

Auf dieses Programm verpflichtete Steidle die anderen Heimwehrführer und die gesamte Heimwehrbewegung. Auch Starhemberg, der zunächst in seiner Linzer Rede am 21. Juni den Korneuburger Eid als „*recht unklar und phrasenhaft*“ kennzeichnete, schloß sich dann dem Bekenntnis zum Faschismus an.

Bezeichnend für die Ideologie des Heimwehrrfaschismus ist hier die Verbindung der Gedanken des italienischen Faschismus mit dem deutschnationalen Chauvinismus. Von einem Bekenntnis zu Österreich war keine Rede, hingegen vom Dienst an der „*Gesamtheit des ganzen deutschen Volkes*“.

Ungeachtet des offenen Bekenntnisses zum Faschismus im Korneuburger Eid ließ der christlichsoziale Abgeordnetenklub eine offizielle Erklärung verlesen, daß seine Partei der Heimwehrebewegung auch weiterhin sympathisch gegenüberstehe.

Angesichts der gespannten wirtschaftlichen Situation und des außenpolitischen Druckes der Kleinen Entente, dem Bündnis von Jugoslawien, Rumänien und der Tschechoslowakei, kam jedoch das Vorpellen der Heimwehr der Regierung in die Quere. Schober, der sich um eine Auslandsanleihe bemühte, wollte zur Beruhigung der Finanzwelt eine „*innere Abrüstung*“ erreichen. Er rief die Heimwehrrführer zu sich und verhandelte mit ihnen wegen eines Gesetzes, wonach alle Selbstschutzorganisationen aufgelöst werden sollten. Obwohl er ihnen dabei versicherte, daß er es „*ihnen gegenüber in der Praxis nicht mit eiserner Strenge durchführen wolle*“, verweigerten die Heimwehrrführer ihre Zustimmung und brachen die Beziehungen mit Schober ab. Dieser ließ als Antwort kurzerhand Major Pabst aus Österreich schaffen und förderte die Kandidatur Starhembergs für den Posten des obersten Heimwehrrführers. Starhemberg wurde zu Mussolini eingeladen, der ihm riet, Schober zu unterstützen. Schober war es nämlich im Jänner und Februar 1930 gelungen, zuerst Ungarn und dann bei einem Besuch in Rom den Duce persönlich davon zu überzeugen, daß er entschlossen sei, die Sozialisten in Österreich konsequent zurückzudrängen. Er brauche aber, erklärte Schober, dazu etwas Zeit und wirtschaftliche Unterstützung von außen, vor allem Anleihen. Daraufhin schloß Italien mit Österreich am 6. Februar 1930 einen Freundschafts-, Vergleichs- und Schiedsgerichts[144:]vertrag. Im September 1930 gelang es Starhemberg, mit einer Stimme Mehrheit zum obersten Heimwehrrführer, und zwar, wie er in seinen Memoiren schrieb, „zum alleinigen Führer der österreichischen Heimwehrebewegung“ gewählt zu werden. Schober veranlaßte den Industriellenverband, Geld von nun an nur an Starhemberg auszufolgen.

Die ersten Heimwehrrminister

Kurze Zeit darauf zwangen die Christlichsozialen wegen Differenzen im bürgerlichen Lager Schober zum Rücktritt. Der „starke Mann“ der Christlichsozialen, Vaugoin, wurde Kanzler und Seipel sein Außenminister. Vaugoin nahm Starhemberg als Innenminister in die Regierung auf. Zum Justizminister wurde ein zweiter Heimwehrrmann, der Notar Franz Hueber, ein Schwager des Naziführers Göring, bestellt. Zum erstenmal zog die Heimwehr in die Regierung ein. Nach ihrer Absicht sollte das Kabinett einen Staatsstreich vollziehen und die faschistische Diktatur aufrichten. In Starhembergs Memoiren heißt es: „*Ich gestehe freimütig, daß ich mit der Absicht in das Kabinett ging, den Staatsstreich zu machen ..., wobei ich ganz loyal die Absicht hatte, dies mit Vaugoin und seinem Bundesheer gemeinsam durchzuführen. Diese Absicht ... war grundfalsch. Die Front des Bürokratismus lag gegen mich.*“ (Ernst Rüdiger Starhemberg: Memoiren, Wien-München 1971, S. 81, 82, 84, 85.) Vaugoin ließ sich auf dieses Abenteuer nicht ein, sondern schrieb zunächst Neuwahlen aus.

Unterdessen war dem Heimwehrrfaschismus in Gestalt der Nationalsozialistischen Partei eine ernste Konkurrenz erwachsen. Mit dem wirtschaftlichen Eindringen des deutschen Imperialismus ging Hand in Hand eine verstärkte Agitation seiner Agentur, der Nationalsozialistischen Partei in Österreich. Starhemberg, der im Jahre 1923 am Hitler-Putsch in München teilgenommen hatte, verhandelte mit den Nazi über die Aufstellung einer gemeinsamen Liste für die Wahlen von 1932.

Die deutschen Nazi boten ihm einen Betrag von etwa 500.000 Schilling monatlich für die „Wehrebewegung“ und zwei Millionen Schilling für die „*gemeinsame Wahlfront*“, davon 500.000 Schilling zur „persönlichen Disposition“ Starhembergs. Die Verhandlungen blieben resultatlos. Die Nazi kandidierten mit einer eigenen Liste. Dafür spendete Mussolini „*einen größeren Betrag für den Wahlfonds der Heimwehr*“. (A. a. O., S. 98 und 94.)

Außerdem gab Italien die Zustimmung, daß ein Teil der vorher überwiesenen, [145:] noch nicht ausgegebenen Gelder für die Wahlen verwendet werde. Die Heimwehr ließ über ihre Absichten, die

Regierungsgewalt ohne Rücksicht auf das Wahlergebnis nicht mehr aus der Hand zu geben, keinen Zweifel. In ihrer Proklamation hieß es: „*Wenn die Heimwehr heute die Hand ans Steuer der Regierung legte, geschah das nicht, um die Christlichsoziale Partei zu unterstützen, sondern um das Steuer festzuhalten mit dem eisernen Entschluß, es sich nicht einmal von einer roten Majorität entwinden zu lassen.*“ Und Starhemberg erklärte am 29. Oktober: „*Jetzt sind wir da und lassen die Zügel nicht fahren, wie auch die Wahlen ausfallen mögen.*“ Am 4. November 1930 wurde der ausgewiesene Stabschef Pabst zurückberufen. Allerdings brachten die Neuwahlen am 9. November den Christlichsozialen eine schwere Niederlage und einen starken Erfolg des von Schober geführten „national-freiheitlichen“ Blocks, bei fast ungebrochenem Besitzstand der Sozialdemokratie (41,13 Prozent statt 42,30 Prozent). Die Heimwehr eroberte acht Mandate. Die Kommunisten konnten zum erstenmal ihre Stimmenanzahl erhöhen, sie erhielten 20.879 Stimmen oder um 29 Prozent mehr als bei den Nationalratswahlen von 1927.

Nach dem Bekanntwerden des Resultats redete Starhemberg Vaugoin noch einmal zu, den Putsch zu wagen. Vaugoin schien dies aber zu gefährlich, weil er nicht einmal sicher auf alle Christlichsozialen rechnen konnte und auch weil die Wiener Polizei fest hinter Schober stand, von dem man wußte, daß er gegen den Putsch war. Die Regierung gab ihre Demission bekannt.

Die Heimwehr geriet in eine schwere Krise, die das ganze Jahr 1931 andauerte. Im Dezember 1930 sagte sich die niederösterreichische Heimwehr unter der Führung des christlichsozialen Politikers Julius Raab vom Korneuburger Eid los. Die Wiener Heimwehr unter Major Fey anerkannte die Führung Starhembergs nicht mehr. Doktor Kurt Schuschnigg gründete als Konkurrenzorganisation die stark monarchistisch eingestellten Ostmärkischen Sturmsharen. Der Landbund schritt an die Errichtung eigener Bauernwehren, deren großdeutsche Ideologie sie bald im Nationalsozialismus enden ließ. Starhemberg trat zugunsten Pfrimers zurück, weil seine Finanzen in Unordnung geraten waren. Die sozialdemokratischen Blätter jubelten wieder über den mit dem Stimmzettel errungenen Sieg über den Faschismus. Sie setzten ihre verderbliche Politik, die faschistische Gefahr zu verniedlichen, fort. So schrieb ihre Zeitschrift „Der Vertrauensmann“ im Dezember 1930: „*Wie armselig nimmt sich gegen die Macht der Sozialdemokratie die aufgeblasene Heimwehrbewegung aus ... Und das will mit Waffengewalt das Land beherrschen!*“ Drei Jahre später war das eingetreten, worüber man so gelacht hatte!

[146:]

Der Pfrimer-Putsch vom September 1931

Die KPÖ warnte vor Illusionen und rief zur Wachsamkeit auf. Sie verwies auf den sich immer stärker vollziehenden Zusammenschluß des Staatsapparates mit dem Faschismus und warnte vor trügerischen Hoffnungen auf die Legalität. Denn das Wahlergebnis, nach dem sich die Sozialdemokratie im allgemeinen behauptet hatte, änderte nichts an der Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Reaktion, die längst nicht mehr der Legalität verschrieben war und spätestens seit dem 15. Juli 1927 keine Angst mehr vor den Machtmitteln der Sozialdemokratie hatte. Sie wartete nur auf die günstige Gelegenheit, um den Mantel der parlamentarisch-demokratischen Legalität fallen zu lassen.

Ein beredter Ausdruck für die Berechtigung der kommunistischen Warnungen war die Episode des Heimwehrputsches vom 13. September 1931. An diesem Tag zog der steirische Heimwehrführer Rechtsanwalt Doktor Pfrimer seine Heimwehrlaute zusammen; sie besetzten Bahnhöfe, die Bezirkshauptmannschaften, Gendarmeriekommandos und verschiedene Behörden. Die staatliche Exekutive trat ihnen nirgends entgegen. Sozialdemokratische Bürgermeister wurden verhaftet, bürgerliche Abgeordnete aus den Wohnungen geholt, Pfrimer erließ eine Proklamation, wonach ihn „das Volk von Österreich ... in höchster Not ... zu seiner Rettung und zum obersten Hüter seiner Rechte berufen“ hätte. In einem „Verfassungspatent“ übernahm er als „Staatsführer“ die gesetzgebende und die vollziehende Gewalt des Bundes und der Länder, schaffte die Geschworenengerichte ab und verkündete das Standrecht.

Pfrimers Putschversuch war nicht, wie das oft dargestellt wird, eine plötzliche irrsinnige Idee eines Einzelgängers. In Wirklichkeit wurde vorher bei einer Führertagung der Heimwehr darüber diskutiert,

wie dem parlamentarischen System ein Ende zu bereiten wäre, und der Aufstand im Prinzip beschlossen. Allerdings wurde kein Datum festgelegt, weil Starhemberg einen augenfälligen Anlaß abwarten wollte. Pfrimer schlug los und hoffte, die anderen Heimwehrführer würden dem Beispiel folgen, doch diese ließen ihn im Stich.

Die Arbeiterschaft setzte sich in Abwehrbereitschaft, an mehreren Stellen wurden die Putschisten vertrieben. Die Regierung war schließlich auch aus außenpolitischen Rücksichten gezwungen, den Putschisten entgegenzutreten. Pfrimer mußte den Putsch abblasen und flüchtete nach Jugoslawien, seine Unterführer wurden verhaftet. Auch Starhemberg wurde einen Tag in Haft gehalten.

Aber den Putschisten wurde kein Haar gekrümmt. Das Militär ließ sich bei [147:] seinem Marsch gegen sie soviel Zeit, daß sie alle ihre Waffenvorräte wieder in die Verstecke zurückbringen konnten. Starhemberg bekannte in seinen Memoiren, daß er Vaugoin angerufen und ihm gesagt habe: *„Ich bitte dich aber unter allen Umständen zu verhindern, daß das Bundesheer gegen die Heimwehr vorgeht, da in einem solchen Fall lokale Zusammenstöße unvermeidlich sein könnten ... Antwort: ‚Ich kann mich auf keine Zusagen einlassen, aber schaut’s, daß abfahrts!‘ ... Die Heereskolonnen, die auf ihren Lastautos vorrückten, hatten plötzlich alle möglichen Motorreparaturen und andere Schwierigkeiten, und so hatte die Heimwehr Zeit, sich zurückzuziehen.“* (A. a. O., S. 110.) Das Militär brauchte für die 50 km lange Strecke Graz-Bruck drei Stunden!

Das Verfahren gegen die Heimwehrführer wurde niedergeschlagen. Auch Pfrimer kehrte ins Jugoslawien zurück, wurde zwar vor ein Schwurgericht gestellt, aber im Dezember 1931 freigesprochen. Die SPÖ-Führung rief, der Ereignisse vom 15. Juli 1927 eingedenk, sofort auf, sich *„zu keinen Unbesonnenheiten, keinen Wutausbrüchen und keinen nutzlosen Demonstrationen“* hinreißen zu lassen: *„Wir werden unsere Kräfte nicht vergeuden, wir werden sie zusammengeballt halten für die entscheidende Stunde.“* Wieder einmal war die Arbeiterschaft Österreichs bereitgestanden, um den Putschisten die gebührende Abfuhr zu erteilen. Wieder einmal war die Gelegenheit gegeben, dem ganzen Heimwehrspuk ein Ende zu bereiten. In Leoben wirkten sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter zusammen, um die Faschisten zu vertreiben. Die Führung der Sozialdemokratie jedoch verwies die Arbeiterschaft auf den Staatsapparat, der doch die Heimwehr deckte und dessen Beamte vielfach auch mit Pfrimer kollaboriert hatten. So ging auch diese Gelegenheit ungenützt vorüber. *„Eine, vielleicht die entscheidende Gelegenheit zu einem vernichtenden Schlag gegen den Faschismus war versäumt worden“*, schrieb 1934 Otto Leichter (Pertinax: a. a. O., S. 139.)

Die faschistischen Rüstungen gingen weiter, doch die Führung der Sozialdemokratie nützte den Dilettantismus der Pfrimer und Coblos aus, um die Heimwehr lächerlich zu machen und die faschistische Gefahr zu verniedlichen. Hand in Hand damit ging ein fast verdächtiges Prahlern mit der eigenen Kraft und Kampfschlossenheit.

Wieder war es die Stimme der KPÖ, die das österreichische Proletariat vor der faschistischen Gefahr warnte und zu echten Kampffaktionen aufrief. Das Jahr 1932 war ein Jahr wachsender Aktivität und der Erfolge der österreichischen Kommunisten. Es gelang ihnen, breitere Massen gegen das Anwachsen der faschistischen Gefahr, gegen den verstärkten faschistischen Terror sowie gegen die dauernden Lohnherabsetzungen und den Abbau der sozialen Rechte zu [148:] mobilisieren. Unter ihrer Führung fanden in verschiedenen Industriegebieten Einheitskongresse statt, an denen tausende Delegierte, außer Kommunisten viele Parteilose und Sozialdemokraten, teilnahmen. Das von der KPÖ ausgearbeitete „Arbeitsbeschaffungsprogramm“ enthielt die wichtigsten Forderungen, um die auf den Arbeitern lastenden Folgen der Wirtschaftskrise zu überwinden. Die KPÖ arbeitete ferner konkrete Forderungsprogramme für die wichtigsten Schichten der Bevölkerung aus: für die Frauen, die Jugend, die Bauern und die Arbeitslosen.

Ihre wichtigste Aufgabe sah die KPÖ in der Herstellung der kämpfenden Einheitsfront des Proletariats. Entgegen allen Verleumdungen stellte sie nur eine einzige Bedingung: den ehrlichen Kampfwillen. Unter ihrer Führung mobilisierte die „Antifaschistische Aktion“ Arbeiter ohne Unterschied der politischen Richtung gegen alle Erscheinungsformen des Faschismus. An der antifaschistischen Kundgebung gegen den geplanten Besuch Hitlers in Wien nahmen 10.000 Demonstranten teil.

Den Wahlkampf 1932 führte die KPÖ unter den Losungen gegen die Rothschild-Sanierung, gegen die faschistische Gefahr. Bei den Landtags- und Gemeinderatswahlen, die im April 1932 in zwei Dritteln von Österreich vor sich gingen, erreichte sie bereits 40.000 Stimmen. Die KPÖ gewann auch ideologischen Einfluß auf die innerhalb der SPÖ, insbesondere unter der Jugend, entstandene linke Opposition, wengleich diese sich nach wie vor der Parteiführung unterwarf. All das war jedoch noch immer ungenügend, da die überwiegende Mehrheit der Arbeiterschaft im Banne der sozialdemokratischen Führung stand.

Das Anwachsen des Nationalsozialismus

Eine neue Situation bahnte sich unter dem Eindruck des sprunghaften Anwachsens des Nationalsozialismus in Deutschland auch in Österreich an. Die bis dahin vollkommen unbedeutende Nazi-Partei in Österreich errang bei den erwähnten Wahlen von 1932 einen beachtenswerten Erfolg; in den Wiener Gemeinderat zog sie gleich mit 15 Mann, in den Bundesrat mit 3 Mann ein. Ihr Erfolg ging zum größten Teil auf Kosten der deutschnationalen Mittelparteien, aber auch die Christlichsoziale Partei sah ihre Position bedroht. Symptomatisch war, daß die Nazi in den Kasernensprengeln starke Gewinne erzielten. Unter ihren gewählten Mandataren waren zwei aktive Offiziere.

[149] Zwischen dem Nationalsozialismus und der österreichischen Spielart des Faschismus entbrannte ein verzweifelter Konkurrenzkampf. Die Nazi forderten Auflösung des Parlaments, Ausschreibung von Neuwahlen in den Nationalrat und Beteiligung an einer neuen Regierung. Die Christlichsoziale Partei, die bei den Nationalratswahlen eine schwere Niederlage befürchtete, widersetzte sich mit allen Kräften diesen Forderungen, die Sozialdemokratische Partei schloß sich der Forderung nach Neuwahlen an. Ihre Führer setzten ihre Hoffnung darauf, daß die Nazi sich im parlamentarischen Leben blamieren und so ihre Gefährlichkeit verlieren würden. Als ob damals die parlamentarische Tätigkeit von ausschlaggebender Bedeutung gewesen wäre!

Beide Fraktionen des Faschismus waren sich im Ziel, der Niederschlagung der österreichischen Arbeiterbewegung, einig. Doch waren sie außer durch den Konkurrenzneid auch durch schwerwiegende außenpolitische Differenzen getrennt. Die Nationalsozialisten waren nichts anderes als die Agentur des deutschen Imperialismus in Österreich, ein Bestandteil der deutschen Nationalsozialistischen Partei, bezahlt von der deutschen Schwerindustrie, ihre Politik von deren Hauptquartier in München diktiert, ihre Organisation von reichsdeutschen Naziinstruktoren und -inspektoren kommandiert. Sie vertraten die Annexionsgelüste des deutschen Imperialismus und die Anschlußwünsche derjenigen Teile der österreichischen Großbourgeoisie, die mit dem deutschen Finanzkapital eng liiert oder von ihm abhängig war. Dabei profitierten sie von der großdeutschen Agitation, die seit 1918 alle österreichischen Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, betrieben haben und die auch in den Schulen Pflicht war. Ihre Kader waren unzufriedene Intellektuelle, gescheiterte Existenzen.

Die Austrofaschisten hingegen vertraten jenen Teil der Unternehmer, der vor der Konkurrenz des deutschen Kapitals Angst hatte und seine Außenpolitik auf den italienischen Faschismus orientierte. Sie waren nicht etwa, wie sie es damals lauthals verkündeten und wie es eine ihnen zugeneigte Geschichtsschreibung auch heute noch darzustellen bemüht ist, österreichische Patrioten und um eine wirkliche Unabhängigkeit Österreichs besorgt. Sie vertraten nicht minder als die Nazi den Gedanken, daß die Österreicher ein Teil der *deutschen* Nation sind, betrachteten Österreich als einen zweiten deutschen Staat (der Ausdruck stammt noch von Seipel), propagierten die „deutsche Sendung Österreichs“ und bemühten sich überhaupt im deutschen Hurratriotismus nicht hinter den Nazi zurückzubleiben. Die kapitalistischen Hintermänner des Austrofaschismus waren nur auf Grund ihrer wirtschaftlichen Interessen gegen [150:] den „Anschluß“ – wenigstens zum damaligen Zeitpunkt – und zogen eine österreichische „Unabhängigkeit“ vor, die sich auf die Abhängigkeit vom faschistischen Italien stützen sollte, das damals Deutschlands Vordringen in den Donaauraum mit mißtrauischen Augen verfolgte. Die sonstigen ideologischen Unterschiede zwischen beiden Faschismen, wie die Orientierung des Austrofaschismus auf die katholische Kirche und ihre Soziallehre, waren letzten Endes von untergeordneter Bedeutung.

Ein näheres Eingehen auf die Ideologie des Austrofaschismus verlohnt schon deshalb nicht, weil die Austrofaschisten selbst keine klaren Vorstellungen hatten. Das einzige Greifbare war die gewaltsame Ausschaltung des Einflusses der Arbeiterklasse, die Zerstörung ihrer Organisationen, die Abschaffung des Parlaments und der bürgerlichen Demokratie, die Aufrichtung der faschistischen Diktatur. Als eine theoretische Begründung des Austrofaschismus wurde die päpstliche Enzyklika „Quadragesima anno“ vom Jahre 1931 angesehen, in der neben frommen Wünschen der Klassenversöhnung von Kapital und Arbeit der Ständestaat mit autoritärer Führung propagiert wurde. Doch die Berufung auf die Enzyklika, auf den „christlich-deutschen Ständestaat“ usw. war nichts als ideologische Verbrämung dieser Diktatur, was auch die Praxis der Jahre 1933 bis 1938 anschaulich bewies.

In Wirklichkeit ordneten die Dollfuß', Schuschniggs, Starhembergs, Feys und ihresgleichen unter der Maske des „österreichischen Patriotismus“ alle ihre Ziele dem Klasseninteresse einer um ihre Macht zitternden Bourgeoisie unter. Ihre vorgetäuschte Liebe zum Vaterland verhüllte nur ihren abgrundtiefen Haß gegen die Arbeiterschaft.

Der Nazifaschismus wurde überreichlich von seiner deutschen Stammpartei, aber auch von der österreichischen Schwerindustrie finanziert. Um diese Zeit hatte die Infiltration Österreichs durch das deutsche Kapital einen Höhepunkt erreicht, was sich auch politisch in dem Projekt der österreichisch-deutschen Zollunion ausdrückte, das zwischen Schober und dem deutschen Außenminister ausgehandelt worden war. Der Plan einer Zollunion war ein Versuch des wirtschaftlich wiedererstarteten deutschen Imperialismus, das durch den ersten Weltkrieg verlorene Terrain aufzuholen. Allerdings war das Projekt auf heftigen Widerstand des Ententeimperialismus und der Kleinen Entente gestoßen der Widerstand äußerte sich auch in wirtschaftlichem Druck, der viel zur Verschärfung der Wirtschaftskrise beitrug. Daher mußte der Zollunionsplan aufgegeben werden. Der deutsche Imperialismus verzichtete jedoch nicht auf seine Expansionsbestrebungen, und die Unterstützung der Nazipartei war ein [151:] Mittel zur Erreichung dieser Bestrebungen. So finanzierte die Alpine-Montan, damals beherrscht vom größten deutschen Stahlkonzern, die Nazipartei mit großen Beträgen, ohne dabei die Subvention der Heimwehr einzustellen.

Die Wirtschaftskrise in Österreich

Das Anwachsen des Nazifaschismus wurde durch die schwere Wirtschaftskrise gefördert, in der sich Österreich befand. Auf der einen Seite vollzog sich der Konzentrationsprozeß des Kapitals in verstärktem Maße, sank die Zahl der Großbanken auf drei, vollzog sich in der Textilindustrie ein Massensterben von Groß- und Kleinfirmen, entstanden monopolistische Kartelle in der Zündholz-, Papier-, Zuckerindustrie. Schließlich gab es faktisch keinen Produktionszweig in Österreich, der nicht unter der Herrschaft eines oder mehrerer Kartelle stand. 1931 besaß die Rothschild-Bank 60 Prozent des gesamten österreichischen Aktienkapitals und kontrollierte drei Viertel der Groß- und Mittelbetriebe. Auf der anderen Seite führte diese Konzentration des Kapitals zur Schrumpfung der Wirtschaft, weil die Bank die Betriebe zusammenfaßte und viele Produktionsstätten stilllegte. Ganze Ortschaften, ganze Gebirgstäler verloren ihre Arbeitsplätze. Maschinen-, Lokomotiv- und Waggonfabriken wurden gesperrt, die Produktion der größten und modernsten Fabrik, der Steyrer Autowerke, auf das Mindestmaß eingeschränkt. Die Arbeitslosigkeit wurde zu einer Dauererscheinung, es gab keine Arbeiterfamilie mehr, die nicht mindestens einen Arbeitslosen zählte, aber in vielen Familien gab es kein einziges arbeitendes Mitglied. Besonders schwer litt die heranwachsende Jugend unter der Arbeitslosigkeit und der Aussichtslosigkeit, jemals Arbeit zu erhalten. Im Frühjahr 1932 war nach der Schätzung von Otto Bauer die gesamte österreichische heranwachsende Generation arbeitslos; Ende 1932 wurden 40.000 Arbeitslose unter 21 Jahren registriert.

Das Kapital nützte die Gelegenheit rücksichtslos zu Angriffen auf Löhne und Gehälter aus. Doch Arbeitslosigkeit und Lohndruck schränkten den Inlandsabsatz ein. Der Import sank von 3,3 Milliarden Schilling im Jahre 1929 auf 1,4 Milliarden Schilling, das heißt auf 42 Prozent; der Export von 2,2 Milliarden Schilling auf 764 Millionen Schilling, das heißt auf 30 Prozent. Außerdem ergab sich in der Ausfuhr eine Verschiebung von den lohn- und preisintensiven Fertigwaren auf die wertminderen Rohstoffe und Halbfabrikate. Im Mai 1932 stand die Rothschild-Bank, die sich mit dem

Verschlucken der Boden[152:]creditanstalt übernommen hatte, vor dem Bankrott. Der Staat griff ein, um die Bank vor dem Zusammenbruch zu retten. Diese sogenannte Rothschild-Sanierung bürdete den österreichischen Werktätigen neue Lasten auf und drohte die Wirtschaftskraft des Landes zu übersteigen. Bei stark verringertem Wirtschaftsumfang stieg der Notenumlauf um 20 Prozent, der Gold- und Devisenvorrat sank auf ein Drittel. Zwar gelang es, eine neue Auslandsanleihe, die Lausanner Anleihe, zu erhalten, aber dafür mußten neue drückende Beschränkungen der österreichischen Souveränität hingenommen werden. Österreich mußte seine Eisenbahnen verpfänden und einen empfindlichen Abbau bei den Eisenbahnern und Staatsbeamten vornehmen. Die Agitation der Nazi hatte besonders unter der Jugend, den Kleinbürgern und auch den Arbeitslosen Erfolg. Die unerträgliche Notlage breiter Schichten der österreichischen Bevölkerung trieb ihnen neue Anhänger zu. Ein großer Teil der Bevölkerung litt an Unterernährung; die Säuglingssterblichkeit nahm gefährliche Ausmaße an. Die Arbeitslosen waren der sozial schwächste Teil der österreichischen Bevölkerung, und ihre ohnehin miserable Lage wurde dauernd verschlechtert. Mit der Arbeitslosigkeit war oft die Obdachlosigkeit verbunden. Für sie war das gesamte sozialpolitische Werk der Ersten Republik von geringem Wert, und sie waren an der bestehenden Ordnung wenig interessiert und daher den demagogischen Angriffen der Nazi auf das „System“ leicht zugänglich. Die Kommunistische Partei versuchte, die Arbeitslosen zum Kampf um ihre Lebensinteressen zu organisieren und erzielte dabei einige Erfolge. Es konnten Arbeitslosenkomitees gebildet und Hungermärsche durchgeführt werden. Durch Druck auf Gemeindeverwaltungen erreichten die Kommunisten manche Erleichterungen für die Arbeitslosen, aber ihre Lage blieb hoffnungslos.

Auch die Bauern litten unter der Absatzkrise, sie konnten die Schuldzinsen und Steuern nicht aufbringen, viel Bauernvieh und ganze Bauernhöfe wurden zwangsversteigert. Bei den Exekutionen kam es zu direkten Gefechten zwischen Bauern und den Exekutivtruppen.

Das hauptsächlichste Reservoir der Nazi war jedoch der deutschnational eingestellte Teil der Studenten und der Intelligenz, der in beiden Schichten die Mehrheit darstellte. Die Tendenz, sich den Nationalsozialisten anzuschließen, wurde in diesen Kreisen so wie im Kleinbürgertum durch die Wirtschaftskrise, durch die Unsicherheit von Gegenwart und Zukunft noch verstärkt.

Die Nazi begannen mit Terroraktionen gegen die Arbeiterschaft, begannen deren Lokale zu stürmen. Gleichzeitig verstärkten sie ihre Agitation gegen die Regierung.

[153:]

Die Dollfuß-Regierung

Aber auch parlamentarisch geriet die Regierung immer mehr in Schwierigkeiten und mußte demissionieren. Als am 20. Mai 1932 der bis dahin als Politiker weithin unbekanntere frühere Sekretär der niederösterreichischen Bauernkammer und Minister für Land- und Forstwirtschaft, Doktor Engelbert Dollfuß, als Chef des achtzehnten bürgerlichen Kabinetts in der Ersten Republik Bundeskanzler wurde, besaß er, gestützt auf die christlichsozialen und Heimwehrabgeordneten, eine Mehrheit von nur einer Stimme. Aber der energische Mann aus der jüngeren christlichsozialen Parteigarnitur, der seine körperliche Kleinheit – er war nur etwa 1,53 m groß – durch Energie und Selbstbewußtsein kompensierte, war entschlossen, die Positionen um keinen Preis zu räumen, den Nazi den Wind aus den Segeln zu nehmen und ein autoritäres, antisozialistisches Regime in Österreich zu errichten. Es wird darum herumgerätselt, ob er mit einem festen Plan angetreten sei, „die Loslösung der Regierung von den parlamentarischen Formen zu begründen und zu vollziehen“. Seine ganze Politik spricht für die feste Absicht, in Österreich ein autoritäres Regime zu errichten, wenn er sich auch am Anfang über den konkreten Weg dazu nicht klar gewesen sein mag. Vor allem waren er und die reaktionärsten Schichten der Bourgeoisie sich anfangs noch nicht klar darüber, ob man sich mehr auf Hitler oder auf Mussolini stützen würde.

In Dollfuß verstärkte sich die Überzeugung, daß er auf seinem Weg zum autoritären Staat von seiten der sozialdemokratischen Führung trotz der offensichtlichen Kampfbereitschaft der Arbeiter wohl schärfste verbale Opposition, aber keinen ernsthaften Widerstand zu erwarten hatte. Ihn ermunterte

auch das Beispiel der Kapitulationspolitik der reichsdeutschen Sozialdemokratie, obwohl die österreichischen Sozialdemokraten für diese nur Spott und Verachtung übrig hatten sowie hoch und heilig versprochen, daß so etwas in Österreich nicht möglich wäre. So erklärte auf dem Parteitag der SPÖ von 1932 Otto Bauer auf die Kapitulation der sozialdemokratisch geführten Preußenregierung am 20. Juli 1932 eingehend: „Oh, ich weiß, wenn unsere herrschenden Klassen so sicher wären, daß die österreichische und die Wiener Arbeiterschaft so ruhig bliebe wie die deutsche Arbeiterschaft am 20. Juli geblieben ist, dann würden sie vielleicht einmal einen Leutnant und drei Mann in das Wiener Rathaus schicken.“ (Lebhafte Heiterkeit.) „Sie werden es sich, glaube ich, überlegen.“ (Neuerliche Heiterkeit und Beifall.)

Wir wollen an dieser Stelle die kommunistische Darstellung des sozialdemokra-[154:]tischen Weges zum Februar 1934 zitieren: „Nach diesem Heiterkeitserfolg Otto Bauers bleibt nur noch die dramatische Geschichte des Jahres 1933 zu erzählen, jenes Jahres, das in seinem ganzen Verlauf ein einziger 20. Juli gewesen ist, jenes Jahres, das mit dem Februar 1934 schließt.“ (Österreich – Brandherd Europas. Zürich 1934, S. 44.)

Die starken Worte der SPÖ verhüllten nur *ihre* Kapitulation. Hier ein sozialdemokratischer Kommentar: „Wohl fehlte es gerade am Parteitag 1932 nicht an Beteuerungen über die Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse, aber die von der Partei faktisch betriebene Politik des ständigen Zurückweichens strafte diese Beteuerungen Lügen und verurteilte sie zur Unglaubwürdigkeit und Unwirksamkeit.“ (Leser, a. a. O., S. 460.)

Dollfuß und die Heimwehr

Die treibende Kraft zum faschistischen Umsturz waren die Heimwehren, die unter Starhembergs Führung mit italienischer und ungarischer Unterstützung neue Aktivitäten entfalteten. Zwar war Starhemberg im Februar 1932 in Berlin gewesen, wo er auch mit Hitler zusammenkam und sich entschieden zum Großdeutschtum bekannte, aber er holte sich dann doch die Unterstützung bei Mussolini, den er am 9. Juni 1932 aufsuchte. Starhemberg verlangte 150.000 Infanteriegewehre und 200 bis 250 Maschinengewehre „für einen erfolgreichen Putsch der Heimwehr im Frühherbst“, weil er eine eventuelle christlichsozial-sozialdemokratische Koalition befürchtete. Er fuhr auch zu Horthy und holte sich dessen Billigung für seine Pläne. Die Heimwehr wollte gegen die Annahme der Lausanner Anleihe stimmen und arbeitete daher zwei Putschpläne gegen Dollfuß aus. Durch Vermittlung Seipels kam es aber zu einer Unterredung zwischen Dollfuß und Starhemberg, über deren Inhalt nichts bekannt ist; doch trug sie offenbar dazu bei, daß die Heimwehr schließlich für die Lausanner Anleihe stimmte.

Als im Oktober 1932 Gyula Gömbös Ministerpräsident in Ungarn wurde, wandten Italien und Ungarn ihre Unterstützung jedoch Dollfuß zu. Vom 9. bis 12. November führten Mussolini und Gömbös Verhandlungen in Rom und beschlossen, Dollfuß jede Hilfe bei einer innerpolitischen faschistischen Umbildung zu gewähren. Sie entwarfen einen neuen Plan für die Faschisierung Österreichs, ausgehend vom „gemeinsamen ungarischen und italienischen Interesse, der österreichischen extremen Rechten an die Macht zu ver-[155:]helfen“. Beide Partner stellten fest, „daß die Heimwehr nicht den Rückhalt im Volk besitzt, um an die Regierung zu kommen. Das kann nur durch eine von oben, von der Regierung eingeleitete und durchgeführte gewaltsame Lösung geschehen. ... Zur Durchführung sind weder ausländisches Geld noch Waffen erforderlich, da diese der österreichischen Regierung obliegt.“ (Zit. in L. Kerekes: a. a. O., S. 117 und 118.)

Italien band Ungarn und Österreich enger an seine Politik, indem es ihnen auf der Konferenz von Stresa Präferenzzölle gewährte.

Die ersten Notverordnungen

Wenn Otto Bauer auf dem Parteitag 1932 bemerkt hatte, „im Augenblick stehen wir vor einer ganz anderen Frage ..., hier eine Insel demokratischer Freiheit zu erhalten“, so waren damals schon die demokratischen Freiheiten mit bloß parlamentarischen Mitteln nicht mehr zu erhalten. Wie die Kommunisten betonten, hätte es dazu der Mobilisierung der Arbeiterklasse bedurft, der Anwendung der

außerparlamentarischen gewerkschaftlichen und militärischen Kampfmittel. Dieselbe Ansicht vertraten viele linke Oppositionelle in der Sozialdemokratischen Partei, die jedoch nicht imstande waren, eine Revision der Taktik zu erreichen. So erklärte Käthe Leichter, die 1942 von den Nazi ermordet wurde, laut Protokoll: „Wir müssen feststellen, daß in Wirklichkeit nur die Politik, die bewußte Machtpolitik ist, die immer wieder bereit ist, alle Kampfmittel, auch revolutionäre Machtmittel anzuwenden, imstande ist, den Kampfboden der Demokratie zu sichern.“ Von diesem Gesichtspunkt aus kritisierten die Linken die Kapitulationspolitik des Parteivorstandes. So sagte Ferdinand Straßer aus Sankt Pölten, der nach 1934 Mitglied des Zentralkomitees der KPÖ und später gleichfalls von den Nazi ermordet wurde: „Wir haben seit Jahren von der Wehrhaftigkeit des Proletariats geredet. Wir sichern diese Wehrhaftigkeit aber nicht, wenn wir die Arbeitslosen der Verelendung, der Verzweiflung, der völligen Demoralisierung preisgeben.“ Aber die Linken waren damals nicht konsequent genug, organisatorische Schlußfolgerungen aus ihrer Kritik zu ziehen, und sie hatten auch in der so wichtigen Frage der Einheitsfront mit den Kommunisten keine klare Position. Wohl nahmen einige Linke sogar Verbindungen mit der KPÖ auf, doch letzten Endes setzte der Parteivorstand seine alte Politik durch.

Wie wenig das von den sozialdemokratischen Führern zum Leitprinzip erhobene Pochen auf das „Recht“ noch nützen konnte, zeigte Dollfuß selbst, der sich mittlerweile ein Instrumentarium für ein Regieren ohne Parlament, aber auch ohne formelle Aufhebung der Verfassung schuf. Er griff auf das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz aus dem Jahre 1917 zurück, das der kaiserlich-königlichen Regierung die Vollmacht gegeben hatte, zum Zwecke der Versorgung der Bevölkerung mit Bedarfsartikeln Notverordnungen ohne Parlament zu erlassen.

Die sozialdemokratische Propaganda hat später den Eindruck zu erwecken versucht, dieses Gesetz hätte irgendwo „versunken und vergessen geschlummert“. Aber in Wirklichkeit war auf seine Gefahr bereits bei der Beratung der ersten Verfassung hingewiesen worden, und zwar war es interessanterweise ein Christlichsozialer, der – allerdings ohne Erfolg – Renner darauf aufmerksam machte. Im Jahre 1929 hat die außerordentliche Reichskonferenz der SPÖ ihre Zustimmung zur Verfassungsänderung sogar nur unter der Bedingung gegeben, daß „über die Aufhebung des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes ... eine Verständigung zustande gekommen sein wird“. Aber die SPÖ-Führung hat dann auch diese Forderung fallen gelassen.

Mit berechnender Schläue war die erste, am 3. Oktober 1932 vom Justizminister Schuschnigg erlassene Notverordnung gegen die Direktoren der bankrott gegangenen Creditanstalt gerichtet und verpflichtete sie zur Schadenersatzleistung, eine Forderung, die ungeachtet ihrer verfassungswidrigen Form doch allgemeine Zustimmung fand. Einmal auf diese Weise durchgekommen, diente das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz auch als Tarnung der Faschistisierung.

Sowohl die Heimwehr als auch die Nazi steigerten ihre Terrortätigkeit gegen die Arbeiter. Wo sich diese zur Wehr setzten, gab es Tote und Verletzte, wie Anfang September 1932 in Leoben und Graz. Nachdem die Heimwehr in Wien ihren „Gautag“ abgehalten hatte, wagten es die Nazi, am 2. Oktober 1932 gleichfalls in Wien ihren Gautag abzuhalten, an dem Göring und SA-Führer Röhm aus Deutschland teilnahmen. Die Kommunisten organisierten in den Wiener Arbeiterbezirken einheitliche Kundgebungen der Arbeiter gegen die Nazi, obwohl die sozialdemokratische Parteiführung ihre Anhänger zurückhielt. Am 16. Oktober überfielen die Nazi das Simmeringer Arbeiterheim. Die Arbeiter setzten sich zur Wehr, wobei zwei Nazi und ein Polizist den Tod fanden. Die Polizei stellte sich auf die Seite der Faschisten und verhaftete sechzehn Schutzbündler. Die Kommunisten forderten in ihrem Flugblatt: „Kein faschistischer Aufmarsch mehr in den Arbeiterbezirken! Weg mit den Nazi-[157:]kassernen! Verjagt die braunen Mordbrenner aus den Arbeiterbezirken! Kämpft für die Freilassung der Simmeringer Arbeiter!“

Die kommunistische Parole eines Proteststreiks fand soviel Anklang, daß es der größten Anstrengung der sozialdemokratischen Parteiführer bedurfte, damit die Simmeringer Betriebsräte- und Vertrauensmännerkonferenz mit knapper Mehrheit den Streik ablehnte.

Dollfuß nahm den Wiener Heimwehrführer Emil Fey in die Regierung auf und betraute ihn mit der Führung des gesamten Sicherheitswesens. Die sozialdemokratische Parteiführung rief wieder auf, „Gewehr bei Fuß“ zu bleiben.

Am 30. Jänner 1933 wurde Hitler Reichskanzler, die widerstandslose Hinnahme durch die deutsche Arbeiterschaft ermutigte die Dollfuß' und Feys in ihren Bürgerkriegsvorbereitungen, während andererseits die Nazibewegung neuen Aufschwung erfuhr.

Regierung bricht Eisenbahnerstreik

Eine Probe ihrer Härte lieferte die Regierung beim Eisenbahnerstreik. Mit Berufung auf die durch die Wirtschaftskrise hervorgerufene Leere in der Kasse verfügte die Bundesbahndirektion die Auszahlung der Gehälter in drei Raten. Es war nicht nur die materielle Verschlechterung, die den Zorn der Eisenbahner auslöste, nicht weniger wichtig war der Umstand, daß diese Verfügung über die Köpfe der Personalvertretung hinweg erfolgte und damit den Beginn eines autoritären Regimes bei der Bundesbahn einleitete, wobei sich die Direktion auf den Lausanner Vertrag berief. Die Eisenbahner, die zur gewerkschaftlichen Elite der österreichischen Arbeiterklasse gehörten, wollten diese Verletzung ihrer Rechte nicht widerspruchslos hinnehmen. Auf den Ruf ihrer Gewerkschaftsorganisationen, sowohl der freigewerkschaftlichen als auch der deutschnationalen und sogar der christlichsozialen, traten die Eisenbahner am 1. März 1933 in einen zweistündigen Proteststreik. Aber die Regierung antwortete zum erstenmal in der Geschichte Österreichs –mit den schärfsten Repressivmaßnahmen. Sie ließ die Bahnhöfe von Militär und Gendarmerie besetzen, die Führer der Eisenbahnergewerkschaften verhaften, drohte den Streikenden Strafverfahren an und erzwang so den bedingungslosen Abbruch des Streiks. Gegen die aktivsten Eisenbahner wurden rücksichtslose Maßregelungen verfügt. Die niedrigeren Beamtengruppen wurden mit einem vierprozentigen Lohnabzug, die mittleren mit Antrag auf Dienstentlassung bestraft, die nicht ständigen Beamten fristlos entlassen.

[158:] Die Eisenbahner waren in ihrem Kampf allein gelassen worden, die Macht der gewerkschaftlichen Organisation war gebrochen. Wir haben bereits gesehen, welche unheilvolle Wirkung die Niederlage der Eisenbahner am 12. Februar 1934 haben sollte: Sie wagten keinen Streik mehr, und die faschistische Regierung hatte die Eisenbahnen zur ungehinderten Verfügung gegen die kämpfenden Arbeiter.

Die Ausschaltung des Parlaments

Doch der Eisenbahnerstreik hatte auch ein parlamentarisches Nachspiel, das völlig unerwartet den Ausgangspunkt für die seit langem geplante, aber noch nicht gewagte Ausschaltung des Parlaments bieten sollte. Am 4. März 1933 wurde im Nationalrat über die Maßregelungen der Eisenbahner verhandelt. Sowohl die Sozialdemokraten als auch die Großdeutschen brachten Mißtrauensanträge gegen die Dollfuß-Regierung ein. Es war eine Zerreißprobe für die Christlichsoziale Partei, weil nicht alle ihre Abgeordneten die Verfolgungsmaßnahmen gegen die Eisenbahner billigen wollten. Drei Tage und drei Nächte lang mußten sie vom Parteiapparat bearbeitet werden, bevor sich die Parlamentsfraktion im letzten Augenblick vor Eröffnung der Sitzung zur Einstimmigkeit verpflichtete.

In der Sitzung wurde der sozialdemokratische Antrag mit 91 : 70 Stimmen abgelehnt, der großdeutsche Antrag ging mit 81 : 80 Stimmen durch. Danach stellte sich aber heraus, daß ein sozialdemokratischer Abgeordneter irrtümlicherweise zwei Stimmzettel mit seinem Namen gegen die Regierung abgegeben hatte, sein Sitznachbar aber keinen. Obwohl der Irrtum am Ausgang der Abstimmung nichts geändert hatte, verlangte die christlichsoziale Fraktion die Ungültigkeitserklärung der Abstimmung. Der sozialdemokratische Nationalratsvorsitzende Renner lehnte dies als geschäftsordnungswidrig ab.

Nun hatte es schon lange in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft Unzufriedenheit darüber gegeben, daß nur die Stimme Renners, der als Vorsitzender nicht mitstimmen durfte, fehlte, um die Regierung in die Minderheit zu versetzen. Die sozialdemokratische Führung beschloß, die Gelegenheit beim Schopf zu packen, um diesen Übelstand abzuschaffen. Wie der damalige Parlamentssekretär der SPÖ-Fraktion, der spätere Präsident der Zweiten Republik, Adolf Schärf, in seinen Erinnerungen

berichtet, beauftragten ihn Otto Bauer und Seitz, Renner zur Demission zu bewegen. Schärf begab sich darauf zusam-[159:]men mit Danneberg zu Renner, um ihm diesen Vorschlag zu überbringen. Als Renner den Vorschlag annahm und demissionierte, wollte sein Nachfolger, der Christlichsoziale Ramek, die Abstimmung wiederholen. Die Sozialdemokraten, die befürchteten, daß mindestens ein großdeutscher Abgeordneter umfallen würde, ließen die Wiederholung nicht zu. Seitz, der als bester Kenner der Geschäftsordnung galt, rief sogar pathetisch aus: „Das kann nicht einmal der liebe Gott!“

Nunmehr legte Ramek auch den Vorsitz nieder; dasselbe tat schließlich der dritte, großdeutsche Präsident. So ergab sich die in keiner Geschäftsordnung vorgesehene Situation, daß der Nationalrat ohne Vorsitzenden dastand. Das Parlament ging in höchster Verwirrung auseinander. In einer normalen Situation wäre der Zwischenfall durch eine Vereinbarung der drei Parlamentsparteien oder durch das Eingreifen des Bundespräsidenten ohne weiteres zu lösen gewesen. Als Renner sich im Auftrag des sozialdemokratischen Abgeordnetenklubs an den Bundespräsidenten Miklas wandte, war dieser auch bereit, ihn seine alte Funktion wieder ausüben zu lassen.

Aber die sozialdemokratische Parteiführung war zu feige, um Miklas durch eine Veröffentlichung seiner Äußerung in der Presse festzunageln; der sozialdemokratische Abgeordnetenklub lehnte einen solchen Antrag ab. Dollfuß hingegen beschloß, die ihm wie vom Himmel gefallene günstige Situation mit aller Konsequenz auszunutzen. Der christlichsoziale Bundespräsident Miklas, dessen Wahl 1928 die Sozialdemokratische Partei durch Abgabe weißer Stimmzettel ermöglicht hatte, angeblich um eine Wahl Seipels zu verhindern, lehnte nun die Bitte Renners ab.

Die einzige reale Möglichkeit, die parlamentarische Demokratie in Österreich zu verteidigen, wäre die Mobilisierung der Arbeiterschaft gewesen. Aber die Führer der österreichischen Sozialdemokratie, sowohl der Linke Otto Bauer wie der Rechte Karl Renner, sahen die Situation als harmlos an und unternahmen drei kostbare Tage nichts zur Massenmobilisierung. Als Otto Leichter Bauer drängte, Renner solle als Präsident den Nationalrat noch in derselben Nacht zu einer neuen Sitzung einberufen, antwortete Bauer, „die Sache sei nicht so gefährlich, es werde sich schon ein Ausweg finden“. (Otto Leichter: Otto Bauer – Tragödie oder Triumph, Wien 1970, S. 379, Anm. 17.) Inzwischen verhandelte der niederösterreichische sozialdemokratische Führer O. Helmer schon am 6. März mit Dollfuß.

Dollfuß wartete noch das Ergebnis der deutschen Wahlen vom 5. März 1933 ab, die in der Atmosphäre des Terrors gegen die Kommunisten nach dem [160:] Reichstagsbrand stattfanden. Als kein Widerstand gegen die Hitler-Diktatur sichtbar wurde und Dollfuß sich in einer günstigen außenpolitischen Situation durch die Nachbarschaft der autoritären Regierungen in Deutschland, Italien, Jugoslawien und Ungarn sah, zögerte er nicht mit dem Staatsstreich.

Dollfuß macht ernst

In der Nacht vom 7. zum 8. März bot Dollfuß dem Bundespräsidenten den Rücktritt seines Kabinetts an, um sich auf Grund des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes neu ernennen zu lassen. In seinem Aufruf „An das österreichische Volk“ erklärte Dollfuß, das Parlament hätte sich selbst ausgeschaltet und es gebe nur noch eine einzige verfassungsmäßige Instanz, die Bundesregierung. Die Parlamentskrise dürfe aber nicht eine Staatskrise bedeuten, und deshalb würde die Regierung angesichts des Notstandes mit Hilfe des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes vorläufig ohne Parlament weiterregieren. Der christlichsoziale Abgeordnetenklub billigte am 7. März 1933 Dollfuß' Pläne und beschloß, es solle eine Zeitlang autoritär regiert werden, bis eine Änderung der Verfassung und der Geschäftsordnung des Nationalrats durchgesetzt sei.

Der erste Akt der neuen Regierung Dollfuß war eine Notverordnung, mit der alle Versammlungen verboten und die Vorzensur eingeführt wurde. Wieder war ein entscheidender Moment eingetreten, an dem die Arbeiterschaft den Weg in die faschistische Diktatur hätte versperren können. In diesem Kampfe hätte sie auf die Unterstützung breiter nichtproletarischer Kreise rechnen können, denn die Ausschaltung des Parlaments und die Repressionsmaßnahmen riefen bis tief in die Reihen der Bauernschaft und eines Teiles des Bürgertums Empörung hervor.

Am selben 8. März unternahm Dollfuß noch einen letzten Schachzug, indem er den sozialdemokratischen Parteisekretär Danneberg zu sich rief und anbot, bis Ende März eine Revision der Geschäftsordnung des Parlaments durch Umgestaltung des Bundesrates in eine Ständekammer vorzunehmen, und dann den Nationalrat wieder zusammentreten zu lassen. Dafür verlangte er von den Sozialdemokraten eine Atempause. Die sozialdemokratische Führung ließ sich von Dollfuß vielleicht gerne täuschen.

In der Sitzung des sozialdemokratischen Parteivorstandes am 7. März, die über [161:] Abwehrmaßnahmen beriet, trat der alte Wilhelm Ellenbogen für die Anwendung der schärfsten Mittel ein. In seinen Erinnerungen heißt es: „Im Parteivorstand erklärte ich, daß die Regierung damit ihre Absicht kundgegeben hatte, mit allen Mitteln die Arbeiterschaft niederzuzwingen, sie ihrer letzten Rechte zu berauben und eine ausgesprochen faschistische Gewaltherrschaft aufzurichten. Wenn jemals, so sei jetzt der Augenblick gekommen, das Äußerste zu wagen und den Generalstreik zu proklamieren.

Es war Otto Bauer, der ... sich meinem Antrag widersetzte, worauf dieser nach aufregender Debatte abgelehnt wurde.“ (Wilhelm Ellenbogen: Menschen und Prinzipien, S. 58, zit. in: N. Leser, a. a. O., S. 473.) Diesmal waren es auch Gewerkschaftsführer, die für die Kampfaufnahme eintraten mit der berechtigten Frage: Wenn nicht jetzt, wann denn? Praktisch bedeutete der Beschluß des Parteivorstandes die vollkommene Kapitulation.

Die sozialdemokratische Führung klammerte sich an die vagen Hoffnungen einer friedlichen Lösung. Am stärksten kam das in der Rede Otto Bauers in der Wiener Vertrauensmännerversammlung vor 2000 Funktionären vom 10. März 1933 zum Ausdruck, wo neben starken Drohungen immer wieder die Bereitschaft zum Nachgeben betont wurde. Diese Rede nannte sein Schüler und Freund Otto Leichter die „größte, die leidenschaftlichste, die gewaltigste Rede, die er jemals gehalten hat“. Aber war sie wirklich geeignet, den Kampfwillen der Arbeiter und ihre Entschlossenheit zu wecken: Kann man das als geistige Mobilisierung, als Ermutigung zu einem Kampf auf Tod und Leben ansehen, wenn Otto Bauer ausrief: „Wir wissen, daß ein großer Verfassungskampf der Volkswirtschaft des Landes Wunden schlagen würde, und wir wissen, daß, wenn es zum Entscheidungskampf kommt, Opfer fallen würden, die wir vor den Müttern dieses Landes nur verantworten können, nachdem wir vorher alles getan haben, was eine friedliche Lösung auf dem Boden der Volksfreiheit möglich macht.“ (In: Die Wahrheit über den Februar 1934, Wien, o. J., S. 8 und 9.) Und hat die SPÖ mit ihrer Politik den Müttern Österreichs wirklich die Tränen erspart? Waren sie nicht vielmehr noch bitterer, als ihre Söhne nicht in einer siegreichen Schlacht fielen, sondern in die Niederlage geführt worden waren?

Die tragische Farce vom 15. März

Die Führer der SPÖ suchten krampfhaft nach einem Ausweg, um die Arbeiter nicht in Aktion treten zu lassen. Sie bewogen den großdeutschen Vizepräsidenten [162:] des Nationalrats zur Zurücknahme seiner Rücktrittserklärung und zur Einberufung des Nationalrats für den 15. März.

Olmé Übertreibung kann behauptet werden, daß nicht nur in ganz Österreich, sondern in der ganzen politisch denkenden Welt alle Aufmerksamkeit auf diesen 15. März gerichtet war. Die Kommunistische Partei Österreichs richtete am 14. März an die SPÖ einen Einheitsfrontvorschlag. Unter Darlegung des ganzen Ernstes der Situation wies sie auf die entscheidende Bedeutung des Augenblicks hin, von dem es abhängt, ob sich in Österreich der Faschismus auf die Dauer etablieren könnte oder nicht. Noch habe die Arbeiterklasse die Macht, durch einen Generalstreik und die Anwendung aller weiteren geeigneten Machtmittel die Regierung zu zwingen, die Notverordnung zurückzuziehen und dem ganzen Spuk ein Ende zu bereiten. Die Kommunistische Partei erklärte ihre Bereitschaft, gemeinsam mit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft in den Kampf zu treten. Abschließend hieß es: „Die gegenwärtige Situation fordert gebieterisch die Herstellung der kämpfenden proletarischen Einheitsfront. Die Bourgeoisie hat in Deutschland die brutale faschistische Diktatur offen aufgerichtet. Auch in Österreich unternimmt die Bourgeoisie durch die Regierung Dollfuß einen entscheidenden Schritt zur Errichtung der faschistischen Diktatur. ... Ein weiteres untätiges Abwarten und Zurückweichen würde zu einer entscheidenden Niederlage der österreichischen Arbeiterschaft führen. ... Wir fordern angesichts dieser Tatsachen den Parteivorstand der SPÖ, die sozialdemokratische Arbeiterschaft auf, die

proletarische Einheitsfront des Kampfes zu schließen. ... Die österreichische Arbeiterschaft kann durch ihren Gegenstoß ein leuchtendes Beispiel von internationaler Bedeutung schaffen. ... Der Parteivorstand der SP Österreichs hat das Wort. Sozialdemokratische Arbeiter, entscheidet euch!“

Die SPÖ ließ den offenen Brief unbeantwortet. Daraufhin richtete das ZK der KPÖ vierzehn Tage später an den sozialdemokratischen Parteivorstand noch einmal einen Brief, worin es feststellte: „Jede Stunde Verzögerung der Abwehr des Proletariats ist eine Kapitulation vor dem Faschismus.“ Darauf erst antwortete die SPÖ in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 5. April, worin sie für „Einheit der Aktion“ eintrat, deren „Führung nur in den Händen der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften liegen“ könnte. „Wenn sich die kommunistischen Arbeiter in Solidarität und Disziplin an den Kämpfen der sozialdemokratischen Arbeitermassen beteiligen, wird uns das immer willkommen sein.“ Aber das Unglück bestand ja gerade darin, daß die SPÖ-Führung keine Aktion unternahm, sondern systematisch zurückwich.

[163:] So war es auch am 15. März 1933. Die SPÖ-Führung rief die Arbeiterschaft auf, sich bereit zu halten, in den Generalstreik zu treten, falls die Regierung den Zusammentritt des Nationalrats verhindern wollte. Dollfuß ließ sich aber nicht abschrecken, er erklärte ein Zusammentreten des Parlaments für illegal und drohte, es mit Waffengewalt zu verhindern. Der sozialdemokratische Parteivorstand faßte am 13. März den Beschluß: Ein solcher Versuch wäre das Signal zum Generalstreik. Auf beiden Seiten hagelte es drohende Erklärungen und Artikel. Die Sozialdemokratische Partei mobilisierte den Schutzbund. Der Bürgerkrieg um die Entscheidung Demokratie oder faschistische Diktatur schien diesmal unvermeidlich. Österreich hielt den Atem an, aller Augen waren auf das Parlament gerichtet, wo um 3.00 Uhr nachmittag der Nationalrat zusammentreten sollte. In den Betrieben, auf den Straßen, in den Schutzbundlokalen standen die Arbeiter zur Aktion bereit und warteten auf das Signal. Niemals nachher war eine solche Massenmobilisierung mehr möglich.

Aber das Signal kam nicht, die sozialdemokratische Führung wich im allerletzten Augenblick vor der Entschlossenheit der Dollfuß-Regierung zurück. Statt eines Dramas wurde im Nationalrat eine fünfzehnminütige Farce gespielt. Auf die Kunde hin, daß die Regierung Polizeibeamte entsendet habe, um den Sitzungssaal des Parlaments vor 15.00 Uhr zu besetzen, eilten bereits um 14.00 Uhr im Gebäude befindliche sozialdemokratische und großdeutsche Abgeordnete – die Christlichsozialen und Heimwehler boykottierten die, wie es im Polizeibericht hieß, „nicht ordnungsgemäß angemeldete Versammlung im Nationalratsgebäude“ – in den Sitzungssaal. Der großdeutsche Vizepräsident Straffner hielt eine kurze Ansprache: „Da die Polizei die anderen Abgeordneten nicht eingelassen hat, wir jedoch bereits eine beschlußfähige Anzahl darstellen, erkläre ich die Sitzung hiermit für eröffnet. Ich werde in jedem Fall, in dem Mitglieder des Hauses ungesetzlicherweise von der Polizei an der Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Pflichten gehindert wurden, die strafgesetzliche Verfolgung einleiten lassen. Die Herren Abgeordneten werden vom Datum der nächsten Haussitzung schriftlich verständigt werden. Die Sitzung ist hiermit geschlossen.“ Sofort danach räumte die Polizei den Saal.

Diese Farce genügte der SPÖ-Führung, um zu erklären, das Parlament habe doch getagt, die Demokratie sei gerettet. Der Beschluß vom 13. März wurde der Vergessenheit anheimgegeben, die Bereitschaft der Massen abgeblasen. Die „Arbeiter-Zeitung“ hatte noch den traurigen Mut, makabre Witze zu reißen, wie den folgenden: „Obwohl nur oppositionelle Abgeordnete im Parlament waren, hörte man viele Worte des Dankes an die Regierung Dollfuß, daß sie [164:] durch ihre kuriosen Ideen zur Erheiterung in diesen ernsten Zeiten beitrage.“ Aber die Dollfuß-Regierung ließ sich durch die Komödie nicht beeinflussen, das Parlament blieb ausgeschaltet. Mit Recht schrieb die „Rote Fahne“, die unter strengster Zensur stand und daher nur sehr vorsichtig – in der „verfluchten Sklavensprache“, wie Lenin es ausdrückte – schreiben konnte: „Gut, man hat Regierung und Polizei überlistet und eine Sitzung doch abgehalten. Es war bestenfalls eine Demonstration. Was ist aber an der tatsächlichen Lage geändert worden?“ Und auch die Arbeiter glaubten dem Schwindel der SPÖ-Führung nicht, und tiefe Enttäuschung breitete sich in den Massen über die schmachvolle Kapitulation aus. Charakteristisch für die Stimmung der Arbeiter und der mittleren SPÖ-Funktionäre sind die Aufzeichnungen der Witwe des Februarkämpfers Koloman Wallisch aus Bruck an der Mur, Paula:

„Unsere Arbeiter aber machten sich kampfbereit. ... Drei Tage und drei Nächte warteten sie. Ich kann nicht verschweigen, daß die Arbeiter furchtbar enttäuscht waren, als Koloman aus Wien kam und berichtete, daß wieder zu verhandeln versucht werde und daß die Bereitschaft des Schutzbundes aufgehoben werde. Es gab eine richtige Meuterei unter den empörten Schutzbündlern, und mein Mann mußte wieder einmal seine ganze Überredungskunst aufbieten, um die Erregten zu beschwichtigen. Enttäuscht und entmutigt zogen sich die Schutzbündler zurück. Auch Koloman war enttäuscht. Er trug sich sogar mit Selbstmordgedanken.“ (P. Wallisch: Ein Held stirbt, 2. Auflage, Graz 1946, S. 213 und 214.)

Lassen wir wieder einen Sozialdemokraten zu Wort kommen. In seinem Buche „Österreich 1934“ schrieb O. Leichter (S. 186): „Aber die Bedeutung des 15. März ist in Wirklichkeit noch viel größer. Er besiegelte nicht nur den Tod des Parlaments, er war auch ein schwerer Schock für die breiten Arbeitermassen. In ganz Österreich gab es keinen Ort, an dem nicht die Arbeiter, zum Äußersten entschlossen, darauf gewartet hätten, daß ihre Führer, die Führer, auf deren Wort sie ganz anders hörten als die deutschen Arbeiter auf die Parolen ihrer Sachwalter – sie rufen würden. In ihren Quartieren saßen sie und lauerten auf die befreiende Parole. In ihren Bereitschaftslokalen warteten die Schutzbündler: Vollzählig, wie niemals später, waren sie gekommen und harrten in höchster Opferbereitschaft des Rufes: Jetzt gilt es für die Freiheit einzustehen. Im letzten Winkel Österreichs horchte die Arbeiterschaft auf: Die Radfahrer und die Motorradfahrer hockten auf ihren Rädern – jeden Augenblick kann der Befehl kommen, jetzt heißt es losfahren, in den kalten Vorfrühlingstag hinein, um die Genossen im entlegensten Gebirgstal zu ver-[165:]ständigen, denn auch sie warten. Eine Armee – die wartete. Und noch vor 3.00 Uhr ging ins ganze Land die Meldung hinaus: Alles gut ausgegangen, der Nationalrat hat getagt. Im ersten Augenblick vielleicht Genugtuung über den friedlichen Sieg, aber später namenlose Enttäuschung, Verzweiflung bei vielen Jungen, Mißtrauen bei anderen und beginnende Demoralisierung bei denen, die nur die außerordentliche Situation zu wirklicher Opferbereitschaft mitgerissen hatte. Dieser 15. März und die folgenden Tage brachten die erste entscheidende Beeinträchtigung der großen Kampfbereitschaft, die nach dem 7. März die ganze österreichische Arbeiterschaft in höchste Aktivität versetzt hatte.“

Die Folgen des 15. März

Jahrzehntelang nach dem Februar haben sozialdemokratische Politiker und Historiker die Siegesaussichten am 15. März 1933 in den düstersten Farben geschildert. Die erwähnte offiziöse Parteigeschichte zum Beispiel schrieb: „Dollfuß hatte damit die Sozialdemokratie vor die furchtbare Alternative gestellt, ihn gewähren und die Demokratie untergehen zu lassen oder – zu den Waffen zu greifen. Dabei waren die Siegesmöglichkeiten verzweifelt gering.“ (Der Weg aus dem Dunkel, S. 108.) Aber jüngere sozialdemokratische Historiker müssen, auch wenn sie noch so rechts eingestellt sind, zugeben, wie recht die Kommunisten gehabt haben, als sie zum Kampfe aufriefen, und daß der 15. März die günstigste Gelegenheit war, die Verteidigung der Demokratie mit Konsequenz aufzunehmen. So schreibt N. Leser in seinem zitierten Buch auf Seite 465, die Aussichten des Kampfes wären „gar nicht schlecht“ gewesen: „Die Kampfbereitschaft der Massen war noch relativ ungebrochen, die später einsetzende Zermürbung war noch nicht eingetreten, Dollfuß war seiner Sache noch keineswegs sicher, und Miklas schwankte wie ein Rohr im Winde.“ Die Kommunistische Partei richtete einen „offenen Brief an die sozialdemokratischen Arbeiter und den sozialdemokratischen Parteivorstand“ – abgedruckt an der Spitze der „Roten Fahne“ vom 15. März 1933 – und schlug vor, „in proletarischer Einheitsfront die Angriffe auf die Rechte der Arbeiterschaft zurückzuschlagen“ und die Zurückziehung der Notverordnungen „durch Anwendung der schärfsten gewerkschaftlichen Kampfmittel“ zu erzwingen. Weiter heißt es: „Sollte der Parteivorstand der SPÖ sich mit unseren Vorschlägen einverstanden erklären, so schlägt die Kommunistische Partei vor, sich während der Zeit der gemeinsamen Aktion gegenseitig jederlei Angriffe zu ent-[166:]halten ...“ Dieser Vorschlag blieb wochenlang unbeantwortet und wurde schließlich im April abgelehnt.

Die Sozialdemokratische Partei erklärte den Arbeitern, der Kampf ruhe werde erst bei einer „Generalattacke“ der Regierung gegeben. Sie selbst bemühte sich um Verhandlungen mit Dollfuß. Dieser, der die Faschisierung Österreichs mit aller Konsequenz weitete betrieb, war schlau genug, die Hoffnung

der sozialdemokratischen Parteiführer, daß er ihnen in seinem neuen „Ständestaat“ auch eine entsprechende Rolle, mindestens als legale Opposition, einräumen werde, nicht zu zerstören. Ja, er ermunterte sie sogar, weiter zu verhandeln. In zahlreichen Privatunterhaltungen gab er zu verstehen, daß er die parlamentslose Zeit nur dazu benützen wolle, um eine neue Verfassung auszuarbeiten, und daß dann das Parlament wieder eine Funktion erhalten werde. Das genügte der sozialdemokratischen Parteiführung, um die Arbeiterschaft auch weiterhin im Zaum zu halten. Dollfuß aber begnügte sich mit tagtäglichem, anscheinend kleinen, doch systematischen Verschlechterungen der Positionen der Arbeiterklasse.

Dollfuß verhandelte mit den Nazi

Dollfuß genoß die volle Unterstützung des ungarischen Ministerpräsidenten Gombös, der ihm auch für den Versuch Dank schuldete, über österreichisches Territorium italienische Waffen nach Ungarn zu schmuggeln. An der Wachsamkeit der österreichischen Eisenbahner, die einen angeblich an die Hirtenberger Waffenfabrik adressierten Waffentransport nicht nach Ungarn ließen, scheiterte dieses Unternehmen. Diese sogenannte Hirtenberger Affäre verstärkte alle drei faschistischen Führer in ihrem Haß gegen die klassenbewußte Arbeiterschaft Österreichs.

Gombös billigte Dollfuß' Staatsstreich und setzte sich für ihn bei Mussolini ein, drängte aber auch auf eine Verständigung mit den Nazi. Mussolini seinerseits drängte Dollfuß zu weiteren Schritten gegen die Linken. Daraufhin erläuterte Dollfuß dem ungarischen Außenminister, der ihn auf der Rückreise aus Italien aufsuchte, seine weiteren Pläne, wobei er sein Doppelspiel deutlich aufdeckte. Sein „wichtigstes Ziel“ sei, erklärte Dollfuß, „die Sozialdemokraten unter allen Umständen in die Knie zu zwingen. Stärkste Waffe in diesem Kampf sei die Furcht der Sozialisten, er könnte sich mit ihrem erbittertsten Feind, mit den Nationalsozialisten, verbünden.“ Er wolle diese Furcht ausnützen, um eine [167:] faschistische Verfassungsreform durchzusetzen, dann wollte er auch ein oder zwei Nazi in die Regierung aufnehmen. „Solange aber die Verfassungsreform noch nicht unter Dach und Fach sei, könne er mit ihnen nicht handelseinig werden, weil er damit seine stärkste Waffe gegen die Linke aus der Hand geben würde. Sollte der Plan jedoch nicht gelingen, so würde er, da er nicht an zwei Fronten kämpfen könne, einen Ausgleich mit den Nationalsozialisten versuchen.“ (Zit. in L. Kerekes, a. a. O., S. 137.)

Dollfuß beauftragte auch seine Parteifreunde Schuschnigg, Rintelen und Buresch, mit den Nazi direkt zu verhandeln. Die Dollfuß-Starhembergs hofften damals, daß Hitler in Anerkennung ihres Kampfes gegen die Arbeiterklasse sie als seine Statthalter im „zweiten deutschen Staat“ werde agieren lassen. Aber Hitler dachte nicht daran. Die österreichischen Nationalsozialisten waren zwar mit den angebotenen Ministerposten einverstanden, verlangten aber als Vorbedingung die Ausschreibung von Neuwahlen, worauf Dollfuß nicht eingehen konnte, da er dabei seine Ein-Mann-Mehrheit verloren hätte. So zerschlugen sich zunächst die Verhandlungen.

Schlag auf Schlag gegen die Arbeiter

Trotz ihrer Parteidisziplin konnten die Arbeiter nicht alle Schläge geduldig hinnehmen. In Bruck an der Mur setzten sich die Schutzbündler mit Waffengewalt gegen eine von Gendarmerie und Heimwehr vorgenommene Razzia zur Wehr. Die Regierung nahm dies zum Anlaß, um am 31. März 1933 den Republikanischen Schutzbund zu verbieten.

Die faschistische Regierung rechnete damit, daß die Auflösung des Schutzbundes zu bewaffneten Zusammenstößen führen würde. Sie hatte für den Fall einen speziellen Alarmplan ausgearbeitet, es war derselbe Alarmplan, der im Februar 1934 zur Anwendung kam. Besonderes Gewicht legte die Regierung auf die Motorisierung der Polizei, deren Wagenpark vergrößert wurde. Ferner wurden telephonische Straßensmelder eingerichtet, und wichtige Polizeistellen bekamen eigene Stromaggregate.

In der Tat kam es nach dem Schutzbundverbot zu spontanen Straßendemonstrationen, doch Otto Bauer erklärte: „Die Entscheidung liegt vor uns!“ Die Regierung konnte ihren Alarmplan wieder in die Panzerschränke versenken. Die sozialdemokratische Parteiführung nahm das Verbot kampfflos

hin, der Schutzbund wurde als Ordnerorganisation der Partei getarnt. Seitz spielte noch [168:] eine Komödie, indem er als Wiener Landeshauptmann die Auflösung der Wiener Heimwehr anordnete, welche Anordnung jedoch der Chef der Wiener Heimwehr, Major Fey, in seiner Eigenschaft als Innenminister unter dem Hohngelächter der Faschisten sofort aufhob. Die Regierung erklärte bald darauf die Heimwehr zur Hilfspolizei. Sie erließ systematisch eine Notverordnung nach der anderen gegen die Arbeiterschaft. Nach wie vor war der Hauptschlag gegen die Kommunisten gerichtet. So wurde die „Rote Fahne“ Anfang Februar 1933 innerhalb von fünf Tagen dreimal konfisziert, wobei sie die traurige Feststellung machen mußte, daß nicht einmal die „Arbeiter-Zeitung“ Notiz davon genommen hatte. Die Regierung verhängte ein Verbreitungsverbot über die „Arbeiter-Zeitung“, worauf die Druckereiarbeiter am 25. März spontan und überraschend mit einem Streik in sämtlichen Zeitungsbetrieben antworteten. Aber zum erstenmal in der Geschichte der Zeitungsstreiks erschien gegen den Willen der Streikenden eine „normale“ Zeitungsnummer. Die Wiener Heimwehr war stolz darauf, ihre „Österreichische Heimatschutzzeitung“ mit eigenen und herbeigeholten Aushilfen herausgebracht zu haben, ohne daß die SPÖ es gewagt hätte, ihr den elektrischen Strom abschalten zu lassen. Als die Regierung scheinbare Verhandlungsbereitschaft zeigte, brach die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsführung den Streik ab, um die erhofften Verhandlungen „nicht zu gefährden“. Die im Stich gelassenen Zeitungsarbeiter traten nie wieder in Streik; auch am 13. Februar 1934 erschienen alle österreichischen Zeitungen –mit Ausnahme der verbotenen „Arbeiter-Zeitung“.

Die Regierung erließ ein Streikverbot für alle lebenswichtigen Betriebe. Ermutigt durch den Sieg wagte Dollfuß eine Provokation, wie sie selbst in der Zeit der Monarchie nicht gewagt worden war: Er verbot die 1.-Mai-Feier. Auch das wurde von der SPÖ-Führung hingenommen, sie begnügte sich mit einem „Bummel“, Spaziergängen vor mit Stacheldraht gesperrten Straßen. Die stark zensurierte „Rote Fahne“ rief unter der Überschrift „Unser ist der I. Mai“ zu einheitlichen Demonstrationen auf. Vor dem 1. Mai wurden in ganz Österreich viele hunderte kommunistische Funktionäre verhaftet. Trotzdem konnte Militär und Polizei kommunistische 1.-Mai-Demonstrationen in Arbeitervierteln nicht verhindern.

Doch Dollfuß und Fey holten zu neuen Schlägen aus. Am 14. Mai 1933 ließ die Heimwehr beim Treffen im Wiener Schloß Schönbrunn 40.000 Mann, von einem Flugzeuggeschwader und dem Kraftfahrerkorps des Heimatschutzes begleitet, aufmarschieren. Dollfuß erklärte bereits offen: „Dieses Parlament [169:] kann und wird in dieser Form nicht wiederkommen.“ Um sich eine Massenbasis zu verschaffen, gründete Dollfuß im Mai die „Vaterländische Front“ als Sammelbecken aller regierungstreuen Österreicher. Mit wirtschaftlichem und politischem Druck wurden vor allem Staatsangestellte und Beschäftigte der von Regierungslieferungen abhängigen Betriebe in die Front gepreßt. Ihre Mitglieder mußten öffentlich das neu geschaffene Abzeichen der „Vaterländischen Front“, das „Kruckenkreuz“ (Kruckenkreuz oder Krückenkreuz, ein Kreuz, dessen Enden „gekrückt“, quergestellt sind), eine Art halben Hakenkreuzes, tragen. Die Gründung der „Vaterländischen Front“ diente auch als Vorbereitung für die Auflösung aller Parteien nach dem Muster des „dritten Reiches“. Am 11. April wurde die Aufstellung von Assistenztruppen beschlossen, am 22. Mai eine Hilfspolizei aufgestellt, in deren Rahmen die ersten Heimatschutzabteilungen vom Staate bewaffnet wurden. Dem folgte am 1. Juli die Bildung des Freiwilligen Schutzkorps aus den Formationen des Heimatschutzes, der Ostmärkischen Sturmsharen und anderer „vaterländischer“ Verbände.

Verbot der KPÖ

Die Regierung verbot die kommunistisch geführte Arbeiterwehr und die große überparteiliche Hilfsorganisation „Rote Hilfe“, die tausenden von der Reaktion verfolgten Arbeitern materielle und Rechtshilfe gebracht hatte. Am 26. Mai 1934. schließlich erfolgte durch Notverordnung das Verbot der KPÖ „wegen vielfach festgestellter staatsgefährlicher illegaler Tätigkeit“. Die Regierung befürchtete, daß die Kommunisten durch ihre Aktivität und ihre klaren Losungen Einfluß gewinnen und die Radikalisierung der sozialdemokratischen Arbeiter bewirken würden. Oppositionelle Gruppierungen in der SPÖ verlangten immer dringender die Herstellung der Einheitsfront mit den Kommunisten, an manchen Orten hatte es schon zum 1. Mai gemeinsame Komitees gegeben. Es galt für die

Regierung, weitere Erfolge der KPÖ zu verhindern. Im übrigen leitete auch in Österreich die Reaktion das Verbot sämtlicher Arbeiterorganisationen mit dem Verbot der Kommunistischen Partei ein.

Natürlich konnte dieses Verbot die Tätigkeit der Kommunisten nur behindern und nicht verhindern. Die Partei war schon lange vorher durch die fortwährenden Konfiskationen ihrer Zeitungen, Flugblätter und Broschüren, durch Verbote ihrer öffentlichen und Mitgliederversammlungen, durch Verhaftungen ihrer Aktivisten und Funktionäre in einem halblegalen Zustand. Auch in der Ille-[170:]galität setzte sie ihre Arbeit ungeachtet der gewachsenen Schwierigkeiten und Gefahren mit Elan fort. Ihre Zeitung, „Die Rote Fahne“, konnte noch einige Zeit legal als Privatblatt erscheinen; als diese am 22. Juli auch verboten wurde, kam sie schon Mitte August illegal wieder heraus. Die KPÖ richtete nach ihrem Verbot mehrere Einheitsfrontvorschläge an die SPÖ für den gemeinsamen Kampf gegen alle bereits erlassenen und vorbereiteten Verbote. Die Vorschläge wurden von der SPÖ-Führung geflissentlich übergangen, die weiterhin auf die angebliche Verhandlungsbereitschaft der Regierung pochte. Von der klassenbewußten Arbeiterschaft und auch von liberalen bürgerlichen Kreisen wurde das KPÖ-Verbot als Vorbote des Schlages gegen alle Arbeiterorganisationen aufgefaßt. Selbst die „Arbeiter-Zeitung“ schrieb, „gegen die Auflösung der KPÖ stehen wir in einer Einheitsfront mit den kommunistischen Arbeitern“. Die Wiener Konferenz der SPÖ sprach sich einstimmig gegen das Verbot der KPÖ aus; in zahlreichen Betrieben wurden Proteste beschlossen.

Die Sozialdemokratische Partei versuchte die Rechtmäßigkeit der Notverordnungen beim Verfassungsgericht anzufechten. Die Dollfuß-Regierung ließ aber die christlichsozialen Mitglieder des Verfassungsgerichtshofes zurücktreten und erklärte die Sitzungen des Gerichts nur bei Teilnahme aller seiner Mitglieder für rechtmäßig. Mit diesem Trick war der Verfassungsgerichtshoflahmgelegt, und die sozialdemokratischen Klagen blieben ohne Erledigung.

Anbiederung der SPÖ-Führung an Dollfuß

Um dem stürmischen Verlangen der Arbeiter nach Aktionen ja nicht nachkommen zu müssen, ersann die SPÖ-Führung ein neues Ablenkungsmanöver. Sie veranstaltete eine Unterschriftensammlung für eine Volksadresse, mit der die Einberufung des Nationalrates und die Wiederherstellung der demokratischen Grundrechte gefordert wurde.

Insgesamt wurden 1.216.000 Unterschriften aufgebracht. Die auf Lastautos transportierten Unterschriftenbogen landeten jedoch im Keller des Bundeskanzleramtes; Miklas reagierte auf diese Bitte um eine „friedliche Entwirrung“ der Lage überhaupt nicht.

Große Hoffnungen setzte die SPÖ-Führung auf den verschärften Konflikt der Dollfuß-Regierung mit den Nazi. Ermutigt durch die blutige Hitler-Diktatur in Deutschland schritten die österreichischen Nationalsozialisten zu einer von Terrorakten, Bombenanschlägen und Attentaten begleiteten Offensive. Als [171:] am 19. Juni 1933 gegen einen Aufmarsch christlicher Turner Handgranaten geworfen wurden, wobei ein Turner getötet und 17 schwer verletzt wurden, verbot Dollfuß die Nationalsozialistische Partei. Hitler-Deutschland führte als Antwort darauf die sogenannte Tausendmarksperr ein, das heißt, es mußte für eine Reise nach Österreich eine Gebühr von 1000 Mark entrichtet werden, was den Touristenstrom aus Deutschland nach Österreich, der ein wichtiger Posten im Fremdenverkehr war, praktisch zum Erliegen brachte. Das Ausbleiben der deutschen „Rucksacktouristen“ machte sich im Haushalt gerade der kleinen Bauern empfindlich bemerkbar, und das war Wasser auf die Agitationsmühle der Nazi. In Deutschland setzte ein faktischer Boykott österreichischer Waren ein, der eine empfindliche Senkung des Exports bewirkte. So kam die Holzausfuhr vollständig zum Erliegen. Von 27.000 Waggons im Jahre 1932 fiel sie 1933 auf einen (!) einzigen Waggon. Das alles gab den österreichischen Nazi neuen Auftrieb, die darauf hinwiesen, daß der Anschluß an Deutschland alle wirtschaftlichen Schwierigkeiten mit einem Schlag lösen würde. Die Apologeten Dollfuß' versuchten seinen Kampf gegen die parlamentarische Demokratie auch als eine Vorbeugungsmaßnahme gegen eine Machtergreifung der Nazi auszugeben. In Wirklichkeit haßten Dollfuß und die Heimwehr die Demokratie nicht minder als es die Nazi taten. Dollfuß gab sich den Anschein, sein Konflikt mit den Nazi wäre ein Kampf um die Unabhängigkeit Österreichs, aber ein erfolgreicher Kampf dafür hätte die ganze Kraft der Arbeiterklasse gebraucht, doch gerade diese Kraft wollte

Dollfuß vernichten. Er sprach viel vom österreichischen Gedanken, aber alle seine Reden durchglühte deutschnationaler Geist, gekleidet in die Formel von Österreichs „deutscher Sendung“. Die sozialdemokratische Führung aber klammerte sich an die Phrasen Dollfuß' und bot sich bei jeder Gelegenheit als Mitstreiter an. Mitte August 1933, als es schien, daß die SA- und SS-Truppen bereitstanden in Österreich einzufallen, bot die Tiroler Heimwehr durch ihren Führer Steidle dem Schutzbund an, die Grenzen gemeinsam zu verteidigen. Die Sozialdemokratische Partei war mit Freuden bereit, eine „Arbeiterlegion“ aufzustellen, aber die Dollfuß-Regierung lehnte am 18. August das Angebot ab und verlangte im Rahmen ihres verschärften faschistischen Kurses von der Wiener Gemeindeverwaltung eine Steuerabgabe von 36 Millionen Schilling im Jahr. Nichtsdestoweniger hat der Schutzbundführer Julius Deutsch, wie er selbst später verriet, einen Monat darauf 'dem Heeresminister Vaugoin, als dieser die Landesgrenze gegen Deutschland inspizierte, neuerlich die Mitwirkung des Schutzbundes bei der Grenzverteidigung angeboten. Vaugoin lehnte das Angebot nicht ab, er wollte die Verbindung mit den Sozialdemokraten auch aus Gründen seiner persönlichen Rivalität mit Fey aufrechterhalten. Allerdings wurde er knapp darauf gerade wegen dieser Verbindungen als Heeresminister abgesetzt.

Nur die Kommunisten traten der Dollfuß-Regierung kompromißlos entgegen. Ein im übrigen nicht kommunistenfreundlicher Historiker mußte zugeben: „Sie waren daher für den Einsatz aller verfügbaren Mittel zur Beseitigung der Regierung. Ihre Auffassung erwies sich einige Monate später als zutreffend.“ (Ulrich Eichstädt: Von Dollfuß zu Hitler, S. 26.)

Das Dreieck Rom-Budapest-Wien

Das, was Dollfuß Kampf um die Unabhängigkeit Österreichs nannte, wurde immer mehr zur Abhängigkeit vom faschistischen Italien. Mit Zunahme der inneren Spannung und dem gesteigerten Druck des deutschen Imperialismus und Nazismus wandte sich Dollfuß immer mehr dem italienischen Faschismus zu. Die Differenzen wegen der Südtirolfrage wurden beiseite geschoben, die Beziehungen zwischen der Heimwehr und Mussolini intensiviert und schließlich die österreichische Innen- und Außenpolitik vollständig den Intentionen Italiens untergeordnet. Im April, Juni und August 1933 besuchte Dollfuß Mussolini. Dieser drängte ihn immer stärker dazu, mit der österreichischen Arbeiterbewegung, die den Plänen einer faschistischen Allianz Rom-Wien-Budapest entgegenstand, ein für allemal Schluß zu machen und die totale faschistische Diktatur aufzurichten.

Es waren die Prälaten des päpstlichen Rom, die Dollfuß eine Zusammenkunft mit Mussolini vermittelten, als er zu Ostern, am 13. April 1933, anläßlich des Abschlusses des Konkordats mit dem Papst in Rom weilte. Mussolini gab ihm die Zusicherung, daß „Italien, falls nötig, die Selbständigkeit Österreichs mit Waffengewalt verteidigen werde“.

Diese „Selbständigkeit“ machte Österreich zu einem Vasallenstaat des faschistischen Italien.

Ende Juni fuhr Dollfuß wieder zu Mussolini, um mit ihm die Pläne der Faschisierung Österreichs zu besprechen. Aus dem nach dem zweiten Weltkrieg aufgefundenen und veröffentlichten geheimen Briefwechsel zwischen Dollfuß und Mussolini ist die erbärmliche Rolle des angeblichen Streiters für die Unabhängigkeit Österreichs klar ersichtlich. In diesem Briefwechsel kehren zwei Gedanken immer wieder: Es müßte die österreichische Arbeiterbewegung nie-[173:]dergeschlagen und der Staat auf die faschistische Grundlage gestellt werden; und zweitens, nur ein faschistisches Österreich könnte sich mit Deutschland aussöhnen.

Im Brief vom 1. Juli zeigte sich Mussolini unzufrieden damit, daß Dollfuß „bis heute gegen die Sozialdemokratische Partei nicht jene entschlossene Haltung einzunehmen“ vermochte, die in seinem „Programm für den internen Aufbau Österreichs enthalten“ war. Mussolini riet, Dollfuß möge, „an alle gesunden nationalen Kräfte Österreichs appellierend, der Sozialdemokratischen Partei in ihrer Felsenfestung Wien einen Schlag versetzen“ und dann die „Säuberungsaktion auf alle. Zentren ausdehnen ..., die im Gegensatz zum Autoritätsprinzip des Staates zersetzende Tendenzen verfolgen“. Mussolini fügte hinzu, er wäre froh, mit seiner „mehr als zehnjährigen Erfahrung mit dem faschistischen Regime in Italien, Österreich bei der Lösung der verwickelten Lage“ nützlich zu sein.

Am 22. Juli antwortete Dollfuß: „Die Regierung hält unerschütterlich an ihrem dahin gehenden Ziele fest, die marxistische Mentalität, marxistische Formen und Organisationen zu überwinden. ... In dieser Beziehung sind wir auch fest entschlossen, sobald es die Verhältnisse zulassen, den Marxisten ihre Machtpositionen, die sie noch in Händen haben, zu nehmen.“

Auf die italienische Orientierung Österreichs drängte auch der ungarische Ministerpräsident Gyula Gömbös, der am 9. und 10. Juli Dollfuß in Wien aufsuchte, obwohl er, der vorher Hitler in Berlin besucht hatte, auch gute Beziehungen mit Deutschland aufrechterhielt, weil Ungarn wie Deutschland auf die Revision des Versailler Friedenssystems von 1919 hinarbeitete.

Dabei dachte auch Dollfuß gar nicht daran, sein faschistisches Österreich in dauernden Gegensatz zu Hitlers „drittem Reich“ zu stellen. Vielmehr war es ein Ziel der italienischen Außenpolitik, Österreich gleichzeitig als Brücke und Grenze zum Deutschen Reich zu verwenden. So sollte Österreich unter ausschlaggebendem Einfluß Italiens ein Verbindungsglied zum Reich werden.

Mussolini drängt auf Staatsstreich

Die Ministerpräsidenten und Außenminister Ungarns und Italiens verhandelten am 26. und 27. Juli 1933 über die Herstellung des Dreiecks Rom-Wien-Budapest. Mussolini erklärte, „Dollfuß sei ihm persönlich sehr sympathisch, er sei ein energischer und kluger Mann, habe aber zweifellos in letzter Zeit große [174:] Fehler gemacht. ... Es sei unbedingt notwendig, daß Dollfuß in dieser Hinsicht energischer auftrete, sonst könne er seine Aufgabe nicht lösen.“ Gömbös wußte Mussolini für Dollfuß zu stimmen, und dieser wurde nach Italien eingeladen. Die Begegnung Mussolini-Dollfuß fand am 19. und 20. August im italienischen Seebad Riccione statt, wo entscheidende Abmachungen über die Beschleunigung des Tempos der Faschisierung Österreichs getroffen wurden, mit dem Mussolini nicht zufrieden war. Der österreichische Gesandte in Italien, Doktor Theodor Hombostel, der als Dolmetscher Zeuge dieser Unterredungen war, bestätigte, daß Mussolini und sein Staatssekretär Dr. Suwisch „Dollfuß in sehr eindringlicher Weise die Notwendigkeit einer straffen Führung der Innenpolitik ... vor Augen führten“ und „daß diese Einflußnahme bisweilen den Charakter der Einmischung annehme“. Der ungarische Geschäftsträger in Italien schrieb von „geradezu ultimativen ‚Ratschlägen‘“.

Wenngleich schriftliche Vereinbarungen nicht getroffen wurden, legte Mussolini schriftlich an „Bundeskanzler Dr. Dollfuß zu unterbreitende Erwägungen“ nieder, worin er die weiteren Schritte vorschrieb. Es heißt darin: „Nach Wien zurückgekehrt, muß Dollfuß eine große politische Rede für die ersten Tage im September ankündigen, das heißt, am Vorabend des angekündigten Putsches.“ Vorausgehen soll der „Eintritt neuer Elemente“ in die Regierung. In der Rede sollte ein „diktatorischer Charakter der Regierung“ betont und das „Projekt der österreichischen Verfassung ... auf faschistischer Basis“ verkündet werden. Ferner sollte Wien einen Regierungskommissär erhalten. Schließlich sollte Dollfuß „erklären, daß jedem Versuch der Gewaltanwendung entgegengetreten und ein solcher unterdrückt werden wird“. Unter den „neuen Elementen“ in der Regierung verstand Mussolini die Heimwehrführer Steidle und Starhemberg. Dollfuß stellte als Termin für diese Rede den 11. September in Aussicht.

Auch Starhemberg reiste regelmäßig zu Mussolini. Wie es in seinen Erinnerungen heißt, sagte er diesem offen: „Ich brauche Geld, ich brauche Waffen und ich brauche Ihre Unterstützung auf diplomatischem Gebiet.“ Mussolini lieferte Waffen an Ungarn, und mit seiner Zustimmung und im Einvernehmen mit Dollfuß ließ Gömbös davon „50.000 Gewehre und eine entsprechende Anzahl Maschinengewehre“ für die österreichischen Zwecke zurückbehalten, die in sicheren Depots untergebracht wurden und der Heimwehr gegebenenfalls zur Verfügung standen. Auch für die Heimwehraufmärsche streckte Mussolini Starhemberg, wie dieser erzählte, beträchtliche Geldmittel „für unbestimmte Zeit vor, ohne die geringste Zusage einer Gegenleistung zu verlangen“. [175:] (A. a. O., S. 130, 131 und 142.) Die „Gegenleistung“ war ja ohnehin klar: die Niederschlagung der Arbeiterschaft, wenngleich Starhemberg in seinen Memoiren schamhaft vom angeblichen Kampf gegen die Nazi schreibt.

Dollfuß bekam noch Angst vor dem beschleunigten Tempo und bat um einen Aufschub; aber Starhemberg, der auch nach Italien zur Badesaison gefahren war, denunzierte ihn bei Mussolini als

Schwächling. Im Telegramm an Mussolini vom 8. September wünschte Starhemberg, daß „sich auch in Österreich der Standpunkt des Systems Eurer Exzellenz bald und vollständig durchsetzen möge“. Daraufhin sandte Mussolini am 9. September Dollfuß einen neuen energischen Mahnbrief, wobei er erklärte, er habe den Eindruck, daß die beiden Minister vom Landbund die „Faschistisierung des österreichischen Staates“ hemmen. Der Landbund, allerdings bereits stark von den Nazi unterwandert und mit großdeutschen Neigungen auch stark antiklerikal, trat tatsächlich auch aus Gründen der Selbsterhaltung für die Aufrechterhaltung einiger demokratischer Formen ein.

Die Rekonstruktion des Kabinetts Dollfuß

Vor seinen Parteifreunden, die ihn zur Mäßigung malnten, berief sich Dollfuß darauf, er könne nicht anders handeln, denn „sonst wirft mich Mussolini dem Hitler in den Rachen“. Aber in Wirklichkeit wollte Dollfuß keinen anderen Ausweg, er hatte nur Angst vor der Antwort der Arbeiterschaft. Schließlich löste er sein Mussolini gegebenes Versprechen ein, indem er bei einem großen Heimwehraufmarsch auf dem Wiener Trabrennplatz am 11. September mitteilte, er habe sich entschlossen, die Verwirklichung des „autoritären Ständestaates“ in Österreich in Angriff zu nehmen: „Wir wollen einen sozialen christlich-deutschen Staat auf ständischer Grundlage mit einer starken autoritären Führung. Der ständische Neuaufbau ist die Aufgabe, die uns in diesen Herbstmonaten gestellt ist.“ Das bedeutete im Klartext die Aufrichtung des vollständigen faschistischen Regimes.

Noch klarer wurde Starhemberg in einer Rede anlässlich der Türkenbefreiungsfeier vor dem Wiener Rathaus, als er an Dollfuß appellierte: „Für das Wiener Volk ist es unerträglich, daß da drinnen die Bolschewisten herrschen. Herr Kanzler, schaffen Sie die heraus, die drinnen sitzen. Warten Sie nicht zu lange, man muß das Eisen schmieden, solange es heiß ist.“ Allerdings fühlte sich Dollfuß noch immer zu schwach, um schon im September 1933 an die gewalt-[176:]same Niederschlagung der Arbeiterschaft zu schreiten, und wollte lieber seine Taktik der allmählichen Zermürbung vor dem entscheidenden Schlag fortsetzen.

Am 20. September entließ Dollfuß die Vertreter des Landbundes aus der Regierung und verstärkte die Position der Heimwehr im Kabinett. Major Fey wurde Vizekanzler. Auch Heeresminister Vaugoin wurde entlassen, er sollte aber als Präsident der Bundesbahnen ein Terrorregime gegen die freie Eisenbahnergewerkschaft errichten. Seine Stelle nahm der pensionierte k. u. k. General Schönburg-Hartenstein, ein ehemaliger reichsdeutscher Fürst und erklärter Monarchist, ein. Aus Gründen der sozialen Demagogie wurde der christlichsoziale Abgeordnete Richard Schmitz, der als Anhänger einer gemäßigten Sozialpolitik zugunsten der Arbeiterschaft galt, zum Minister für Sozialwesen ernannt.

Gleichzeitig erklärte Dollfuß, er brauche Zeit für seine Pläne, daher sei „eine große, grundstürzende Veränderung nicht unmittelbar zu erwarten“. Als Mussolini ihm mitteilen ließ, daß seine Rede „ausgezeichnet gewesen sei“, ließ er antworten, „daß er rasch marschiere, es aber nicht liebe, wenn ihn dabei Freunde von rückwärts stoßen – das störe den Marsch“. Mussolini lachte sehr. Am 22. September antwortete Dollfuß auf Mussolinis Brief vom 9., die Neugestaltung der Regierung sei ein weiterer Schritt auf dem in Riccione skizzierten Weg. „Ich habe damit auch Ihrem guten Rate Rechnung getragen.“

Die vier Punkte der SPÖ

Jeder Schritt der Dollfuß-Regierung wurde von der sozialdemokratischen Führung widerstandslos hingenommen, während viele Arbeiter auf das Signal warteten. In austromarxistischer Manier machte die sozialdemokratische Führung die Arbeiter für das Nichtstun der Führung verantwortlich, indem sie sich darauf berief, es sei nirgends zu spontanen Aktionen der Arbeiterschaft gekommen. Es gehörte schon Mut zu einer solchen Behauptung, nachdem die Arbeiter jahrzehntelang zur Disziplin und zum Abwarten der Parolen von oben erzogen worden waren. Insbesondere am Beispiel des blutigen 15. Juli 1927 hatten die sozialdemokratischen Führer auf die unheilvolle Wirkung eines „Disziplinbruches“ hingewiesen. Nun aber sollte es die Parteiführung sein, die auf das Zeichen der Massen zum Losschlagen warten müsse, und nicht umgekehrt? Ist es da verwunderlich, wenn im Laufe der Zeit die Stimmung in der Arbeiterklasse zwiespältig zu werden begann? Wenn auf der einen Seite

die Empörung bis zur Siedehitze anstieg, auf der anderen Seite aber [177:] Verzagtheit und Mutlosigkeit Platz zu greifen begannen. In einer anderen Situation, knapp einen Monat vor dem Sieg der Oktoberrevolution 1917, versuchten die Kapitulanten im ZK der bolschewistischen Partei, Lenin mit dem beobachteten „Absentismus“, das heißt, der Enthaltung breiterer Arbeiterschichten vom politischen Leben, zu schrecken. Lenin antwortete aber darauf: „Der Absentismus und die Gleichgültigkeit der Massen lassen sich damit erklären, daß die Massen der Worte und Resolutionen müde sind.“ (Werke, Bd. 26, S. 176.) So war es auch in Österreich.

Als innerhalb der Partei immer stürmischer Klarheit darüber gefordert wurde, wann der Kampf aufgenommen werden sollte, formulierte am 13. September 1933 der sozialdemokratische Parteivorstand zusammen mit der Gewerkschaftsführung vier Punkte, bei deren Eintreten die Arbeiterschaft ohne Weisung in den Generalstreik treten sollte. Es waren das: Aufhebung der Rechte Wiens und Einsetzung eines Regierungskommissärs, Angriff auf die Gewerkschaften, Auflösung der Sozialdemokratischen Partei, Verkündung einer faschistischen Verfassung.

Diese Punkte wurden der Arbeiterschaft auch in illegalen Flugblättern bekannt gegeben. Die sozialdemokratische Parteiführung machte weiter in Wortradikalismus. Der Schutzbund wurde durch Wafenkäufe aufgerüstet. Doch gleichzeitig gab die Parteiführung insgeheim ihren rechten Flügel mit Renner, Helmer und Schneidmadl Vollmachten zu weiteren Verhandlungen.

Dollfuß handelt – die SPÖ verhandelt

So radikal die vier Punkte auch geschienen haben mögen, für Dollfuß, zu dessen Kenntnis sie gleichfalls gebracht wurden, waren damit die Grenzen abgesteckt, innerhalb derer er ohne jede Gefahr seine Politik der kleinen Zermürbungsschritte fortsetzen konnte, ohne den Endkampf zu riskieren, bevor er sicher war, das Vertrauen der Arbeiterklasse in ihre Kampffähigkeit erschüttert, die Führung der Sozialdemokratie durch ihr schrittweises Zurückweichen vor der faschistischen Offensive kompromittiert, den Kampfwillen der Arbeiterklasse gebrochen und auf der anderen Seite seine eigene Macht genügend gestärkt zu haben, um an die „großen“ Taten zu schreiten.

Die neue Regierung Dollfuß führte am 23. September nach Hitlers Modell Konzentrationslager gegen politische Gegner ein, schamhaft „Anhaltelager“ genannt. Angeblich in erster Linie für Naziterroristen bestimmt, nahmen sie bald Kommunisten und Sozialdemokraten auf. Nach faschistischem Muster [178:] bereitete Dollfuß die Auflösung aller Parteien und ihre Ersetzung durch die Vaterländische Front vor. Als ersten Schritt löste Starhemberg am 27. September die Heimwehrt Partei auf: Der Heimatschutz trat korporativ der Vaterländischen Front bei. Die Christlichsoziale Partei ersetzte ihren bisherigen Obmann Vaugoin durch einen Nichtparlamentarier. Die Sprache gegen das „Rote Wien“ wurde immer drohender. Als Vorbereitung für die gewaltsame Besetzung des Wiener Rathauses wurde in das große leerstehende Verwaltungsgebäude der Bodencreditanstalt gegenüber dem Rathaus die Heimwehr einquartiert. Alle diese Schritte wurden von der SPÖ widerstandslos hingenommen. Sogar als am 3. Oktober die Regierung über die „Arbeiter-Zeitung“ ein Kolportageverbot verhängte und Floridsdorfer Betriebe den Generalstreik verlangten, winkte der Parteivorstand abermals ab. In der SPÖ selbst regte sich, besonders unter den jüngeren Mitgliedern, eine Opposition gegen die verderbliche Politik der sozialdemokratischen Parteiführung. Sie besaß starken Anhang in verschiedenen Schutzbundabteilungen und verlangte, endlich mit dem Zurückweichen Schluß zu machen.

Großen Einfluß auf das Anwachsen der antifaschistischen Kampfschlossenheit in Österreich hatte das Auftreten des bulgarischen Kommunisten Georgi Dimitroff beim Reichstagsbrandprozeß in Leipzig. Eine große, von der KPÖ initiierte Kampagne für die Rettung Dimitroffs sorgte für das Bekanntwerden seiner mutigen Abrechnung mit dem Faschismus und seines Kampfaufrufs.

Der letzte sozialdemokratische Parteitag

Diese Linksopposition trat auf dem letzten, außerordentlichen Parteitag der SPÖ, 14. bis 16. Oktober 1933, mit 31 Delegierten auf. Bezeichnend für den Niedergang der Partei war, daß sie Dollfuß um Erlaubnis zur Abhaltung des Parteitags bitten mußte, die er bis zum 14. Oktober um 4.00 Uhr früh nicht erteilte. Dann bestand die Regierung darauf, daß der Parteitag überwacht werde; und erst im

letzten Augenblick begnügte sie sich damit, daß dem Staatssekretär Karwinsky jeden Abend eine Abschrift des Verhandlungsprotokolls zugestellt werde.

Die SPÖ schluckte auch diese Erniedrigung.

Die „Linke“ läßt sich beschwichtigen

Auf dem Parteitag trat die linke Opposition organisiert auf. Sie drückte den verzweifelten Willen kampffentschlossener Arbeiter aus, der weiteren Faschisti-[179]sierung Österreichs nicht tatenlos zuzusehen. Einige der Oppositionellen waren bereits zur Einsicht gelangt, daß ein wirklicher Kampf nur ohne oder sogar gegen den Parteivorstand möglich wäre. Sie begannen eine eigene illegale Organisation vorzubereiten, sie nahmen Verbindung mit der KPÖ auf. Während Deutsch mit Vaugoin über die Sicherung der österreichischen Grenzen beraten hatte, waren einige Linke zu einer gemeinsamen Beratung mit dem ZK der KPÖ gegangen. Aber auch sie waren noch nicht bereit, organisatorische Konsequenzen zu ziehen. Und so gelang es Otto Bauer noch einmal, die Opposition zur Annahme einer gemeinsamen Resolution umzustimmen, die die Arbeiterschaft aufforderte, zum Kampfe zu rüsten und kampfbereit zu bleiben. Die Sozialdemokratie versprach, sich nicht kampfflos geschlagen zu geben. Es wurden die vier Punkte des Parteivorstandes bestätigt, und es wurde eine Exekutive eingesetzt, die Vollmachten für den Fall erhielt, daß der Parteivorstand nicht mehr legal zusammentreten könnte. Gleichzeitig aber wurde der Auftrag an die rechten Führer, Oskar Helmer, Heinrich Schneidmadl, Pius Schneeberger und Franz Popp, bestätigt, Geheimverhandlungen mit Dollfuß zu führen.

Der damalige Parlamentssekretär der SPÖ, Adolf Schärf, erzählt in seinen „Erinnerungen aus meinem Leben“, Wien 1963, S. 123 ff.: „Im Laufe des Jahres 1933 wurde es Otto Bauer klar, daß die bisher hauptsächlich von ihm gelenkte Politik der Sozialdemokratischen Partei gescheitert war. Er gab dies innerhalb der Partei auch in der Form zu, daß er vorschlug, der Parteivorsitzende Karl Seitz solle zurücktreten und man solle den Abgeordneten Pius Schneeberger, einen Vertreter der Landarbeiter, zum Parteiobmann berufen – seine Aufgabe sollte es sein, mit den bürgerlichen Parteien zu einer Verständigung, zu einer Zusammenarbeit, zu einer Wiederherstellung des Parlamentarismus zu kommen.“

Schärf trat jedoch gegen den Vorschlag Bauers mit der Begründung auf, „wenn ein Krieg verloren sei, dann müsse man mit Fug und Recht von dem Verlierer erwarten, daß er es sei, der den Waffenstillstand mit dem Gegner schließe, und daß er erst nachher abtrete.“ So kam es nicht „zur Aktion Schneeberger“.

Die letzten Kapitulationsangebote

Obwohl Dollfuß immer schärfere Reden gegen den „Austrobolschewismus“ führte, war er schlau genug, sich den Anschein zu geben, nichts gegen Ver-[160:]handlungen mit der SPÖ zu haben. Wie der Dollfuß-Biograph Shepherd feststellt, gab es „ein Gewirr von privaten und öffentlichen Kontakten, geheimen und offenen, ernsten und halbernstern, die auf allen Ebenen hergestellt wurden“. Einer der rechtesten sozialdemokratischen Abgeordneten von Niederösterreich, Heinrich Schneidmadl, erzählt in seinem Erinnerungsbuch „Über Dollfuß zu Hitler“, Wien 1964, S. 31:

„Als ich bald darauf Dr. Dollfuß im Landhaus begegnete, informierte ich ihn persönlich über den Beschluß des Parteivorstandes. Er schien sehr erfreut und versicherte mir mit treuherzigem Augenaufschlag und unter Händedruck, daß wir schon eine Lösung finden werden.“ Dreißig Jahre später stellte Schneidmadl voller Bitterkeit fest, daß Dollfuß die Gespräche nur dazu brauchte, „um uns hinzuhalten und Zeit zu gewinnen“. (A. a. O., S. 76.)

In ihren Bürgerkriegsvorbereitungen hatte die Dollfuß-Regierung mit Zustimmung Mussolinis und der Duldung Frankreichs und Englands einen Assistenzkörper des Bundesheeres aufgestellt. Nach außen hin war er zur Verteidigung der Unabhängigkeit Österreichs bestimmt, in Wirklichkeit diente er zur verstärkten Unterdrückung der Arbeiterschaft. Zunächst wurden 8000 Mann einberufen. Um die Arbeiterschaft noch mehr einzuschüchtern, führte die Regierung am 10. November, zwei Tage vor dem Jahrestag der Republik, das standrechtliche Verfahren und die Todesstrafe für Mord, Brandlegung und boshafte Sachbeschädigung ein. Bezeichnend für den Klassencharakter und die Geistesart

des Austrofaschismus war es, daß der erste zum Tode Verurteilte, ein reicher Bauernsohn, der seine Geliebte ermordet hatte, begnadigt wurde. Der erste, an dem die Todesstrafe vollzogen wurde, war ein arbeitsloser und obdachloser Landstreicher, der einem Bauern, der ihm das Nachtlager verweigert hatte, eine Scheune anzündete.

Die Regierung verhaftete zahlreiche Betriebsvertrauensmänner, von denen sie vermutete, daß sie mit der Vorbereitung des Generalstreiks zu tun hatten. Sie verbot die Feier der Republik am 12. November, eine Kranzniederlegung am Grabe Victor Adlers und schließlich die Jubiläumsveranstaltung zum zehnten Jahrestag der Wahl von Karl Seitz zum Bürgermeister von Wien.

Die SPÖ für den Ständestaat

Die sozialdemokratische Führung bot in ihrem Bemühen um eine Verständigung mit Dollfuß immer mehr Zugeständnisse an. Renner arbeitete im Einvernehmen mit dem Parteivorstand – und auch mit Dr. Otto Bauer – den Ent-[181:]wurf eines Verfassungsgesetzes aus, „der neben dem Nationalrat des allgemeinen Stimmrechts, wie er (formal noch, A. R.) bestand, als Zweite Kammer einen Ständerat vorsah ...“. Ferner „sollte der bestehende Nationalrat zu einer Sitzung einberufen werden und dort mit der Vierfünftelmehrheit der beiden großen Parteien eine feierliche Unabhängigkeitserklärung erlassen, einer neu zu berufenden Regierung alle erforderliche Machtvollkommenheit zur Niederrückung der drohenden Annexion geben und sich sodann vertagen“. (Karl Renner: Österreich von der Ersten zur Zweiten Republik, Wien 1953, S. 134 und 135.) So war die SPÖ sogar bereit, die Dollfuß-Diktatur zu legalisieren!

Dollfuß ließ darauf mitteilen, daß er „vorerst nicht beabsichtige“, Verhandlungen zu führen. Renner verhandelte auch mit Miklas, der vor den Bürgerkriegsplänen von Dollfuß Angst hatte, da sie die Massen „nur dem äußersten Radikalismus von links und rechts“ in die Arme treiben würden. Miklas wollte demissionieren, aber Dollfuß war damit nicht einverstanden. Auf die Bemerkung eines Bekannten hin, daß ihm die Verfassung das Recht gebe, die Regierung zu entlassen, antwortete Miklas: „Kann der König von Italien Mussolini, Hindenburg Hitler entlassen? Es ist eben auch bei uns eine Diktatur.“ (A. Spitzmüller, a. a. O., S. 384.) Um die Arbeiter auf ihr Umfallen vorzubereiten, erklärte die SPÖ in einem sensationellen Artikel der „Arbeiter-Zeitung“ vom 27. Dezember 1933 und in Otto Bauers Artikel im Kampf vom Jänner 1934 ihr Einverständnis mit dem Ständestaat auf der Grundlage der päpstlichen Enzyklika „Quadragesimo anno“. Otto Bauer schrieb: „Der Klassenkampf kann die Form des Streites um die Auslegung der Enzyklika annehmen und hat ihn schon angenommen.“ Es ist unmöglich, sämtliche Anbiederungsversuche aufzuzählen, die vom Rechten Karl Seitz bis zum „Linken“ Julius Deutsch unternommen wurden.

Die faschistische Politik Dollfuß' fand volle Unterstützung in den reaktionären Schichten des österreichischen Großkapitals, der feudalen Großgrundbesitzer und der katholischen Kirche.

Ein warnendes Zeichen war zu Weihnachten 1933 die Abberufung aller katholischen Priester und Würdenträger aus der Christlichsozialen Partei. Dieser Beschluß der österreichischen Erzbischöfe und Bischöfe sollte Dollfuß die geplante Auflösung der Sozialdemokratischen Partei erleichtern, weil er jetzt auch die Christlichsoziale Partei in der Vaterländischen Front aufgehen lassen konnte.

Erst meinte es Dollfuß bei seinen Verhandlungen mit den Nationalsozialisten, mit denen er den Haß gegen die marxistische Arbeiterbewegung gemein hatte. [182:] Die Verhandlungen waren bereits so weit gediehen, daß der nationalsozialistische Landesinspekteur von Österreich, der reichsdeutsche Abgeordnete Theodor Habicht, am 8. Februar 1934 nach Wien zu einer Verhandlung mit Dollfuß eingeladen wurde. Das Flugzeug mit Habicht an Bord befand sich bereits über Österreich, als Dollfuß die Einladung zurückzog und Habicht nach Deutschland zurückfliegen ließ. Als Grund hierfür wurde „Illoyalität“ der österreichischen Nazi angegeben, die ihre Terrorakte verstärkt hatten. Der wirkliche Grund bestand im Protest Starhembergs und Feys, der vom italienischen Pressechef unterstützt wurde, gegen Verhandlungen hinter ihrem Rücken.

Um Dollfuß die bittere Pille zu versüßen, gab Starhemberg zu verstehen, es wäre unter der Würde des österreichischen Bundeskanzlers, mit einem geringeren als Hitler selbst zu verhandeln. Dabei

hatte Starhemberg, wie auch viele andere Heimwehrführer, Geheimkontakte zu österreichischen und deutschen Nazi.

Die Hoffnungen der sozialdemokratischen Führer auf eine Verständigung mit Dollfuß waren ohne jede Grundlage, weil die Vorbereitungen zur Errichtung der offenen faschistischen Diktatur allgemein bekannt waren. Laut Berechnungen der „Arbeiter-Zeitung“ hatte die Dollfuß-Regierung von März bis Dezember 1934 genau 301 Notverordnungen erlassen. Sie waren nicht nur gegen die politischen Rechte und Organisationen der Arbeiterklasse gerichtet, sondern griffen auch ihre Lebens- und Lohnbedingungen an. Die Dollfuß-Diktatur benützte ihre Macht, um rücksichtslos im Interesse der Profite die Soziallasten zu senken. Für die wichtigsten Industriezweige wurden Streikverbote erlassen. Eine Reihe von Kollektivverträgen, in erster Linie der der Bauarbeiter, wurden von der Regierung aufgehoben und Lohnsenkungen vorgenommen. Durch Notverordnung wurde der Lohn der Eisenbahner gekürzt. Für einzelne Kategorien der Arbeitslosen wurde die Unterstützung gestrichen und sie wurden der Sozialfürsorge überwiesen, für alle anderen wurde der Unterstützungssatz herabgesetzt. In den staatlichen Betrieben wurden die Betriebsräte beseitigt.

Das Signal zum Gefecht

Zu Beginn des Jahres 1934 ersetzte die Regierung die bisherigen, in überwiegender Mehrheit aus Freigewerkschaftern bestehenden gewählten Arbeiterkammerräte durch ernannte Verwaltungskommissionen aus ihren Anhängern. [183:] Starhemberg kündigte am 10. Jänner 1934 in einem Aufruf die weiteren Pläne an: „Unser Kampf ist die uneingeschränkte Durchsetzung der faschistischen Ideenwelt in einer unserem Vaterland entsprechenden Art und Weise. Unser Kampfziel ist die durchgreifendste Erneuerung Österreichs in jeder Beziehung, die restlose Überwindung des korrupten Parteienstaates, die restlose Niederwerfung des Austrobolschewismus.“ Ein bedrohliches Anzeichen war der Besuch des italienischen Unterstaatssekretärs für Äußeres, Fulvio Suvich, in Wien. Es war für niemand ein Geheimnis, daß Suvich Mussolinis Verlangen nach Beschleunigung der Faschistisierung Österreichs überbrachte. In seiner Anwesenheit entwickelte Dollfuß auf einer großen Kundgebung auf dem Trabrennplatz das faschistische Programm. Gleichzeitig bot er „ehrlichen Arbeiterführern“ Zusammenarbeit an. Dies war offenkundig als Mittel der Aufspaltung der Arbeiterschaft gedacht. Nichtsdestoweniger trat der sozialdemokratische Parteirat, eine beratende Körperschaft, in der auch Betriebsarbeiter vertreten waren, zusammen, um Antwort zu geben. Obwohl, wie Schneidmadl berichtet, die Vertreter aus den Betrieben von „Erbitterung und Verbitterung“ berichteten und es schwer war, „angesichts dieser Erregung und Empörung ..., der Vernunft das Wort zu reden“, ließ die Antwort des Parteirates „die Möglichkeit für eine friedliche Entwirrung offen“. (A. a. O., S. 51 und 52.)

Die Regierung antwortete darauf, indem sie die „Arbeiter-Zeitung“ wegen Beleidigung von Suvich mit dem Verbot des Einzelverkaufs belegte. Sie durfte nur mehr den Abonnenten zugestellt werden. Das österreichische Großkapital, die Heimwehr und Mussolini drängten auf die Endlösung. Der ungarische Gesandte in Wien berichtete am 18. Jänner seinem Außenminister, Fey habe mitgeteilt, er sei davon überzeugt, „daß es gelingen wird, nach Beseitigung der unzuverlässigen Elemente, die er nach dem Besuch Suvichs erledigen will, den Willen der Regierung auf allen Gebieten zur Gänze durchzusetzen“. Suvich teilte in seinem Schreiben an Dollfuß am 26. Jänner mit, er habe Mussolini Bericht erstattet und dieser habe „weitverbreitetes Unbehagen wegen einer gewissen Untätigkeit der (Dollfuß-)Regierung und wegen der in dem Erneuerungswerk eingetretenen Verzögerung“ gezeigt. Mussolini verlangte „den Kampf gegen den Marxismus, die Reform der Verfassung in einem anti-parlamentarischen und korporativen Sinne, die Beseitigung der Parteien und die Stärkung der Vaterländischen Front“. Dabei bestand er darauf, „daß der Augenblick, um dieses entscheidende Werk in Angriff zu nehmen, nicht weiter hinausgeschoben werden könne“.

[184:] Die Plenarsitzung des ZK der KPÖ, die am 20. und 21. Jänner 1934 illegal tagte, warnte die Arbeiterklasse vor der Gefahr der offenen faschistischen Diktatur und rief zur Vorbereitung des Generalstreiks auf.

Die Heimwehr greift an

Am 31. Jänner bot die Tiroler Heimwehr unter dem Vorwand, die örtliche Bevölkerung vor dem Naziterror zu schützen, ihre Formationen auf und mobilisierte etwa 8000 schwerbewaffnete Männer. Alle strategisch wichtigen Punkte wurden besetzt, die sozialdemokratische Zeitung am Erscheinen gehindert. Am nächsten Tag stellten die Heimwehrlführer dem Landeshauptmann ein Ultimatum, das darauf hinauslief, die gewählte Landesregierung durch einen ernannten Ausschuß aus Mitgliedern der faschistischen Organisationen zu ersetzen. Ferner sollten staatsfeindliche Verbände und Vereine verboten werden. Der Landeshauptmann bildete das gewünschte Komitee als beratendes Organ, die Erfüllung der anderen Forderungen blieb in Schwebe. Danach mobilisierten auch andere Landesverbände der Heimwehr ihre Kräfte. Am 5. Februar erfolgte die Aktion der oberösterreichischen Heimwehr, am 6. unterbreitete die steirische Heimwehr ihre Forderungen, am 8. Die „vaterländischen Verbände“ von Burgenland, Salzburg und Kärnten. Die Landeshauptleute sagten die Prüfung der Forderungen zu. Nur in Niederösterreich lehnte die Landesregierung die Forderungen der Heimwehren ab.

Auf die Nachricht vom Heimwehraufmarsch antwortete die KPÖ mit dem Aufruf an die Arbeiter: „Alarmsignal aus Tirol! Entscheidende Tage stehen bevor! Erhebt Euch zum Generalstreik gegen die Faschisten ... Beschließt in den Betrieben ultimative Forderungen an die Regierung: Weg mit den Notverordnungen! Auflösung der Heimwehren und der anderen faschistischen Organisationen! Wiederherstellung der vollen Versammlungs-, Koalitions- und Pressefreiheit für die Arbeiter! Weg mit dem Verbot der Arbeiterorganisationen! Weg mit dem Verbot der Kommunistischen Partei! Bekräftigt Eure Forderungen durch Proteststreiks! Wählt Kampforgane aus Eurer Mitte! Nieder mit dem Heimwehr- und Hitler-Faschismus! Vorwärts zum Generalstreik, zum Sturz der Dollfuß-Diktatur!“

Die KPÖ versuchte in Betrieben eine Streikbewegung auszulösen. Mit ihr arbeiteten Linke in der SPÖ, die sich vor allem auf die steirischen Berg- und [185:] Papierarbeiter und in Wien – neben einigen kleineren Metallbetrieben – auf die Ankerbrotwerke stützten. Als die Flugblätter, die zu Streiks aufriefen, gedruckt und zur Verteilung bereit waren, zeigte der Kalender bereits den 12. Februar.

Die sozialdemokratische Führung rief nach wie vor auf, „Gewehr bei Fuß“ zu stehen. Zwar kaufte der Schutzbund verstärkt Waffen im Ausland, vor allem in der Tschechoslowakei, und schmuggelte sie auf verschiedenen Wegen mit Lastkraftwagen und Personenautos, in Eisenbahnwaggons und größtenteils auf Schiffen nach Österreich, aber die SPÖ setzte mehr Hoffnung auf die diplomatische Intervention ihrer Freunde in ausländischen Regierungen. So berichtet der französische Gesandte Gabriel Puaux, daß er am 2. Februar 1934 im Auftrag des Premierministers Edouard Daladier Dollfuß aufgesucht und ihm die Bitte überbracht hat, gegen die österreichischen Sozialdemokraten keine Gewalt anzuwenden. Nach 24 Stunden Bedenkzeit sagte Dollfuß zu, er werde keinerlei Gewalt gegen die Sozialdemokratische Partei, die Gewerkschaften oder die Wiener Gemeindeverwaltung anwenden; die Bundesregierung werde vielmehr, ungeachtet der militärischen Vorbereitungen vonseiten der SPÖ, auf Abwehrpositionen bleiben. Diese Versicherungen waren wohl nur diplomatisches Spiel; sie waren völlig bedeutungslos, nachdem am 7. Februar die Linksregierung Daladier gestürzt worden war.

Waffensuche und Verhaftungen

Die polizeilichen Waffenrazzien gingen ohne Unterbrechung weiter. Als der Polizei ein Waffentransport verraten wurde, mobilisierte Major Fey am 7. Februar das „Freiwillige Schutzkorps“ und ließ den Transport in Schwechat bei Wien beschlagnahmen. In der Öffentlichkeit verkündete er, „einen unerhört verbrecherischen Anschlag bolschewistisch-marxistischer Elemente gegen die Bevölkerung und die Sicherheit des Staates“ verhindert zu haben.

Gleichzeitig verhaftete die Polizei alle Schutzbundführer, deren sie habhaft werden konnte, so den Chef des militärischen Stabes der Zentralleitung, Major Alexander Eifler, den Adjutanten von Julius Deutsch, Hauptmann Rudolf Löw, und etwas später fast sämtliche Wiener Bezirksführer. Auch der politische Leiter des Schutzbundes, Julius Deutsch, sollte verhaftet werden. Da die Sozialdemokratische Partei auch diese Verhaftungen widerstandslos hinnahm, ging die Dollfuß-Regierung weiter und

ließ am Morgen des 8. Februar im sozialdemokratischen Parteihaus in der Rechten Wienzeile eine Waffensuche vor-[186:]nehmen. Das Gebäude wurde von Polizei und Militär abgesperrt, ringsherum wurden Maschinengewehre aufgestellt, Doppelposten mit Stahlhelm und aufgepflanztem Bajonett patrouillierten. Der Parteivorstand konnte nicht mehr ins Parteihaus gelangen. Er mußte seine Sitzung, an der Vertreter der Freien Gewerkschaften teilnahmen, in das Rathaus zu Bürgermeister Seitz verlegen. Dort verlangten einige Mitglieder, daß, im Falle Julius Deutsch verhaftet würde, losgeschlagen werde. „Andere“, schreibt Deutsch in seinen Lebenserinnerungen, „rieten abermals zur Vorsicht. Vielleicht, so meinten sie, wäre es noch möglich, die Heimwehr wenigstens mit einem Teil der Christlichsozialen zu entzweien, was die Situation für uns wesentlich erleichtern würde. ... Einige Teilnehmer der Sitzung vertraten die Meinung, daß meine Verhaftung mit der Mobilisierung des Schutzbundes beantwortet werden sollte; denn würde man sie ohne Widerstand hinnehmen, dann müßte insbesondere in den Reihen des Schutzbundes Mutlosigkeit entstehen. Die Mehrheit entschied sich schließlich dafür, daß ich mich irgendwie der drohenden Verhaftung entziehen sollte, damit im Ernstfall eine Führung des Schutzbundes („Ordnerorganisation“) vorhanden sei. Zugleich wurde ein sechsgliedriges Exekutivkomitee eingesetzt, das bevollmächtigt war, von nun an auf eigene Verantwortung zu handeln.“ (A. a. O., S. 203 f.)

Die sozialdemokratischen Führer hofften, daß sich bürgerlich-demokratische Elemente in der Christlichsozialen Partei der Heimwehrforderung nach Auflösung der Landesregierungen, in denen – mit Ausnahme von Wien – die Christlichsozialen ja die Mehrheit hatten, widersetzen würden. Besondere Hoffnungen weckte eine Rede des christlichsozialen Arbeiterführers Leopold Kunschak im Wiener Gemeinderat am 9. Februar, in der er sich für Gemeinsamkeiten in Notzeiten aussprach. Aber die entscheidende Rolle spielten bereits die faschistischen Elemente, und Dollfuß, der von einer dreitägigen Reise nach Budapest zurückgekehrt war, begann am Freitag, dem 9. Februar, Verhandlungen mit der Heimwehr über ihre Forderungen. Am Samstag abend verkündete er öffentlich, daß er mit den Heimwehrforderungen einverstanden und bereit sei, sie zu verwirklichen: „Wir werden voraussichtlich schon bald darangehen, unsere Pläne in die Tat umzusetzen.“ Dem niederösterreichischen Landeshauptmann verbot Dollfuß die Einberufung des Landtags.

Ein Eingreifen der mit dem Heimwehrcurs nicht einverstandenene Kräfte in den bürgerlichen Parteien hätte nur durch eine kraftvolle Aktion der Arbeiterklasse erreicht werden können, wie sie sich wenige Tage später in Frankreich auf Initiative der Kommunistischen Partei entfaltete.

[187:]

Die Warnungen der Kommunisten

Die KP Österreichs mahnte unentwegt zu einer solchen Aktion. In der illegalen Extraausgabe der „Roten Fahne“ vom 10. Februar sagte sie den Arbeitern: „Es geht um Euer Leben und Eure Existenz! ... Schlagt den Faschismus nieder, ehe er Euch niederschlägt! Legt sofort die Arbeit nieder! Streikt! Holt die Nachbarbetriebe heraus!

Wählt Aktionskomitees zur Führung des Kampfes in jedem Betrieb! Geht auf die Straße! Entwaffnet die Faschisten! Die Waffen in die Hände der Arbeiter! Generalstreik!

Weg mit der Henkerregierung!“

Wie nichtig die Hoffnungen der Sozialdemokratie auf Verständigung waren, bewies Dollfuß, als er am 10. Februar über Ministerratsbeschluß dem Bürgermeister von Wien alle ihm als Landeshauptmann zustehenden Rechte und Funktionen auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit entziehen und diese auf den Polizeipräsidenten von Wien übertragen ließ.

Der sozialdemokratische Parteivorstand hatte an diesem 8. Februar das letzte Mal getagt. Er beraumte zwar, wie Karl Renner berichtete, die nächste Sitzung auf Montag, den 12. Februar, an, „entschlossen, auf keinen Fall selbst das Signal zum Bürgerkrieg zu geben“, aber dazu sollte es nicht mehr kommen. In der sozialdemokratischen Führung herrschte Niederlagenstimmung schon vor dem Kampf. Nach

seiner Verhaftung sagte Renner vor dem Untersuchungsrichter aus: „Donnerstag, den 8. Februar 1934, war ich (am) Vormittag im Parlament, wo eine Klubsitzung stattfand. ... Alle Berichte stimmen überein, daß Fey in der nächsten Woche seinen Staatsstreich machen werde; zweifelhaft ist bloß, ob mit oder ohne Dollfuß. ... Wir können nichts mehr dazu tun, müssen auf alles gefaßt sein ... Unser Gewissen ist rein, die geschichtliche Verantwortung tragen die anderen ...“ (Zit. bei J. Hannak: Karl Renner und seine Zeit, Wien 1965, S. 603 und 604.)

Die Drohrede Feys

Am Sonntag, dem 11. Februar, verkündete Major Fey bei einer Heimwehrparade in Langenzersdorf, nahe bei Wien: „Diese Woche werden wir gründliche Arbeit leisten“; der anwesende Fürst Schönburg-Hartenstein äußerte sich: „Hoffentlich greifen Ihre Leute ordentlich durch.“ Und Starhemberg gab [188:] einem ungarischen Blatt ein Interview, worin er erklärte: „Diese Woche werden wir siegen, mit oder ohne Regierung.“

Der christlichsoziale Chefredakteur Funder hat zwar nachträglich versucht, die Worte Feys in einem harmlosen Sinn zu deuten, aber jeder Mensch in Österreich verstand, worum es jetzt ging. Auch der ungarische Gesandte in Wien verstand Feys Rede richtig und teilte nach Budapest mit: „... ich glaube kaum, daß dies nur eine reine Phrase gewesen ist, denn Fey ist bei öffentlichen Äußerungen bedeutend vorsichtiger als Starhemberg.“ Außerdem hatte Fey am 4. Februar vom ungarischen Generalstab 1,5 Millionen Originalpatronen für Gewehre alten Musters erbeten, die er am 6. auch erhielt.

Das Terrorregime nach dem 12. Februar

„Schluß mit dem Marxismus in Österreich“, das war die Parole der Februarsieger. Mit allen einem faschistischen Regime zur Verfügung stehenden Terrormitteln ging die Dollfuß-Regierung gegen die Arbeiter vor. Noch während der Kämpfe wurden Standgerichte gegen verhaftete Schutzbündler eingesetzt. Am Mittwoch, dem 14., stand als erster der 43jährige arbeitslose Schuhmacher Karl Münchreiter, Vater von drei Kindern, vor dem Standgericht. Er war am Montag während der Kämpfe in Hietzing am Arm und an der Hüfte verwundet worden und so der Polizei in die Hände gefallen. Ungeachtet seiner schweren Verwundung, die nach der Gerichtsordnung eine Verhandlung nicht erlaubte, erklärte ihn der Polizeiarzt für „verhandlungsfähig“. Münchreiter, der sich mutig zur Sache der Arbeiterklasse bekannte, wurde zum Tod durch den Strang verurteilt und um 14.41 Uhr gehenkt. Seine letzten Worte waren ein Bekenntnis zum revolutionären Marxismus. Es war ein glatter Justizmord, wie sogar Exbundeskanzler Schuschnigg viele Jahre später zugeben mußte.

Am Mittwoch tagte auch das Standgericht gegen den Kommandanten der Floridsdorf er Feuerwehr, Ingenieur Georg Weissel, der seine Mannschaft für den Kampf bewaffnet hatte. Auch er bekannte sich zu seiner Tat, die er damit begründete, daß er „auf dem revolutionären Standpunkt“ stand. Das Urteil Tod durch den Strang wurde um 0.43 Uhr vollstreckt. In den letzten Sekunden ließ Georg Weissel die Internationale und den revolutionären Sozialismus hochleben.

Ein ganz besonderes Justizverbrechen war das Standgericht gegen den 26jährigen kommunistischen Arbeiter Josef Ahrer aus Steyr, dessen Verurteilung und [189:] Hinrichtung auf Grund einer falschen Zeugenaussage erfolgte. Ahrer wurde beschuldigt, am 12. Februar nach Ausbruch des Generalstreiks einen Heimwehrmann mit der Pistole getötet zu haben, während der Heimwehrler in Wirklichkeit durch ein Infanteriegewehr eines anderen Schutzbündlers erschossen worden war, der dann bei den Kämpfen in Steyr selbst den Tod fand. Nach der Hinrichtung Ahrers wurde die Familie des Heimwehrmannes, die Anzeige erstattet hatte, wegen falscher Zeugenaussage verhaftet.

Am Samstag, dem 17., wurde der Sekretär der Grazer Arbeiterkammer, Joseph Stanek, vom Grazer Standgericht zum Tode verurteilt und hingerichtet, weil er sich seiner Verhaftung mit der Waffe in der Hand widersetzt hatte.

In Wien wurde der Abteilungskommandant im Karl-Marx-Hof, Emil Svoboda, wegen der Erschießung von Polizeibeamten vor das Standgericht gestellt, zum Tode verurteilt und gehenkt. Zum Tode durch den Galgen wurden in Sankt Pölten zwei Arbeiter verurteilt, Viktor Rauchenberger und Johann

Hois, die sich in ihrem kleinen Besitztum bei Hainfeld gegen angreifende Heimwehrler zur Wehr gesetzt hatten und erst auf dem Dachboden ihres Hauses überwältigt werden konnten.

Eine Woche nach Ausbruch des Kampfes wurde Koloman Wallisch vor das Standgericht in Leoben gestellt. Da er in einer anderthalbstündigen Rede eine scharfe Anklage gegen den Austrofaschismus erhob, zog sich die Verhandlung so in die Länge, daß Dollfuß persönlich aus Wien telephonisch beim Gericht anfragte, wann denn das Urteil gefällt werde. Auch Wallisch wurde zum Tode verurteilt und gehenkt.

Als nach dem achten Todesopfer die Proteste aus aller Welt allzu laut wurden, versprach Dollfuß, daß in Wien keinerlei Hinrichtungen mehr vorgenommen würden, und hob das Standrecht wegen Aufruhr auf. Aber sein Wort hielt der gottgläubige Christ auf höchst eigenartige Weise. Das letzte Standgerichtsverfahren fand nicht in Wien, sondern in Linz statt, und die Anklage lautete nicht auf Aufruhr, sondern auf Mord. Es war der Brauereiarbeiter Anton Bulgari, der hier zum Tode verurteilt und gehenkt wurde.

Mit den neun standrechtlich Gehenkten war die Terrorbilanz nicht erschöpft. Tausende Arbeiter wurden in die Polizeigefängnisse geworfen, vor die „ordentlichen“ Gerichte gestellt, zu schweren Kerkerstrafen verurteilt, davon sechs zu lebenslänglichem Kerker.

Nach offiziellen Angaben sind 1934 allein in Wien 7000 Kommunisten und 12.000 Sozialisten verhaftet worden.

[190:]

Auflösung aller Arbeiterorganisationen

Mit besonderer Gründlichkeit ging die Dollfuß-Regierung gegen die Klassenorganisationen der Arbeiter vor, die alle mit einem Federstrich verboten wurden. Nach den bereits verbotenen Organisationen: Kommunistische Partei, Arbeiterwehr, Republikanischer Schutzbund, Rote Hilfe, kamen die SPÖ, die Gewerkschaften und alle anderen Organisationen und Vereine der Arbeiter an die Reihe. Buttinger zählt auf: Beschlagnahmt wurden „hundredsieben Arbeiterheime und acht Parteidruckereien; Dutzende Gewerkschaftshäuser, Naturfreundehtütten und Kinderferienlager; hunderte Sport- und Spielplätze, Kinderheime, Filmapparate, Anschlagkästen, Zeitungskioske; zehntausende Fahnen, Turngeräte, Schreibmaschinen, Fußbälle, Lichtbilder, Schallplatten, Abziehapparate und Schreibti-sche sowie die vielen Arbeiterbüchereien mit ihrem Bestand von 350.000 Bänden nebst neun Millionen Schilling, die von den Siegern in der Arbeiterbank erbeutet wurden. Sogar Reisebüros und Buchhandlungen ...“ (A. a. O., S. 74 und 75.)

Die Ursachen der Niederlage

Die Februarniederlage der österreichischen Arbeiter hatte politische, organisatorische und militärtaktische Ursachen.

Falsche organisatorische Theorie des Schutzbundes

Im Laufe des Prozesses gegen die Schutzbundführer hat sich herausgestellt, daß es in der Führung des Schutzbundes starke Differenzen über den Charakter und die Taktik des Schutzbundes gegeben hat, was auf die Ursachen der Niederlage bezeichnendes Licht wirft. Damals ist einer breiteren Öffentlichkeit bekannt geworden, daß der Schutzbundgeneral Theodor Körner schon seit Jahren wegen dieser Differenzen aus der militärischen Leitung des Schutzbundes ausgeschieden war. Diese Differenzen waren mit voller Schärfe bereits im Frühjahr 1928 bei der Beratung der von Körner ausgearbeiteten „Grundsätze für Gewaltanwendung und Bürgerkrieg“ zum Ausdruck gekommen. Nicht etwa, daß man sich über die Möglichkeit der Machterlangung durch den Stimmzettel gestritten hätte, es standen sich vielmehr im wesentlichen zwei [191:] Auffassungen über die Rolle des Schutzbundes bei einer bewaffneten Auseinandersetzung gegenüber, wobei Körners Gegner vor allem Major Eitler gewesen war. Dieser vertrat mit Berufung auf die Entscheidung des sozialdemokratischen Parteivorstandes nach dem 15. Juli 1927 die Auffassung, daß der Schutzbund eine rein militärische Organisation sein sollte, dem, wie es in der Resolution seiner 5. Reichskonferenz 1927 heißt, „die sozialdemokratische Arbeiterschaft den Schutz der demokratischen Republik ..., den Schutz der Rechte, die

die demokratische Republik der Arbeiterklasse gesichert hat, gegen jede Vergewaltigung“ übertragen hat. Diese rein militaristische Aufgabenstellung war in zweifacher Hinsicht falsch und verderblich. Erstens trennte sie den Schutzbund von den Massen, raubte sie ihm die Basis, auf der allein sein Kampf hätte erfolgreich sein können. Zweitens schuf diese Aufgabenstellung in den Massen die Vorstellung, auf sie komme es nicht an, sie könnten passiv bleiben und sich auf die Aktionen des Schutzbundes verlassen. Körner war vollkommen im Recht, wenn er gegen die militaristische Auffassung ankämpfte, wobei er sich auf Gedanken von Clausewitz, Marx, Engels und Lenin sowie auf die Erfahrungen der russischen Revolution berief. Doch läßt sich bei der Analyse seiner Gedankengänge nicht verhehlen, daß Körner weit davon entfernt war, wirklich bolschewistische Auffassungen zu vertreten. Das zeigte schon sein Ausgangspunkt, nämlich die Frage, wann die Arbeiterschaft zur Gewaltanwendung schreiten dürfte. Auch Körner vertrat die Ansicht, daß die Macht nur legal auf parlamentarischem Wege erlangt werden dürfe, und darüber hinaus verlangte er, daß man sogar „partiellen Ungesetzlichkeiten der Regierung ... nur mit demokratischen Mitteln entgegentreten“ dürfe und „unbedingt auf dem Boden der Legalität bleiben“ müsse. Gewaltanwendung ließ Körner nur in einem einzigen Fall zu, wenn nämlich die Sozialdemokratische Partei die parlamentarische Mehrheit erreicht habe, von der Bourgeoisie aber an der gesetzlichen Regierungsübernahme gehindert werde. Mit Recht, antwortete Major Eifler darauf, würde dies bedeuten, einem faschistischen oder monarchistischen Staatsstreich vor den Wahlen untätig zusehen zu müssen. Ebenfalls falsch ist auch die Voraussetzung, von der Körner ausging, als er seine taktischen Überlegungen entwickelte. Seine an die Spitze gestellte Behauptung: „Noch niemals in der Geschichte hat das Volk einen wirklichen Sieg über das Militär im Straßenkampf errungen“, ist historisch unhaltbar. Daher stand auch seine Forderung: „Die *passive* Verteidigung ist zunächst diejenige Kampfform, die anzuwenden ist“, im Widerspruch zu den aus den Erfahrungen der vorangegangenen Bürgerkriege von Marx und Lenin gewonnenen Erkenntnis, daß die Defensive der Tod des Aufstandes sei. Aber im Gegensatz zu Eifler, Julius Deutsch und dem gesamten sozialdemokratischen Parteivorstand verstand es Körner, dessen militärwissenschaftliche Kenntnisse und Fähigkeiten weit über denen der übrigen Schutzbundführer standen, trotz den falschen theoretischen Voraussetzungen richtige Anweisungen für einen erfolgreichen bewaffneten Kampf der Arbeiter auszuarbeiten, deren Befolgung den Februarkämpfen einen anderen Charakter und Ausgang hätte verleihen können, falls auch die politische Führung anders gewesen wäre. Er verlangte als erste und unabdingbare Bedingung für einen Sieg die tiefste Verbundenheit des Schutzbundes als bewaffneter, vorwärtstreibender Vortrupp mit der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung, ja mit den breitesten Massen des Volkes. Es dürfe daher zu einem bewaffneten Kampf nur kommen, „wenn in der Masse des Volkes die Entschlossenheit zur gewaltsamen Austragung des staatlichen Konflikts steckt“, wenn „das Volk auch gewillt ist, bei der Gewaltaustragung mitzugehen“. Im Kampf selbst empfahl Körner die Zermürbungstaktik, wie sie ja später in der Widerstandsbewegung und in dem antiimperialistischen Partisanenkrieg mit Erfolg angewendet wurde: „Immer wird es sich im Bürgerkrieg, im Kampf gegen das Militär oder gegen gut organisierte reaktionäre Gewalten darum handeln, die Truppen zu zermürben: durch moralische Einflüsse, durch Ermüdung, durch Verwirrung, durch Erschöpfung, durch Verhinderung einheitlicher Leitung, Erschwerung der Befehlsgebung, durch Reibung bei der Verpflegung, moralische Ängstigung wegen der Familien und dergleichen. Die militärischen Führer müssen den Kopf verlieren, die Truppe muß zersetzt werden.“

Körner befürchtete, daß eine Ausbildung nach den '[Methoden des regulären Militärs bei den Schutzbündlern angesichts der besseren Bewaffnung und der organisierteren Führung nur Minderwertigkeits- und Unterlegenheitsgefühle und bei der Arbeiterschaft nur Ängstlichkeit hervorrufen würde. Er verlangte etwas anderes: „Auf was es ankommt, ist: Alle in der Masse der Arbeiter schlummernden Kräfte aufzuwecken, zusammenzufassen und zu organisieren; alle möglichen Fälle durchzudenken, um Selbständigkeit, Selbsttätigkeit, Selbstbewußtsein und damit Sicherheit im Bürgerkrieg und Kampf zu erzielen.“

Körner lenkte die Aufmerksamkeit auf die Gewinnung von Sympathien in den bewaffneten Organen des Staates, um diese, wenn nicht zu neutralisieren, so doch wenigstens zu unterminieren. Allerdings

sollte das in erster Linie dazu dienen, den Bürgerkrieg zu vermeiden. Diese Besorgnis vor einem Bürgerkrieg [193:] war es auch, die Körner Stellung nehmen ließ „gegen das geschlossene Exerzieren, die ständigen Bereitschaften in den Arbeiterheimen, gegen die Terrainübungen und das ganze bombastische Getue, das die Bürgerlichen erschreckte. Es war doch ganz selbstverständlich, daß demgegenüber sich die Staatsgewalt vorbereitete und zuletzt auch die Heimwehr zur Notpolizei machte.“

Mit unerbittlicher Schärfe kritisierte Körner auch die einzelnen von Major Eifler und Julius Deutsch ausgearbeiteten Aktionspläne für verschiedene Gelegenheiten. So verurteilte er die „technische Anweisung“ vom Jahre 1929, die für Wien eine „Räumung der inneren Bezirke, Befestigung der Gürtellinie und Verteidigung der Proletarierbezirke“ vorsah. Den Aktionsplan für die Steiermark von 1931 nannte Körner „nackten, schematischen Militarismus“ und „ganz dieselbe Gedankenwelt, wie bei den Heimwehroffizieren, die am 13. September geputscht haben“. Mit Eiflers Plan werde „jedes selbständige Denken einfach erschlagen“. Körner warf dem Plan in erster Linie vor, daß er das „Volk mit allen inneren Kräften nicht in Betracht“ zog. „Aus der Arbeiterschaft sind in den vielen langjährigen Kämpfen gegen die Staatsgewalt immer ganz ungeahnte Kräfte gekommen, die auch bei Putsch und Staatsstreich in erster Linie frei gemacht werden müssen. Darauf nimmt der Aktionsplan nicht die geringste Rücksicht. ... Es ist vollkommen falsch, wenn der Schutzbund sich selbständig macht und so in Erscheinung tritt, als ob von ihm allein der Schutz der Republik und der Arbeiterklasse abhängen würde.“ Körner verlangte, daß die Arbeiterschaft zur Initiative im Kampf erzogen werde: „Den Schutz der Republik bei wirklichem Putsch oder Staatsstreich von der Wienzeile (Sitz des SPÖ-Vorstandes – A. R.) dirigieren zu wollen, ist vollkommen unmöglich. Umgekehrt, von den untersten Instanzen aufwärts, muß jeder Genosse wissen, worauf es ankommt, denn bei einem ernstem Putsch oder Staatsstreich ist auf das Funktionieren der führenden Genossen nicht zu rechnen.“ Der Februar 1934 sollte zeigen, wie recht Körner gerade in diesem Punkte gehabt hat.

Körner erkannte, daß die „Entpolitisierung des Schutzbundes“ und der „militärische Gehorsam“ die Kraft der Arbeiterschaft schwächte, weil er „die aktivsten Kräfte der Partei- und Gewerkschaftsarbeit entzieht und geistes- und mundtot macht“; er protestierte gegen Eiflers Rat an die Schutzbündler, „sie mögen sich nicht um die Politik kümmern!“ All das trage nur dazu bei, „das selbständige Denken und Handeln zu beseitigen“. Körner warnte 1931: „Nur wenn alle in der Arbeiterschaft schlummernden Kräfte frei gemacht werden und den reaktionären militärischen Aktionen etwas ganz anderes, verblüffendes, [194:] nicht ganz verständliches gegenübertritt, dann kann man auf den Sieg der Arbeiterklasse bei gewaltsamen Auseinandersetzungen rechnen, selbst bei einem Staatsstreich, wo die Staatsgewalt mit den Putschisten ginge.“ In seinen „Gedanken zur Arbeit des Schutzbundes“ verlangte Körner: „Vor militärischen Spielereien soll man das Proletariat behüten, sonst verliert es seine geistige Überlegenheit gegenüber der Reaktion. Ein Arbeiter, der jahrzehntelang an wirtschaftlichen und politischen Kämpfen teilnimmt, bringt eine Geistesschulung mit, die ihn von Haus aus dem primitiven Militaristen überlegen macht. Es ist also eine ganz bestimmte gewalttechnische Schulung notwendig, die keinesfalls rein militärisch ist, um das Proletariat zur letzten äußersten Entscheidung vorzubereiten. ... Ebenso wie die Truppen die Fehler unfähiger Führer immer und immer gutgemacht haben, so glaube ich auch felsenfest an die Güte und Richtigkeit der ganzen Arbeiterbewegung und an die Klarheit und den richtigen Instinkt der Arbeiter, daß sie im entscheidenden Augenblick das Richtige treffen werden.“ Körner verlangte die Verbundenheit des Schutzbundes mit der Führung des Klassenkampfes, die verlorenginge, „wenn der Schutzbund eigene Wege gehen oder geistlos militarisiert würde“.

Da die sozialdemokratische Parteiführung die Anschauungen Körners ablehnte und Eifler zum technischen Leiter des Schutzbundes bestimmte, trat Körner aus der Leitung aus. Doch befaßte er sich auch weiter mit Fragen des Schutzbundes, und es sind auch aus späteren Zeiten Schriftstücke zur Lage im Schutzbund und zu dessen Aufgaben erhalten. Ihre Analyse ergibt jedoch eine mit der militärpolitischen Auffassung des Leninismus unvereinbare Unterschätzung der Organisiertheit. Die Bolschewiki hatten sowohl in der Revolution von 1905 wie in der Oktoberrevolution eine straff zusammengefaßte militärische Organisation, die den Kampf der Massen nicht ersetzen, ihm jedoch die militärische Stütze geben sollte, wobei die Partei eine einheitliche zielbewußte Führung darstellte. Daher

kann auch die Tatsache der militärischen Ausbildung und Bewaffnung des Schutzbundes nicht als Fehler, nicht als Ursache der Niederlage beurteilt werden. Nur eine kampffentschlossene Parteiführung sowie die Verbindung der militärisch geschulten Truppe mit der Aktivität der Massen hätten Siegeschancen geboten. Körners Vorstellungen sind stark von einer falschen Spontaneitätstheorie beeinflusst. Er ging dabei so weit, Eifler vorzuwerfen, daß sein Aktionsplan den Schutzbund zu Ungesetzlichkeiten aufhetzte, was Körner „ein Verbrechen an der Arbeiterschaft“ nannte. Damit hatte Körner doppelt unrecht, weil ja auch Eifler nur an eine Verteidigungsaktion dachte. So recht also Körner mit seiner Einschätzung der falschen Schutzbundpolitik und [195:] mit seinen militärischen und taktischen Ratschlägen hatte, so sah er an dem Kern der Sache vorbei.

Die politischen Ursachen

Die entscheidende Ursache für die spätere Niederlage lag nicht dort, wo sie Körner suchte. Sie lag vielmehr im Widerspruch zwischen dem revolutionären Willen der Schutzbundmitglieder wie der klassenbewußten Arbeiter und der Politik der sozialdemokratischen Führung. Was Körner vorschlug, hätte zur Voraussetzung gehabt, daß die sozialdemokratische Parteiführung dem Schutzbund revolutionären Kampfgeist und eine revolutionäre Zielsetzung gegeben hätte. In Wirklichkeit aber hat die Führung der Sozialdemokratie niemals die *Aktion* des Schutzbundes ernsthaft ins Kalkül gezogen. Sie hat ihn – neben seinen Funktionen, die Aktivität der radikalsten Sozialdemokraten zu bändigen und ein Ausbrechen wie am 15. Juli 1927 zu verhindern sowie die Arbeiterschaft in Sicherheit zu wiegen – immer nur als politisches Druckmittel betrachtet. Die vielfachen Vorschläge zur inneren Abrüstung, auf die sozialdemokratische Historiker und Politiker noch heute stolz sind, waren hingegen niemals bloße Manöver, vielmehr immer ernst gemeint gewesen. Die sozialdemokratische Führung hat eine Gefahr immer nur von seiten der faschistischen Verbände gesehen (wenn sie sie gesehen hat). Niemals aber war sie auf den Gedanken gekommen, daß die staatliche Gewalt zur Errichtung der faschistischen Diktatur ausgenützt werden könnte. Die militärpolitischen Grundsätze Eiflers mit ihrer „Entpolitisierung“ und dem „militärischen Gehorsam“ waren der Parteiführung auf den Leib geschrieben. Das Unterdrücken jeder Initiative von unten, das sture Abwarten des Befehls von oben war für sie notwendig, um die Kapitulationsparole des Gewehr-bei-Fuß-Stehens durchzusetzen. Und Körner sah nicht, daß seine Forderungen im Rahmen einer vom Opportunismus geführten Organisation nicht erfüllt werden konnten. Er konnte es auch nicht erkennen, solange er Sozialdemokrat blieb. „Körner, der von der Seite des bewaffneten Kampfes her die verhängnisvolle Unrichtigkeit der Politik der SPÖ erkannte, hat jedoch ihre Wurzel nicht erkannt (den kleinbürgerlichen Reformismus), und er hat daher auch nicht die politischen Konsequenzen gezogen. Es ist sehr bedeutsam, daß er – der Mahnung von Engels und Lenin folgend – den bewaffneten Kampf der Arbeiterklasse ernst nahm, die Bedingungen dieses Kampfes gründlich studierte und dabei zu revolutionären Kon-[196:]sequenzen kam. Obwohl er auch das Primat der politischen Führung gegenüber der militärischen voll anerkannte, hat er doch nicht die Konsequenzen aus der Tatsache gezogen, daß die Führung der SPÖ zu einem revolutionären Kampf nicht bereit war. Das war sein Fehler.“ (Friedl Fürnberg in „Weg und Ziel“, Nr. 2/1973, S. 66. – Alle anderen Zitate aus Dokumenten von Körner im Dokumentationszentrum des österreichischen Widerstandes; aus dem Buch von Eric C. Kollmann und dem Artikel von Ilona Duczynska-Polanyi in „Weg und Ziel“, Nr. 3/1973, und N. Leser, a. a. O.)

Im übrigen muß auch vermerkt werden, daß Körner an allen entscheidenden Tagen *gegen* die Anwendung der Gewalt gewesen war, wie am 15. Juli 1927, am 13. September 1931, am 15. März 1933 und selbst am 12. Februar 1934. So scheint es durchaus der Logik der Dinge zu entsprechen, wenn er sich auch nach 1945 wieder in den Dienst der alten sozialdemokratischen Führung und ihrer jüngeren Nachfolger gestellt hat.

Die Defensive ist der Tod des Aufstands

Was die militärtaktischen Ursachen der Niederlage anbelangt, war der entscheidende Fehler der Befehl, sich an den Sammelpunkten, vor allem in den Gemeindehäusern, zwar zu bewaffnen, aber von den Waffen erst dann Gebrauch zu machen, wenn die Exekutive angriff. Dadurch wurde die Initiative dem Gegner überlassen, und es ergab sich die sonderbare Umkehrung, daß diese Gemeindehäuser

wohl glänzende Stützpunkte für die Verteidigung wurden, daß aber offensive Aktionen, nachdem der Gegner mit Maschinengewehren oder gar Artillerie vor ihnen Stellung bezogen hatte, nicht mehr möglich waren. Es genügten kleinere Posten, um die in den Häusern verbarrikadierten Schutzbündler in Schach zu halten.

Dieser Befehl widersprach eklatant den von Marx und Engels aufgestellten, von Lenin glänzend angewendeten Grundsätzen für einen bewaffneten Aufstand. In seiner Artikelserie „Revolution und Konterrevolution in Deutschland“, die Engels im Namen von Marx verfaßte, schrieb er: „Erstens darf man nie mit dem Aufstand spielen, wenn man nicht entschlossen ist, allen Konsequenzen des Spiels Trotz zu bieten. ... Zweitens, ist der Aufstand einmal begonnen, dann handle man mit der größten Entschiedenheit und ergreife die Offensive. Die Defensive ist der Tod jeder bewaffneten Erhebung; diese ist verloren, ehe sie sich noch mit dem Feind gemessen hat.“

[197:] Es wird sogar von feindlichen Beobachtern anerkannt, daß die Arbeiter im Februar nicht unbedingt hätten unterliegen müssen, vielmehr hätten sie bei richtiger Strategie und Taktik auch siegen können. Der damalige Chef des Bundespressedienstes und enge Vertrauensmann von Dollfuß, Emil Ludwig, schätzte später die Kämpfe in Wien folgendermaßen ein: „Überblickt man die Situation in Wien selbst nach dem Ausbruch der blutigen Auseinandersetzungen, so muß auch der Laie zu einem Ergebnis kommen: Der erste Bezirk, Sitz der Regierung und aller Verwaltungsmittelpunkte, war noch durch Stunden beinahe ungeschützt. Hätte der Republikanische Schutzbund sofort nach einer Entscheidung zum Kampfe einen ernsten Vorstoß unternommen, so hätte es keinem Zweifel unterliegen können, daß er sich über den ersten Bezirk hinweg in den Besitz von Wien gesetzt hätte. ... Ob sie mit dem Besitz Wiens oder seiner wichtigsten Punkte die Schlacht für sich entschieden hätten, bleibt eine offene Frage. Aber dieser Anfangserfolg wäre ohne größere Schwierigkeiten zu erzielen gewesen, denn erst in den Mittagstunden begann man mit der Verbarrikadierung der Zufahrtstraßen zum ersten Bezirk. Dieser Erfolg wäre für den Republikanischen Schutzbund auch dann sicher gewesen, wenn noch größere Teile der Arbeiterschaft, als es geschah, sich dem Rufe der sozialdemokratischen Parteileitung versagt hätten. ... Bauer und Deutsch hatten zu Beginn ihrer Operation eine festgeschlossene, geschulte Truppe von 25.000 Mann in der Hand, der Regierung gegenüber zunächst eine bedeutende Übermacht. Sie wurde taktisch nicht ausgenützt, und so wurden nur die städtischen Wohnbauten die vornehmsten Kampfobjekte.“ (Emil Ludwig: Österreichs Sendung im Donauraum, Wien 1954, S. 121.)

Die Ursache für diese taktische Einstellung ist uns bekannt, es war der Befehl zu warten, bis man angegriffen wird. Der Befehl aber ist aus der Grundeinstellung der sozialdemokratischen Parteiführung heraus erfolgt, mit der Gewalt zu drohen, um Verhandlungen zu erreichen. Wie weit dieser Befehl mit dem Eiflerschen Aktionsplan übereinstimmte, kann nicht festgestellt werden, weil dieser Plan bis heute unauffindbar ist. Es kann aber festgestellt werden, daß die Schutzbündler selbst sich aus ihrem gesunden proletarischen Empfinden heraus an so manchen Orten über die Defensivideologie hinweggesetzt haben und, wie wir das im ersten Teil unserer Schrift gezeigt haben, zu offensiven Aktionen geschritten sind. Der vom österreichischen Ministerium für Landesverteidigung 1935 herausgegebene Bericht „Erfahrungen anlässlich der Assistenzleistungen zur Unterdrückung der Aufstände im Jahre 1934“ stellt auf Seite 19 fest: „In den kleineren Städten der Mehrzahl der Bundesländer waren die aufrührerischen [198:] Handlungen des Schutzbundes fast durchwegs offensiver Natur und äußerten sich vorwiegend in der gewaltsamen Besetzung bundesstaatlicher Ämter, Überrumpelung und Entwaffnung von Gendarmerieposten und Heimwehrunterkünften, in Überfällen gegen einzelne Personen der Sicherheitsexekutive oder der Wehrverbände, in der Unterbrechung von Verkehrslinien und ähnlichen Anschlägen. Diese verbrecherischen Taten waren von regelrechten Kampfhandlungen begleitet, denen zahlreiche Angehörige aus den Reihen der öffentlichen Sicherheitsorgane und der Wehrverbände zum Opfer fielen.“

Allerdings gelang es infolge des Versagens der sozialdemokratischen Kampfführung nirgends, größere geschlossene Verbände in die Offensive zu führen. In dem zitierten Bericht heißt es weiter: „Zu einem offensiven Auftreten größerer Massen bewaffneter Revolutionäre auf Plätzen oder im offenen

Gelände kam es nicht. Es handelte sich zumeist um Vorstöße von Schutzbündlern in der Stärke von Abteilungen von 50 bis 300 Männern.“

Ein weiterer entscheidender Grund für die Niederlage war das Fehlen einer einheitlichen Kampfleitung, die die vereinzelt Kampferfolge zu einer Generaloffensive hätte zusammenfassen können, vorausgesetzt, sie hätte dies wollen. Auf dem Funktionieren der Zentralen Kampfleitung war der ganze Aktionsplan des Schutzbundes und die gesamte militärische Ausbildung der Schutzbündler aufgebaut worden. Daher waren die Schutzbundabteilungen nicht zu eigener energischer Initiative erzogen worden, sondern zur strengsten Disziplin und zum Abwarten der Befehle von oben. Die militärische Disziplin hatte gewiß ihre positiven Seiten und ist in einer militärischen Organisation unabdingbar. Aber ihre Schattenseite war die Unterordnung unter eine falsche, reformistische und in Wirklichkeit nicht kampfgebillte Führung. Ihre Schattenseite war das Fehlen jeder Erziehung zum selbständigen Handeln, die doch ein notwendiges Korrelat zur Disziplin ist.

Eng verbunden mit der falschen Erziehung zur Disziplin als alleinige Tugend war die legalistische Einstellung, die es mit sich brachte, daß die Schutzbündler vor allem in Wien die notwendigsten Maßnahmen im Namen des Schutzes von Volkseigentum unterließen. Fast nirgends wurden Zufahrtswege, Brücken, Unter- und Überführungen gesprengt, Autos requiriert oder gar Geiseln festgenommen, wie sich das in den revolutionären Erhebungen immer als notwendig erweist. Bezeichnend ist, daß die kämpfenden Schutzbündler sogar darauf verzichteten, sich auf „ungesetzliche Weise“ Lebensmittel zu verschaffen, und lieber vor Erschöpfung die Waffen sinken ließen. Nach dem Ende der Februarkämpfe berichtete die Frau von Koloman Wallisch, Paula, vor dem [199:] Gericht Ähnliches aus Bruck an der Mur: „Einige Schutzbündler waren zu mir gekommen und hatten mir gesagt, daß die Leute, falls nicht Essen ausgegeben werde, gezwungen seien, sich selber etwas zu holen. Als ich das Koloman berichtete, erklärte er den Schutzbündern: Geplündert wird nichts! Wir sind keine Räuberbande, wir sind Menschen, die für die Freiheit kämpfen! Wer auf eigene Faust plündert, wird als Schädling unseres heiligen Kampfes betrachtet und rücksichtslos von uns selber erschossen!“ (Paula Wallisch: Ein Held stirbt, Karlsbad 1935, S. 234.) Schwerwiegend war der Fehler, daß die Kenntnis der Waffenverstecke in sehr vielen Fällen auf jene Schutzbundfunktionäre beschränkt war, die vor dem 12. Februar in die Hände der Polizei gefallen waren, wobei in so manchen Fällen diese sich gern verhaften ließen. Auch hierfür war Ursache die Angst der sozialdemokratischen Führung vor einer möglichen spontanen Aktion. Sie hat auch nicht genügend Vorsorge für Ersatzkommandeure an Stelle von Verhafteten oder Überläufern getroffen. Das führte zum Ausfall solch wichtiger Schutzbundorganisationen, wie der von Brigittenau, des Kreises West oder von Niederösterreich. Der Zusammenschluß der Floridsdorfer mit den Brigittenauer Schutzbundkämpfern, die Unterstützung der Simmeringer und Favoritner durch den Wiener Neustädter Schutzbund hätte die militärische Situation mit einem Schlag zugunsten der Arbeiter geändert.

Der Hauptgrund der Niederlage allerdings ist – darüber sind sich Freund und Feind einig – der Umstand, daß der bewaffnete Kampf ohne Unterstützung durch den Generalstreik geführt wurde. Doch vergeblich versuchten und versuchen sozialdemokratische Parteiführer und Historiker die Schuld dafür auf die Massen abzuwälzen. Wir haben dargestellt, wie systematisch die verderbliche Politik der SPÖ-Führung die Kampfkraft der Massen untergraben hat, wie eine Gruppe der Arbeiterklasse – Eisenbahner, Zeitungsarbeiter und andere – nach der anderen im Stich gelassen worden war, was sie demoralisiert und kampfmüde machen mußte. Verderblich hat sich die Taktik der SPÖ ausgewirkt, auf den großen Tag zu warten, an dem der Generalstreik wie durch einen Knopfdruck ausgelöst würde, statt ihn auch durch Teilkämpfe vorzubereiten, für ihn rechtzeitig zu agitieren und auch die rückständigsten Schichten für ihn zu gewinnen. Wir haben gesehen, wie es ihr nicht einmal gelungen ist, den Generalstreikbeschuß, den sie im letzten Augenblick, als die Kämpfe bereits in Gang waren, faßte, auch wirklich zur Kenntnis aller zu bringen. Und wir haben gesehen, wie in einer ganzen Reihe von Bundesländern die dortigen sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer den Generalstreikbeschuß sabotierten oder gar zum Feind überliefen. Aber selbst nach Ausbruch [200:] der Kämpfe hätten erste militärische Erfolge einen tatsächlichen Generalstreik auslösen können, aber es gab sie nicht, wiederum wegen der verhängnisvollen falschen Führung durch die Sozialdemokratie.

So ist es eine unerhörte Anmaßung, wenn sich die heutige Sozialdemokratie als Erbin der Februartkämpfer darzustellen versucht. Eine Tatsache ist, daß die kämpfenden Schutzbündler Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei gewesen sind, aber eine andere Tatsache ist, daß deren Führung den Kampf nicht gewollt, nicht geführt hat, sondern an der Niederlage Schuld trägt. Zwar ist es der heutigen Sozialistischen Partei gelungen, diese Tatsachen im Bewußtsein der österreichischen Arbeiterschaft zu verdunkeln, und gerade die Inanspruchnahme des moralischen Kapitals der Februartkämpfer hat es ihr ermöglicht, an die Tradition der alten Partei anzuknüpfen. Aber die Zeitgenossen und die Kämpfenden selbst waren 1934 zur Erkenntnis gekommen, daß es anders werden müsse.

III. Teil

Die Lehren des Februar

Die internationale Bedeutung der Februarkämpfe

Die Februarkämpfe in Österreich hatten nicht nur eine rein österreichische Bedeutung, sie waren vielmehr ein sehr wichtiges Glied in dem Abwehrkampf der internationalen Arbeiterklasse gegen die Offensive des Faschismus auf die demokratischen Rechte und die Freiheit der Völker. Sie stellten – nach dem bulgarischen Septemberaufstand von 1923 – die erste bewaffnete Abwehraktion gegen den Vormarsch des Faschismus dar. Sie fielen in eine Zeit, in der die Abwehr des Faschismus zur Hauptaufgabe in einer ganzen Anzahl von Ländern wurde. Zu gleicher Zeit ließ die französische Monopolbourgeoisie ihre faschistischen Banden auf das Volk los und versuchte, ihre faschistische Diktatur zu errichten. Aber die Arbeiter von Paris erhoben sich, als zehntausende Faschisten am 6. Februar 1934 das Parlament zu stürmen versuchten, zum Schutz der französischen Republik, und versperrten ihnen den Weg. Sie errichteten auf den Straßen und vor allem in den Vororten von Paris Barrikaden. Der faschistische Putschversuch wurde niedergeschlagen.

Um den Willen der Arbeiterklasse zu bekunden, den Faschismus niemals an die Macht kommen zu lassen, traten am 12. Februar, dem Tag, als die Kämpfe in Österreich ausbrachen, mehr als 4,5 Millionen Arbeiter und Angestellte, dem Rufe der französischen Kommunistischen Partei und der Sozialistischen Partei sowie der Gewerkschaftsorganisationen folgend, in den Generalstreik. Mehr als 1,3 Millionen Männer und Frauen demonstrierten auf den Straßen der französischen Städte, ungeachtet der Angriffe von Polizei und Gendarmerie, die auch von den faschistischen Prügelhelden unterstützt wurden, ihren Willen zur Verteidigung ihrer demokratischen Rechte. Nach offiziellen Angaben gab es bei den Zusammenstößen zahlreiche Tote und Verwundete. Um den Preis [202:] dieser Opfer aber vermochte die französische Arbeiterklasse die faschistischen Pläne zu durchkreuzen und den faschistischen Umsturz zu verhindern. Die auf der Straße verwirklichte Aktionseinheit führte schließlich – nach Überwindung großer Schwierigkeiten – zum Abschluß eines Einheitsfrontabkommens zwischen den beiden Arbeiterparteien Frankreichs und dann zur Bildung der Volksfront mit demokratischen Mittelschichten, die bei den Wahlen von 1936 die Mehrheit errang und die erste Volksfrontregierung bilden konnte.

Der völlig andersgeartete Ausgang der Kämpfe in Frankreich und in Österreich vermittelte der internationalen Arbeiterklasse wertvolle Lehren. Das französische Volk verdankte seinen Sieg in erster Linie dem Umstand, daß es eine mächtige Kommunistische Partei besaß, die sich wohlverdienter Autorität in der Arbeiterschaft erfreute. Diese Partei verstand es ferner unter Überwindung von linkem Sektierertum in den eigenen Reihen durch eine erfolgreiche Massenarbeit auch die Anhänger der Sozialistischen Partei zu mobilisieren und durch deren Druck die widerstrebenden sozialistischen Partei- und Gewerkschaftsführer für die Einheitsfront der Arbeiter zu gewinnen.

Die geeinte Arbeiterklasse übte eine gewaltige Anziehungskraft auf die kleinbürgerlichen Volksschichten aus und schuf damit die Voraussetzung des gemeinsamen Kampfes zur Verteidigung der Demokratie gegen die Drohung des Faschismus.

In Österreich zählte die SPÖ etwa 650.000 Mitglieder und 1.500.000 Wähler und repräsentierte somit 90 Prozent der Arbeiter, zwei Drittel der Bevölkerung Wiens und die Mehrheit der Städter. So konnten die Führer der SPÖ behaupten, daß die Einheit der Arbeiterklasse in ihren Reihen verwirklicht sei. Aber gerade am Beispiel Österreichs zeigte sich, wie richtig Lenins Lehre war, der immer wiederholte: „Die Einheit ist eine große Sache und eine große Losung! Doch die Arbeitersache braucht die Einheit unter den Marxisten, nicht aber die Einheit der Marxisten mit den Gegnern und Verfälschern des Marxismus.“ (Werke, Bd. 20, S. 228.)

Der Austromarxismus, die SPÖ, verkörperte aber gerade diese falsche Einheit und spaltete die revolutionäre Kampffront der Arbeiterklasse. So fehlte der österreichischen Arbeiterklasse an entscheidenden Wendepunkten ihrer Geschichte die revolutionäre Führung. So ging sie den Leidensweg von der verpaßten Revolution von 1918 zu der Aufrichtung der faschistischen Diktatur im Februar 1934.

Wochen und Monate vor dem Ausbruch der Februarkämpfe hatte das ZK der KPÖ den Generalstreik, die Bewaffnung der Arbeiter und die revolutionäre [203] Erhebung propagiert. Die Kommunisten hatten immer wieder darauf hingewiesen, daß es unmöglich und unreal sei, den Kampf plötzlich an einem bestimmten Tag proklamieren zu wollen, sondern daß man die Arbeiterschaft durch Teilkämpfe dazu mobilisieren müßte. Im Februar selbst standen die Kommunisten ihren Mann und lieferten Beispiele von Heldenmut, wenngleich der geschlossene, exklusive Charakter des Schutzbundes der Teilnahme von Kommunisten Schranken setzte. Wo immer Kommunisten waren, sind sie in der vordersten Reihe der Kämpfer gestanden. überall haben die Kommunisten versucht, die Schutzbündler aus ihren Stellungen heraus zum Angriff zu bringen. Wo sozialdemokratische Funktionäre sabotierten, versuchten Kommunisten den Kampf zu organisieren. Obwohl die KPÖ in den Jahren der antifaschistischen Mobilisierung vor 1934 Mitglieder und Einfluß gewonnen hatte, hatte sie bei weitem noch nicht die Kraft, die Führung des Kampfes zu übernehmen, ihm einen anderen Charakter zu geben und ihn zum Sieg zu führen. Erst die Februarkämpfe öffneten vielen tausenden Arbeitern die Augen über die verderbliche Politik ihrer bisherigen sozialdemokratischen Führung und brachten sie in die Reihen der KPÖ, deren Politik in den vergangenen Jahren nun durch bittere Erfahrungen als richtig bestätigt worden war.

Der unterschiedliche Ausgang der Kämpfe in Österreich und in Frankreich zeigte deutlich, welche Einheit die Arbeiterklasse braucht: nicht die passive Einheit in der Organisation mit Unterwerfung unter die opportunistische Führung, sondern die aktive Einheit im Kampf, wie sie von den Kommunisten propagiert und organisiert wird. Diese Lehre haben uns die Helden der Februarkämpfe von Österreich und Paris hinterlassen: Das höchste Gebot ist die kämpfende Einheit der Arbeiterklasse.

Ungeachtet ihres Ausgangs waren und bleiben die Februarkämpfe in Österreich eine der großen und wichtigen Klassenauseinandersetzungen in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung. Sie haben nicht nur einen Wendepunkt in der Entwicklung der österreichischen Arbeiterschaft eingeleitet, sondern waren auch ein schwerer Schlag gegen die Politik und die Theorie der Sozialdemokratie und der II. Internationale. Sie führten dazu, daß viele Arbeiter die Notwendigkeit des revolutionären Klassenkampfes erkannten. Die Kämpfe des Februar haben wesentlich dazu beigetragen, die Niedergedrücktheit, die mancherorts nach dem Schock der Hitlerschen Machtergreifung in Deutschland Platz ergriffen hatte, zu zerstreuen und neuen Kampfesmut in die Reihen der Arbeiterklasse zu tragen. In diesem Sinne leiteten sie eine neue Etappe in der internationalen Arbeiterbewegung ein, förderten und verstärkten sie die Entschlossenheit zur antifaschistischen Gegenoffensive.

Sie haben bewiesen, daß es eine Alternative gegen die kampflose Kapitulation vor dem Faschismus gibt. Sie waren eine anschauliche Warnung nicht nur für die österreichische Bourgeoisie, sondern auch für die Bourgeoisie aller Länder. Sie haben die französische Arbeiterklasse in ihrem Kampf gegen die drohende faschistische Diktatur bestärkt, sie waren ein leuchtendes Beispiel für die Kämpfer der spanischen Republik gegen die faschistischen Aufständischen, sie fanden ihren Widerhall in der Widerstandsbewegung gegen die Aggression Hitler-Deutschlands, und sie haben weit über die Grenzen Europas hinaus für die antiimperialistische Volksfront in den unterdrückten und Kolonialländern Asiens und Lateinamerikas gewirkt.

Die Legende von der kämpfenden Sozialdemokratie

Die Februarkämpfe in Österreich zerstörten auch die Legende vom kämpferischen Charakter der Sozialdemokratie Österreichs. Sie haben die Ehre der österreichischen Arbeiter gerettet, aber den Zusammenbruch der reformistischen Illusionen über ein friedliches, schmerzloses Hineinwachsen des Kapitalismus in den Sozialismus gezeigt. Sie bewiesen den Arbeitern der ganzen Welt, welcher gewaltiger Widerspruch zwischen ihrem Willen zur Verteidigung der Demokratie und zur Eroberung des Sozialismus und der Politik ihrer reformistischen Führer auch in den Ländern bestand, wo diese Führer ihre Politik durch radikale, revolutionäre Worte tarnten. Zwar versuchten und versuchen noch bis heute sozialdemokratische Ideologen, die Taten der Arbeiter der sozialdemokratischen Partei zuzuschreiben und deren Verdienste für die Partei in Anspruch zu nehmen.

Aber die historische Forschung entlarvt immer mehr den lügenhaften Zweckcharakter solcher Behauptungen. Keine zehn Tage nach Beginn der Februarkämpfe schrieb der Verfasser dieser Arbeit in der Baseler „Rundschau“, der Pressekorrespondenz der Kommunistischen Internationale: „Aus dem Blute der Opfer des österreichischen Februaraufstandes versucht bereits jetzt schon die II. Internationale politisches Kapital zu schlagen. Die SPÖ versucht den Anschein zu erwecken, als ob sie die Initiatorin und Führerin der heldenmütigen Kämpfe gewesen sei. Es soll eine Legende entstehen von der kühnen revolutionären Sozialdemokratie Österreichs, die das stark beschädigte Ansehen der – [205:] II. Internationale heben soll. Die Schande der SPD, so lautet die Legende, sei durch die mutigen Kämpfe der SPÖ gesühnt worden.“ (Der Austromarxismus und der Februaraufstand. Von Gustav (Wien). In: Rundschau, Nr. 17, 22. Februar 1934, S. 595.)

Und in der Tat gibt es seit jener Zeit kaum einen sozialdemokratischen Historiker der diese Legende nicht wiederholte. Nur selten findet sich eine Stimme wie die von N. Leser, der in seiner Gegnerschaft gegen Otto Bauer und aus seiner Stellungnahme für den offenen Reformismus von Karl Renner heraus einiges zugibt, wenn er schreibt: „Der 12. Februar ist auf keinen Fall ein Ruhmesblatt für die politische und militärische Führung der österreichischen Sozialdemokratie, sie ist keine Bestätigung, sondern ein Zusammenbruch der Politik Bauers und Deutschs. Wenn Bauer und Deutsch später die Ereignisse als Bestätigung der Größe und des Heroismus der österreichischen Arbeiterklasse deuteten und feierten, so waren sie durchaus im Recht, nur daß sie persönlich nichts anderes taten, als sich durch Ausrufung des Generalstreiks und nachträgliche Heroisierung hinter eine Bewegung zu stellen, die sie nicht geführt, sondern der sie infolge eines verzweifelten ‚Disziplinbruches‘ von unten nur in letzter Minute ihren Lauf gelassen hatten.“ (N. Leser, a. a. O., S. 483.)

Mit Recht schrieb Dimitroff nach seiner Befreiung aus Hitlers Kerker den österreichischen Arbeitern: „Das österreichische Proletariat hätte auch noch im Februar 1934 siegen können, wenn Ihr, sozialdemokratische Arbeiter, es abgelehnt hättet, der Politik der sozialdemokratischen Führer zu folgen ..., wenn Ihr gemeinsam mit den Kommunisten die Organisierung und Führung des Kampfes rechtzeitig in die eigene Hand genommen hättet.“ (Rundschau, Mai 1934, S. 1057.)

Die Losung des „Roten Oktober“

Am 20. Februar 1934 rief die Kommunistische Partei Österreichs den revolutionären Arbeitern zu: „Schließt euch zusammen in der Kommunistischen Partei und unter ihrer Führung vorwärts vorn Februaraufstand zum roten bolschewistischen Oktober! Nieder mit der faschistischen Galgendiktatur! Es lebe Sowjetösterreich!“

Heute wird manchmal die Richtigkeit dieser Losung bezweifelt, weil sie die Arbeiterklasse nicht auf die Wiedereroberung der Demokratie orientierte und die Volkfrontparole, die der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Inter-[206:]nationale später aufstellte, nicht vorbereitete. Diese Parole, heißt es, sei „zu den falschen Zungenschlägen jener Zeit“ zu zählen.

Eine solche Betrachtungsweise geht nicht von der konkreten Situation, sondern von nachträglichen abstrakten Forderungen aus, kommt also zu falschen Schlußfolgerungen. Das Hauptmerkmal der Situation unmittelbar nach dem Februar war das Fehlen einer Depressionsstimmung beim Großteil der Arbeiter und die feste Überzeugung ihres fortgeschrittensten Teils, daß die bisherigen Methoden versagt hatten, daß die Politik der Sozialdemokratie zum Bankrott geführt hatte. In dieser Situation war es die erste Aufgabe der KPÖ, diesem Teil der Arbeiter eine Sammellosung zu geben, die seinen Zusammenhalt gefördert, seinem Kampfwillen Ziel und Weg gewiesen hat. Eine solche Losung konnte angesichts des Zusammenbruchs der Illusionen vom bürgerlich-parlamentarischen Weg, vom sozialdemokratischen Weg nur die Losung der Arbeitermacht, der Diktatur des Proletariats sein. Die klassenbewußte Arbeiterschaft konnte damals keine andere Alternative zur faschistischen Dollfuß-Diktatur erblicken als den Übergang zur Arbeitermacht. Das sahen nicht nur die Kommunisten, die seit dem Jahre 1918 diese Erkenntnis vertreten und in die Arbeiterschaft getragen hatten. Das brachten

auch Otto Bauer und andere Führer der Sozialdemokratie zum Ausdruck, die sich nunmehr zur Diktatur des Proletariats bekannten.*

Die Losung „Vom Februar zum Oktober“ drückte diese Erkenntnistausender Arbeiterfunktionäre und zehntausender Arbeiter prägnant aus und brachte ihre Aktivität zur Entfaltung.

Es ist auch nicht etwa so, daß nur der Gedanke, der dieser Losung zugrunde lag, richtig, die Losung selbst aber falsch war. Falsch wäre die Losung nur in dem Falle gewesen, wenn sie als *Aktionslosung* gemeint gewesen wäre, wenn man den „Roten Oktober“ als Aufstandsdatum aufgefaßt hätte. Es kann nicht bestritten werden, daß so manche Führer der „Revolutionären Sozialisten“ und so manche Mitglieder des „Revolutionären Schutzbundes“ wirklich geglaubt hatten, bis Oktober 1934 die faschistische Diktatur stürzen zu können. Aber diese von ihnen so genannte „kurze Perspektive“ war niemals die der [207:] Kommunistischen Partei. Für die Kommunisten – und sie unterließen es nicht, dies den Massen zu sagen – bedeutete diese Losung erstens das Aufzeigen des Endzieles und zweitens die Feststellung, daß die Arbeiterklasse zwar eine Schlacht, nicht aber den Kampf verloren habe, daß der Kampf weitergehe und mit dem Siege der Arbeiter enden müsse. So war die Losung des Roten Oktober kein „falscher Zungenschlag“, sondern hatte den Sinn, keine Depressionsstimmungen zuzulassen, und diese ihre Aufgabe hat sie vollkommen erfüllt.

Am Beispiel des Schutzbundes beweist ungewollt sogar der Sozialdemokrat Otto Leichter die positiven Wirkungen dieser Losung: „Der nach der Februarniederlage überraschend schnell erfolgten Sammlung des Schutzbundes lag außer dem Gefühl der Zusammengehörigkeit und der Opposition gegen die Diktatur der Wunschtraum vom Roten Oktober zugrunde, der überdies von den zu Parallelen mit der Russischen Revolution immer rasch bereiten Kommunisten mit deutlichen politischen Nebenabsichten genährt wurde: Wie auf die russische Märzrevolution von 1917 der Rote Oktober, die bolschewistische Revolution, gefolgt sei, so werde auch in Österreich auf den Februar ein kommunistischer Oktober folgen.“ (Otto Leichter: Zwischen zwei Diktaturen, S. 165.)

Der Inhalt der Losung vom Roten Oktober war nicht eine kalendermäßige Festlegung, sondern das grundsätzliche, politische Bekenntnis zur sozialistischen Revolution. Das wird durch eine interessante Tatsache aus der Geschichte der KPÖ unterstrichen. Als Johann Koplenig am 9. Jänner 1928 wegen seiner Worte am Grabe der Opfer des 15. Juli 1927 vor einem Schwurgericht stand, schloß er seine Erklärung mit den Sätzen: „Im Juli 1917 haben die russischen Arbeiter ebenfalls erfolglos gekämpft, und im Oktober 1917 waren sie wieder auf die Straße gegangen und haben gesiegt! Bei uns wird diese Periode eine längere sein. Aber auch dem blutigen Freitag in Österreich wird ein Roter Oktober folgen.“ Niemandem ist es je eingefallen, in diesen Worten etwas anderes zu sehen als die Zuversicht der Kommunisten, daß auch in Österreich die Arbeiterklasse die Macht ergreifen wird.

Natürlich mußte sich die KPÖ auch gegen Illusionen von der „kurzen Perspektive“ wenden, die besonders von den „Revolutionären Sozialisten“ verbreitet wurden. In einer Sonderausgabe des kommunistischen „Pressedienstes“ (41. Woche vom 7. bis 13. Oktober 1934) wurde unter dem Titel „Über unsere Losung des Roten Oktober“ zu den vielen gesprochen, die „den Tag der Abrechnung kaum mehr erwarten“ konnten: „Wir wissen es, sie sehen den Aufstand schon für diesen Oktober herbei. ... Nach dem Februar-[208]aufstand faßte die Kommunistische Partei die Lehren des bewaffneten Kampfes und der Zielsetzung des Klassenkampfes in Österreich unter der Losung: ‚Vorwärts vom Februar zum Roten Oktober‘ zusammen. Was unsere Partei damit sagen wollte, ist klar: Schluß mit dem Reformismus, vorwärts zum revolutionären Klassenkampf, vom verlorenen bewaffneten Kampf im Februar zur proletarischen Revolution, zum bewaffneten Aufstand. Für die proletarische Revolution

* In diesem Zusammenhang ist es ohne Belang, wieweit es Otto Bauer und anderen mit dieser Losung ernst war. Sein Mitstreiter Julius Deutsch jedenfalls gab zu, daß die radikalen Worte nach 1934 nur als Mittel dienten, den Einfluß auf die Arbeiter nicht zu verlieren. So heißt es in seinem von dem sozialdemokratischen Kritiker Dr. Wiss-haupt zitierten Brief vom 19. April 1935: „Die Parolen, die sich dem Standpunkt der Kommunisten nähern, kommen nicht von Brünn, sondern aus dem Lande selbst. Wir haben wiederholt Bedenken geltend gemacht, mußten aber schließlich einsehen, daß man nicht von Brünn aus leiten kann.“ (Walter Wiss-haupt: Wir kommen wieder! Wien 1967, S. 46.)

wählten wir das Wort ‚Roter Oktober‘ mit Absicht. Wir wollten damit eindeutig auf die Frage antworten: Wie wird der bewaffnete Aufstand in Österreich aussehen? So wie die große proletarische Oktoberrevolution in Rußland! Ihre Hauptlehren, ihre Haupterfahrungen gelten auch für uns. ... Unsere Losung: ‚Vorwärts zum Roten Oktober‘ war daher niemals wörtlich *auf den Oktober 1934* bezogen. Die Losung besagt, daß unser Aufstand ein siegreicher Oktoberaufstand, das heißt, die Zertrümmerung des kapitalistischen Staatsapparates und die Aufrichtung der Diktatur der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte in Österreich sein wird.“

Ausführlich wurde in dem Leitartikel sodann erläutert, daß der bewaffnete Aufstand nur durch die Organisierung von Teilkämpfen vorbereitet werden kann.

Völlig klar hat die KPÖ auch auf dem 12. Parteitag im September 1934 ihren Standpunkt bezogen, als Generalsekretär Kopenig die Frage stellte: „Sind heute schon die Voraussetzungen gegeben, um den unmittelbaren Kampf um die Macht aufnehmen zu können?“ Die Antwort, die von der KPÖ gegeben wurde, lautete klipp und klar, „es besteht kein Zweifel, daß gegenwärtig die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Aufstand noch nicht gegeben sind“. Vielmehr stellte die KPÖ der Arbeiterklasse eine unmittelbare Aufgabe: „Sie muß erst aufs neue ihre Kräfte sammeln, sich aufs neue organisieren und im täglichen Kampf ihre Kräfte messen und stählen.“ (Rundschau Nr. 63, 6. Dezember 1934, S. 2882.) Für die KPÖ war die Losung vom Roten Oktober genauso wie „die spontan aus den Massen heraus immer wiederkehrende Losung ‚Wir kommen wieder‘ ... ein Ausdruck für den ungebrochenen Kampfegeist des österreichischen Proletariats“. (Kopenig in „Inprekorr“, 3. Mai.)

Der Parteitag der KPÖ stellte sich als wichtigste Aufgabe, „die Erkenntnis von der Notwendigkeit und der Möglichkeit der Teilkämpfe in die Massen zu tragen, diese Erkenntnis zum leitenden Gedanken für das revolutionäre Handeln jedes Kommunisten, jeder Parteizelle, jeder Arbeiterorganisation und der gesamten Arbeiterschaft zu machen“. Dies blieb auch gültig, als in der Entwick-[209:]lung sich, die KPÖ die Aufgabe stellte, für die Bildung einer Antifaschistischen Volksfront zu wirken. Diese Lösung wurde auch vom VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale aufgestellt. Für Österreich galt es, wie Kopenig auf dem Weltkongreß ausführte, „auf der Grundlage der proletarischen Einheitsfront in Österreich eine breite Volksbewegung für die Wiederherstellung der Freiheitsrechte der Werktätigen, für den Frieden, für die Unabhängigkeit des österreichischen Volkes zu schaffen“.

Waren die Februarkämpfe ein Aufstand?

Die KPÖ schätzte die Februarkämpfe zunächst als einen revolutionären Massenaufstand des österreichischen Proletariats ein. Sie befand sich damit im Einklang mit dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, das die Kämpfe in Österreich als Aufstand und Beginn eines Gegenangriffs gegen den Faschismus und für die Diktatur des Proletariats ansah. Diese Einschätzung wurde sowohl innerhalb der Kommunistischen Internationale als auch innerhalb der KPÖ allmählich überwunden und durch eine realistischere ersetzt. Einen großen Einfluß hatte dabei der im Einverständnis mit den führenden Genossen der Kommunistischen Internationale geschriebene Brief Georgi Dimitroffs an die österreichischen Arbeiter. Dimitroff verurteilte die kapitulantenhaften Einstellung der rechten sozialdemokratischen Führer, die jammerten, man hätte nicht zu den Waffen greifen sollen. Dimitroff antwortete darauf, daß feige Kapitulation die österreichischen Arbeiter nicht vor der Reaktion gerettet, sondern die Reaktion nur ermutigt hatte.

Die entscheidende Feststellung Dimitroffs war, daß der Februarkampf kein Fehler, sondern eine Heldentat, aber noch *kein Aufstand* war: „Nein, nicht der bewaffnete Kampf der österreichischen Arbeiterklasse war ein Fehler. Der Fehler bestand darin, daß dieser Kampf nicht organisiert war und nicht auf revolutionäre, bolschewistische Weise geführt wurde. Die Hauptschwäche des Februarkampfes der österreichischen Arbeiter bestand darin, daß sie infolge des schädlichen Einflusses der Sozialdemokratie nicht begriffen, daß es nicht genügt, sich gegen den Angriff des Faschismus zu verteidigen, sondern sie ihren bewaffneten Widerstand in einen Kampf zum Sturz der Bourgeoisie und für die Machtergreifung durch das Proletariat verwandeln müssen. Der bewaffnete Widerstand des österreichischen Proletariats gegen den Faschismus ging nicht in einen tatsächlichen bewaffneten Aufstand über. Darin besteht der Hauptfehler.“

[210:]

Keine Depressionsstimmung

Vergeblich glaubten die Austrofaschisten, die Arbeiterbewegung vernichtet zu haben: Der Klassenkampf und sein theoretischer Ausdruck, der Marxismus, sind unausrottbar, solange es eine Arbeiterklasse gibt. Die österreichische Sozialdemokratische Partei war freilich nicht nur verboten, sondern auch zerbrochen. Zerbrochen nicht nur unter den Schlägen der faschistischen Diktatur, sondern auch an der tiefen Enttäuschung zehntausender ihrer Mitglieder, die jetzt den Bankrott der Politik ihrer Führer erkannten. Aber die Versuche, die klassenbewußten Arbeiter in die Netze des Faschismus zu locken, blieben erfolglos. Mit Verachtung antworteten die Arbeiter unmittelbar nach dem Februar auf die Appelle der Dollfuß' und Schuschnigg an den „verleiteten Teil der Arbeiterschaft“, sich in die Vaterländische Front einzureihen. Nicht viel erfolgreicher waren die Bemühungen der Nazi, die aktiven Kämpfer mit dem Versprechen, Rache an Dollfuß zu nehmen, zu sich zu locken. Wohl kam es mancherorts zu Übertritten von Schutzbündlern zu den Nazi, wohl wurde andernorts mit ihnen wegen der Übergabe oder des Verkaufs von Waffen verhandelt – ein Beispiel dafür lieferte Bernaschek, der den Linzer Kampf ausgelöst hatte und dem die Nazi zur Flucht aus dem Gefängnis nach Deutschland verhalfen –, aber all das waren nur Einzelfälle. Die größte Gefahr bestand darin, daß breite Arbeiterschichten aus Enttäuschung und Verzweiflung in Passivität verfallen und sich von jeder Politik fernhalten würden.

Das Verdienst der Kommunistischen Partei

Daß dies nicht geschah, ist in erster Linie das Verdienst der Kommunistischen Partei Österreichs. Sie hatte in der Illegalität ihre Organisationen ausgebaut und stellte nach dem Zusammenbruch der Sozialdemokratie die einzige organisierte und organisierende Kraft der Arbeiterschaft dar. Ein durchaus nicht sehr von den Kommunisten eingenommener Zeuge mußte konstatieren: „Mit heroischem Elan stürzten sich die kommunistischen Kader in den Anfängen der Illegalität in den Kampf gegen die faschistische Übermacht. Unzählige lokale und Betriebszeitungen wurden illegal hergestellt und verbreitet. Kommunistische Flugblätter überschwemmten das Land.“ (Dr. Walter Wisshaupt: Wir kommen wieder! Eine Geschichte der Revolutionären Sozialisten Österreichs 1934-1938, Wien 1967, S. 126.)

Hinter der Kommunistischen Partei Österreichs stand die Anziehungskraft der [211:] großen Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale: „Das Vorbild der russischen Oktoberrevolution, die Macht der Sowjetunion gaben den niedergeworfenen Massen Hoffnung, Programm, Stütze. ... In der Organisation der Kommunistischen Internationale fanden sie eine starke moralische, organisatorische und finanzielle Stütze.“ (Ebenda, S. 125.)

Viele sozialistische Arbeiter haben sich im Februar davon überzeugt, daß der Weg der Kommunisten der richtige gewesen war. Nicht die große SPÖ, sondern die KPÖ hatte die Ereignisse richtig eingeschätzt und die richtigen Losungen gegeben. Mit ihrer Agitation gingen die Kommunisten in die Massen der früheren Sozialdemokraten und durchbrachen die Mauer des Mißtrauens, die sie früher von ihnen getrennt hatte. Tausende, die bisher Mitglieder und Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei gewesen waren, und vor allem die aktivsten traten der illegalen KPÖ bei. Weitere Zehntausende wurden Leser der illegalen kommunistischen Presse und fanden in ihr Zuversicht und Gewißheit des unvermeidlichen Sieges. Die Kommunistische Partei Österreichs, die bis dahin als marxistisch-leninistische Partei die klare *ideologische* Vorhut der österreichischen Arbeiterklasse gewesen war, wurde zur organisierten *ideologischen* und *politischen* Vorhut. Sie wurde in der Illegalität zur Massenpartei.

Rückblickend stellte der Führer der KPÖ, Johann Koplenig, 1957 fest: „Der Februar brachte einen Durchbruch des Gedankens der Einheitsfront ... Aber all das kam nicht von selbst. Die Partei wäre nicht imstande gewesen, so große Teile der sozialdemokratischen Arbeiterschaft zu sammeln, wenn die Kommunisten nicht schon vorher und vor allem in den entscheidenden Tagen des Februar 1934 selbst Schulter an Schulter mit den Schutzbündlern im Kampf gestanden wären. Es war das große Verdienst der Kommunistischen Partei, daß es nach den Februartagen trotz der großen Erbitterung und Enttäuschung über die Politik der SPÖ-Führung den Faschisten nicht gelungen war, die Situation

für sich auszunützen.“ (Johann Koplenig: Ein glorreiches Kapitel der Geschichte der Kommunistischen Partei, „Volksstimme“, 10. Februar 1957.) Ihre Hauptaufgabe sah die KPÖ darin, die Massen zum Kampf gegen die faschistische Diktatur, für die Zurückeroberung ihrer Rechte und der Freiheit der Arbeiterbewegung zu organisieren.

Die Kommunisten riefen den Schutzbündlern, den freien Gewerkschaften zu: „Bleibt beisammen! Laßt euch nicht auseinandertreiben! Verteidigt eure Organisationen, führt sie illegal weiter!“ Sie halfen den Funktionären und Mitgliedern der zerschlagenen Massenorganisationen des Proletariats, ihre [212:] Organisationen illegal wieder aufzubauen und stellten ihre reichen Erfahrungen in der illegalen Arbeit zur Verfügung.

Es gab wohl in den ersten Tagen nach den Februarkämpfen einzelne Unsicherheiten über die Losungen für die weiteren organisatorischen Aufgaben, aber sie wurden sehr rasch überwunden. So propagierten manche in diesen ersten Tagen die Losungen „Bildung antifaschistischer Garden!“ und „Schafft betriebliche rote Gewerkschaftsorganisationen, auch dort, wo etwa die Reformisten versuchen sollten, illegale Gewerkschaftsorganisationen weiterzuführen“. (Parteiarchiv der KPÖ, Zentrales Parteiarchiv beim ZK der KPdSU.) Aber die KPÖ lehnte diese Losungen binnen kürzester Zeit ab. Es waren die Kommunisten, mit deren Hilfe Schutzbündler ihre Organisation als „Autonomer Schutzbund“ oder „Revolutionärer Schutzbund“, als eine überparteiliche, auf dem Boden des Marxismus-Leninismus stehende Organisation wieder aufbauten. Es waren die Kommunisten, die als erste die Initiative zum illegalen Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften ergriffen und zusammen mit sozialdemokratischen Freigewerkschaftern die „Zentralkommission für den Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften“ (Wiederaufbaukommission) bildeten. Ihr gelang es, in den wichtigsten Betrieben die Freien Gewerkschaftsgruppen wieder aufzurichten. Während die Kommunisten mutig an den Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften gingen, verfielen viele frühere reformistische Gewerkschaftsführer in Passivität oder versuchten gar, sich mit der faschistischen Diktatur zu arrangieren. Besonders empörend war der Verrat maßgebender Funktionäre des aufgelösten Metallarbeiterverbandes und einiger anderer Verbände, die unter Polizeiaufsicht ins Ausland reisten, die dorthin geretteten Gewerkschaftsgelder zurückholten und sie dem offiziellen Gewerkschaftsbund überwiesen.

Die proletarische Solidarität

Eine gewaltige Stütze für den illegalen Kampf bildete die überparteiliche „Rote Hilfe“, die unter der Leitung von Kommunisten stand. Ihre seit langem illegal wirkenden Organisationen nahmen sofort die Unterstützung der eingekerkerten Arbeiter und ihrer Familien ohne Unterschied der Parteirichtung auf. Eine bezeichnende Anerkennung zitiert Walter Wisshaupt in seiner Arbeit auf Seite 39 aus dem Bericht der Sozialdemokraten Oberösterreichs vom 5. Mai 1934, wonach „von der KP geradezu großzügige Hilfe geleistet“ wurde, während die Sozialdemokratie keine Hilfe gab. Die notwendigen Geldmittel brachte [213:] die „Rote Hilfe“ durch Sammlungen in Österreich und im Ausland auf. Der Löwenanteil der Spenden stammte von den sowjetischen Werktätigen. Die Gewerkschaften der Sowjetunion stellten eine Million Schilling zur Verfügung, was einem heutigen Geldwert von etwa 20 Millionen Schilling entspricht. Die Verwaltung der Gelder wurde einem Komitee übertragen, das den Namen Ingenieur-Weissel-Komitee erhielt. Die „Rote Hilfe“ unterstützte nicht nur die politischen Gefangenen und ihre Familien, sondern organisierte auch die Flucht von hunderten gefährdeten Kämpfern in die Tschechoslowakei, wobei der damalige Gesandte der Tschechoslowakischen Republik in Wien, Dr. Zdenek Fierlinger, derselbe, der auch Otto Bauer zur Flucht verholfen hatte und später in der tschechoslowakischen Volksdemokratie eine wichtige Rolle spielte, wertvolle Hilfe leistete. Einer großen Anzahl verfolgter Schutzbündler gab die Sowjetunion Asyl und ermöglichte ihnen später, den Kampf gegen den Faschismus mit der Waffe in der Hand fortzusetzen. Hunderte kämpften in den Reihen der Internationalen Brigaden in Spanien, so gut wie alle im Rahmen der Roten Armee oder als Partisanen.

Der 12. Parteitag der KPÖ

Zur Kommunistischen Partei kamen bald Gruppen ehemaliger Sozialdemokraten, die einen neuen Standpunkt suchten. Sie zogen die Lehren aus den Ereignissen und verwarfen die reformistische

sozialdemokratische Politik. In kameradschaftlichen Diskussionen halfen ihnen die Kommunisten, ihre Ansichten zu klären, und viele von ihnen fanden den Weg zur Kommunistischen Partei. Das galt vor allem für die klarste Gruppe linker Sozialdemokraten, die „Rote Front“. Sie erkannte den Unwert der Losung „Einheit um jeden Preis“, wenn sie von einer reformistischen und kapitulantenhaften Führung mißbraucht wird. Der Februar hatte ja eindringlich gezeigt, daß die formale Einheit in einer nichtrevolutionären Partei die lebendige Aktions- und Kampfeinheit nicht ersetzen kann. In der Kommunistischen Partei fanden sie eine neue politische Heimat.

Die neu zur Partei gekommenen Mitglieder brachten ihre engen Verbindungen zu den früher sozialdemokratischen Massen mit. Schon wenige Monate nach den Februarkämpfen fand im September 1934 in Prag der 12. Parteitag der KPÖ statt, vor dem in allen Gebieten Österreichs vorbereitende Konferenzen organisiert worden waren, die die Plattform zum Parteitag diskutierten und die Delegierten wählten. Im Wienerwald und in den Auen der Lobau, in [214:] Bergdörfern, auf Almen und in Schutzhütten wie am Ufer der Donau fanden diese Konferenzen statt, und die Organisationen mußten sehr erfindungsreich sein, um ihre Beratungen vor den Augen der Polizei zu tarnen. Eine der wichtigsten Konferenzen zur Vorbereitung des Parteitages war die Wiener Stadtkonferenz in den Voralpen am Waxeneck, bei der sich die stärkste und konsequenteste Gruppe der linken Sozialisten, die „Rote Front“, der Kommunistischen Partei anschloß.

Der Parteitag konnte feststellen, daß die Verschmelzung der alten und der neuen Kader weitgehend vollzogen war; in allen Leitungen der Partei arbeiteten gleichberechtigt Genossen ohne Rücksicht auf ihre frühere Parteizugehörigkeit. Die Kommunistische Partei betrachtete dies mit Recht als Bestätigung ihres anderthalb Jahrzehnte unter schwierigsten Bedingungen geführten Kampfes. Sie sah darin eine Bestätigung für die Richtigkeit ihrer Grundlinie, wobei die KPÖ feststellte, im Laufe ihrer Geschichte Fehler gemacht zu haben, die ihr den Zutritt zu den sozialdemokratischen Massen erschwert hatten. Aber sie ließ es nicht zu, daß Fehler der Kommunistischen Partei den Fehlern der Sozialdemokratischen Partei gleichgestellt wurden. Denn die Fehler der Kommunisten beruhten auf Abweichungen von einer prinzipiell richtigen, revolutionären, marxistisch-leninistischen Linie, die Fehler der Sozialdemokratie aber entsprangen ihrer allgemeinen, reformistischen, kapitulantenhaften Politik. „Rückblickend“ erklärte Kopenig, „kann die Partei mit Stolz feststellen, daß sie in allen wesentlichen Fragen recht behalten hat, und dies war auch der entscheidende Grund für das Wachstum ihres Ansehens und ihres Einflusses seit Februar.“ Gleichzeitig anerkannte die KPÖ durch den Mund von Kopenig rückhaltlos auch die Verdienste der aus der SPÖ gekommenen Funktionäre und Arbeiter: „Aber wenn heute die Kommunistische Partei zur Massenpartei des österreichischen Proletariats wird, dann ist das nicht allein das Verdienst unserer alten Kader, ihrer mühevollen jahrzehntelangen zähen Arbeit, sondern es ist auch ein Verdienst jener neuen tausenden Arbeiterfunktionäre und jener zehntausenden wirklich linken Arbeiter, die bis zum Februar in der Sozialdemokratie standen, aber dort im Kampf gegen den Reformismus trotz ihren Illusionen wertvolle Pionierarbeit für den Kommunismus leisteten. Sie haben manche Fehler gemacht, und wir mußten sie politisch oft bekämpfen, aber auch bei uns waren in der Vergangenheit manche Fehler und sektiererische Schwächen, insbesondere in unserem Verhalten gegenüber den revolutionären sozialdemokratischen Arbeitern zu verzeichnen.“ (A. a. O.) Die Einheit alter und neue Kader drückte sich auch in der Zusammensetzung des neuen [215:] Zentralkomitees der KPÖ aus, in das mehr als zur Hälfte neue Parteimitglieder gewählt wurden, unter ihnen Franz Schuster, einer der Führer der „Roten Front“, und Ernst Fischer, ein früherer Redakteur der „Arbeiter-Zeitung“.

Der 12. Parteitag stellte die Aufgabe, die KPÖ zum Kristallisationspunkt für die gesamte österreichische Arbeiterbewegung im Kampf für die Interessen der Arbeiterschaft, für den Sturz der faschistischen Diktatur und die Wiederherstellung der Freiheit der Arbeiterbewegung zu machen. Das erforderte, daß die Kommunisten ihre Anstrengungen nicht auf die Stärkung der KPÖ beschränkten, sondern sich um die Herstellung der Einheitsfront aller gegen die faschistische Diktatur kampfwilligen Kräfte bemühten.

Die „Revolutionären Sozialisten“

Die alte Sozialdemokratische Partei konnte ihre Organisationen in Österreich nicht wiederherstellen. Aber es bildeten sich einige Gruppen früherer Sozialdemokraten, die eine Verschmelzung mit der Kommunistischen Partei nicht wünschten. Sie bestanden unter verschiedenen Namen, wie „Febristen“, „Der Achtzehner“, und am häufigsten unter Ausnutzung von Namen aus der Frühgeschichte der russischen Arbeiterbewegung, wie „Funke“, „Bund zur Befreiung der Arbeiterklasse“, „Was tun?“ und andere, weil sie schon durch ihren Namen andeuten, wollten, daß sie mit der alten bankrotten Partei nichts gemeinsam haben wollten.

Die Kommunistische Partei strebte die ehrliche Zusammenarbeit mit allen diesen Gruppen an, und schon in den ersten Wochen entstand an vielen Orten und in vielen Betrieben eine enge Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialisten. Unter diesen wurde allmählich die von jüngeren Funktionären des früheren sozialdemokratischen Parteiapparates geleitete Gruppe der „Revolutionären Sozialisten“ zur zentralen Organisation. Sie erhielt auch die Unterstützung des von emigrierten Parteivorstandsmitgliedern in Brünn gegründeten „Auslandsbüros der österreichischen Sozialisten“ (Alös) unter der Führung von Otto Bauer, der dort die illegale „Arbeiter-Zeitung“ herausgab. Der Schmuggel und Vertrieb der illegalen „Arbeiter-Zeitung“ schuf die organisatorische Grundlage für die „Revolutionären Sozialisten“ in Österreich.

Die „Arbeiter-Zeitung“ führte eine der damaligen Stimmung der Arbeiter entsprechende revolutionäre Sprache, bekannte sich zur Diktatur des Proletariats, kritisierte so manche Fehler der Vergangenheit. Vielen Revolutionären Sozialisten war auch diese Haltung noch zuwenig revolutionär, und sie versuchten [216:] dies auch in ihrer in Österreich hergestellten Zeitung „Die Revolution“ zum Ausdruck zu bringen. Aber die antikommunistische Haltung der „Arbeiter-Zeitung“ wurde im Laufe der Entwicklung immer deutlicher. In der Nummer vom 25. März 1934 schrieb Otto Bauer noch: „Worüber sollten wir uns denn jetzt spalten? Daß gegen den Faschismus nur mit revolutionären Mitteln gekämpft werden kann und daß das Ziel des revolutionären Kampfes eine revolutionäre Diktatur des werktätigen Volkes als Übergangsform zu einer sozialistischen Demokratie sein muß, darüber kann es keinen Streit geben.“ Als aber die revolutionären Arbeiter die Konsequenzen zogen und in die KPÖ eintraten, griff die „Arbeiter-Zeitung“ am 8. April 1934 bereits die Kommunisten an: „Da drängen sich jetzt die Kommunisten an die österreichische Arbeiterschaft heran und möchten an den Flammen des blutigen Februaraufstandes ihr Süppchen kochen. ... Keinen unfruchtbaren Streit also über die Vergangenheit, sondern mutige Arbeit an dem Neuen, das werden muß. ... Keine kommunistische Sonderbündelei, sondern eine einige revolutionäre sozialistische Arbeiterpartei.“

Die Revolutionären Sozialisten sammelten frühere sozialdemokratische Arbeiter, die den Kommunisten gegenüber noch viele Vorbehalte hatten, aber meist die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes einsahen. In ihrer Führung waren jedoch die Kräfte, bei denen die Ressentiments gegenüber der KPÖ, der Kommunistischen Internationale und der Sowjetunion alles andere überwogen. Die KPÖ stand daher vor der schwierigen Aufgabe, den Einheitswillen der Arbeiter zu stärken und die einheitsfeindlichen Elemente zurückzudrängen und zu isolieren.

Die ersten Einheitsfrontabkommen

Ungeachtet vieler antikommunistischer Äußerungen und Handlungen der RS-Führer bot die KPÖ den Revolutionären Sozialisten sofort die Bildung einer Einheitsfront und den Abschluß eines Abkommens an. Die rechten Führer der RS antworteten mit einem Umgehungsmanöver gegen die Einheitsfront. In der ersten Nummer der RS-Zeitschrift „Revolution“ und in einem Brief an die Exekutive der Zweiten Internationale vom Juni 1934 erklärten sie sich für die Bildung einer einheitlichen Partei. Als Begründung führten sie an: „Im Kampf gegen die faschistische Diktatur unterscheidet nichts die sozialistischen Arbeiter von ihren kommunistisch organisierten Klassengenossen. Sie haben dieselben Verfolgungen und Leiden zu tragen, und wie sie schon immer das-[217:]selbe Ziel erstrebt haben, so gibt es unter der faschistischen Diktatur auch keine Gegensätze mehr in der Taktik des Kampfes.“ Aber als Voraussetzung für die Einigung verlangten sie den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen der Sozialistischen und der Kommunistischen Internationale. Eine solche Bedingung lag

durchaus im Sinne vieler, besonders der zentristischen Führer der II. Internationale, wie ein Brief Friedrich Adlers, des damaligen Sekretärs der Sozialistischen Arbeiterinternationale, bewies, den er am 10. Juni 1934 an Stelle einer offiziellen Antwort der II. Internationale der RS-Führung schrieb: „Ein solcher Schritt kann nützlich sein zur Klarstellung der wirklichen Absichten der Kommunisten, und er wird jedesmal, wenn er wiederholt wird, neuerlich beweisen, daß für die Kommunisten das Sprechen von der Einheit nur ein Manöver ist. Wir sind zum ehrlichen Nichtangriffspakt stets bereit, die Kommunisten *können* ihn vermöge ihrer Taktik nicht einhalten.“ (ZPA, Moskau.) die RS-Führung wollte durch ihren Vorschlag in Wirklichkeit eine Frist gewinnen, um bis zur Antwort der Internationale die Einheitsfront in Österreich nicht zuzulassen.

Buttinger gibt (a. a. O., S. 162) zu, daß das ZK der RS mit seinem Vorschlag nur „die Aufmerksamkeit für eine Weile von unbequemen häuslichen Problemen auf ‚entscheidende Schritte im internationalen Maßstab‘ lenken“ wollte. Während die RS so die Frage auf die internationale Ebene abschieben wollten, beantwortete die KPÖ dieses Schreiben im offenen Brief vom 1. Juli 1934 mit einem Vorschlag an das ZK der RS und alle anderen sozialistischen Gruppen, einen Einheitsparteitag vorzubereiten. Die KPÖ gab der Meinung Ausdruck, daß angesichts der politischen Klärung in der österreichischen Arbeiterschaft keine wesentlichen Meinungsverschiedenheiten mehr der Bildung einer einheitlichen Kampfpartei der österreichischen Arbeiterklasse im Wege stehen. Daher schlug die KPÖ die Bildung einer gemeinsamen Kommission vor, die über die organisatorischen Formen der Vereinigung der Kommunisten, Revolutionären Sozialisten und aller anderen Gruppen verhandeln und einen gemeinsamen Parteitag vorbereiten sollte. In der Tat begannen Verhandlungen darüber zwischen der KPÖ und den RS, aber dank dem Einfluß der antikommunistischen Elemente gelang es, diese Verhandlungen in die Länge zu ziehen. Zwar hieß es im ersten gemeinsamen Kommuniqué: „Die Besprechungen und Verhandlungen über Möglichkeiten der Vereinigung in einer revolutionären Klassenpartei und damit im Zusammenhang über die prinzipiellen Fragen gehen weiter.“ (ZPA, Moskau.) Doch schließlich gelang es den antikommunistischen Führern der RS, die Verhandlungen über die Ver-[218:]einigte Arbeiterpartei scheitern zu lassen. Die Kommunisten ließen jedoch in ihren Bemühungen, die kämpfende Einheitsfront der Arbeiter herzustellen, nicht nach, und damit hatten sie Erfolg.

Einheitsfront von unten

Das Manöver der rechten RS-Führer gegen die Einheitsfront scheiterte am Einheitswillen ihrer unteren Organisationen. Der Vorschlag der KPÖ wurde von den meisten Vertrauensmännern der illegalen sozialistischen Bewegung mit Begeisterung aufgenommen, ohne daß sie erst auf die Zustimmung ihres Zentralkomitees gewartet hätten. Sie verwirklichten mit Freude die Einheitsfront von unten, nahmen in den Bezirken an der Schaffung von Komitees teil, die sich „gemeinsame Aktionskomitees“, „überparteiliche Aktionskomitees“ oder „Einheitskomitees“ nannten und in denen neben den beiden Parteien auch der Schutzbund, die Jugendorganisationen und oft auch die „Rote Hilfe“ vertreten waren. „Wo die Bezirksleitungen, Wie im neunten (Wiener) Bezirk, die Teilnahme ablehnten, standen diese Ausschüsse nur um so mehr unter kommunistischem Einfluß.“ (Buttinger, a. a. O., S. 165.)

Der Drang nach Einheit war so stark, daß sich das ZK der RS trotz dem Widerstreben einiger seiner Führer schließlich doch entschließen mußte, ein Bekenntnis zur Einheitsfront in Österreich abzulegen. Schon in der Nummer 2 der „Revolution“ von Anfang Juli 1934 wurde die Bereitschaft zur Bildung einer „ehrliehen Einheitsfront“ auf der Grundlage der „gegenseitigen Anerkennung guten Willens im Kampfe gegen den Faschismus und Kapitalismus“, der „Einstellung aller gegenseitigen Angriffe“ und dem „Bekenntnis zur Verteidigung der Sowjetunion“ ausgesprochen. Die RS erklärten sich mit der Bildung von „gemeinsamen Aktionskomitees zur Vorbereitung und Durchführung bestimmter Aufgaben“ einverstanden. Daraufhin kamen Vertreter beider Zentralkomitees zusammen, und Mitte Juli 1934 wurde die erste zentrale Einheitsfrontvereinbarung abgeschlossen.* Die

* Einer der führenden Genossen der KPÖ, Friedl Fűrberg, hat in der Nr. 9 der Zeitschrift „Weg und Ziel“, September 1973, eitrige interessante Einzelheiten über die Verhandlungen mitgeteilt: „Diese Gespräche haben als Vertreter der Kommunistischen Partei Genosse Honner und ich geführt. Schon nach den ersten Kontakten wurde beschlossen, am 1. August 1934 eine gemeinsame Antikriegsaktion durchzuführen. Ein gemeinsamer Aufruf wurde

reformistischen Kräfte im ZK [219:] der RS wollten zwar diese Vereinbarung ablehnen, aber daraufhin „brachte die Kommunistische Partei innerhalb weniger Tage mit einer wirkungsvollen Hetze die ganze Wiener Organisation gegen das Zentralkomitee in Aufruhr“. (Buttinger, a. a. O., S. 167.) Das Einheitsfrontabkommen mußte bestätigt werden, und es wurde der erste gemeinsame Aufruf der beiden Zentralkomitees für den einheitlichen Kampf und für gemeinsame Demonstrationen am 1. August, dem von der Kommunistischen Internationale proklamierten Antiherausgegeben. In ihm hieß es unter anderem: „Wir sind uns darüber klar, daß diese gemeinsame Aktion zum 1. August nur ein Anfang ist. Wir müssen diese Kampfeinheitsfront stärken. Darüber hinaus soll die einheitliche revolutionäre Klassenpartei des österreichischen Proletariats erstehen.“ (ZPA, Moskau.)

Wie sehr die Bildung der Einheitsfront manchen rechten sozialdemokratischen Funktionären gegen den Strich ging, ist aus einem Bericht der RS-Funktionäre aus Steyr an ihr ZK ersichtlich: „Das Eingehen in eine Aktionsgemeinschaft ist notwendig geworden, weil die Gefahr bestand, daß die Kommunistische Partei unsere besten Kräfte an sich ziehen würde. So haben wir die Gegnerschaft und Konkurrenz los.“ (Zit. in Wisshaupt, a. a. O., S. 58.)

Sozialdemokratische Historiker geben gerne zu, daß die Zustimmung des ZK der RS zur Einheitsfront nur den Zweck hatte, Kontrolle über die unteren Gruppen zu bewahren, die eine wirkliche Aktionseinheit mit den Kommunisten wünschten. So schreibt Otto Leichter: „Einer der Gründe dafür lag in der Absicht, die zweifellos vorhandene Tendenz zur Zusammenarbeit, die sich zunächst unorganisiert und allzuoft zugunsten kommunistischer Aktivitäten äußerte, in organisatorisch kontrollierte Bahnen zu lenken. Die Kommunisten versuchten, wie üblich, die *Einheitsfront von unten* zu errichten, was für eine noch in Formierung begriffene Gruppe wie die RS besonders gefährlich war.“ (Otto Leichter: Zwischen zwei Diktaturen, Wien 1968, S. 178 und 179.) Er bedauerte es, daß die Preisgabe der Einheitsfrontpolitik, die sich für die RS als in ihrem Interesse gelegen erwiesen hätte, ... „zu dieser Zeit in Wien noch nicht möglich“ gewesen war. (S. 208.) Was die Führung der RS am meisten aufbrachte, war der Umstand, daß sie den Autonomen Schutzbund als eine selbständige, überparteiliche Einheitsorganisation anerkennen mußte. Sie wünschte aber seine Auflösung und Verwandlung in eine ihr unterworfenen Organisation, was ihr später durch die Bildung der RS-Stoßtruppen (oder auch „Rote Stoßbrigaden“ genannt) zum Teil gelang.

[220:]

Täuschungsmanöver der rechten RS-Führer

Die KPÖ ließ keinen Anlaß ungenutzt, um die Einheitsfront des Proletariats zu stärken. Am Tage nach dem Naziputsch vom 25. Juli 1934, als Dollfuß ermordet und Schuschnigg Bundeskanzler wurde, schlug die KPÖ dem Zentralkomitee der RS eine gemeinsame Aufforderung zum Generalstreik vor, stieß aber auf eine energische Ablehnung. Doch eine Woche später, am 1. August, wurde in der Sitzung des gemeinsamen zentralen Aktionskomitees eine Erklärung gegen Versöhnungstendenzen mit dem austrofaschistischen Regime gefaßt, die sich bei einem Teil der RS-Führung am 25. Juli gezeigt hatten. In der Vereinbarung wurde der Schutzbund als überparteiliche Einheitsorganisation des Proletariats anerkannt. Dann aber verschärfte die RS-Führung ihren Kurs gegen die Einheitsfront. Sie lehnte in ihrem Schreiben vom 1. September 1934 die Einladung zu einem Vereinigungsparteitag ab, weil sie sich dazu für „nicht kompetent“ erklärte, und begann die einheitlichen Sport- und Hilfsorganisationen durch die Gründung eines Zentralkomitees für Sport und einer eigenen „Sozialistischen Arbeiterhilfe“ zu spalten. Die KPÖ ließ sich auch dadurch nicht abschrecken. Sie antwortete am 5. September: „Ungeachtet dieser von eurer Seite ausgehenden Versuche, die Kampffront gegen den Faschismus und die bestehenden revolutionären Arbeiterorganisationen zu spalten, halten wir unsere politische Plattform zur Vereinigung, unseren Vorschlag zur Organisierung eines Einigungsparteitages weiter aufrecht. ...

entworfen, war aber vor allem Oscar Pollak der damals in der Leitung der Revolutionären Sozialisten war, zu radikal, zu kommunistisch. Es wurde eine nochmalige Diskussion des Aufrufes verlangt, und Pollak kam persönlich zu dieser Sitzung. Genosse Honner, der sehr temperamentvoll war, mußte sich angesichts der oft läppischen Argumentation Pollaks gegen den bereits früher beschlossenen Text besonders zurückhalten. Es gelang ihm, weil er wußte, daß zur Herstellung der Einheitsfront sehr viel Geduld vonnöten war.“ (S. 336-337).

Wir wiederholen unseren Vorschlag an die Revolutionären Sozialisten, eine gewählte Gastdelegation zum 7. Weltkongreß der KI zu senden.“ (Parteiarchiv der KPÖ; ZPA, Moskau.) Die sogenannte Wiener Konferenz der RS lehnte die Einladungen als „ein Manöver“ ab, sprach sich aber unter „vorläufiger Wahrung ihrer organisatorischen Selbständigkeit“ für den gemeinsamen Kampf gegen Kapitalismus und Faschismus aus. Dieselbe Haltung nahm auch die „Reichskonferenz“ vom 31. Dezember 1934 und I. Jänner 1935 ein, die sich für „die Einheit der Arbeiterklasse, die wir durch ehrliche Kampfgemeinschaft mit der Kommunistischen Partei anstreben“, aussprach.

Da die Kommunisten auch auf diese Form der Einheit eingingen, konnte ein gemeinsames Aktionskomitee für die Begehung des ersten Jahrestages des 12. Februar geschaffen werden.

In dem gemeinsamen Aufruf der Zentralkomitees der KPÖ und der RS wurden die Arbeiter zum Gedenken an die Helden des Februar aufgerufen: „Zum ersten Jahrestag des Februarkampfes haben wir uns zu einer revolutionären Einheit-[221:]front zusammengeschlossen. Im Gedenken an unsere Märtyrer, in Erinnerung an die heldenhaften Kämpfe des Schutzbundes, in tiefer Verbundenheit mit unseren Besten, die in den Kerkern des Faschismus schmachteten, haben wir den unseligen Bruderzwist zurückgestellt und eine Aktionsgemeinschaft gebildet, in der Überzeugung, daß der Faschismus nur von einer einigen, zu revolutionärem Handeln entschlossenen Arbeiterklasse besiegt werden kann.“

In dem Aufruf heißt es ferner: „Die russische Revolution hat uns gelehrt, daß auf einen roten Februar ein roter Oktober folgen kann. Auch bei uns wird siegreich die rote Fahne über dem befreiten roten Wien, über einem roten Oktober wehen.“ So wurde der Jahrestag zu einem der Höhepunkte des gemeinsamen Kampfes.

In ganz Österreich fanden zum Jahrestag eindrucksvolle illegale Einheitsfrontkundgebungen statt, es wurde eine gemeinsame Solidaritätsaktion für die Gefangenen des Faschismus durchgeführt. In Wiener Großbetrieben fanden Streiks statt.

Infolge des Verrats eines RS-Funktionärs gelang es der Polizei am 27. Jänner 1935, das zentrale Aktionskomitee zu verhaften. In die Hände der Polizei fielen neben den zwei Mitgliedern des Zentralkomitees der RS Karl Hans Sailer und dem später von den Nazi ermordeten Roman Felleis auch die beiden Mitglieder des ZK der KPÖ Franz Bonner und Friedl Fürnberg. Dem Vertreter des Schutzbundes gelang es, als Installateur verkleidet zu entkommen. Am nächsten Tag wurde auch ein Großteil des illegalen Apparats der RS verhaftet und neue Leute übernahmen die Führung.

Der Einheitsfrontprozeß

Die verhafteten Sozialisten und Kommunisten blieben mehr als ein Jahr lang in Untersuchungshaft, ohne daß ihnen der Prozeß gemacht wurde. Erst durch einen Hungerstreik setzten sie durch, daß der Beginn der Gerichtsverhandlung auf den 16. März 1936 angesetzt wurde. Die 25 Funktionäre der RS und die beiden Kommunisten wurden beschuldigt „gemeinsam gegen den Faschismus und für ein demokratisches, sozialistisches Österreich gekämpft zu haben“, was als Hochverrat angekreidet wurde. Der Prozeß sollte zu einer Abrechnung mit der illegalen Arbeiterbewegung werden, die Angeklagten verwandelten aber den Gerichtssaal in eine Tribüne, von der aus sie den österreichischen Faschismus anklagten. Bemerkenswert war das einmütige Bekenntnis aller [222:] Angeklagten zur kämpfenden Einheitsfront mit den Kommunisten gegen den Faschismus, ein Bekenntnis, das so manche später nicht mehr wahrhaben wollten. So sagte der junge Student Bruno Kreisky, der heutige österreichische Bundeskanzler, in seiner Verteidigungsrede: „Wir haben keine Instruktionen für unsere Verteidigung erhalten. Als geschulte Marxisten wissen wir selbst, wie wir uns zu verteidigen haben. Wenn man uns blutige Gewalt vorwirft, so muß man feststellen, daß sie immer von der anderen Seite angewendet worden ist. Wir und alle proletarischen Parteien haben immer Putschmethoden abgelehnt und lehnen sie noch ab. Was die Verhandlungen mit den Genossen von der Kommunistischen Partei betrifft, habe ich von ihnen nichts gewußt, hätte aber nichts Empörendes daran gefunden. Im Gegenteil, ich verweise auf Frankreich, wo ein Bündnis der Freiheitsparteien einschließlich der Kommunisten ... die ganze Regierung stellen wird.“

Der Kommunist Honner erklärte: „Wir österreichischen Kommunisten kämpfen in der gegenwärtigen Epoche gegen den Faschismus, für die Freiheitsrechte des österreichischen Volkes, für die Bildung der proletarischen Einheitsfront und einer breiten antifaschistischen Volksfront. Die illegale Arbeit der Arbeiterorganisationen und ihre Einheit ist deshalb notwendig, weil der österreichische Faschismus jede Freiheit der Arbeiterorganisationen erdrosselt hat.“

Friedl Fűrberg appellierte an die breitesten Volksschichten zum Kampf gegen die faschistische Diktatur: „Die Unzufriedenheit im Volke ist ungeheuer. Es ist durchaus denkbar, daß auch in Österreich der Arbeitslose, der keine Arbeit finden kann, der Bauer, der kein Geld für Saatgut hat, der Student, der nach Beendigung seines Studiums vor dem Nichts steht, der Wissenschaftler, der seine Gedanken nicht frei äußern und vertreten kann, daß sie sich zu einer breiten Front des Volkes zusammenschließen. Eine Volksfront zu schaffen, das das nächste gemeinsame Ziel der Sozialisten und Kommunisten.“

Die große Aufmerksamkeit, die das Ausland dem Prozeß schenkte, die große Solidaritätsbewegung für die Angeklagten im In- und Ausland – Protestschreiben sandten unter anderen der große französische Romancier Romain Rolland und der englische Schriftsteller H. G. Wells – zwangen die Regierung, die Anklage wegen Hochverrats fallenzulassen. So war das Urteil verhältnismäßig milde: Dreizehn Angeklagte wurden freigesprochen, die anderen zu sechs Wochen bis zwanzig Monaten Gefängnis verurteilt. Die beiden Kommunisten erhielten wegen „Geheimbündelei“ zusätzlich zu den Polizeistrafen je vier Monate Kerker. Aber nach Verbüßung der Strafen wurden alle in das Anhaltelager Wöllersdorf gebracht, wo das feste kommunistische [223:] Kollektiv auf Beschluß der KPÖ Fűrberg und Honner im Sommer 1936 zur Flucht verhalf.

Der Bruch mit den Kommunisten

Die Führung der RS übernahm der frühere Bezirkssekretär von Sankt Veit an der Glan in Kärnten, Joseph Buttinger, der sich das Pseudonym Gustav Richter zulegte. Er war ein offener Antikommunist und Sowjetfeind und setzte im Zentralkomitee eine einheitsfrontfeindliche Linie durch.

Während die Kommunisten ehrlich für die Einheitsfront eintraten und daher zu größten Konzessionen bereit waren, war, wie Buttinger in seinem Buch mit Behagen erzählt, das neue Zentralkomitee der RS nur darauf bedacht, die Einheitsfront mit den Kommunisten zum Scheitern zu bringen. Der erste Schritt dazu bestand Ende Februar 1935 in einer Weisung zur Schutzbundfrage, in der die RS-Führung erklärte, sie „werde in Zukunft keinen selbständigen Schutzbund anerkennen; sie betrachte den Autonom Schutzbund als eine kommunistische Unterorganisation, sie fordere ihre Mitglieder auf, ihm den Rücken zu kehren und sich den neugebildeten ‚Stoßgruppen‘ der Revolutionären Sozialisten anzuschließen“. (Buttinger, a. a. O., S. 255.) Auf diese Kriegserklärung folgte Anfang März 1935 die Kündigung des Einheitsfrontabkommens mit den Kommunisten. In den Weisungen an die Mitglieder „wurde nicht nur der Schutzbund, sondern jede Art von Einheitsfrontorganisation verworfen und gleichzeitig die sogenannte Einheit von unten aufs Korn genommen. ... Den Mitgliedern der Revolutionären Sozialisten wurde vom Zentralkomitee die Teilnahme an lokalen Einheitsfrontverhandlungen verboten. Die alten Einheitskomitees waren überall zerfallen, die Bildung neuer wurde vom Abschluß eines zentralen Übereinkommens mit der Kommunistischen Partei abhängig gemacht.“ (Ebenda.)

Die feindliche Einstellung des ZK der RS bewies, wie Buttinger zugibt, „allein schon der selbstbewußte, zuweilen anmaßende und oft recht feindselige Ton, in welchem es seine Auseinandersetzung mit der Kommunistischen Partei führte“. Dennoch ließ die Kommunistische Partei in ihren Bemühungen, nicht nur mit den sozialistischen Organisationen an der Basis, sondern auch mit der zentralen Führung der RS zu Abkommen über die Aktionseinheit zu gelangen, nicht nach. Den Kommunisten ging der gemeinsame Kampf der Arbeiter über kleinliche Konkurrenzmanöver. In ihrem Antwortbrief an die RS erklär-[224:]ten sie sich für die „Einheitsfront in Permanenz“. Sie sprachen ihre Bereitschaft aus, in zentrale Verhandlungen einzutreten. Den Führern der RS blieb nichts anderes übrig, als auf den Vorschlag einzugehen, ohne daß sie jedoch auf ihre Manöver verzichteten.

Die KPÖ gab in ihrem „Pressedienst“, Nummer 9, die Anweisung an ihre Mitglieder, „in keinem, in gar keinem Fall die Einheitsfront versanden oder zerschlagen (zu) lassen. Wenn sich von seiten der

revolutionären Sozialisten hin und wieder gewisse Widerstände bemerkbar machen, so werden wir niemals die Geduld verlieren. ... Für uns kommunistische Arbeiter ebenso wie für unsere sozialistischen Brüder ist die Einheitsfront die entscheidende, die Lebensfrage.“

Wiederherstellung der Gewerkschaftseinheit

Ihre Bereitschaft, eigene Parteiinteressen zugunsten der kämpfenden Einheitsfront zurückzustellen, bewiesen die Kommunisten auch, als frühere reformistische Gewerkschaftsführer darangingen, die illegalen Freien Gewerkschaften zu spalten. Zuerst waren es nur die Kommunisten gewesen, die für den illegalen Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften eintraten und ihn in Angriff nahmen. Die alten Gewerkschaftsführer waren, von den RS und Otto Bauer unterstützt, gegen den Wiederaufbau aufgetreten. Otto Bauer schrieb in der „Arbeiter-Zeitung“: „Wir werden wirkliche, von Staat und Unternehmern unabhängige, auf der Selbstverwaltung der Arbeiter und Angestellten, auf der freien Wahl der Funktion beruhende Gewerkschaften, die die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiter und Angestellten gegenüber den Unternehmern zu vertreten vermögen, erst wieder aufbauen können, wenn wir im revolutionären Kampf die faschistische Diktatur gestürzt haben werden.“ Ihm antwortete Kopleng am 24. Mai 1934 in der „Rundschau“: „Hinter der scheinbar linken Phrase des ‚revolutionären Kampfes‘ gegen die Dollfuß-Diktatur verbirgt sich hier die Kapitulation der Sozialdemokratie in der Gewerkschaftsfrage, ihr Verzicht auf den Kampf gegen die völlige Zertrümmerung und für die Weiterführung der Freien Gewerkschaften.“

Als mit Unterstützung der Kommunisten die illegale Gewerkschaftsbewegung einen großen Aufschwung nahm, schritten die alten Gewerkschaftsführer an die Gründung von Konkurrenzorganisationen. Mit finanzieller Unterstützung des Internationalen Gewerkschaftsbundes bildeten sie einen „Siebenausschuß“ [225:] aus je einem Vertreter der sieben Industrieverbände, der in einem Wiener Kaffeehaus regelmäßig zusammenkam, aber keine organisatorische Arbeit leistete. „Erst das Vordringen der Kommunisten“, schreibt Buttinger (a. a. O., S. 207), und der Wiederaufbaukommission, die „insbesondere bei den Metallarbeitern, Angestellten und Straßenbahnern große Erfolge erzielten“, zwang den „Siebenausschuß“ zu größerer Aktivität. Mitte September 1934 konstituierte er sich auf einer Konferenz in Bratislava als Leitung der „Illegalen Revolutionären Freien Gewerkschaften Österreichs“ und beanspruchte für sich die Alleinvertretung der illegalen Gewerkschaftsbewegung. „Durch einen großen Geldaufwand“ versuchte der Siebenausschuß, das weitere Vordringen der Wiederaufbaukommission aufzuhalten. Dabei wurden die alten Gewerkschaftsführer auch vom Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) unterstützt, der sie als alleinige provisorische Leitung der Freien Gewerkschaften in Österreich anerkannte. Die Kommunisten antworteten mit der Forderung nach der Gewerkschaftseinheit, sie beharrten auf der Bildung einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation. Die Führer des Siebenausschusses, vom ZK der RS unterstützt, hatten für diese Forderung nur ein starres Nein. Aber auch sie stießen auf den Willen der illegalen Gewerkschafter nach einer einheitlichen illegalen Organisation. Die Wiederaufbaukommission wandte sich im März 1935 mit einem Schreiben an den IGB, worin sie um Vermittlung bei der Vereinheitlichung – der österreichischen Gewerkschaftsbewegung bat. Der Druck von unten war so stark, daß sich der IGB für ein sofortiges Zusammenlegen beider Gewerkschaftszentralen aussprach und die einzelnen Gewerkschaften in Einigungsverhandlungen traten. Besonders stark war der Einheitswille bei der Angestelltengewerkschaft und bei den Metallarbeitern. Ende März 1935 vereinigten sich die beiden illegalen Holzarbeiterverbände. Schließlich siegte die Beharrlichkeit der Kommunisten. Es begannen Verhandlungen, bei denen die Kommunisten von neuem Entgegenkommen an den Tag legten. So kam es schließlich im Juli 1935 zur Vereinigung beider Gewerkschaftszentralen, zur einheitlichen provisorischen Bundesleitung der Freien Gewerkschaften Österreichs. Im November 1936 wurde unter Teilnahme des IGB-Generalsekretärs die illegale Konferenz der geeinten Freien Gewerkschaften abgehalten. „Das Zentralkomitee der Revolutionären Sozialisten nahm die Gründung der einheitlichen Bundesleitung der illegalen Freien Gewerkschaften ... mit gemischten Gefühlen auf. ... Sie war nicht nach seinem Sinn.“ (Buttinger, a. a. O., S. 317.) Seine erste Sorge galt dem Kampf gegen den kommunistischen Einfluß in den Gewerkschaften. Zu diesem Zweck verbündete sich das ZK der [226:] RS sogar mit den alten reformistischen Gewerkschaftssekretären, obwohl es sie in Worten bekämpfte:

„Unterstützt sie gegen die Kommunisten, aber laßt sie fallen, wenn wir selbst stark genug sind, die Zügel zu ergreifen“, war die Parole der RS-Führung.

Zwischen den RS und den Kommunisten herrschte ein erbitterter Streit über die richtige Taktik der illegalen Gewerkschaftsbewegung. In der ersten Zeit nach dem Februar hatten alle Arbeiterorganisationen die Losung des Boykotts der Einheitsgewerkschaft proklamiert, die weitgehend befolgt wurde. Mit der Zeit aber gelang es dem vereinten Druck der Regierung und der Unternehmer, ganze Kategorien von Arbeitern in die Regierungsgewerkschaft zu zwingen. Ihnen folgten Arbeiter, die glaubten, den Schutz einer legalen Gewerkschaft, auch wenn sie von Faschisten geführt wurde, nicht entbehren zu können. Dieser Schutz war um so nötiger, als die Unternehmer, wie sogar der amtliche Bericht der Gewerbeinspektoren für 1934 feststellte, die Niederschlagung der Arbeiter zu einer weitgehenden Offensive gegen die sozialpolitischen Rechte ausnützten. So konnte die Einheitsgewerkschaft nach einem Jahr Bestehen immerhin an die 200.000, im Jahre 1936 schon 353.000 und Mitte 1937 400.000 Mitglieder zählen. Die Kommunisten wollten diese Arbeiter nicht allein lassen. Die KPÖ verlangte von ihren Mitgliedern und Anhängern, daß sie, ohne auch nur einen Augenblick lang den illegalen Kampf zu vernachlässigen, in der Einheitsgewerkschaft arbeiteten, auch um dort die Demagogie der Faschisten besser entlarven zu können. Bereits im November 1934 schrieb die illegale „Rote Fahne“: „Es genügt nicht mehr, der faschistischen Diktatur und ihren Einrichtungen in passiver Abwehr gegenüberzutreten. Wir müssen mehr tun. Heute kommt es darauf an, vom Boykott, von der passiven Abwehr überzugehen zum Angriff auf der ganzen Linie.“ Vor allem verlangten die Kommunisten, daß die illegalen Gewerkschaften den Schwerpunkt ihrer Arbeit in die legalen Organisationen verlegten. Es ist ein Hauptverdienst der KPÖ, damals diese Haltung durchgesetzt zu haben. Es ging den Kommunisten dabei nicht etwa, wie die Revolutionären Sozialisten ihnen vorwarfen, um die Illusion einer „Eroberung der Einheitsgewerkschaft“. Ihre Losung hatte vielmehr den Sinn, „die freche Sozialdemagogie der Faschisten gegen sie selbst zu kehren“. Die Revolutionären Sozialisten weigerten sich noch lange, dieser kommunistischen Taktik zu folgen und sich für die Ausnützung der legalen Möglichkeiten auszusprechen.

Sie stemmten sich gegen die von der KPÖ vorgeschlagene Taktik und beschuldigten sie des Reformismus. Sie stellten die scheinbar radikale Losung auf, [227:] zunächst die Wiederherstellung der früheren Gewerkschaften und die Einsetzung der früheren Gewerkschaftsführer zu erkämpfen. Wie so oft verbargen solche „radikale“ Losungen nur reformistische Passivität. Trotz dem Widerstand der RS und ihrer Gewerkschaftsführer setzte sich in der Praxis der Standpunkt der Kommunisten als der praktisch einzige gangbare Weg durch. Durch die Ausnützung der legalen Möglichkeiten gelang es, in den Betrieben Aktionen für wirtschaftliche, aber auch politische Forderungen zu organisieren und zu führen.

Ein Beweis dafür lieferte die Lohnbewegung bei den Fiat-Werken in Floridsdorf, wo die Arbeiter Anfang Jänner 1936 eine Lohnerhöhung von 15 Prozent verlangten. Es kam zur „passiven Resistenz“ der Dreher, zweimal zu halbstündigen Protestversammlungen während der Arbeitszeit und schließlich am 21. Februar zu Streiks bei Fiat und in den Saurer-Werken. Erst der eingreifenden Polizei gelang es, den Streik niederzuschlagen.

Ein sichtbares Zeichen für die Richtigkeit der Arbeit in den legalen Organisationen war auch der große Erfolg der illegalen Gewerkschaften bei den Vertrauensmännerwahlen Oktober bis Dezember 1936. Laut amtlichem Bericht wurden von etwa 9000 gewählten Vertrauensmännern etwa 4000 als Gegenkandidaten der ernannten bisherigen Vertrauensmänner gewählt. Der vertrauliche Polizeibericht über die Wiener Wahlen sprach offen aus: „Wie bekannt, erreichten die Roten bei dieser Gelegenheit eine überwältigende Majorität, indem ihre Delegierten gewählt wurden.“

Der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale

Die Mitte April 1935 wiederaufgenommenen Verhandlungen zwischen den RS und den Kommunisten verliefen wegen der Sabotagetaktik der RS-Delegierten sehr langwierig. Immerhin konnte man sich über gemeinsame Parolen für den 1. Mai 1935 einigen. Die weiteren Verhandlungen begannen im Juni. Sie wurden durch eine präzise Erklärung des Generalsekretärs der KPÖ, Kopenig, auf der

Reichskonferenz im Juni 1935 gefördert, der die Verleumdung, die Kommunisten verfolgten das Ziel, die sozialistischen Organisationen zu schwächen, zurückwies und unmißverständlich feststellte: „Die Kommunistische Partei führt keinen Konkurrenzkampf gegen die Revolutionären Sozialisten.“ Es kam zunächst zur Einigung über eine gemeinsame Kampfwoche für die Freilassung der proletarischen Gefangenen, die im Juli einvernehmlich durchgeführt wurde.

[228:] Einen neuen Aufschwung der Einheitsfrontbewegung in Österreich bewirkten die Beschlüsse des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale im Sommer 1935. Die Erfahrungen der Februarkämpfe spielten eine große Rolle bei der Festlegung der weiteren Politik der RS, bei ihrer Wende zur verstärkten Einheitsfrontpolitik. Dieses höchste Forum der Kommunisten machte es schwer, Zweifel an der Ehrlichkeit der kommunistischen Bemühungen um die proletarische Einheitsfront im nationalen und internationalen Maßstab zu verbreiten. Der flammende Appell der Kommunistischen Internationale zur Aktionseinheit fand auch in Österreich ein begeistertes Echo. Deshalb erlebte das ZK der RS, als es in zwei Artikeln versuchte, das Angebot der Kommunisten zurückzuweisen, „eine peinliche Überraschung“ (wie Buttinger schreibt), weil die Mitglieder gegen die Sabotage der Einheitsfront heftig protestierten. So mußte die RS-Führung nach einem kurzen Briefwechsel Ende August in zentrale Verhandlungen einwilligen. Es kamen je ein Vertreter beider Organisationen zu längeren Aussprachen, in der Regel einmal wöchentlich, zusammen. Die Verhandlungen, die bis Ende des Jahres dauerten, hatten infolge der anhaltenden Sabotagepolitik der RS-Führung einen äußerst langwierigen Charakter.

Buttinger und die Seinen griffen zu einem neuen Manöver, das „ihre Partei mit einem Ruck aus der Klemme“ herausreißen sollte. Sie richteten Ende September 1935 einen „Bündnisantrag der Revolutionären Sozialisten an die Kommunistische Partei Österreichs“, den sie *vorher* in 20.000 Exemplaren im ganzen Land verteilen ließen. Er war in der Absicht abgefaßt, „daß die Kommunistische Partei ihren Vorschlag ablehnen würde“. (Buttinger, a. a. O., S. 299, 300 und 303.) Die RS knüpften dabei an den Vorschlag des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale an, Verhandlungen über die Schaffung einer Einheitspartei einzugehen, stellten aber die Bedingung, daß diese Partei in Österreich außerhalb der Kommunistischen Internationale bleibe. Eine bloße Aktionseinheit wurde als nur begrenzt nützlich angesehen, aber selbst für dieses bescheidene Ziel stellte die RS als Bedingung, daß die Kommunisten darauf verzichteten, für ihre eigene Partei zu werben, und den Arbeitern den Eintritt in die eine *oder* die andere der beiden Parteien freistellten. Auf dieser Grundlage sollte ein gemeinsames Programm für die Dauer eines Jahres vereinbart werden, aber jede Partei sollte dafür unabhängig voneinander wirken, gemeinsame Komitees wurden abgelehnt. Die überparteilichen einheitlichen Massenorganisationen wurden als „Vereinsmeierei“ lächerlich gemacht.

Historiker der RS bezeichnen diesen Antrag als „geschickten Schachzug“, mit [229:] dem die RS „Verwirrung in die Gefolgschaft der Kommunisten getragen“ hätten. Doch die KPÖ tat den Feinden der Einheitsfront nicht den Gefallen, die Verhandlungen abzubrechen, sondern bestand auf weiteren Verhandlungen. In einem Artikel der „Rundschau“ vom 7. November 1935 hieß es dazu: „Wir halten das Bündnisangebot der RS für eine geeignete Basis für weitere Verhandlungen. ... Uns scheint im Endresultat, daß die Differenzen zwischen uns und den RS nicht so tief, daß die Hindernisse, die der Schaffung der revolutionär-marxistischen Einheitspartei in Österreich entgegenstehen, nicht unüberbrückbar sind.“ Ende Oktober antwortete das ZK der KPÖ in einem längeren, von Koplénig unterschriebenen Brief sachlich und überzeugend auf die Vorwürfe der RS. In dem Schreiben hieß es unter anderem: „Wir sind einverstanden mit Eurem Bündnisvorschlag auf der Grundlage eines politischen Aktionsprogramms.“ Die KPÖ legte aber mehr Gewicht auf ein „unmittelbares Aktionsprogramm der Einheitsfront“ als auf ein „Programm einer kommenden Regierung nach dem Sturz der faschistischen Diktatur“. Nach vierwöchigen, infolge der Sabotagepolitik Buttingers vergeblichen Verhandlungen wandte sich die Kommunistische Partei an Otto Bauer in Brünn mit der Bitte, seinen Einfluß zugunsten der Einheitsfront einzusetzen. Das Zentralkomitee der RS gab scheinbar nach und unterzeichnete Mitte November 1935 eine „Gemeinsame Erklärung zur Aktionsgemeinschaft“, in der diese prinzipiell bejaht und vor allem zur Gewerkschaftseinheit aufgerufen wurde. Die RS wollten sich damit aber, wie Buttinger zugibt, nur die „für das weitere Verhandeln nötige Rückendeckung wenigstens

auf einige Monate sichern“. Obwohl die KPÖ die Erklärung für nicht genügend hielt, hoffte sie, daß der gemeinsame Kampf der Arbeiter die RS-Führung zu weiteren Schritten der Aktionseinheit zwingen würde. Anders das RS-Zentralkomitee, das nur von eigenen kleinlichen Parteiinteressen ausging. Der Historiker der RS schreibt dazu: „Die Revolutionären Sozialisten haben mit dieser Erklärung erreicht, was sie wollten. Sie traten damit allen Einigungs- und Unterdrückungsbestrebungen der Kommunistischen Partei entgegen und wahrten *nach außen* zur Beruhigung der Einheitsfanatiker ihre Verhandlungsbereitschaft.“ (Wisshaupt, a. a. O., S. 140; siehe Otto Bauer: Die illegale Partei, S. 303 ff.) Wahrhaft ein trauriges Zeugnis!

Weitere vier Wochen Verhandlungen brachten wieder keine Ergebnisse. Die RS-Führung lehnte eine gemeinsame Winterhilfeaktion für 1935 mit der „Roten Hilfe“ ab und führte sie mit ihrer „Sozialistischen Arbeiterhilfe“ getrennt durch.

[230:] Mitte Jänner 1936 legte die KPÖ einen neuen Entwurf eines Abkommens vor, in dem auch vorgeschlagen wurde, die legalen Möglichkeiten, insbesondere die Arbeit in der Einheitsgewerkschaft, auszunutzen. Die RS-Führung lehnte den Vorschlag „ohne Umschweife“ ab. Hingegen konnte unter dem Druck der Einheitsfrontkampagne der Kommunisten im Jänner 1936 ein gemeinsamer Aufruf der KPÖ, des ZK der Revolutionären Sozialisten und der illegalen Gewerkschaftsleitung zum Jahrestag des 12. Februar herausgegeben werden. Gemeinsam wurde eine große Anzahl von Streuzetteln verbreitet. In mehreren Betrieben kam es zu Trauerstreiks, in anderen zu Trauerkundgebungen nach Betriebsschluß.

Die ein Jahr lang dauernden Einheitsfrontverhandlungen zwischen den RS und der KPÖ konnten endlich im März 1936 dank dem Entgegenkommen der Kommunisten mit einem Abkommen über die Aktionseinheit abgeschlossen werden. Die Kompromißbereitschaft der Kommunisten ging so weit, daß Otto Bauer das Abkommen einen „hundertprozentigen Sieg der (sozialdemokratischen) Partei“ nannte. Danneberg sah darin gar ein „kommunistisches Fiasko“, die Führer der RS bezeichneten es als ein „wirklich unschädliches Dokument“. Die KPÖ aber, frei von kleinlichen parteiegoistischen Interessen, rechnete damit, das Abkommen werde bei all seiner ungenügenden Konsequenz doch eine Basis für weitere gemeinsame Aktionen sein. Der Vertrag wurde feierlich zum 1. Mai 1936 verkündet. Die KPÖ stellte dazu fest: „Das Übereinkommen zwischen RS und KP stellt eine weitgehende Annäherung beider Parteien in wesentlichen Fragen der aktuellen Arbeiterpolitik dar.“ („Rundschau“, 1936, Nr. 16.)

Die KPÖ hoffte, daß das Einheitsfrontabkommen auch der erste Schritt zur Bildung einer breiten Volksfront für die Unabhängigkeit Österreichs werden könnte. Denn zur Lebensfrage der österreichischen Arbeiterschaft wurde der Kampf gegen die Annexionsbestrebungen Hitler-Deutschlands, der im Juli 1936 eine neue Aktivität gewann.

Die Kommunisten im Kampf für die Unabhängigkeit Österreichs

Mit der Niederschlagung der Arbeiterschaft hatte der Austrofaschismus den Weg zum Nazifaschismus geebnet. Mit dem Verlust der Demokratie war die Widerstandskraft gegen die Lockungen des Hitler-Faschismus geschwächt, mit der Zerschlagung der Arbeiterorganisationen die stärkste Kraft im Kampf um die Unabhängigkeit Österreichs, die Arbeiterklasse, in die Illegalität gedrängt. [231:] Die Kommunistische Partei Österreichs hatte von Anfang an den Anschluß an den deutschen Imperialismus bekämpft; die Sozialdemokratische Partei hatte nach der Machtergreifung Hitlers auf dem letzten Parteitag die Anschlußforderung, die inzwischen aber genügend Unheil angerichtet hatte, für die Zeit der Naziherrschaft aus ihrem Programm gestrichen, ohne allerdings auf ihre großdeutschen Auffassungen zu verzichten. Nach der Erschütterung durch die Februarkämpfe glaubten die Nazi das Spiel bei der Arbeiterschaft gewinnen zu können. In der Hoffnung, bei den von Rachegefühlen gegen den Austrofaschismus erfüllten Arbeitern eine Stütze zu finden, inszenierten sie am 25. Juli 1934 in Wien einen Putsch, um die Dollfuß-Regierung abzusetzen und Rintelen zum Kanzler des „Anschlusses“ an Deutschland zu machen. Zwar wurde Dollfuß von den Nazi gefangengenommen und erschossen, aber der Putsch scheiterte. Er scheiterte hauptsächlich daran, daß die Arbeiter und die Mehrheit

des österreichischen Volkes ihm jede Unterstützung versagten, weil sie nicht gewillt waren, die austrofaschistische Diktatur gegen eine noch schlimmere nationalsozialistische einzutauschen.

Die Hitler-Putschisten scheiterten aber auch daran, daß Deutschland ihnen nicht, wie sie gerechnet hatten, militärische Unterstützung gewähren konnte, denn Mussolini, der damals noch immer im scharfen Konkurrenzkampf gegen Hitlers Annexionsgelüste stand, ließ Truppen an der Brennergrenze aufmarschieren. Einen Krieg konnte sich Hitler aber 1934 nicht leisten.

Doch der Naziputsch zeigte, wie ernst die Gefahr der Annexion Österreichs durch Hitler-Deutschland war. Der 12. Parteitag der KPÖ signalisierte diese Gefahr: „Hitler-Deutschland wird trotz dem Mißlingen des Juliputsches auf seine Anschlußpläne nicht verzichten und seine Kriegs- und Bürgerkriegsprovokationen fortsetzen.“ Die KPÖ warnte davor, sich auf Mussolini oder auf Dollfuß' Nachfolger als Bundeskanzler, Schuschnigg, zu verlassen. Nur der Kampf der österreichischen Arbeiterklasse könne die Unabhängigkeit Österreichs schützen. In der Tat setzten sofort nach der Niederschlagung des Naziputsches Verhandlungen zwischen Schuschnigg und dem von Hitler zum Botschafter Deutschlands ernannten Franz von Papen ein, die den Pakt vorbereiten, der am 11. Juli 1936 in Berchtesgaden zwischen Hitler und Schuschnigg abgeschlossen wurde.

Die Kommunisten erkannten sehr gut die ungeheure Gefahr für die Unabhängigkeit Österreichs und damit für die Arbeiterklasse. Die Kommunisten wußten, daß die Annexion Österreichs durch das imperialistische Deutschland die Arbeiter einem noch stärkeren Terror aussetzen, sie noch weiter zurückwerfen [232:] und ihren Kampf um die Wiedereroberung der demokratischen Rechte außerordentlich erschweren würde. Von der Erkenntnis ausgehend „Hitler ist der Krieg“, wies die KPÖ auf die Gefahr hin, daß die Annexion Österreichs das Land in den Krieg Hitler-Deutschlands einbeziehen würde. Deshalb sah die KPÖ in der Verteidigung der Unabhängigkeit Österreichs ihre entscheidende Aufgabe.

Eine große Hilfe für die Klärung der Positionen der Kommunisten in Österreich hatte der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale im Sommer 1935 geleistet, der die Aufmerksamkeit der Kommunisten auf die Notwendigkeit lenkte, stärker als bisher die nationalen Fragen ihrer Länder zu berücksichtigen. In Verfolgung dieser Linie erklärte der Sekretär der KPÖ, Kopenig, auf der Reichskonferenz der Partei vom August 1937, „daß durch den Machtantritt des Hitler-Faschismus der Kampf für die Unabhängigkeit Österreichs nicht nur zu einer Schicksalsfrage für das österreichische Volk, sondern auch zu einem wichtigen Faktor im Kampf für den Frieden und für den Fortschritt in Europa geworden ist. ... Es bedeutet, daß unsere Aufgabe darin besteht, dem Unabhängigkeitswillen des Volkes einen demokratischen Inhalt und eine fortschrittliche Perspektive zu geben. Es bedeutet, daß die österreichische Arbeiterschaft und die fortschrittlichen Kräfte den Kampf für ein wirklich unabhängiges Österreich aufs engste verbinden müssen mit dem Kampf für die Freiheit und demokratische Selbstbestimmung des Volkes. Es bedeutet, daß wir die Spitze des Kampfes gegen den Hitler-Faschismus richten müssen, gegen seine Agenten und unmittelbaren Verbündeten in Österreich, aber auch gegen diejenigen, die den Unabhängigkeitswillen des Volkes für reaktionäre Ziele auszunützen versuchen, gegen das autoritäre Diktaturregime, das die Interessen des Landes und des Volkes den imperialistischen Machtinteressen des deutschen und italienischen Faschismus unterordnet. Damit dienen wir den wahren Interessen des österreichischen Volkes, aber auch dem Frieden und dem Fortschritt in Europa.“

Für die österreichische Nation

Zuerst galt es Klarheit darüber zu schaffen, daß es sich bei dem Anschluß nicht um die Einigung der deutschen Nation handelte, sondern um eine Annexion von seiten des imperialistischen Deutschland und um die Vernichtung der nationalen Eigenständigkeit Österreichs. Denn inzwischen war der noch nicht abgeschlossene Prozeß der Entwicklung zu einer eigenen österreichischen Nation [233:] weitergegangen, die nationale Eigenart und Eigenwilligkeit des österreichischen Volkes waren stärker geworden. Daher verflochten sich im Widerstand gegen den Anschluß die Elemente des demokratischen Kampfes gegen den Faschismus und für die Erhaltung des Friedens mit dem nationalen Kampf um die Unabhängigkeit des Landes.

Die Kommunisten waren die ersten und einzigen, die auf der wissenschaftlichen Grundlage des Marxismus die Frage nach der Entstehung und dem Bestand einer eigenen österreichischen Nation stellten und bejahten. Einen bedeutenden Anteil an der Klärung dieser Frage hatten die Artikel des später von den Hitler-Faschisten ermordeten ZK-Mitglieds der KPÖ Alfred Klahr in dem 1936 geschaffenen theoretischen Organ der Partei, „Weg und Ziel“. Heute anerkennen selbst bürgerliche Historiker, daß, ohne die nationale Trennungslinie zwischen Österreichertum und Deutschtum zu ziehen, alle Bemühungen um die Aufrechterhaltung einer rein geographisch-politischen Linie zwischen Österreich und Deutschland illusorisch bleiben mußten.

Es wirft ein bezeichnendes Licht auf die angebliche Objektivität der österreichischen Historiker, daß sie keine Kenntnis davon nehmen wollen, daß es die Kommunisten waren, die als erste die österreichische Nation bejahten. Ebenso „übersehen“ sie übrigens geflissentlich den Kampf der illegalen Arbeiterorganisationen in den Jahren 1934 bis 1938 gegen die austrofaschistische Diktatur, und die wenigen Hinweise auf den politischen Kampf der Arbeiterklasse in diesen Jahren sind alles eher als anerkennend.

Die kommunistische Partei war die einzige, die offen und klar nicht nur für die Selbständigkeit Österreichs eintrat, sondern auch die Entwicklung der eigenen österreichischen Nation bejahte. Die Revolutionären Sozialisten und ihr Mentor Otto Bauer nahmen diese Feststellungen der KPÖ als Fieberphantasien auf. Sie beharrten auf dem Standpunkt, daß die Österreicher ein Teil des deutschen Volkes seien, und traten gegen den Anschluß nur auf Zeit und aus Zweckmäßigkeitserwägungen auf.

Otto Leichter und andere Theoretiker der Revolutionären Sozialisten führten eine scharfe Polemik gegen die Feststellungen der Kommunisten. Einer ihrer Führer, Karl Hans Sailer, denunzierte den Kampf der KPÖ sogar nach der Annexion Österreichs, als während des zweiten Weltkrieges die Idee der österreichischen Nation immer mehr Anhang gewann, als –Agentenarbeit. 1942 schrieb er in New York: „Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß Österreich deutscher Boden ist. Jeder Versuch, den Unterschied zwischen Österreichern und den übrigen Deutschen zu vergrößern und sogar von einer eige-[234:]nen ‚österreichischen Nation‘ zu sprechen, hat sich als niedrige Agentenarbeit erwiesen.“

Nicht anders stellten sich die Austrofaschisten gegen ein österreichisches Nationalbewußtsein, sie propagierten „Österreichs deutsche Mission“, was den Abwehrwillen gegen den „Anschluß“ nur schwächen konnte.

Die deutschnationale Ideologie der Austrofaschisten

Die Austrofaschisten glaubten den Annexionsbestrebungen Hitler-Deutschlands am besten dadurch entgegenzutreten, indem sie dessen Politik nachahmten und den Nationalsozialismus in der Betonung der „deutschen“ Sendung Österreichs überboten. Bezeichnend für diese Gesinnungsart sind solche Äußerungen, wie die Schuschnigg's: „Ich habe immer wieder absichtlich und mit Betonung von den Aufgaben gesamtdeutschen Denkens und gesamtdeutschen Geistes, gesamtdeutscher Kulturbindung gesprochen.“ (Dreimal Österreich.) Und in der Präambel des Abkommens vom 11. Juli 1936 wird die „Zugehörigkeit beider Staaten zum deutschen Kulturkreis“ hervorgehoben. Man kann ausnahmsweise dem katholischen Publizisten Ernst Winter, einem Freund von Dollfuß, zustimmen, der in einem Brief an Mussolini am 4. Mai 1933 schrieb, daß der österreichische Faschismus „nur durch eine sehr dünne Wand vom hundertprozentigen Nationalsozialismus geschieden (war und) mit innerer Notwendigkeit in den geistigen Anschluß hineinführte.“ (Wiener Politische Blätter, 23. Dezember 1934, von Dollfuß konfisziert!) Im übrigen setzten die Austrofaschisten ihre Hoffnung auf die Unterstützung Mussolinis gegen die Ausbreitungspläne des deutschen Imperialismus.

Bald zeigte sich aber, auf wie schwachen Beinen diese Hoffnungen standen. Es genügten die Schwierigkeiten Italiens durch seinen Kolonialkrieg gegen Abessinien, wobei ihm nur Hitler Beistand leistete, daß Mussolini sein Verhalten vollständig änderte. Zusammen würgten Hitler und Mussolini den nationaldemokratischen Freiheitskampf des spanischen Volkes ab; dann gab Mussolini seinen Widerstand gegen die Annexion Österreichs auf.

Bereits im März 1936 machte Mussolini Schuschnigg bei dessen Besuch in Rom auf bestimmte Änderungen im Verhältnis Rom-Berlin aufmerksam und empfahl einen „Schritt zur inneren Pazifizierung“. Die abessinischen Verpflichtungen zwangen Italien auch, seine Subventionen an die Heimwehr einzustellen, was in der Folge zur Entfernung der Heimwehrminister aus dem Kabinett Schuschnigg und zur Auflösung der Heimwehr führte.

[235:] Der faschistische Kurs der Innenpolitik Schuschniggs wurde dadurch nicht berührt. Nach wie vor gab es keine Freiheit für die Arbeiterbewegung in Österreich. Aber die Gefahr für die Unabhängigkeit Österreichs wuchs von Tag zu Tag. Selbst als der österreichische und der italienische Generalstab vereinbarten, daß italienische Offiziere in Zivil die Straßenverhältnisse in den Grenzgebieten erkundeten, damit die italienische Armee im Eventualfall rasch intervenieren könnte, fragten Mussolini und der stellvertretende Chef des italienischen Generalstabs den österreichischen Generalstabschef, „wie er über ein militärisches Zusammengehen Italiens und Deutschlands denke“.

Je schwächer der Widerstand Mussolinis wurde, um so mehr bemühten sich die Austrofaschisten um eine Annäherung an die österreichischen Nationalsozialisten. So führte Starhemberg mit dem legalen Nazivertreter Seyß-Inquart auf ungarischem Boden, in Győr (Raab), Verhandlungen über die Gründung einer „nationalen Front“ zur Verstärkung des autoritären, totalitären Regimes in Österreich. Gleichzeitig leitete Schuschnigg aus eigener Initiative schwerwiegende Unterhandlungen über eine Abmachung mit Hitler-Deutschland ein, die schließlich zum Abkommen vom 11. Juli 1936 führten. Im Pakt wurde Österreich als „zweiter deutscher Staat“ anerkannt, aber verpflichtet, seine Außenpolitik mit der Hitler-Deutschlands gleichzuschalten. Obwohl die Austrofaschisten den Pakt als eine Anerkennung der Unabhängigkeit Österreichs ausgaben, war er in Wirklichkeit ein Sprungbrett für weitere Aggressionen Hitler-Deutschlands.

Dieses Abkommen fand die Zustimmung Mussolinis, der glaubte, Italiens Interessen in Mitteleuropa nunmehr durch seine Freundschaft mit Deutschland sichern zu können. Aber Hitler drängte auf mehr. Im Jänner 1937 war Göring in Rom, wo er die gemeinsame Unterstützung für Franco in Spanien besprach. Dabei gab er auch zu, es sei der Wille Hitler-Deutschlands, Österreichs „Anschluß“ zu vollziehen. Mussolini wich zuerst einer Antwort aus, erklärte aber, im Falle eines inneren Konfliktes in Österreich werde Italien nicht mehr die „Wacht am Brenner“ gegen Deutschland beziehen.

Italien ließ deutlich erkennen, daß es nicht mehr am Bestehen Österreichs als Pufferstaat interessiert sei. Im Jänner 1938 weigerte sich der italienische Außenminister bei einer Konferenz in Budapest, eine Erklärung zugunsten der Unabhängigkeit Österreichs abzugeben. Im März 1938 schließlich gab Mussolini ausdrücklich seine Zustimmung zur Annexion Österreichs, wofür ihm Hitler ewige Dankbarkeit schwur.

[236:]

Für eine österreichische Volksfront

Da die Unabhängigkeit Österreichs eine nationale Angelegenheit war, mußte sich die Arbeiterklasse bemühen, die nichtproletarischen Schichten des Volkes in den Kampf mit einzubeziehen. Es galt, diese Schichten, unter denen die Nazi in erster Linie ihre Anhänger suchten, zu Verbündeten der Arbeiterklasse im Kampf um die österreichische Unabhängigkeit zu machen.

Die Kommunistische Partei hatte seit dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale ihre Bemühungen um die Wiedereroberung der demokratischen Rechte für die Arbeiterklasse mit der Losung der Volksfront für eine demokratische Republik verknüpft. Ohne auf ihr Endziel, die Diktatur des Proletariats, zu verzichten, erläuterte die Kommunistische Internationale die Notwendigkeit, zuerst die Diktatur des Faschismus zu stürzen und die Demokratie zurückzuerobern. Sie trat in jedem Lande „gegen faschistische Volksversklavung“ und für die Verteidigung der Demokratie, für den Zusammenschluß der demokratischen Volkskräfte gegen den Faschismus, den Feind der Freiheit und des Friedens, auf.

Auch diese Losungen der KPÖ stießen auf erbitterten Widerstand der RS-Führung. Die Revolutionären Sozialisten verurteilten die kommunistischen Losungen als reformistisch. Sie, die früher auf die

rein parlamentarischen Methoden eingeschworen gewesen waren, lehnten jetzt den Kampf um demokratische Forderungen als reformistisch ab. Sie lehnten die Losung der demokratischen Republik ab und beharrten auf der scheinradikalen, in Wirklichkeit jedoch zur Passivität verurteilenden Losung, das faschistische Regime direkt durch die Diktatur des Proletariats abzulösen. Demgegenüber erklärten die Kommunisten, daß im Kampf um Demokratie und nationale Unabhängigkeit nichtproletarische Schichten als Verbündete der Arbeiterklasse gewonnen werden können. Sie zeigten die Möglichkeiten, auf dem Boden der Demokratie den Faschismus zu überwinden, wenn gegen ihn gekämpft wird, statt vor ihm zu kapitulieren.

Die Kommunisten stellten in den Mittelpunkt den Kampf um die Freiheitsrechte. Sie zeigten, daß dieser Kampf die Fortsetzung der Februarkämpfe mit anderen Mitteln und unter anderen Kampfbedingungen war.

Daher setzte die KPÖ ihre Kräfte für die Schaffung einer breiten Volksfront ein, in der neben Kommunisten und Sozialisten auch andere für die wirkliche Unabhängigkeit eintretende Gruppen, vor allem Bauern und Katholiken mitarbeiten sollten. Bauern und Arbeiter, Sozialisten und Katholiken müssen sich [237:] vereinigen und das Schicksal des österreichischen Volkes gegen alle seine Feinde, gegen Hitler und seine Bundesgenossen in Österreich verteidigen, forderten die Kommunisten.

Anders die Revolutionären Sozialisten. Ihr Führer Buttinger schrieb eine ganze Broschüre gegen „die problematischen Methoden der kommunistischen Propaganda unter den Katholiken“.

Die Führung der RS lehnte ein Bündnis mit den Mittelschichten ab, verlangte deren Unterwerfung unter das RS-Programm. Mit dieser sektiererischen Einstellung trieb sie zur Passivität und gefährdete den Kampf um die Unabhängigkeit Österreichs, damals die wichtigste Voraussetzung für die Entfaltung der Arbeiterbewegung. Die Kommunisten stellten die Losung der antinationalsozialistischen Volksfront auf. „Gerade der Pakt vom 11. Juli hat die Oppositionsstimmung sehr verschärft, sie bis weit in die Reihen der Regierungsanhänger getragen“, schrieben sie.

Zwei Wochen nach Abschluß des Paktes vom 11. Juli unterbreitete die KPÖ dem ZK der RS einen Aufruf zur Bildung der antinationalsozialistischen Volksfront. Sie stellte die Parole vom Kampf für die demokratische Republik auf. Die RS beharrten auf ihrem dogmatischen Standpunkt und lehnten den Vorschlag mit der Begründung ab, zuerst müsse die „Freiheit für alle Organisationen des arbeitenden Volkes“ errungen sein. Sie beschuldigten die Kommunisten, Schuschnigg gegenüber die gleiche Politik der Kooperation zu betreiben, wie sie die Sozialdemokratie vor 1934 Dollfuß gegenüber betrieben hatte, obwohl die Kommunisten niemals und nirgends Illusionen über die Rolle Schuschniggs gezeigt haben. Im Gegenteil, sie wiesen auf den blindwütigen Antikommunismus und Antisowjetismus, den Kampf gegen die marxistische Arbeiterbewegung überhaupt hin, der beide Faschismen einte. Ein untilgbarer Schandfleck der Austrofaschisten ist ihre Zusammenarbeit mit den deutschen Nazis gegen die illegale kommunistische und sozialistische Bewegung, worüber zum Beispiel der Ministerialdirektor des deutschen Auswärtigen Amtes von Weizsäcker nach dem 11. Juli seinem Minister berichtete: „Verabredet habe ich mit Staatssekretär Schmidt soviel, daß zu einem gegebenen Zeitpunkt ein deutscher Beauftragter sich in Wien mit dortigen Polizeistellen über das Thema unterhalten kann, wie der wechselseitige Nachrichtendienst über Grenzübertritte von Kommunisten und ähnliche zur Kommunistenbekämpfung gehörende Fragen künftig zweckmäßig zu behandeln wären.“

Die Führung der RS nannte den kommunistischen Vorschlag „Zerrbild einer Volksfront“. Sie berief sich darauf, daß es in Österreich anders als in Spanien [238:] und Frankreich, wo gerade Volksfrontabkommen abgeschlossen worden waren, keine ernstzunehmenden bürgerlichen bündnisfähigen Kräfte gäbe. Sie zweifelten die Möglichkeit einer Volksfront überhaupt an und behaupteten, „es werde keine Mobilisierung der Mittelschichten für den antifaschistischen Kampf geben“. Sie leugneten die Möglichkeit, die „katholischen Arbeiter für einen ernsthaften Kampf zu gewinnen“.

Die Frage der Volksfront wurde zum Hauptdifferenzpunkt zwischen den RS und den Kommunisten, als die Verhandlungen über die Verwirklichung des im März 1936 abgeschlossenen Abkommens über die Aktionseinheit fortgeführt wurden. Sie waren sehr langwierig, und als am 20. November

1936 endlich eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht werden konnte, war diese Frage der größte Differenzpunkt geblieben. Sonst gaben beide Parteien neuerlich ihrem Willen, die im Abkommen vom März 1936 vorgesehenen Verbindungen herzustellen, Ausdruck.

Darüber kam es endlich zu einer im Jänner 1937 veröffentlichten Vereinbarung. Es wurde die Form von „Einserverbindungen“ zwischen je einem Vertreter der beiden Parteien in jedem Bundesland und in Wien sowie zwischen den mit der Arbeit in den legalen Organisationen betrauten Organen der beiden Parteien gewählt. Auch in den Betrieben, zunächst in den wichtigsten Wiener Betrieben, sollten solche Einserverbindungen hergestellt werden. Einigung wurde ferner in Gewerkschaftsfragen und in der Unterstützung des spanischen Freiheitskampfes erzielt. Zum dritten Jahrestag der Februar-kämpfe wurde ein gemeinsamer Aufruf erlassen. Hingegen blieben die Differenzen in der Frage der Volksfront.

Das ZK der RS ließ sich auf einer Parteikonferenz im Oktober 1937 seine Ablehnung der „sinnlosen Vorschläge eines Bündnisses“ gegen Hitler bekräftigen. Die Konferenz beschuldigte dabei die KPÖ, daß sie, „die in den Augen der Massen bisher revolutionärste Partei, ... der Wirksamkeit revolutionärer Losungen nicht mehr traut“. Es war eine sehr bequeme Verdrehung der kommunistischen Politik, die die Möglichkeit in sich trug, durch den Kampf um die unmittelbarste, dringendste Frage – und das war damals die Sicherung der Unabhängigkeit Österreichs vor dem Hitler-Faschismus – die Massen an die Fragen der Revolution heranzuführen.

Die Gewerkschaften für eine Volksregierung

Mehr Einsicht zeigten die illegalen Gewerkschaften, die auf Vorschlag der KPÖ auf dem Boden der Einheitsgewerkschaft eine breite Aktion für die Verteilung Österreichs einleiteten. Nach dem Juliabkommen von 1936 faßte die Bundesleitung der Freien Gewerkschaften im August einen Beschluß zur „neuen Etappe der Entwicklung“: „Außenpolitisch bedeutet das auf Geheiß Mussolinis zustande gekommene übereinkommen die Herstellung eines faschistischen Blocks Rom-Wien-Berlin-Budapest-Warschau und damit die Einreihung Österreichs in die Front der faschistischen Mächte, die den Frieden Europas unausgesetzt bedrohen, die sich gegen die demokratischen Staaten im Westen, die kleine Entente und die Sowjetunion, also gegen alle an der Erhaltung des Friedens interessierten Mächte richtet. Innenpolitisch bedeutet der Pakt eine neue Chance für die Nazi und eine weitere Verschärfung der inneren Gegensätze.“

Im Beschluß wurde auch gegen die verstärkte Propaganda für die Restaurierung der Habsburger-Monarchie Stellung genommen und gefordert, aus den Reihen der katholischen Arbeiter und Mittelschichten Kämpfer gegen den Nationalsozialismus zu gewinnen. Schließlich verlangten die Gewerkschaften den Kampf für eine „Volksregierung“. Es heißt im Beschluß: „Unser Ziel ist und bleibt: ein freies Volk in einem wirklich freien und unabhängigen Österreich!“

Der einzige Weg zu diesem Ziel ist: Eine antifaschistische Volksregierung, die alle fortschrittlichen, jeden Faschismus ablehnenden Volkskräfte umfaßt, eine Volksregierung, die sich hinter die Forderung der breiten Volksmassen der Arbeiter und Angestellten, der durch den Faschismus auch wirtschaftlich auf das schwerste geschädigten Kleinbauern, Pächter und Landarbeiter, der Gewerbetreibenden und Intellektuellen stellt und den kulturellen und sozialen Aufstieg des Volkes verwirklicht, ein Regime, das dem österreichischen Volk seine Freiheit zurückgibt und den ärgsten Feind der Freiheit, den Faschismus jeder Schattierung, zerschlägt.“ (Zit. in: O. Leichter: Österreichs Freie Gewerkschaften im Untergrund, Wien 1963, S. 99.)

In den Richtlinien für weitere Aktionen wird auch der Kampf um die Mittelschichten verlangt: „Die Arbeiterklasse wird die im Kampf notwendige Aktivität und eine starke Anziehungskraft auf die Mittelschichten nur dann ausüben können, wenn sie ihren Kampf in möglichster Geschlossenheit führt.“

Die Gewerkschaften akzeptierten auch den Standpunkt der Kommunisten, daß es notwendig sei, jede Position „innerhalb und außerhalb der Einheitsgewerkschaft“ zum Kampf für die Forderungen der Arbeiter auszunützen. Nach wie vor aber blieben hier die Differenzen zwischen der KPÖ und den RS weiter bestehen. Diese nannten die Losung der KPÖ, überall zu wirken, wo Arbeiter [240:] organisiert

waren, „Übertreibungen und Verallgemeinerungen“ und wollten diese Taktik nur in ausgewählten Organisationen anwenden.

Erfolge der Gewerkschaftsbewegung

Dank der von den Kommunisten propagierten Ausnutzung der legalen Möglichkeiten konnten die illegalen Freien Gewerkschaften beachtliche Erfolge nicht nur bei den bereits erwähnten Betriebsvertrauensmännerwahlen erzielen.

Anläßlich eines „Vaterländischen Appells“ auf dem früheren Exerzierplatz Schmelz in Wien am 18. Oktober 1936 richteten die Freien Gewerkschaften ein Schreiben an Schuschnigg, in welchem die antisoziale, rückschrittliche und autoritäre Politik des Regimes kritisiert wurde und die Freien Gewerkschaften feststellten, daß sie nach wie vor für das „volle Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter, für die Freiheit der Gesinnung, des Wortes und der Vereinigung“ eintreten würden. Schuschnigg antwortete auf das Schreiben nur indirekt.

Ein bedeutender Erfolg der Arbeit in der Einheitsgewerkschaft war auch die Abwehr eines Vorstoßes der Nazi, die dort zur „Versöhnung mit dem Dritten Reich“ aufriefen. Als der eingesetzte Obmann der Metallarbeitergewerkschaft, Theodor Znidaric, ein Heimwehrmann, sich für die Aktion der Nazi aussprach, mußte er durch den Druck von unten nach einigen Monaten abgesetzt werden.

Die Erfolge der Gewerkschaftsbewegung veranlaßten Schuschnigg zu einem neuen Manöver. Er ließ Vertreter der Einheitsgewerkschaft mit Führern der alten Freien Gewerkschaften zusammenkommen, wobei der alte Parteiführer Renner an der Vorbereitung der Zusammenkunft mitwirkte. Dort wurde den alten sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern eine Reihe bezahlter Posten in der Einheitsgewerkschaft angeboten. Aber die Kommunistische Partei enthüllte das Manöver und mobilisierte die Arbeiter. Die Bundesleitung der Freien Gewerkschaften faßte einen Beschluß, jeden, der einen bezahlten Posten in der Einheitsgewerkschaft übernimmt, als Überläufer zu betrachten. So wurde aus der ganzen Angelegenheit nichts.

Ein sichtbares Zeichen erfolgreicher Arbeit in der Einheitsgewerkschaft war die Überreichung einer ersten legalen Denkschrift von Betriebsvertrauensmännern an den Bundeskanzler, in der sich diese für ein „freies Österreich“ und die Arbeiterselbstverwaltung aussprachen.

Es war das erste breite legale Auftreten der Arbeiter unter der Diktatur des Austrofaschismus, das von den illegalen Freien Gewerkschaften organisiert [241:] worden ist. Die Denkschrift wurde Ende April 1937 von einem Arbeiterkomitee aus legalen Betriebsvertrauensleuten vorbereitet, von etwa 100.000 Arbeitern und Angestellten aus 250 Betrieben unterzeichnet und von einer gewählten zwölfköpfigen Delegation dem Bundeskanzler übermittelt. Es heißt in ihr unter anderem: „Der Kampf um die Erhaltung eines freien, selbständigen und unabhängigen Österreich ist in ein entscheidendes Stadium getreten. Die Gefahren, die Österreich bedrohen, sind bedenklich angewachsen.

Aber die Unabhängigkeit Österreichs kann auf die Dauer nicht durch außenpolitische Garantien geschützt werden, am allerwenigsten durch eine außenpolitische Orientierung, die Österreich letzten Endes den Machtinteressen der faschistischen Großmächte überantwortet. Deutlicher denn je zeigt sich die Notwendigkeit, im Lande selbst die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß sich das österreichische Volk in seiner Mehrheit im ehrlichen Willen zusammenschließt, die Unabhängigkeit und Freiheit seines Vaterlandes gegen jedermann und mit allen Mitteln zu verteidigen.

Aber die organisatorischen und politischen Voraussetzungen dazu bestehen heute nicht. Nur Organisationen, in denen die Arbeiter wirklich frei und unabhängig sind, in denen sie ihr Schicksal selbst bestimmen können, in denen sie ihre Meinung frei bekunden und für ihre Auffassungen werben können, in denen sie ihre Vertrauensmänner selbst wählen und kontrollieren, können eine wirksame, aktive Abwehr gegen den Nationalsozialismus führen, der heute die Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs am stärksten bedroht. ... Die Arbeiter und Angestellten können jedoch nur dann in die Reihen der Verteidigung Österreichs wirksam eingegliedert werden, wenn ihnen in allen wirtschaftlichen und kulturellen Organisationen volles Selbstbestimmungsrecht gewährt wird. ... Die Arbeiter

und Angestellten werden mit um so größerer Entschlossenheit bereit sein, Österreichs Freiheit zu verteidigen, wenn sie damit auch ihre Freiheit und Menschenwürde, ihr soziales und politisches Mitbestimmungsrecht und ihre sozialen Errungenschaften zu verteidigen haben ...“

Die Denkschrift schloß mit der Forderung nach voller „Wiederherstellung des Selbstbestimmungsrechtes der Arbeiter und Angestellten in ihren ureigensten Organisationen, den Gewerkschaften, worunter wir vor allem die Unabhängigkeit von den Unternehmern und der Regierung, freie Wahl aller Instanzen bis zur Spitze, freie Kandidatenaufstellung, freie Wahlagitation und volle Bewegungsfreiheit der Organisation verstehen“.

Der Kanzler verweigerte zwar den Empfang der Delegation, erhielt aber die Forderungen in einem eingeschriebenen Brief. Die Verfasser und Überbringer [242:] des Memorandums wurden Repressalien ausgesetzt, aber auch dies konnte die Bewegung nicht mehr aufhalten. Eine Antwort erhielten die legalen Vertrauensmänner nicht. Zwei Monate später reagierte Schuschnigg auf die Denkschrift vom Mai 1937 mit der Anweisung, daß sich die Einheitsgewerkschaft nur mit wirtschaftlichen, nicht aber politischen Fragen zu befassen habe.

Die Arbeiter und das Berchtesgadener Abkommen

Die Kommunisten traten mit aller Entschiedenheit gegen die deutschnationale Propaganda sowohl der Nazi als auch der Austrofaschisten auf. So schrieb die „Rote Fahne“ Mitte Februar 1937:

„Schluß mit dem Gerede vom zweiten deutschen Staat.

Wir sind Österreicher und wollen ein staatlich und national selbständiges, unabhängiges und freies Österreich ... Arbeiter, Angestellte, Bauern, Gewerbetreibende, Katholiken, österreichisches Volk. Hört in einer für Euer und Österreichs Schicksal entscheidenden Stunde den Ruf zur gemeinsamen Erkämpfung der Freiheitsrechte des Volkes, dem einzigen wirklichen wirksamen Gegengewicht gegenüber allen Anschlägen gegen unser Land!“

Die Reichskonferenz der KPÖ vom August 1937 stellte der Partei die Aufgabe, „die ganze Tätigkeit dem Kampf gegen die Gefahr von seiten des deutschen Faschismus unterzuordnen“. Die Kommunisten sollten sich an die Spitze des „nationalen Freiheitskampfes“ stellen, für eine „breite Volksfront“ eintreten, den „Zusammenschluß aller antihitlerisch eingestellten Österreicher“ fördern.

Die Richtigkeit der kommunistischen Politik der Volksfront zeigte sich klar in den Tagen des Februar und März 1938, als Hitler daranschritt, seine längst vorbereiteten Pläne zur Eroberung Österreichs zu verwirklichen. Nach einer Serie von Terrorakten und Provokationen der österreichischen Nazi bestellte Hitler am 12. Februar 1938 Bundeskanzler Schuschnigg zu sich nach Berchtesgaden und zwang ihm dort unter Androhung militärischer Maßnahmen gegen Österreich ein zweites Abkommen auf, das den „Anschluß an Deutschland“ als freiwilligen Akt Österreichs erscheinen lassen sollte. Schuschnigg kapitulierte vollkommen. Die Nazi wurden in die Vaterländische Front aufgenommen, ihr Vertrauensmann Seyß-Inquart wurde zum Innenminister ernannt. Die Bedingungen waren so empörend, daß Schuschnigg sie nicht sofort zu veröffentlichen wagte. Sie sickerten erst nach einigen Tagen durch, als die Regierung mit ihrer [243:] Durchführung einsetzte, und wurden auch dann nur stückweise veröffentlicht.

Die Kommunisten hatten rechtzeitig vor der Gefahr gewarnt. Noch vor der Berchtesgadener Reise Schuschniggs schrieb Kopenig in der „Rundschau“, Nr. 4 vom 27. Jänner 1938: „Der Julipakt offenbart sich immer deutlicher als der Weg, der Österreich zur vollständigen Kapitulation vor dem Hitlers Faschismus führen solle ...“

Nach dem Bekanntwerden der Berchtesgadener Beschlüsse richtete die KPÖ einen leidenschaftlichen Aufruf an die Arbeiter, Bauern und das ganze Volk Österreichs, der mit den Worten begann: „Österreich ist in höchster Gefahr, es geht um das Schicksal, um die Unabhängigkeit unseres Landes.“ Die KPÖ forderte zum einheitlichen Kampf auf: „Die Gleichschaltung Österreichs kann verhindert, die Unabhängigkeit Österreichs wirksam verteidigt werden, wenn sich alle Österreicher, die sich zur Unabhängigkeit des Landes bekennen, zusammenschließen. ... Schließen wir uns zu einer festen

Unabhängigkeits- und Freiheitsfront zusammen! ... Für die demokratische Verständigung und Einheit des Volkes! Für die Schaffung der Volksfront! Es lebe der Kampf für ein freies, demokratisches und unabhängiges Österreich!“ („Rundschau“, Nr. 9, 1938.) Die Kommunisten erhoben gleichzeitig die Forderung nach Wiederherstellung demokratischer Rechte. In der „Roten Fahne“ von Ende Februar 1938 wurde dazu erklärt, daß eine gemeinsame Front der Österreicher „nicht auf autoritärem Wege, sondern *nur durch eine demokratische Verständigung*, durch die Verwirklichung der demokratischen Mitbestimmung des Volkes, durch die Sicherung der *vollen politischen Gleichberechtigung* der Arbeiter mit allen anderen Volksschichten zustande kommen kann ...“

Angesichts der immer klarer werdenden Gefahr ergriff die österreichische Bevölkerung eine gewaltige Erregung. Die Arbeiterklasse erhob unmißverständlich ihre Stimme. Sie führte eine breite, in ihren Ausmaßen nie gekannte Volksbewegung für die Unabhängigkeit Österreichs an. Schon am 14. Februar riefen ganz spontan eine Reihe von Betriebsvertrauensmännern bei der Leitung der Einheitsgewerkschaft an und teilten mit, daß unter den Arbeitern Unruhe herrsche und sie auch bereit seien, etwas zu unternehmen. Als dann am 16. Februar noch die Regierungsumbildung bekannt wurde, bei der Seyß-Inquart das Innenministerium erhielt, herrschte höchste Alarmstufe. Selbst das Blatt des christlichsozialen Arbeiterführers Leopold Kunschak, die „Österreichische Arbeiter-Zeitung“, drückte in der Nummer vom 19. Februar 1938 vorsichtig Opposition aus.

[244:] Hitlers Rundfunkrede vom 20. Februar 1934, die auch vom österreichischen Radio verbreitet wurde, ließ keinen Zweifel mehr daran, daß für Hitler die Anerkennung der österreichischen Unabhängigkeit nur noch formale Bedeutung hatte. Nun ertönte die Stimme der Arbeiter noch lauter. Um aber Österreich verteidigen zu können, verlangten sie die Wiederherstellung demokratischer Rechte. Die Arbeiterbewegung durchbrach faktisch die Schranken der Illegalität. In den Betrieben und in den Versammlungen der Einheitsgewerkschaft traten Sozialisten und Kommunisten offen auf.

Das Arbeiterkomitee wird neu gebildet

Einige Tage nach Berchtesgaden kam es zur Bildung eines Komitees, bestehend aus Vertrauensmännern wichtiger Großbetriebe, wie bereits 1937 eines bestanden hatte. Obmann des Komitees war der kommunistische Metallarbeiter Alois Köhler, Sprecher der Obmann der illegalen Angestelltengewerkschaft, Friedrich Hillegeist, damals kein Mitglied der RS, sondern in enger Beziehung zu den Kommunisten. Das Komitee sprach bereits am 19. Februar bei der Leitung der Einheitsgewerkschaft vor und teilte dem Obmann des offiziellen Gewerkschaftsbundes mit, daß es auf den Konferenzen, die vom Gewerkschaftsbund für den 20. und 21. Februar einberufen waren, eine Resolution vorschlagen werde, in der es hieß: „Die Vertrauensmänner der österreichischen Arbeiterschaft geben ihrem leidenschaftlichen Willen Ausdruck, für die Freiheit Österreichs und für seine Unabhängigkeit und Würde einzutreten. Die österreichischen Arbeiter sind für den Frieden, aber nicht um jeden Preis ...“ Dafür verlangten sie, daß ihnen ihre „wichtigsten Freiheiten“ zurückgegeben wurden. Als der Obmann der Einheitsgewerkschaft Schuschnigg aufsuchte, bestand dieser darauf, daß in der Resolution erklärt werde, die Arbeiter stünden „geschlossen mit ihren Vertretern hinter dem Bundeskanzler für ein unabhängiges, freies, soziales, christliches und deutsches Österreich“. Vergeblich versuchten jedoch die Führer der Einheitsgewerkschaft, auf Konferenzen und Tagungen die Erregung der Arbeiterklasse in Vertrauenskundgebungen für Schuschnigg umzumünzen. Die von Schuschnigg verlangte Änderung wurde zwar von der Obmännerkonferenz des Gewerkschaftsbundes gebilligt, von den Arbeitern in vielen Betrieben und auf Konferenzen jedoch gestrichen. Die Resolution selbst erhielt in den Betrieben binnen 48 Stunden mehr als eine Million Unterschriften. Doch Schuschnigg verbot dem Obmann der offiziellen [245:] Einheitsgewerkschaft die weitere Unterschriftensammlung. Die illegalen Gewerkschaften alarmierten in einem weit verbreiteten Flugblatt die Arbeiter in den Betrieben und wiesen auf die außerordentliche Gefahr hin, die das Land und die Arbeiterklasse mit dem Verlust des Restes von Freiheit bedrohte. In den Konferenzen mehrerer Fachverbände wurde die Resolution angenommen, in der es weiter hieß, daß die Arbeiter „bereit sind, jederzeit den Kampf für ein freies und unabhängiges Österreich, in dem sie selbst frei und unabhängig sind, zu führen.“ In verschiedenen Betrieben kam es am 21. Februar zu spontanen Betriebsaktionen, so in Floridsdorf, in der Brigittenau und in Favoriten. Die Fiat- und Daimler-Werke und das Shuttleworth-Werk streikten

zwei Stunden lang. Die Arbeiterschaft ließ sich auch dadurch nicht täuschen, daß Schuschnigg den ehemaligen Sozialdemokraten Watzek, der zur Vaterländischen Front übergelaufen war, zum Staatssekretär für Arbeiterschutz ernannte, auch nicht dadurch, daß Schuschnigg die Hitler versprochene Amnestie für Nationalsozialisten auch auf Sozialisten und Kommunisten ausdehnte. Die Arbeiter verlangten von der Einheitsgewerkschaft, Proteststreiks in den Betrieben zu organisieren.

Schuschnigg lehnte es zwei Wochen lang ab, das Arbeiterkomitee zu empfangen. Sogar die Anregung des Bundespräsidenten Miklas, den alten reformistischen, illegal nicht tätigen ehemaligen Bürgermeister von Wien, Seitz, zu empfangen, lehnte Schuschnigg unwirsch ab. Später verteidigte er sich damit, er hätte die Verhandlungen durch andere Personen führen lassen.

So konnte das Arbeiterkomitee nur mit einer Reihe von Regierungsfunktionären der „Vaterländischen Front“ Aussprachen führen. Theodor Heinisch, ein kommunistischer Gewerkschaftsfunktionär, der dem Komitee angehörte, berichtete darüber: „Diese Aussprachen zeigten wieder die große politische Reife und die Vaterlandsliebe der unterdrückten Arbeiter, die trotz allen Gegensätzen die unmittelbar drohende Gefahr erkannten. So fand einige Tage nach der Regierungsumbildung eine Vorsprache beim damaligen Bürgermeister von Wien, Schmitz, statt, der auch gleichzeitig führender Funktionär der Vaterländischen Front war. Als von der Delegation bestimmter Wortführer machte ich Schmitz auf die Gefahren, unter anderem durch die Ernennung Seyß-Inquarts zum Innenminister ..., aufmerksam.“ (Theodor Heinisch: Österreichs Arbeiter für die Unabhängigkeit 1934-1945, Europa-Verlag, Wien-Frankfurt-Zürich, 1968, S. 16.)

Theodor Heinisch berichtete auch, daß „eine Arbeiterdelegation zum damaligen Chef der Staatspolizei, Hofrat Weiser, gerufen wurde. Die mehrstündige [246:] Aussprache verlief äußerst dramatisch. Als von der Delegation gewählter Wortführer stellte ich gleich eingangs die Frage: ‚Was wollen Sie von uns, meine Herren? Schließlich waren wir ja in den Augen des Regimes alle illegale Linke, die nicht wußten, ob sie nicht gleich verhaftet werden sollten. Die Antwort Weisers war, der Kanzler, und mit ihm die Regierung, sei interessiert, die wirkliche Stimmung der Arbeiter in Anbetracht der schwierigen Situation des Landes kennenzulernen. Ich machte daraufhin die Anwesenden aufmerksam, daß sie, wenn sie die ungeschminkte Wahrheit von uns als Sprecher der Arbeiter hören wollen, einige unangenehme Wahrheiten hören würden. Wenn man von uns aber vielleicht eine kritiklose Loyalitätserklärung erwarte, dann wäre es gleich besser, die Vertreter der Vaterländischen Front zu rufen. ... Obwohl diese Unterredung zeitweise hart am Rande des Abbruchs verlief, wurde sie doch über zweieinhalb Stunden geführt, und am Schluß wurde von der Delegation darauf hingewiesen, daß das Regime schnell handeln müsse und vor allem einen weithin sichtbaren Akt für die Arbeit setzen solle, der diese überzeuge, daß sie gegenüber dem drohenden Nationalsozialismus etwas zu verlieren haben, was wert sei, verteidigt zu werden. Es wurde uns am Ende zugesagt, der Inhalt dieser Unterredung werde dem Bundeskanzler Schuschnigg wahrheitsgetreu mitgeteilt werden.“ (A. a. O., S. 18.)

Das Arbeiterkomitee bei Schuschnigg

Am 3. März war das Arbeiterkomitee beim Bundeskanzler. Die Arbeiterforderungen wurden in folgenden Punkten zusammengefaßt: „Volle weltanschauliche und gesinnungsmäßige Freiheit der österreichischen Arbeiter und Angestellten, zumindest im selben Maße, wie sie den Nazi gewährt wurde.

Volle Selbstbestimmung und Selbstverwaltung der Arbeiter und Angestellten in allen für sie bestimmten Institutionen und sozialen Einrichtungen; Besetzung aller Funktionen mit Personen, die das Vertrauen der Arbeiter genießen.

Zu diesem Zweck unter anderem: sofortige Entlassung der Überläufer.

Freie, unabhängige Arbeiterpresse.

Gewährleistung eines sozialen Kurses, der unter anderem darin besteht, daß den Arbeitern und ihren Vertrauensmännern eine gewisse Bewegungsfreiheit eingeräumt wird und daß gewisse rückschrittliche Maßnahmen auf dem Gebiet der Sozialpolitik rückgängig gemacht werden.“

Über die Unterredung berichtet Theodor Heinisch: „In dieser kritischen Situation kam es am 3. März zu einer mehr als vier Stunden währenden Aussprache [247:] einer 14gliedrigen Delegation von Vertrauensmännern aus Wiener Großbetrieben unter der Führung von Friedrich Hillegeist mit Schuschnigg. Als Mitglied dieser Delegation habe ich noch genau die Atmosphäre und den Ablauf der Unterredung in Erinnerung. Schon beim Eingang in das Bundeskanzleramt, als uns die Gardesoldaten den militärischen Gruß erwiesen, bemerkte ich zu Hillegeist: ‚In einer Woche ist es möglich, daß uns dieselben Leute verhaften.‘ Hillegeist wies Schuschnigg darauf hin, daß wir nicht als Freunde kämen, daß wir aber bereit seien, die Arbeiter zum Kampf für die Unabhängigkeit unseres Landes aufzurufen. Voraussetzung hierfür sei allerdings die Wiederherstellung der wichtigsten Freiheitsrechte, wie sie ja bereits in der Denkschrift 1937 niedergelegt waren. Ich selbst verwies vor allem auf die drohende Kriegsgefahr, die sich immer mehr verstärken würde, und unterstrich dies mit folgenden Worten: ‚Herr Bundeskanzler! Uns trennen die offenen Gräber des Februar 1934, aber Sie und wir wohnen im gleichen Haus, und dieses Haus Österreich brennt. Wenn wir den Brand heute gemeinsam löschen, werden wir uns morgen darüber unterhalten, wie es eingerichtet werden soll. Vor uns liegt eine ungeheure Gefahr.‘

Schuschnigg hörte sich alles ruhig an und beauftragte die beiden anwesenden Minister, Rott – einen christlichsozialen Gewerkschafter – und Staatssekretär Watzek – einen ehemaligen Sozialdemokraten –, mit uns die Verhandlungen über die legale Wiedereingliederung der österreichischen Arbeiter in das politische Leben zu führen. Als erstes verlangte die Delegation ihre Legalisierung vor der Polizei, was von Schuschnigg auch veranlaßt wurde.“ (A. a. O., S. 19.) Schuschnigg, der beim Empfang „einen gequälten und gehetzten Eindruck machte“, erklärte „sichtlich beeindruckt“, er hoffe, es werde „zu einer Einigung kommen, wenn auch aus keinem anderen Grunde, so aus Liebe zu unserem Vaterlande, die Sie und mich verbindet!“

Schuschnigg sagte weder die Erfüllung der Forderungen zu, noch lehnte er sie ab. Das Komitee erhielt die Erlaubnis, eine größere Vertrauensmännerversammlung einzuberufen, damit die Arbeiter ihre Vertreter zu Verhandlungen selbst ermächtigen könnten. Nach der Aussprache bei Schuschnigg kam das Arbeiterkomitee mit der Leitung der illegalen Gewerkschaft zusammen, wobei man sich nach langem Streit über die Bildung eines einheitlichen Verhandlungskomitees verständigte, das aus je vier Vertretern beider Teile bestand, und die große Vertrauensmännerkonferenz für Montag, den 7. März in das ehemalige Florisdorfer Arbeiterheim einberief.

[248:]

Neue taktische Differenzen

Während die Kommunisten mit aller Kraft in der Arbeiterschaft den Kampfesmut stärkten, verbreitete die Führung der RS eine Atmosphäre des Unglaubens an die Möglichkeit eines Abwehrkampfes gegen Hitler-Deutschland. „In allen Veröffentlichungen wurde der Untergang Österreichs prophezeit“, konstatiert Wisshaupt. Die Führung der RS rechnete nicht mit der Massenbewegung, sondern starrte nur auf die Regierung und hegte, wie Otto Leichter schreibt, Zweifel, „ob ein so kapitulationsbereites Regime wie das austrofaschistische den Mut zur Preisgabe seiner bisherigen Politik und zum entschlossenen Kampf aufbringen werde“. Damit geriet die Führung der RS in Widerspruch zu ihren eigenen Anhängern und zur allgemeinen Stimmung der Arbeiter. Denn, so muß auch Leichter zugeben, „die Massenstimmung – die mit den RS sympathisierenden Aktivisten eingeschlossen – war von der Hoffnung belebt, daß es möglich sein müßte, Österreich gegen die Nazi zu halten“. So mußten die RS, „um sich nicht von den Massen und ihren Hoffnungen zu isolieren“, mithalten. Selbst der größte Zweifler am Erfolg, „Buttinger war – unter dem Einfluß der mit der Massenbewegung Verbindung haltenden RS-Funktionäre – klug genug, sich nicht dem unwiderstehlich gewordenen Strom der zu politischer Aktivität erwachten Massen entgegenzustellen“. (Otto Leichter: Zwischen zwei Diktaturen, Wien 1968, S. 381 und 382.)

Aber auch in diesem entscheidenden Augenblick ging es der RS-Führung in erster Linie darum, den Kommunisten entgegenzutreten, die verlangten, die Unabhängigkeit Österreichs ohne jede Bedingung zu verteidigen.

Während die Arbeiter zum Kampf rüsteten, gab Buttinger, der Obmann der Revolutionären Sozialisten, in seinen letzten Anweisungen am 6. März 1938 den lokalen Organisationen den Rat, „jede Tätigkeit aufzugeben“. In seinen Erinnerungen ist er noch stolz darauf, „daß die Behauptung, es werde ‚in ein oder zwei Wochen‘ zu spät sein (jede politische Tätigkeit einzustellen, A. R.), nur von einer einzigen Stelle ausgesprochen worden war: dem Zentralkomitee der Revolutionären Sozialisten“! (A. a. O., S. 521 und 522.)

Die Floridsdorfer Konferenz

Die wahre Stimmung der Arbeiter kam in der völlig legal tagenden Vertrauensmännerkonferenz im Floridsdorfer Arbeiterheim zum Ausdruck, in der Ver-[249:]treter der KPÖ und RS sprachen. Es war die erste derartige Versammlung, und sie bedeutete einen kolossalen Erfolg der illegalen Arbeiterbewegung. Es wurden zwei Verhandlungsausschüsse, einer für gewerkschaftliche, der zweite für politische Fragen gewählt.

Aber das von der Versammlung bestätigte Verhandlungskomitee kam kein zweites Mal mit Bundeskanzler Schuschnigg zusammen, der keine Mobilisierung der Arbeiter wollte. Überraschend faßte Schuschnigg den Entschluß, eine Volksabstimmung über die Unabhängigkeit Österreichs anzusetzen, was er am 5. März dem Bundespräsidenten Miklas mitteilte. Die Vorbereitungen für diese „Willenserklärung“ des Volkes, die für den 13. März angesetzt wurde, sollten geheimgehalten werden, wurden aber von dem mit Nazi verseuchten Regierungsapparat sofort Hitler-Deutschland verraten.

Am Abend des 9. März gab Schuschnigg in einer Rede in Innsbruck seinen Entschluß der Öffentlichkeit bekannt. Die Ansetzung der Volksabstimmung versetzte ganz Österreich in Bewegung. Die Kommunisten taten alles, um die Mobilisierung der Massen gegen die Nazigefahr zu verstärken. Sie setzten an die Spitze ihrer Forderungen die unbedingte Verteidigung der österreichischen Unabhängigkeit und fanden mit ihren Parolen Anklang. Sie riefen alle Österreicher ohne Unterschied der Weltanschauung und politischen Gesinnung zum gemeinsamen Kampf gegen den allerschlimmsten Feind, den Hitler-Faschismus. In ihren Aufruf vom 10. März hieß es unter anderem: „Die Kommunistische Partei fordert alle Arbeiter und Werktätigen auf, bei der Volksbefragung mit Ja zu stimmen. Arbeiter, Werktätige! Euer Ja gilt einem freien, unabhängigen und sozialen Österreich ..., das ... ein Bollwerk des Friedens, des Fortschritts und der Freiheit gegenüber den faschistischen Kriegsbrandstiftern werden soll.“

Anders die Führung der Revolutionären Sozialisten, in der sich hinter linken Phrasen Pessimismus und Mutlosigkeit breit machten. Otto Leichter, der maßgebenden Einfluß auf die sozialistischen Gewerkschaftsführer hatte, gab die scheinrevolutionäre Parole aus: „Erst frei sein, dann kämpfen.“

Die Arbeiter für Österreichs Unabhängigkeit

Zum erstenmal seit 1934 konnten in diesen letzten Tagen vor dem Einmarsch der Hitler-Wehrmacht Arbeiter auf der Straße demonstrieren, ohne auseinandergejagt zu werden. Die Arbeiterjugend marschierte geschlossen auf der Wiener [250:] Ringstraße auf. Die Bewegung erfaßte auch jene Arbeiter, die bisher von den illegalen Organisationen nicht erfaßt worden waren. Die Entschlossenheit der Arbeiter teilte sich auch den anderen Volksschichten mit. In ihnen erstarkte der Mut zum Widerstand gegen die Machtergreifung der Nazi. Obwohl diese an vielen Orten bereits die Unterstützung des Staatsapparates erlangt hatten, wurden Nazikundgebungen in Wien und den großen Städten der Bundesländer von mächtigen antifaschistischen Gegenkundgebungen überschattet. Es bildete sich spontan eine breite Front des nationalen Widerstandes bis in die Reihen der Vaterländischen Front hinein.

Wieder waren es die Kommunisten, die der Stimmung des Volkes den klarsten Ausdruck gaben. Obwohl die Nazi-Partei in Österreich unter dem Regime der austrofaschistischen Diktatur stark geworden war, stand für jedermann fest, daß die Volksabstimmung eine überzeugende Mehrheit für die Unabhängigkeit Österreichs bringen werde. Für die Kommunisten war es klar, daß ungeachtet der Feindschaft gegen die austrofaschistische Diktatur mit „Ja“ für die Unabhängigkeit gestimmt werden mußte. Sie wußten, daß nach einer Abwendung der Annexionsgefahr der mächtig gestärkten Arbeiterbewegung die Legalität nicht mehr verweigert werden konnte. In verschiedenen Wiener Bezirken

wurden bereits Arbeiterheime an Vertrauensleute der Arbeiterschaft zurückgegeben und verwandelt sich in Zentren der antinationalsozialistischen und antifaschistischen Sammlung. Am Abend des 10. März fanden in mehreren Wiener Bezirken halblegale Konferenzen der Freien Gewerkschaften statt. „Sie stehen im Zeichen der freigewerkschaftlichen Symbole, des Freiheitsgrußes und des Liedes der Arbeiter. Manche der Konferenzen werden auch Ausgangspunkt für Straßendemonstrationen.“ (Dannimann, a. a. O., S. 52.)

Die RS und die reformistischen Gewerkschaftsführer hingegen setzten ihre sektiererische Politik fort und wollten ein „Ja“ erst nach der Legalisierung ihrer Organisationen aussprechen.

Am 10. März beschlossen sie, „keine Erklärung zugunsten der Schuschniggischen Volksabstimmungspareole abzugeben, solange keine Gewißheit über den Ausgang der Verhandlungen bestand“. Hingegen wollten sie am nächsten Tag eine große Arbeiterdemonstration auf der Ringstraße durchführen, die jedoch von der Polizeidirektion nicht bewilligt wurde.

Schließlich siegte das politische Verständnis der Arbeiter. In der Nacht vom 10. zum 11. März beschloß auch die Parteikonferenz der RS trotz aller Gegensätzen und Differenzen, die Arbeiterschaft aufzufordern, mit „Ja“ zu stimmen. Die Begründung lautete: „Die Ja-Stimme des österreichischen Arbeiters, der [251:] keine andere Wahl hat, ist keine Stimme für das autoritäre Regime und Schuschnigg, sondern eine Stimme gegen Hitler und die Gleichschaltung.“ (Buttinger, a. a. O., S. 527.)

Schuschnigg, der sich nach wie vor weigerte, die Arbeitervertreter zu empfangen und die verlangten Rechte zu gewähren, mußte sich dazu bequemen, einem Vertreter der illegalen Arbeiterbewegung die Erlaubnis zu erteilen, am Vorabend der Volksabstimmung eine Rundfunkansprache zu halten. Doch dazu kam es nicht mehr.

Der Untergang Österreichs

Am 11. März vormittags erhielt Schuschnigg das Ultimatum Hitlers, die Volksabstimmung abzusetzen. Während seine Vertreter noch mit dem Arbeiterkomitee verhandelten, um endlich zu einem Abkommen zu gelangen, während die Arbeiter in den Betrieben in Bereitschaft waren, kapitulierten Schuschnigg und der Austrofaschismus. Es war nicht etwa, wie eine willfährige Historiographie es darzustellen versucht, die Aussichtslosigkeit eines Widerstandes gegen die überlegene Militärmacht Deutschland und ebensowenig die Weigerung der Westmächte, Österreich Hilfe zu leisten, die zur Kapitulation führten. Es waren in erster Linie das Mißtrauen in die Arbeiterklasse, die Furcht, daß deren Mobilisierung das ganze austrofaschistische System stürzen und die Demokratie zum Durchbruch bringen würde, die das Handeln Schuschniggs diktierten. Nicht weniger war es aber auch die im Grunde deutschnationale Grundstellung Schuschniggs und der meisten Austrofaschisten, die vor einem Bruderkrieg im deutschen Hause“ zurückschrecken ließ. Im Grunde ihres Herzens glaubten die Schuschniggs an die historische, geistige, kulturelle Einheit mit Deutschland, und ein Friedensschluß mit Hitler schien ihnen leichter zu sein als ein Ausgleich mit der marxistischen Arbeiterschaft. Miklas führte später in einem Prozeß die Angst vor der Arbeiterschaft offen an.

Schuschnigg gab dem Ultimatum Hitlers nach und sagte die Volksabstimmung ab. Doch das genügte Hitler-Deutschland nicht. Göring, der die Operation gegen Österreich in seine Hand genommen hatte, verlangte in einem zweiten Ultimatum den Rücktritt Schuschniggs und die Betrauung der Nationalsozialisten mit der Regierung. Die Austrofaschisten kapitulierten auch in dieser Frage. Schuschnigg dankte ab. Zu gleicher Zeit fanden in Wien und in den Bundesländern noch Arbeiterversammlungen und -konferenzen für Öster-[252:]reichs Unabhängigkeit statt. Schuschnigg aber forderte zur Ruhe auf. Der Bundespräsident Miklas hatte nicht einmal soviel Mannesmut, die Ernennung des Nazi Seyß-Inquart zum Bundeskanzler zu verweigern. (Seiß-Inquart wurde 1946 als Kriegsverbrecher gehenkt.) Die Regierung Seyß-Inquart ersuchte in Berlin um Einmarsch der deutschen Truppen. Die deutschen Truppen rückten in Österreich ein, angeblich, um Ruhe und Ordnung herzustellen. Aber in ihrem Gefolge kamen Hitler und der Chef des deutschen Sicherheitsdienstes, Himmler, um den „Anschluß“ Österreichs zu proklamieren.

Miklas, der durch die Ernennung des Nazikabinetts die Entwicklung legalisiert hatte, wurde am 12. März zum Rücktritt gezwungen, am 13. Unterzeichnete Hitler das „Anschluß“gesetz. Österreich verlor seine Unabhängigkeit und wurde als „Ostmark“ dem deutschen Reich einverleibt.

Die Westmächte, allen voran Italien, anerkannten die als „Anschluß“ getarnte Annexion ohne Widerspruch.

Am 13. März telegraphierte Hitler an den italienischen Faschistenführer: „Mussolini, ich werde Ihnen dieses nie vergessen! Adolf Hitler.“

Die Schuld an der Katastrophe

In der Geschichtsschreibung Österreichs findet sich kaum ein Hinweis darauf, daß einzig und allein die Sowjetunion – und Mexiko gegen die Österreichs aufgetreten sind. Am 17. März 1938 richtete die Sowjetregierung eine Note an alle ausländischen Mächte mit dem Vorschlag, sofort im Völkerbund oder andernorts praktische Maßnahmen zur Verhütung der weiteren Ausbreitung der Aggression zu ergreifen. Ungeachtet der Ablehnung dieses Vorschlags verlangte die sowjetische Delegation in der Vollversammlung des Völkerbundes am 21. September 1938, die Annexion Österreichs zu verurteilen und die notwendigen Maßnahmen gegen die Aggression zu ergreifen. Auch diese Vorschläge wurden von den führenden Mächten England und Frankreich abgelehnt, da sie ihre Befriedungspolitik gegenüber Hitler gestört hätten.

Der Austrofaschismus hatte Österreich in die Katastrophe geführt und dabei selbst sein Ende gefunden. Wenn aber die Kapitulanten, die dazu beigetragen haben, den Untergang Österreichs als unabwendbares Schicksal hinstellen, so wollen sie damit nur ihre eigene Schuld verbergen. Eine Untersuchung der Chancen, die ein militärischer Widerstand gegen die deutsche Annexionsarmee gehabt hätte, gehört nicht in den Aufgabenkreis dieser Schrift. Aber es sei hier [253:] die in der Schweizer Zeitschrift „Weltbild“ vom 15. September 1968 geäußerte Meinung des einflußreichsten Offiziers des österreichischen Bundesheeres, General Spannocchi, zitiert: „Genaue Untersuchungen haben ergeben, daß der zweite Weltkrieg vermutlich nicht stattgefunden hätte, wenn Österreich Widerstand geleistet hätte. ... Der Kampf gegen die Hitler-Armee vom März 1938 hätte vielleicht 30.000 Tote gekostet. Aber 460.000 Österreicher fielen im zweiten Weltkrieg.“

Selbst angesichts der militärischen Unterlegenheit Österreichs und der Politik der Westmächte hätten die Machthaber in Österreich die Pflicht gehabt, dem Einmarsch der Hitler-Armee Widerstand entgegenzusetzen. Dieser Widerstand wäre ein Signal gewesen, das die gesamte europäische Situation zuungunsten Hitlers hätte wenden können. Vor allem aber hätte der Widerstand die Mär vom freiwilligen Anschluß zerstört, hätte der gesamten nationalen Demagogie Hitlers einen vernichtenden Schlag versetzt. Auch die Berufung auf das Bestreben, Blutvergießen zu vermeiden, ist gerade im Munde derer, die bedenkenlos im Februar 1934 Militär und Artillerie gegen die eigene Arbeiterschaft einsetzen, eine pure Heuchelei.

Die eindeutige Schuld an der Zerstörung der ersten Republik haben jene, die im Februar 1934 mit der Errichtung der faschistischen Diktatur die treuesten Verteidiger der Unabhängigkeit und Selbständigkeit Österreichs niedergeworfen hatten. Die Kanonen und Maschinengewehre der Dollfuß', Feys und Starhembergs haben die Breschen geschlagen, durch die der deutsche Imperialismus in Österreich eindringen konnte. Die Vernichtung der Demokratie, der politischen und sozialen Rechte der Arbeiterschaft hat die Widerstandskraft der Österreicher gegen die nationalsozialistische Ideologie gelähmt.

Aber weder die Februartragödie noch der Fall Österreichs wären ohne die Mitschuld des Austromarxismus, der in Wirklichkeit nur ein Austroreformismus war, möglich gewesen. Der Traum von den 51 Prozent hat die Arbeiterschaft Österreichs gehindert, ihre Macht aufzurichten, als dafür alle objektiven Bedingungen vorhanden gewesen waren, der Glaube an den Kampfwillen ihrer Führer hat sie die allmähliche aber konsequente Faschisierung Österreichs widerstandlos hinnehmen lassen, das Versagen dieser Führung hat die Niederlage im Februar mitverschuldet. Aber auch die Anschlußpropaganda der Sozialdemokratie, ihr Bekenntnis zur deutschen Nation leistete der Unterhöhnung der österreichischen Unabhängigkeit Vorschub.

[254:]

Die Kommunisten kapitulieren nicht

Nur die Kommunistische Partei Österreichs blieb auf ihrem Posten. Bereits in der Nacht vom 11. zum 12. März beschloß das ZK der KPÖ den historisch gewordenen Aufruf, in dem die KPÖ ihre unerschütterliche Treue zu Österreich bekundete. Sie brandmarkte die Annexion und forderte das Volk Österreichs zum Weiterkämpfen für die Wiedererringung der Unabhängigkeit Österreichs auf. Im Schlußabsatz heißt es: „Das österreichische Volk ist vergewaltigt worden, aber sein Glauben und seine Zuversicht sind ungebrochen. Der Kampf geht weiter. Durch seine eigene Kraft und durch die Hilfe der Weltfront des Friedens wird ein freies und unabhängiges Österreich wiedererstehen.“ An diesem Aufruf richteten sich viele patriotisch gesinnte Österreicher – insbesondere aber die Arbeiter – auf. Er wies ihnen das Ziel und den Weg des weiteren Kampfes.

In der Nacht des Hitler-Faschismus in Österreich führten die Kommunisten todesmutig, opfervoll und organisiert den Kampf für die Wiedererstehung Österreichs.

Die Opfer sind nicht vergebens gebracht worden. Der barbarische Hitler-Faschismus ist zerschlagen, die Unabhängigkeit Österreichs wieder errungen worden – freilich vor allem durch die außerordentlichen Leistungen der Sowjetarmee. Mit der Errichtung der Zweiten Republik war dem österreichischen Volk von neuem der Weg eröffnet, seine Zukunft selbst zu gestalten. Die Erfahrungen der Zeit von 1918 bis 1945 und insbesondere die sieben Jahre des gewaltsamen „Anschlusses“ haben den Willen zum nationalen Bestand und zur selbständigen und unabhängigen Existenz im österreichischen Volk gefestigt. Der Kampf der Kommunisten trug wesentlich zur Entwicklung des österreichischen Nationalbewußtseins bei.

[255:]

ARNOLD REISBERG

Geb. 17. Februar 1904 [† 20. Juli 1980]

promovierte 1928 an der Wiener Universität zum Doktor der Philosophie. Seit 1923 Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes Österreichs, seit 1924 Mitglied der KPÖ. War Funktionär der Bezirksleitung Leopoldstadt, der Kreisleitung Wien-Nord, Mitglied der Wiener Stadtleitung der KPÖ, Leiter der Propagandaabteilung beim ZK der KPÖ, Leiter der Marxistischen Arbeiterschule (MASCH) in Wien, Redakteur der theoretischen Zeitschrift der KPÖ, „Der Kommunist“. Nach dem Verbot der KPÖ Redakteur der legalen Zeitschrift „Die Zeitschau“, österreichischer Korrespondent der Pressekorrespondenz der Kommunistischen Internationale „Rundschau“, Basel. Nach den Februarkämpfen verhaftet und verurteilt; nach seiner Freilassung Übersiedlung auf Beschluß der Partei nach Moskau als Lektor und Leiter des österreichischen Sektors an der Internationalen Lenin-Schule. Seit 1959 in Berlin, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED. 1964 habilitierte er in Berlin. War maßgebend an der Übersetzung der Werke W. I. Lenins ins Deutsche beteiligt; arbeitet an der Erforschung und Darstellung der Geschichte der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung und des Wirkens W. I. Lenins.

Unter anderem veröffentlichte A. Reisberg:

Lenin und die Aktionseinheit in Deutschland, Dietz-Verlag, Berlin 1964

Lenin und die Zimmerwalder Erklärung, Dietz-Verlag, Berlin 1966

Lenins Beziehungen zur deutschen Arbeiterbewegung, Dietz-Verlag, Berlin 1970

Lenin im Jahre 1917, Dietz-Verlag 1967

An den Quellen der Einheitsfrontpolitik, Dietz-Verlag, Berlin 1971

Lenins Jugend, Neues Leben, Berlin 1973

Abbildungen



▲ Durch Sonntagsaufmärsche leitete die SA-Führung den entschlossenen Kampfwillen der Schutz-
bündler in leere Drohsagen ab.

▼ Mit blankem Säbel führt der „schneidige“ ehemalige k. u. k. Offizier schwerbewaffnete Heim-
wehrobrigaden zu Kampfübungen, die nicht selten mit Arbeitertoten endeten.





▲ Juli 1927 — Hasenjagd der Polizei auf unbewaffnete Arbeiter.
▼



Genosse Kopenig verhaftet!

Wegen seiner Trauerrede dem Landesgericht eingeliefert

Die Politik der starken Hand

Genosse Kopenig wurde am 1. März in Wien verhaftet. Er wurde wegen seiner Trauerrede dem Landesgericht eingeliefert. Die Politik der starken Hand ist die Politik der Diktatur der Proletenklasse. Die Politik der starken Hand ist die Politik der Diktatur der Proletenklasse. Die Politik der starken Hand ist die Politik der Diktatur der Proletenklasse.

Die Verhaftung genoss Genosse Kopenig auf dem Parteitag der Arbeiterpartei in Wien. Er wurde wegen seiner Trauerrede dem Landesgericht eingeliefert. Die Politik der starken Hand ist die Politik der Diktatur der Proletenklasse. Die Politik der starken Hand ist die Politik der Diktatur der Proletenklasse. Die Politik der starken Hand ist die Politik der Diktatur der Proletenklasse.

Die Politik der starken Hand ist die Politik der Diktatur der Proletenklasse. Die Politik der starken Hand ist die Politik der Diktatur der Proletenklasse. Die Politik der starken Hand ist die Politik der Diktatur der Proletenklasse. Die Politik der starken Hand ist die Politik der Diktatur der Proletenklasse. Die Politik der starken Hand ist die Politik der Diktatur der Proletenklasse.



▼ Johann Kopenig auf einer Parteikonferenz in Wien 1931. Den Vorsitz führte Franz Hommer.





Kundmachung

über die

Verhängung der Todesstrafe

wegen der Verbrechen des Mordes, der Brandlegung und der öffentlichen Gewalttätigkeit durch boshafte Beschädigung fremden Eigentums.

Der Bundeskanzler hat im Einvernehmen mit dem mit der Leitung des Bundesministeriums gemä ßandrechtliche Verfahren in de des Mordes (§§ 134 bis 138 St.G.) und der leit durch boshafte Beschädig nach § 85 St.G. für das ganze

Dies wird mit dem Beifüge der sich nach dieser Kundmachu Verbrechen oder der Aufreizu nahme daran schuldig macht, st mit dem Tode bestraft würde.

Diese Anordnung ist kundgegetreten.

Wien, am 10. November 19

Die Bund







◀ Theodor Körner, ehemaliger k. u. k. General, Organisator des Schutzbundes, lehnte die militärpolitische Linie der SP ab.



▶ Otto Bauer, Theoretiker und geistiger Führer der SP, klassischer Vertreter des Austromarxismus.



◀ Julius Deutsch, Führer des Schutzbundes, einer der Hauptverantwortlichen für die Kapitulationspolitik der SPÖ.



▶ Oskar Helmer, immer schon ein Rechter, einer der Organisatoren des offenen Verrates einiger Schutzbundführer an ihren eigenen Kameraden im Februar.

▼ Kommunistischer Demonstrationszug in den Straßen Wiens.





▲ *Im Linzer Arbeiterheim begannen die Kämpfe am 12. Februar 1934.*

▼ *Die Ennsleiten (Steyr) unter Artilleriebeschuß.*





Der austrofaschistische Diktator Engelbert Dollfuß betrachtet durchs Fernglas die Wirkung des von ihm befohlenen Bombardements von Arbeiterwohnungen. ▲



◀ Die Zerstörung einer Arbeiterwohnung durch eine Dollfußkanone.



Die Fassade des Arbeiterheims Wien XVI in der Kreitnergasse nach den Kämpfen.



Links oben: KOLOMAN WALLISCH in Ketten.

Links unten: JOSEF STANEK.

Rechts oben: GEORG WEISSEL.

Rechts unten: EMIL SVOBODA.





— Von kommunistischen Jugendlichen illegal gehftes Transparent.



Eine von den vielen illegal hergestellten und verbreiteten Zeitungen. Die „Einheitsfront“ war das Sprachrohr der zur Einheit strebenden Sozialisten und Kommunisten.

Ein Ziel, ein Weg

Aufruf der Einheitsfront an das werktätige Volk.

Arbeiter! Angestellte!

gewonnen haben, zu kämpfen um Kraft gegen die Faschisten

zweite Jahrestag unserer Erhebung ... Einzig ... und Verhältnis gram ...

- Für die sofortige Freilassung aller antifaschistischen politischen Gefangenen!
- Für die freie Entfaltung der Arbeiterrechte!
- Für Freiheit, Frieden und Brot!
- Für den Sturz des Faschismus!
- Für die Herrschaft des arbeitenden Volkes!

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Österreichs.
 Zentralkomitee der Revolutionären Sozialisten Österreichs.
 Bundesvorstand der Freien Gewerkschaften Österreichs.

Dieses Einheitsfrontflugblatt erschien im Jahre 1936.



Wirkung der Directschüsse der von Dollfuß eingesetzten Kanonen.

▲ *Schlingenhof in Wien, Floridsdorf.*

▼ *Blauer Bogen. Karl-Marx-Hof, Wien, Döbling.*





▲ Polizei und Militär eskortieren entwaffnete Schutzbündler.

▼ Am 15. Februar 1934 stellte die Heimwehr in Holzleithen, Oberösterreich, sechs Schutzbündler vor ein Hinrichtungskommando.



